



**DIE BEDROHUNG DURCH AUSLÄNDISCHE ZENSUR, TEIL II:
EUROPAS JAHRZEHNTELANGE KAMPAGNE ZUR ZENSUR DES GLOBALEN INTERNETS
UND WIE ES DER AMERIKANISCHEN REDE IN DEN VEREINIGTEN STAATEN SCHÄDIGT**

Zwischenbericht des Personals

Justizausschuss

der

US-Repräsentantenhaus



3. Februar 2026

ZUSAMMENFASSUNG

Der Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses ermittelt.

Wie und in welchem Umfang ausländische Gesetze, Verordnungen und Gerichtsbeschlüsse Unternehmen zwingen, nötigen oder beeinflussen, die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten zu zensieren.¹ Im Rahmen dieser Aufsicht hat der Ausschuss zehn Technologieunternehmen per Vorladung zur Herausgabe von Dokumenten aufgefordert, um die Kommunikation mit ausländischen Regierungen, darunter der Europäischen Kommission, zu gewährleisten. Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) hinsichtlich der Inhaltsmoderation.² Im Juli 2025 veröffentlichte der Ausschuss einen Bericht, der detailliert darlegt, wie die Europäische Kommission – die Exekutive der EU – den Digital Services Act (DSA), ein Gesetz zur Regulierung von Online-Äußerungen, instrumentalisiert, um weltweit Zensurauflagen für politische Äußerungen, Humor und Satire durchzusetzen.³ Seitdem haben Technologieunternehmen dem Ausschuss auf Anordnung Tausende interner Dokumente und Korrespondenzen mit der Europäischen Kommission vorgelegt. Diese Dokumente belegen das Ausmaß – und den Erfolg – der globalen Zensurkampagne der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission hat in einer umfassenden, zehnjährigen Anstrengung erfolgreich die Europäische Kommission setzte Social-Media-Plattformen unter Druck, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern und griff damit direkt in die Online-Meinungsfreiheit von Amerikanern *in den Vereinigten Staaten ein*. Obwohl dies oft als Kampf gegen sogenannte „Hassrede“ oder „Desinformation“ dargestellt wird, zensierte die Kommission tatsächlich wahre Informationen und politische Äußerungen zu einigen der wichtigsten politischen Debatten der jüngeren Geschichte – darunter die COVID-19-Pandemie, Massenmigration und Transgender-Themen. Nach zehn Jahren hat die Europäische Kommission eine ausreichende Kontrolle über die globale Online-Kommunikation erlangt, um Narrative, die die Macht der Europäischen Kommission bedrohen, umfassend zu unterdrücken.

Vor den Vorladungen des Ausschusses fanden diese Bemühungen weitgehend im Geheimen statt. Nun sind die Aktivitäten der Europäischen Kommission erstmals öffentlich geworden und haben den Ausschuss informiert.

über legislative Schritte, die die USA zum Schutz der amerikanischen Meinungsfreiheit im Internet unternehmen können.

¹ Siehe z. B. Pressemitteilung des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, *Vorsitzender Jordan fordert von großen Technologiekonzernen Informationen über ausländische Zensur amerikanischer Reden* (26. Februar 2025), <https://judiciary.house.gov/media/press-releases/charman-jordan-subpoenas-big-tech-information-foreign-censorship-american>.

² Schreiben des Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Timothy Cook, CEO von Apple (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben des Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Andy Jassy, Präsident und CEO von Amazon ...

Ausschuss für Justiz an Herrn Satya Nadella, CEO von Microsoft (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Christopher Pavlovski, Vorsitzender und CEO von Rumble (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Sundar Pichai, CEO, Alphabet (26. Februar 2025) (beigefügte Vorladung); Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Repräsentantenhauses. Ausschuss für Justiz an den Verantwortlichen für die Aufbewahrung der Unterlagen, TikTok (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben des Abgeordneten. Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Linda Yaccarino, CEO von X (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Mark Zuckerberg, CEO von Meta (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Steve Huffman, CEO und Präsident von Reddit (17. April 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Sam Altman, CEO von OpenAI (5. November 2025) (mit beigefügter Vorladung).

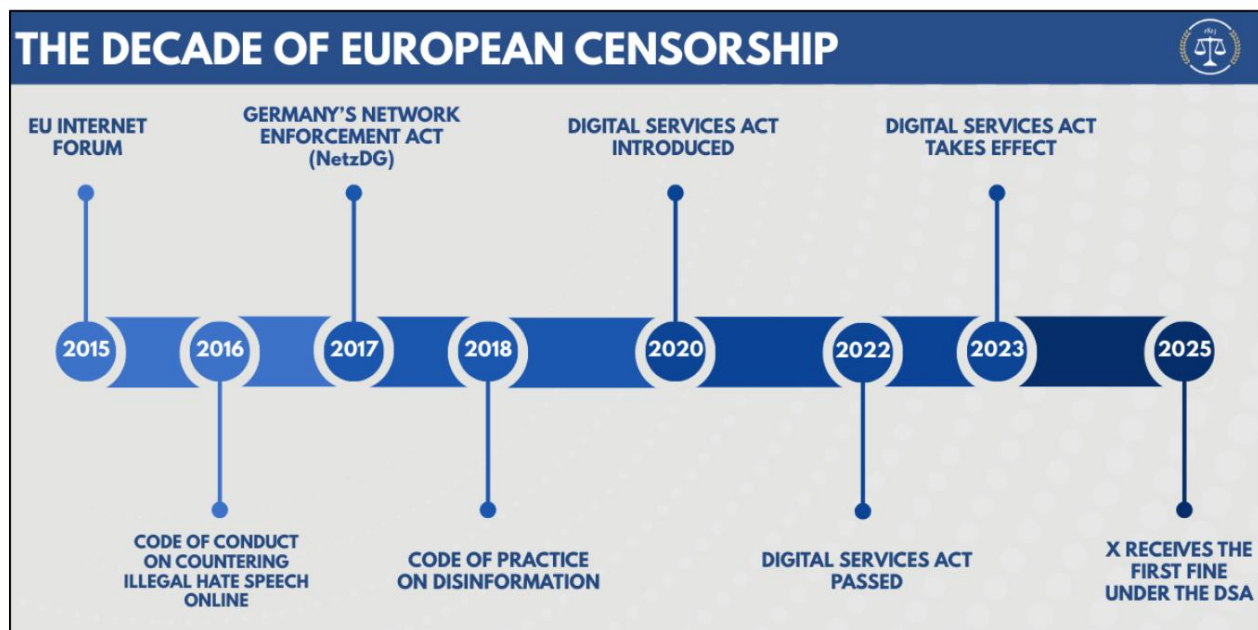
³ MITARBEITER DES HAUSAUSSCHUSSES FÜR DIE JUSTIZ, 119. KONGRESS, DIE BEDROHUNG DURCH AUSLÄNDISCHE ZENSUR : WIE DER DIGITAL SERVICES ACT DER EUROPÄISCHEN UNION EINE GLOBALE ZENSUR ERZWUNGEN UND DIE AMERIKANISCHE FREIHEIT DER MEINUNGSÄUSSERUNG VERLETZT (Comm. Print 25. Juli 2025) (im Folgenden „DSA-Zensurbericht I“).

Die DSA ist der Höhepunkt eines jahrzehntelangen europäischen Bestrebens, die politische Opposition zum Schweigen zu bringen und Online-Narrative zu unterdrücken, die das politische Establishment kritisieren.

Das DSA trat 2023 in Kraft, und die Europäische Kommission verhängte im Dezember 2025 die erste Geldbuße nach dem DSA gegen X. Obwohl das DSA noch nicht lange in Kraft ist, ...

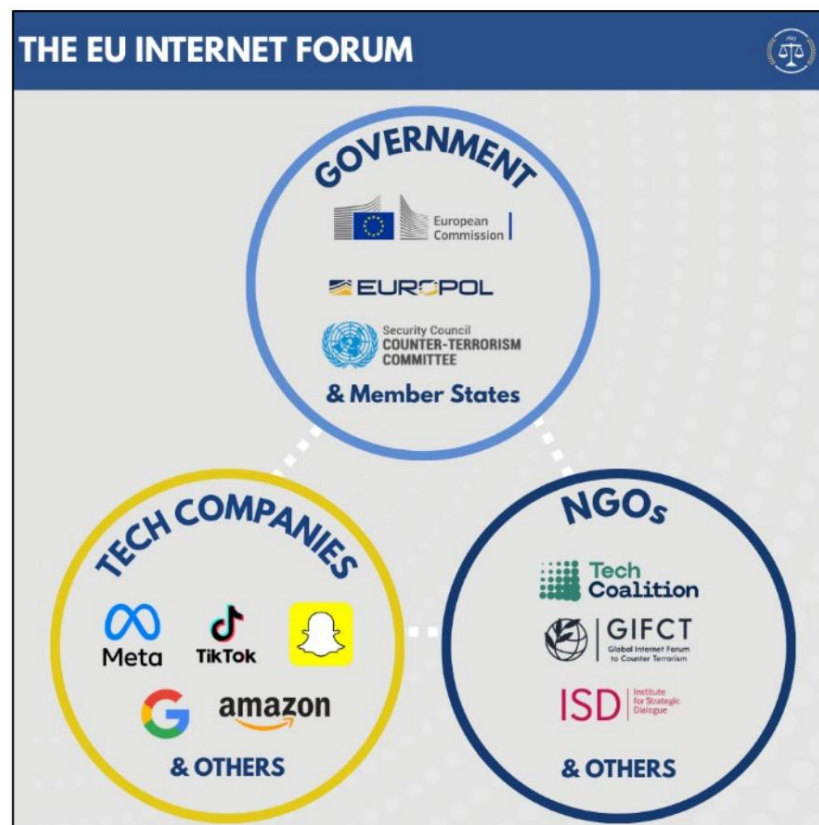
Die Geldstrafe gegen X stellt nach drei Jahren den Höhepunkt der jahrzehntelangen Bemühungen der Europäischen Kommission dar, das globale Internet zu kontrollieren, um unliebsame Narrative im Internet zu unterdrücken.

Das Internet und die sozialen Medien versprachen zunächst, die Meinungsfreiheit und damit auch die politische Macht zu demokratisieren. Diese Entwicklung bedrohte die etablierte politische Ordnung, und Mitte der 2010er-Jahre versuchten die politischen Eliten in den USA und Europa, dem Aufstieg populistischer Bewegungen entgegenzuwirken, die zutiefst unpopuläre Maßnahmen wie die Massenmigration in Frage stellten. Da man erkannte, dass die Bewältigung dieses Problems mehrere Jahre dauern würde, begann die Europäische Kommission 2015/16 mit der Einrichtung verschiedener Foren, in denen europäische Regulierungsbehörden direkt mit Technologieplattformen zusammentreffen konnten, um zu erörtern, wie und welche Inhalte moderiert werden sollten. Obwohl diese Foren vorgeblich der Bekämpfung von „Desinformation“ und „Hassrede“ dienen sollten, zeigen nicht-öffentliche Dokumente, die dem Ausschuss vorgelegt wurden, dass die Europäische Kommission in den letzten zehn Jahren direkten Druck auf Plattformen ausgeübt hat, um rechtmäßige politische Äußerungen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zu zensieren.



Das EU-Internetforum (EUIF), das 2015 von der Generaldirektion Migration und Inneres (GD Inneres) der Europäischen Kommission gegründet wurde, gehörte zu den ersten dieser Initiativen. Bis 2023 veröffentlichte das EUIF ein „Handbuch“ zur Moderation rechtmäßiger, nicht rechtswidriger Äußerungen, wie zum Beispiel:

- „Populistische Rhetorik“;
- „Regierungsfeindliche/EU-feindliche“ Inhalte;
- „Anti-Eliten“-Inhalte;
- „Politische Satire“;
- „Antimigranten- und islamophobe Inhalte“;
- „Flüchtlings- und einwanderungsfeindliche Stimmung“;
- „Anti-LGBTIQ“-Inhalte; und
- „Meme-Subkultur.“⁴

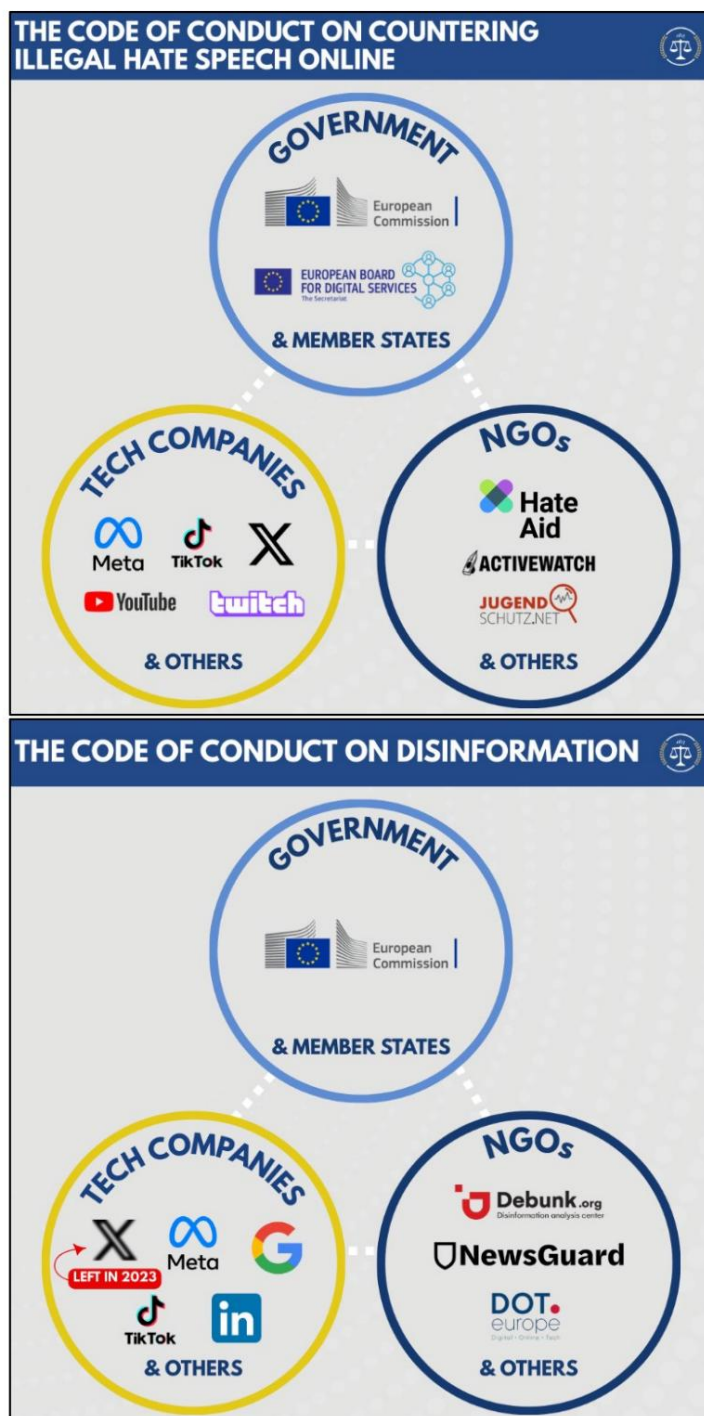


⁴ EU Internet Forum: Handbuch für grenzwertige Inhalte im Zusammenhang mit gewalttätigem Extremismus, siehe Beispiel 38.

Die Europäische Kommission ebenfalls setzte seine Zensurziele durch angeblich freiwillige „Verhaltensregeln“ Zum Thema Hassrede und Desinformation. Im Jahr 2016 verabschiedete die Europäische Kommission einen „Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet“, in dem Plattformen wie Facebook, Instagram, TikTok und Twitter (jetzt X) zusagten, vage definierte „hasserfüllte Handlungen“ zu zensurieren.⁵

Ein „Verhaltenskodex über „Desinformation“, in der dieselben großen Plattformen versprochen, die Sichtbarkeit angeblicher „Desinformation“ zu verringern. Im Jahr 2018 folgte dies.⁶ In hochrangigen Treffen mit Plattformen teilten hochrangige Beamte der Europäischen Kommission den Plattformen ausdrücklich mit, dass die Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation sollten die „Regulierungslücke“ schließen, bis die EU verbindliche Gesetze zur „Inhaltsmoderation“ von Plattformen erlassen konnte.⁷

Etwa zur gleichen Zeit begannen die mächtigsten EU-Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Deutschland, Zensurgesetze auf nationaler Ebene zu erlassen.⁸



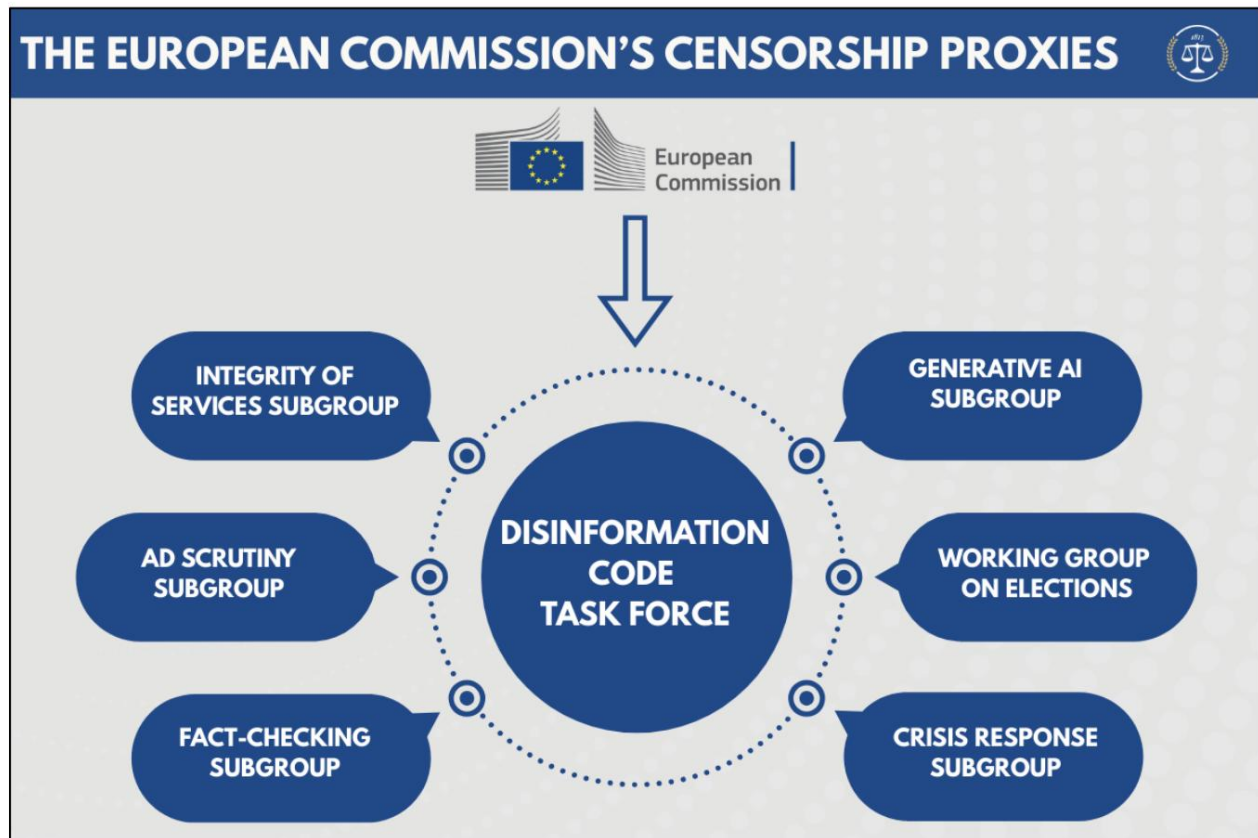
⁵ EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet, EUROPÄISCHE KOMMISSION (30. Juni 2016), https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-countering-illegal-hate-speech-online_en.

⁶ Verhaltenskodex 2018 zur Bekämpfung von Desinformation, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2018-code-practice-disinformation>.

⁷ Zusammenfassung des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová (20. April 2021), siehe Beispiel 55.

⁸ Siehe Imara McMillan, *Enforcement Through the Network: The Network Enforcement Act and Article 10 of the European Convention on Human Rights*, 20 CHIC. J. INT. L. 252 (2019).

Später, im Jahr 2022, kurz vor Inkrafttreten des DSA, hat die Europäische Kommission Der Desinformationskodex von 2018 wurde aktualisiert. Gemäß den neuen Richtlinien mussten Plattformen an einer „Task Force“ zum Desinformationskodex teilnehmen, die regelmäßig zusammentrat, um den Umgang der Plattformen mit der Zensur sogenannter Desinformation zu erörtern.⁹ Die Task Force gliederte sich in sechs Untergruppen, die sich mit spezifischen Desinformationsthemen befassten, darunter Faktenchecks, Wahlen und die Demonetarisierung konservativer Nachrichtenmedien.¹⁰ In all diesen Untergruppen fanden über 90 Treffen zwischen Plattformen, zensurfreudigen zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) und ... statt. Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission zwischen Ende 2022 und 2024.¹¹



Diese Treffen dienten den Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission als wichtiges Forum, um Druck auf die Plattformen auszuüben, damit diese ihre Regeln zur Inhaltsmoderation ändern und zusätzliche Zensurmaßnahmen ergreifen. So erkundigte sich die Europäische Kommission beispielsweise in über einem Dutzend Treffen der Untergruppe Krisenreaktion nach den „Richtlinienänderungen“ der Plattformen „im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Desinformation“.¹²

⁹ Der Verhaltenskodex 2022 zur Bekämpfung von Desinformation, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022).

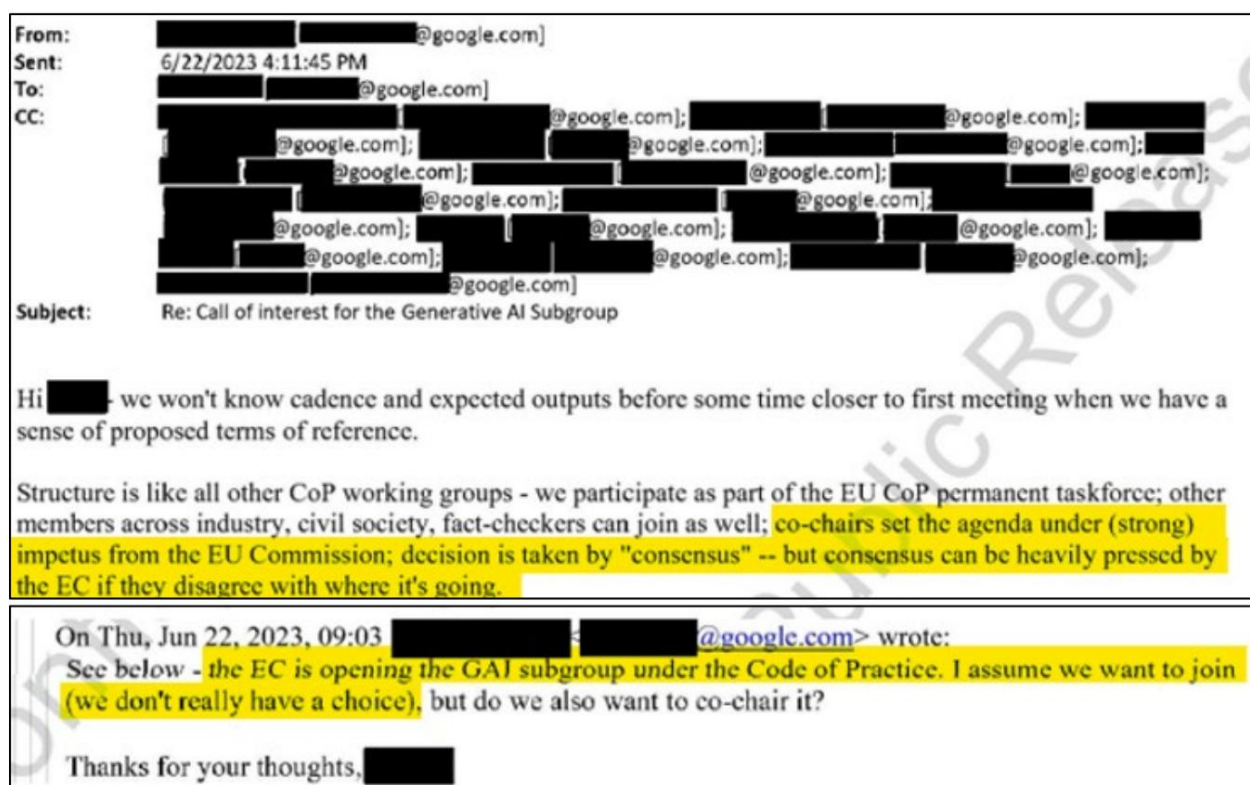
¹⁰ Siehe unten Abschnitt III.F.ii.

¹¹ Ebd.

¹² Siehe beispielsweise Tagesordnung: Treffen der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (14. Dezember 2023), siehe Beispiel 196.

Das angeblich „freiwillige“ und „konsensbasierte“ europäische Zensurregime ist weder freiwillig noch konsensbasiert.

Sowohl vor als auch nach Inkrafttreten des DSA richtete die Europäische Kommission mehrere Foren ein, um regelmäßig mit Plattformen über Inhaltsmoderation zu sprechen, darunter den Verhaltenskodex gegen Hassrede und den Verhaltenskodex gegen Desinformation. Diese Foren, in denen insgesamt über 100 Treffen stattfanden, bei denen Regulierungsbehörden die Möglichkeit hatten, Druck auf Plattformen auszuüben, Inhalte aggressiver zu zensurieren, waren angeblich freiwillig und sollten durch einen sogenannten Regulierungsdiallog einen „Konsens“ erzielen.¹³ Nichts davon stimmte. Wie interne Firmen-E-Mails unmissverständlich belegen, wussten die Unternehmen, dass sie „eigentlich keine Wahl hatten“, ob sie diesen freiwilligen Initiativen beitreten sollten.¹⁴ Und die europäischen Regulierungsbehörden führten das Geschehen: Die Agenden wurden „unter starkem Druck der EU-Kommission“ festgelegt, und der sogenannte „Konsens“ wurde unter deren Druck erzielt. starker Druck seitens der Europäischen Kommission.¹⁵



Mitarbeiter von Google merkten an, dass die Teilnahme an den Treffen der Untergruppe „Kodex für Desinformation“ praktisch verpflichtend sei und dass die Europäische Kommission weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die Tagesordnung und die Gruppenentscheidungen habe.

¹³ Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023), siehe Anlage 2; siehe unten Abschnitt III.F.

¹⁴

Ebenda, Nr. 15.

Die Europäische Kommission übte erfolgreich Druck auf große Social-Media-Plattformen aus, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern, und griff damit direkt in die Online-Meinungsfreiheit der Amerikaner in den Vereinigten Staaten ein.

Die meisten großen Social-Media- oder Video-Sharing-Plattformen haben ihren Sitz in den Vereinigten Staaten¹⁶ und verwenden einheitliche, globale Regeln, die festlegen, welche Inhalte auf der Plattform veröffentlicht werden dürfen und welche nicht.¹⁷ Diese Regeln legen die Grenzen dessen fest, was im modernen öffentlichen Raum zulässig ist, und machen sie damit zu einem zentralen Angriffspunkt für Regulierungsbehörden, die die Deutungshoheit über die öffentliche Meinung anstreben, um ihre politische Macht zu festigen. Entscheidend ist, dass die Regeln zur Inhaltsmoderation von Plattformen global gelten – und dies faktisch auch müssen.¹⁸ Die länderspezifische Inhaltsmoderation stellt eine erhebliche Bedrohung für die Privatsphäre dar, da Plattformen den genauen Standort jedes Nutzers bei jeder Anmeldung kennen und speichern müssten.¹⁹ In Zeiten, in denen Nutzer virtuelle private Netzwerke (VPNs) frei nutzen können, um ihren Standort zu simulieren und ihre persönlichen Daten zu schützen, ist die länderspezifische Inhaltsmoderation zudem ineffektiv.²⁰ zusätzlich zu den immensen Kosten, die dadurch für Plattformen jeder Größe entstehen.²¹ Das Internet ist global, und die Plattformen regulieren sich dementsprechend. Das bedeutet: Wenn europäische Regulierungsbehörden Druck auf Social-Media-Unternehmen ausüben, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern, hat dies Auswirkungen darauf, was Amerikaner *in den USA online sagen und sehen können*. Europäische Zensurgesetze, die die Regeln zur Inhaltsmoderation betreffen, stellen daher eine direkte Bedrohung für die Meinungsfreiheit in den USA dar.

Jahre vor Inkrafttreten des DSA hatte die Europäische Kommission die Regeln zur Inhaltsmoderation von Plattformen zu ihrem Hauptziel erklärt. Während der COVID-19-Pandemie drängten hochrangige Beamte der Europäischen Kommission die Plattformen, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation so zu ändern, dass Inhalte, die etablierte Narrative über das Virus und den Impfstoff in Frage stellten, weltweit zensiert werden konnten.²² Mit Zustimmung von EU-Präsidentin Ursula von der Leyen und Vizepräsidentin Vera Jourová fragte die Europäische Kommission die Plattformen, wie sie ihre Nutzungsbedingungen oder Praktiken zur Inhaltsmoderation (Förderung/Abwertung) im Vorfeld der Einführung von COVID-19-Impfstoffen aktualisieren wollten.²³

¹⁶ Beispiele hierfür sind Facebook, Instagram, YouTube und X. Die bemerkenswerte Ausnahme bildet TikTok: Das Unternehmen befindet sich in chinesischem Besitz, überführt aber seine US-Aktivitäten im Rahmen eines von Präsident Trump ausgehandelten Deals in mehrheitlich amerikanische Hände. Siehe Clare Duffy, „*The deal to secure TikTok's future in the US has finally closed*“, CNN (23. Januar 2026).

¹⁷ Siehe z. B. *Community Standards*, META, <https://transparency.meta.com/policies/community-standards/> (zuletzt besucht am [Datum einfügen]). 29. Januar 2026); *YouTube-Community-Richtlinien*, YOUTUBE -HILFE <https://support.google.com/youtube/answer/9288567?hl=en> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026); *Die X-Regeln*, X, <https://help.x.com/en/rules-and-policies/x-rules> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026); *Community-Richtlinien*, TikTok, <https://www.tiktok.com/community-guidelines/en> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

¹⁸ Ebenda; siehe z. B. *Durchsetzung der YouTube-Community-Richtlinien*, GOOGLE TRANSPARENCY REPORT (zuletzt besucht am 29. Januar 2026), <https://transparencyreport.google.com/youtube-policy/removals> („Die YouTube-Community-Richtlinien werden weltweit einheitlich durchgesetzt, unabhängig davon, wo die Inhalte hochgeladen werden. Wenn Inhalte wegen Verstoßes gegen unsere Richtlinien entfernt werden, werden sie weltweit entfernt.“); *Community-Richtlinien*, TikTok, https://www.tiktok.com/support/faq_detail?id=7543604781873371654 (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026) („Unsere Community-Richtlinien gelten für unsere globale Community und alle auf TikTok geteilten Inhalte.“).

¹⁹ Siehe die Antwort von Rumble Inc. auf eine Anordnung des Büros für Menschenrechte von British Columbia zur Vorlage von Aufzeichnungen (31. August 2022); Anlage 288 (Bestätigung, dass einige Plattformen derzeit keine detaillierten Standortinformationen von Nutzern erfassen).

²⁰ Siehe DSA Censorship Report I, *supra* Fußnote 3, Seite 31.

²¹ Siehe z. B. Trevor Wagener, *The High Cost of State-by-State Regulation of Internet Content Moderation*, DISRUPTIVE COMPETITION PROJECT (17. März 2021).

²² Siehe z. B. E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (30. Oktober 2020), siehe Beispiel 48. 23 Ebenda.

----- Forwarded message -----
From: [Redacted]@ec.europa.eu>
Date: Fri, 30 Oct 2020, 19:57
Subject: [External] disinformation with regard to vaccines and testing - kind request
To: <[Redacted]@microsoft.com>, [Redacted]@fb.com>, [Redacted]@twitter.com>,
[Redacted]@bytedance.com>, [Redacted]@google.com>, [Redacted]@fb.com>
Cc: [Redacted]@ec.europa.eu>, [Redacted]@ec.europa.eu>, [Redacted]@ec.europa.eu>

Dear all,

I would like to use our close collaboration over the past years for a quick request.

In the context of the broader Covid strategy and the need for urgent actions, we have been tasked this afternoon by [Redacted] to address disinformation and misinformation on vaccines (and testing).

While colleagues from DG Connect are reviewing the third batch of the broader Covid-19 disinformation reports that you kindly sent, I wanted to ask for your quick assistance specifically on this angle.

It would be very helpful if you could provide - for the purpose of designing a good and targeted work-plan on fighting Covid vaccines disinformation (and misinformation) – data / information on **how you assess the situation with vaccines, the main narratives, what are the reactions** of users etc. It would also be very interesting to have some **trends (and predictions)** in this regard if you have them. The aim is to understand where we are in terms of intensity of the campaign against Covid-19 vaccination and where things may go.

Our plan is to come with proactive communication efforts and to assist member states. I should stress that the information from you would only be used for the purpose of designing the right actions and we would not share it with the general public.

It would be much appreciated if you could provide the information **by Wednesday lunchtime**, of course anything you could share even faster would be great. It doesn't need to have any specific format, and both qualitative and quantitative information could be valuable.

I would also ask for a kind confirmation of your readiness to offer space on your platforms for official national or EU channels and information related to Covid-19.

Finally, **as it will be essential in the next stages to pay special attention to the vaccination aspect, if you have any relevant updates on your terms of services or content moderation practices (promotion / demotion), please let me know as well.**

Given the urgency, I take the liberty to use this informal channel but **I want to assure you that I am addressing you with the agreement of the Vice-President** (who is cooperating on this with [Redacted] and [Redacted]) and the knowledge of the President.

If you have any questions, don't hesitate to call or write.

Best regards,

Redacted

[Redacted]

European Commission
Cabinet of Vice President Věra Jourová
Values & Transparency
BERL 11/173
B-1049 Brussels/Belgium
Tel.: [Redacted]
Mobile: [Redacted]

Der Druck zur Änderung der Regeln für die Inhaltsmoderation im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen kam von höchster Stelle der Europäischen Kommission.

Während der Zensurkampagne der Europäischen Kommission, die unzähligen Der Desinformationskodex, der Hassredekodex und die Treffen des EU-Internetforums boten der Europäischen Kommission über 100 Gelegenheiten, Druck auf Plattformen auszuüben, damit diese ihre Richtlinien zur Inhaltsmoderation ändern und Online-Narrative zu Impfstoffen und anderen wichtigen Themen identifizieren. Politische Themen sollten zensiert werden.²⁴ Zum Beispiel bei über einem Dutzend Gelegenheiten im Laufe der Vor nur drei Jahren nutzte die Europäische Kommission die Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion auf den Desinformationskodex“, um Plattformen wie YouTube und TikTok zu ihren „neuen Entwicklungen und Maßnahmen im Kampf gegen Desinformation“ zu befragen und ging dabei insbesondere auf „politische Änderungen“ ein.²⁵

AGENDA

MEETING OF THE PERMANENT TASK-FORCE

CRISIS RESPONSE SUBGROUP

14 December

16:30 – 18:00

- 1. Opening and Welcoming remarks**
- 2. Sharing of new developments and actions taken related to fighting disinformation**
 - a. War in Ukraine:** Disinformation narratives, e.g. about Russian bombing of Ukrainian civilian energy infrastructure, on sanctions in connection with the energy crisis, inflation and food shortages in developing countries.
 - b. Public Health and Pandemic:** Disinformation narratives related to COVID-19 and new actions taken by signatories to limit such disinformation (including any policy changes)

Wherever possible, please share input ahead of the meeting in writing to keep the discussion round efficient and concentrate in the oral interventions on new developments and priority issues, in particular new policy changes and latest developments on trends and narratives.

- 3. Discussion: Signatories future plans for actions and policies to fight Covid-19 misinformation and disinformation**
- 4. Information Point: Final crisis reporting template adopted**
- 5. Any other business**

Eine typische Tagesordnung für Treffen zwischen der Europäischen Kommission, Plattformen und NGOs, bei denen die Kommission Druck ausübte, um die Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern.

²⁴ Siehe unten Abschnitt III.

²⁵ Siehe beispielsweise Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (14. Dezember 2023), siehe Anlage 196 (Hervorhebung hinzugefügt).

Der Druck auf die Plattformen, den europäischen Zensurvorgaben nachzukommen, hat sich nur noch verstärkt. Nachdem der DSA im Oktober 2022 in Kraft getreten war, warnte die Europäische Kommission die Plattformen, dass sie ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation an den DSA anpassen müssten, andernfalls drohten ihnen Geldstrafen von bis zu sechs Prozent ihres weltweiten Umsatzes und ein möglicher Ausschluss vom europäischen Markt.²⁶

Diese jahrzehntelange Kampagne war erfolgreich: Plattformen änderten ihre Regeln zur Inhaltsmoderation und zensurierten weltweit Äußerungen als direkte Reaktion auf den Druck des DSA und der Europäischen Kommission. So begann TikTok beispielsweise 2023, seine globalen Community-Richtlinien mit dem ausdrücklichen Ziel zu bearbeiten, „die Bestimmungen des Digital Services Act zu erfüllen“.²⁷

Community Guidelines Survey

Product Policy Survey

Survey Overview

Our [HYPERLINK "<https://www.tiktok.com/community-guidelines/en/>" \h] (CGs) establish a set of norms and common code of conduct that provide for a safe and welcoming space for everyone. The primary motivation for the next round of CG updates is to achieve compliance with the Digital Services Act (DSA) and ensure every enforcement action we take is incorporated transparently into the CGs. We are hoping to do a smaller CG update in Q4 2023 and a larger update by the end of H1 2024 (dates to be confirmed with relevant xfn and leadership). Please let us know what you think we should include in the next round of CG updates by **Friday, July 7th**.

TikTok hat seine globalen Community-Richtlinien geändert, um dem DSA zu entsprechen.

Diese neuen Zensurregeln traten 2024 in Kraft. Als Reaktion auf die jahrzehntelange Zensurkampagne der Europäischen Kommission führte TikTok neue Regeln zur Zensur „marginalisierender Äußerungen“ ein, darunter „kodierte Aussagen“, die „ungleiche Behandlung normalisieren“, „Falschinformationen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben“, „aus dem Kontext gerissene Medieninhalte“ und „falsch dargestellte offizielle Informationen“.²⁸ Diese Standards sind von Natur aus subjektiv und lassen sich leicht gegen die politische Opposition der Europäischen Kommission instrumentalisieren. Tatsächlich belegen interne Dokumente, dass TikTok weltweit systematisch *korrekte Informationen* zensierte, um den Zensurforderungen der Europäischen Kommission gemäß dem Digital Services Act (DSA) nachzukommen. Das Dokument, das diese Änderungen beschreibt, bestätigte, dass die Aktualisierungen – wie vom Rechtsteam empfohlen – „hauptsächlich der Einhaltung des **Digital Services Act (DSA) dienten**“.²⁹

²⁶ Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. 2022 (L 277) Art. 36, 52 (nachfolgend „Gesetz über digitale Dienste“).

²⁷ TikTok Community Guidelines Survey, *siehe* Beispiel 15.

²⁸ Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024), *siehe* Beispiel 8.

²⁹ *Ebenda* (Hervorhebung im Original).

[H1 2024 Update - Executive Summary] TikTok Community Guidelines

Authored by: [Redacted] // Last updated: March 20, 2024

Please refer to the final copy for publishing here:

[HYPERLINK]

Executive Summary

To help ensure a safe, trustworthy, and vibrant experience, we maintain a set of Community Guidelines (CG) that include rules and standards for using TikTok. We evolve them to address emerging risks and potential harms that may occur from new behaviors. We last updated the CGs in [HYPERLINK]

There is an update to the CGs that will launch on **April 17, 2024**, with an effective date of **May 17, 2024**. This update, which was advised by the legal team, is mainly related to compliance with the **Digital Services Act (DSA)**, and will ensure that all policies are transparently reflected in the CGs.

Key Changes

new

A) New Policies (launched since the last CG update)

1. **Marginalizing Speech and Behavior:** Addresses content that uses coded statements to indirectly demean protected groups or normalize their inequitable treatment (result = FYF Ineligible)
2. **Election Misconduct:** Addresses content that encourages interference of, illegal participation in, or calls to disrupt a legitimate outcome of an election, such as through a coup (Result = Remove)
3. **Civic Harm Misinformation:** Addresses misinformation that undermines public trust in the integrity of the democratic process (Result = FYF Ineligible)
4. **Hacked Materials:** Addresses content related to the distribution of confidential information obtained without consent and shared with the public (Result = Remove)
5. **Moderate Harm Misinformation:** Addresses a range of content, including misinfo on treating moderate illnesses, media presented out of context to mislead on topics of public importance, and misrepresenting authoritative information, such as scientific data (Result = FYF Ineligible)

Als Reaktion auf den Druck der Europäischen Kommission änderte TikTok seine globalen Community-Richtlinien, um wahre Informationen zu zensieren und die Meinungsfreiheit von Amerikanern in den Vereinigten Staaten direkt zu beeinträchtigen.

Die Dokumente deuten darauf hin, dass dies möglicherweise nicht die einzigen Änderungen im Bereich der Inhaltsmoderation waren. Auch wurden diese Maßnahmen als Reaktion auf den DSA eingeführt. Während einer Präsentation vor der Europäischen Kommission im Juli 2023 merkte TikTok an, dass „Abteilungen mit täglichen Aktivitäten, die sich mit dem DSA überschneiden, wie z. B. Trust & Safety“, den DSA

- Sie erhielten neue Richtlinien, Regeln und Standardarbeitsanweisungen, um diese einzuhalten.

unterliegen.³⁰ Diese internen Dokumente legen nahe, dass TikTok wesentliche Teile seiner umfangreichen Inhaltsmoderationssysteme geändert hat, um den Anforderungen der Europäischen Kommission zu entsprechen.

Der Fokus der Europäischen Kommission auf globalen Inhaltsmoderationsregeln bleibt bestehen: Im Mai 2025 teilte die Europäische Kommission den Plattformen auf einem nicht-öffentlichen „DSA-Workshop“ ausdrücklich mit, dass die „kontinuierliche Überprüfung der [globalen] Community-Richtlinien“ eine bewährte Methode zur Einhaltung des DSA sei.³¹

European Commission - DSA Systemic Risk Assessment Workshop Readout
May 7, 2025

- A summary of EC-provided takeaways from the two sessions:
 - Illegal content is a symptom, a broader risk approach is needed
 - Need for a holistic approach to assessing platform design, policies, etc
 - Best practices: Labelling of harmful content; blacklisted URLs, continuous review of community guidelines, banned keyword lists, coded language, kindness reminders, recommender systems not only based on engagement, labelling

Zu den „Best Practices“ der Europäischen Kommission für die Einhaltung der DSA-Vorgaben gehören „kontinuierliche“ Änderungen der globalen Regeln zur Inhaltsmoderation.

Die Europäische Kommission konzentriert sich insbesondere auf die Zensur von US-Inhalten.

Die Europäische Kommission hat nicht nur die Meinungsfreiheit der Amerikaner in den Vereinigten Staaten beeinträchtigt, indem sie Plattformen unter Druck setzte, ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern, sondern sie hat auch gezielt versucht, amerikanische Inhalte zu zensurieren.

Auch dies begann während der COVID-19-Pandemie. Im November 2021 forderte die Europäische Kommission Informationen darüber an, wie TikTok „Desinformationen über die COVID-19-Impfkampagne für Kinder, beginnend in den USA, bekämpfen“ wolle. Konkret erkundigte sie sich nach TikToks Plänen, bestimmte „Behauptungen“ über die Wirksamkeit des COVID-19-Impfstoffs bei Kindern zu „entfernen“. ³²

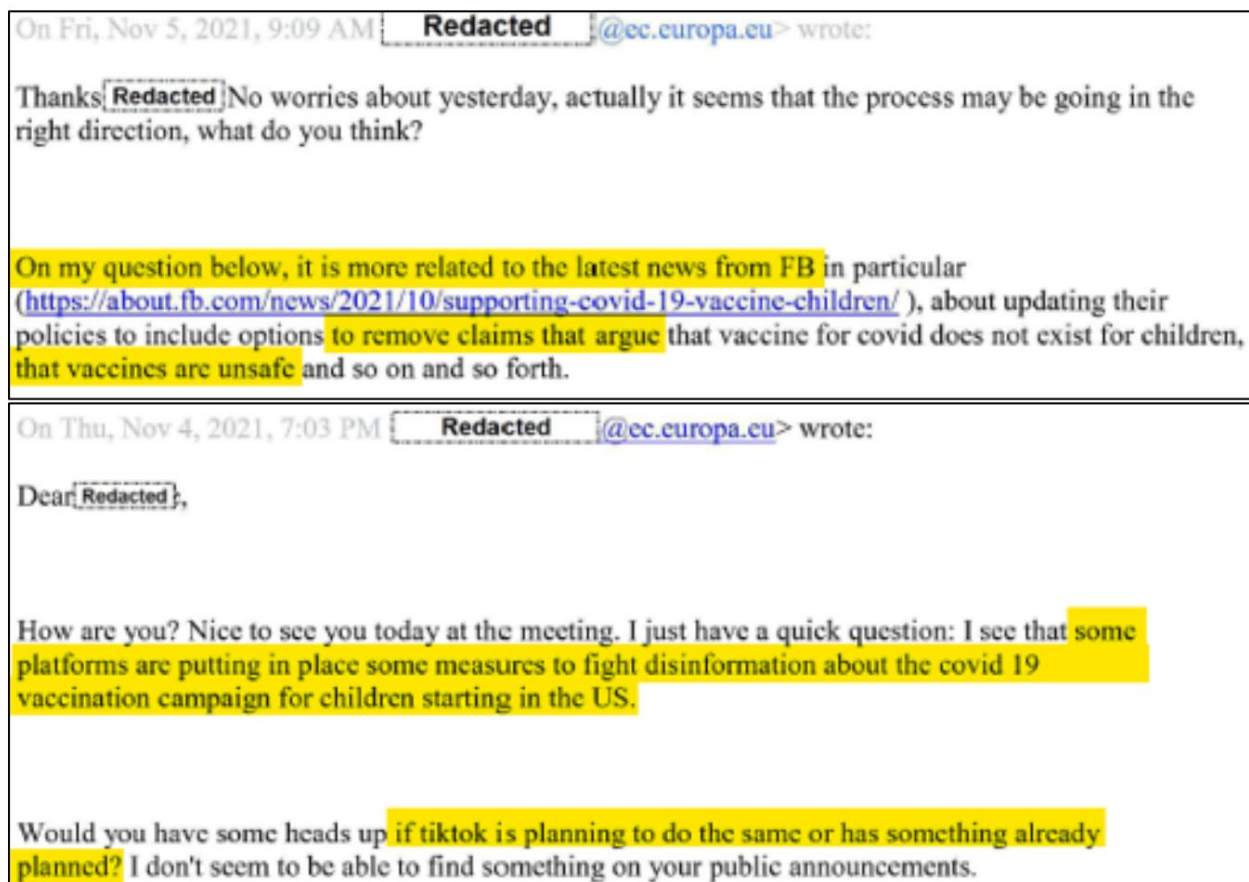
³⁰ TikTok-Präsentation: *Digital Services Act, Überblick zur Bereitschaft für die Europäische Kommission* (17. Juli 2023), siehe Beispiel 3.

³¹ *Europäische Kommission - DSA-Workshop zur systemischen Risikobewertung* (7. Mai 2025), siehe Anlage 206.

³² E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (5. November 2021), siehe Anlage 58.

Ein Jahr später übten die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission Druck auf die Plattformen aus, einen amerikanischen Dokumentarfilm über Impfstoffe zu entfernen, und forderten YouTube, Twitter und TikTok auf, dies zu überprüfen.

- YouTube sollte intern Stellung nehmen und schriftlich darlegen, warum der Film nicht zensiert worden war.³³ YouTube reagierte umgehend auf die Anfrage der Europäischen Kommission und erklärte, den betreffenden Film nach deren Meldung entfernt zu haben.³⁴ Kurz gesagt, die Europäische Kommission betrachtete die amerikanischen Debatten über Impfungen als in ihren Zuständigkeitsbereich fallend.



Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission haben TikTok aufgefordert, US-amerikanische Behauptungen über COVID-19-Impfstoffe für Kinder zu zensieren.

Der Fokus der Europäischen Kommission auf die Meinungsfreiheit in den USA beschränkte sich nicht allein auf Inhalte im Zusammenhang mit COVID-19. Politische Beamte in den höchsten Ebenen der Europäischen Kommission übten Druck auf TikTok aus, US-Inhalte im Vorfeld der US-Präsidentenwahlen 2024 aggressiver zu zensieren.

33 E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodex gegen Desinformation (8. Dezember 2022), siehe Anlage 96. 34 Ebenda.

Am berüchtigtsten ist wohl der Fall des damaligen EU-Binnenmarktkommissars Thierry Breton, der im August 2024 einen Brief an Elon Musk, den Eigentümer von Unternehmen X, schickte – kurz vor Musks Interview mit Präsident Donald Trump.³⁵ Breton drohte X mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen gemäß dem DSA, weil das Unternehmen in den USA ein Live-Interview mit Präsident Trump veranstaltet hatte. Er warnte, dass „Ausläufer“ der US-amerikanischen Meinungsäußerung in die EU die Kommission veranlassen könnten, Vergeltungsmaßnahmen gegen X gemäß dem DSA zu ergreifen.³⁶ Breton



Der ehemalige EU-Kommissar Thierry Breton

drohte, die Europäische Kommission werde „nicht zögern, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen“, um diese zentrale amerikanische politische Meinungsäußerung zu unterdrücken.³⁷ Als Reaktion auf Bretons Drohungen sandte der Ausschuss zwei Schreiben, in denen er darlegte, wie seine Drohungen die Meinungsfreiheit in den USA untergruben und eine Einmischung in die US-Präsidentschaftswahl darstellten.³⁸ Kurz darauf trat Breton zurück.³⁹

As you know, formal proceedings are already ongoing against X under the DSA, notably in areas linked to the dissemination of illegal content and the effectiveness of the measures taken to combat disinformation.

As the relevant content is accessible to EU users and being amplified also in our jurisdiction, we cannot exclude potential spillovers in the EU. Therefore, we are monitoring the potential risks in the EU associated with the dissemination of content that may incite violence, hate and racism in conjunction with major political – or societal – events around the world, including debates and interviews in the context of elections.

Let me clarify that any negative effect of illegal content on X in the EU, which could be attributed to the ineffectiveness of the way in which X applies the relevant provisions of the DSA, may be relevant in the context of the ongoing proceedings and of the overall assessment of X's compliance with EU law. This is in line with what has already been done in the recent past, for example in relation to the repercussions and amplification of terrorist content or content that incites violence, hate and racism in the EU, such as in the context of the recent riots in the United Kingdom.

I therefore urge you to promptly ensure the effectiveness of your systems and to report measures taken to my team.

My services and I will be extremely vigilant to any evidence that points to breaches of the DSA and will not hesitate to make full use of our toolbox, including by adopting interim measures, should it be warranted to protect EU citizens from serious harm.

Yours sincerely,

Thierry Breton

In einem Brief vom August 2024 an Elon Musk warnte Kommissar Breton, dass die Europäische Kommission „ihre Instrumente voll ausschöpfen“ werde, falls X es nicht schaffe, Musks Interview mit Präsident Trump angemessen zu zensieren.

Die Europäische Kommission versuchte, Bretons Brief an Musk als nicht genehmigte Einzelaktion eines eigenmächtig handelnden Kommissars herunterzuspielen.⁴⁰ Doch Monate vor Bretons Brief an Musk

³⁵ Brief von Herrn Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt der Europäischen Kommission, an Herrn Elon Musk, Eigentümer von X Corp. (12. August 2024).

³⁶ Ebenda.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Schreiben des Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt der Europäischen Kommission (15. August 2024); Schreiben des Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt der Europäischen Kommission (10. September 2024).

³⁹ Siehe Lorne Cook, *Ein französisches Mitglied der Europäischen Kommission tritt zurück und kritisiert Präsidentin von der Leyen*, AP (16. September 2024).

⁴⁰ Siehe Bradford Betz: *EU-Regulierungsbehörden hatten keine Befugnis, Musk vor der Verbreitung „schädlicher Inhalte“ mit Trump X zu warnen. Interview: Bericht*, FOX BUSINESS (13. August 2024).

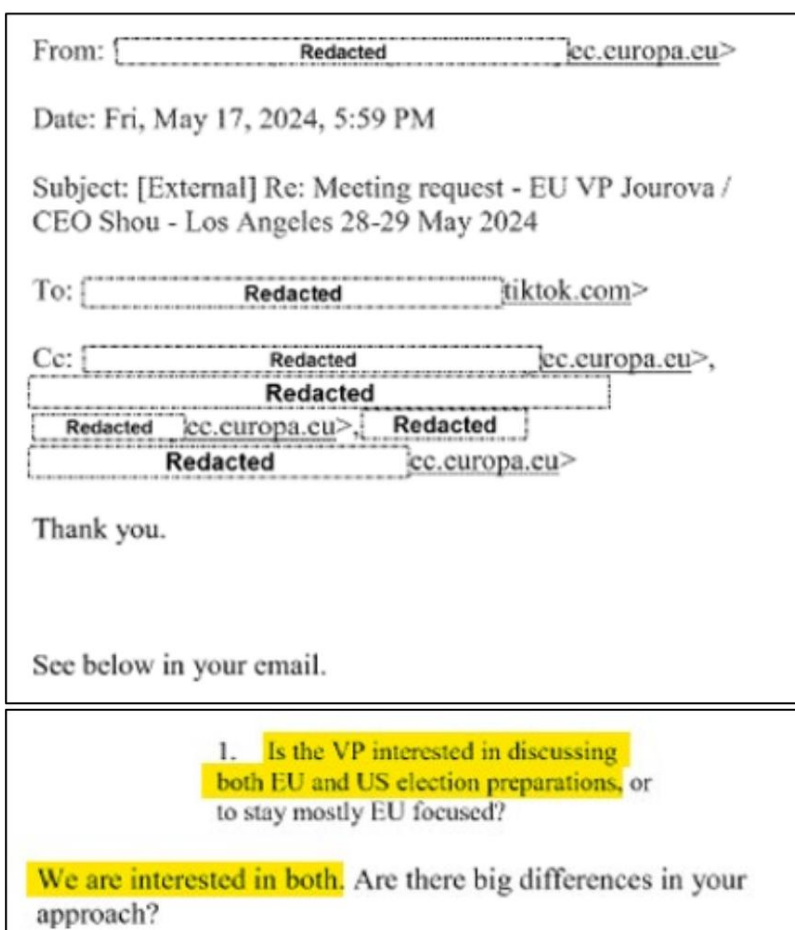
In einem ähnlichen Schreiben forderten auch andere hochrangige Beamte der Europäischen Kommission von den Führungskräften der großen Technologiekonzerne mehr Informationen darüber, wie diese die Äußerungen im Zusammenhang mit den Wahlen im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahlen 2024 moderieren wollen.

Im Mai 2024 wird der Vizepräsident der Europäischen Kommission Jourova reiste nach Kalifornien, um sich mit Vertretern führender Technologieplattformen zu treffen. Während dieser Reise traf sie sich mit TikTok-CEO Shou Chew und dem Leiter für Vertrauen und Sicherheit von TikTok, um unter anderem die „Wahlvorbereitungen“ zu besprechen.⁴¹ TikTok bat um Bestätigung, ob die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission die weite Reise nach Kalifornien auf sich nahm, um ein Treffen abzuhalten, das „hauptsächlich auf die EU ausgerichtet war“, oder ob sie „sowohl die EU- als auch die US-Wahlvorbereitungen“ besprechen wollte.⁴² Die Europäische Kommission bestätigte, dass Vizepräsidentin Jourova wollte über „beides“ sprechen.⁴³



Ehemaliger EU-Vizepräsident

Vera Jourova



Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, bat TikTok um ein Gespräch über die „Vorbereitungen für die US-Wahlen“ im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahlen 2024.

⁴¹ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (28. Mai 2024), siehe Anlage 27.

⁴²

⁴³ Ebenda, S. 43.

Die Europäische Kommission greift regelmäßig in nationale Wahlen der EU-Mitgliedstaaten ein.

Die Europäische Kommission versucht, Einfluss auf die EU-Mitgliedstaaten zu nehmen, indem sie die politische Meinungsäußerung während Wahlperioden kontrolliert. Besonders auffällig ist, dass die Europäische Kommission 2024 die DSA-Wahlleitlinien erließ, die Plattformen verpflichten, im Vorfeld wichtiger europäischer Wahlen zusätzliche Zensurmaßnahmen zu ergreifen, wie beispielsweise:

- „Aktualisierung und Verfeinerung von Richtlinien, Verfahren und Algorithmen“, um den Zensurvorgaben der EU zu entsprechen;
- Einhaltung der im Desinformationskodex dargelegten „Best Practices“, der Hassbekämpfung Sprachgesetz und EUIF-Dokumente;
- „Maßnahmen zur Verringerung der Verbreitung von Desinformation einführen“;
- „Anpassung ihrer **Geschäftsbedingungen** .“ - um die Reichweite deutlich zu verringern und die Auswirkungen von generativen KI-Inhalten, die Desinformation oder Fehlinformationen darstellen“;
- Beiträge, die von regierungsnahen, linken Medien als „Desinformation“ eingestuft werden, werden als „Kennzeichnung“ bezeichnet. Faktenchecker der Flügel;
- „Entwicklung und Anwendung von Impfmaßnahmen, die präventiv 44 und Widerstandsfähigkeit gegenüber möglichen und zu erwartenden Desinformationsnarrativen“;
- Zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von „geschlechtsspezifischer Desinformation“ ergreifen.⁴⁵

Diese DSA-Wahlrichtlinien wurden als freiwillige Best Practices bezeichnet.⁴⁶ Aber dahinter Hinter verschlossenen Türen stellte die Europäische Kommission klar, dass die Wahlleitlinien verbindlich seien. Prabhat Agarwal, Leiter der DSA-Durchsetzungseinheit der Kommission, bezeichnete die Leitlinien als Mindeststandard für die Einhaltung der DSA-Vorschriften und erklärte den Plattformen, dass sie, falls sie von den bewährten Verfahren abwichen, „gleichwertige oder bessere alternative Maßnahmen“ ergreifen müssten.⁴⁷

Darüber hinaus hatten die Vorgaben der Europäischen Kommission zur Wahlzensur wahrscheinlich extraterritoriale Auswirkungen. Beispielsweise müssen Unternehmen in obligatorischen Berichten an die Europäische Kommission Informationen offenlegen.

⁴⁴ US-Behörden nutzten diese Taktik vor der Präsidentschaftswahl 2020, um eine wahre Geschichte über die Einflussnahme der Familie Biden als russische Desinformation darzustellen. Infolgedessen zensurierten die großen Technologiekonzerne die wahren Fakten in den Wochen vor der Wahl. Siehe : Mitarbeiter des Justizausschusses des Repräsentantenhauses und des ausgewählten Unterausschusses zur Waffennutzung der Bundesregierung des Justizausschusses des Repräsentantenhauses , 118. Kongress , Wahlbeeinflussung : Wie das FBI „PREBUNKED“ – EINE WAHRE GESCHICHTE ÜBER DIE KORRUPTION DER BIDEN- FAMILIE IM VORAUS DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL 2020 WAHL (Comm. Print 30. Oktober 2024).

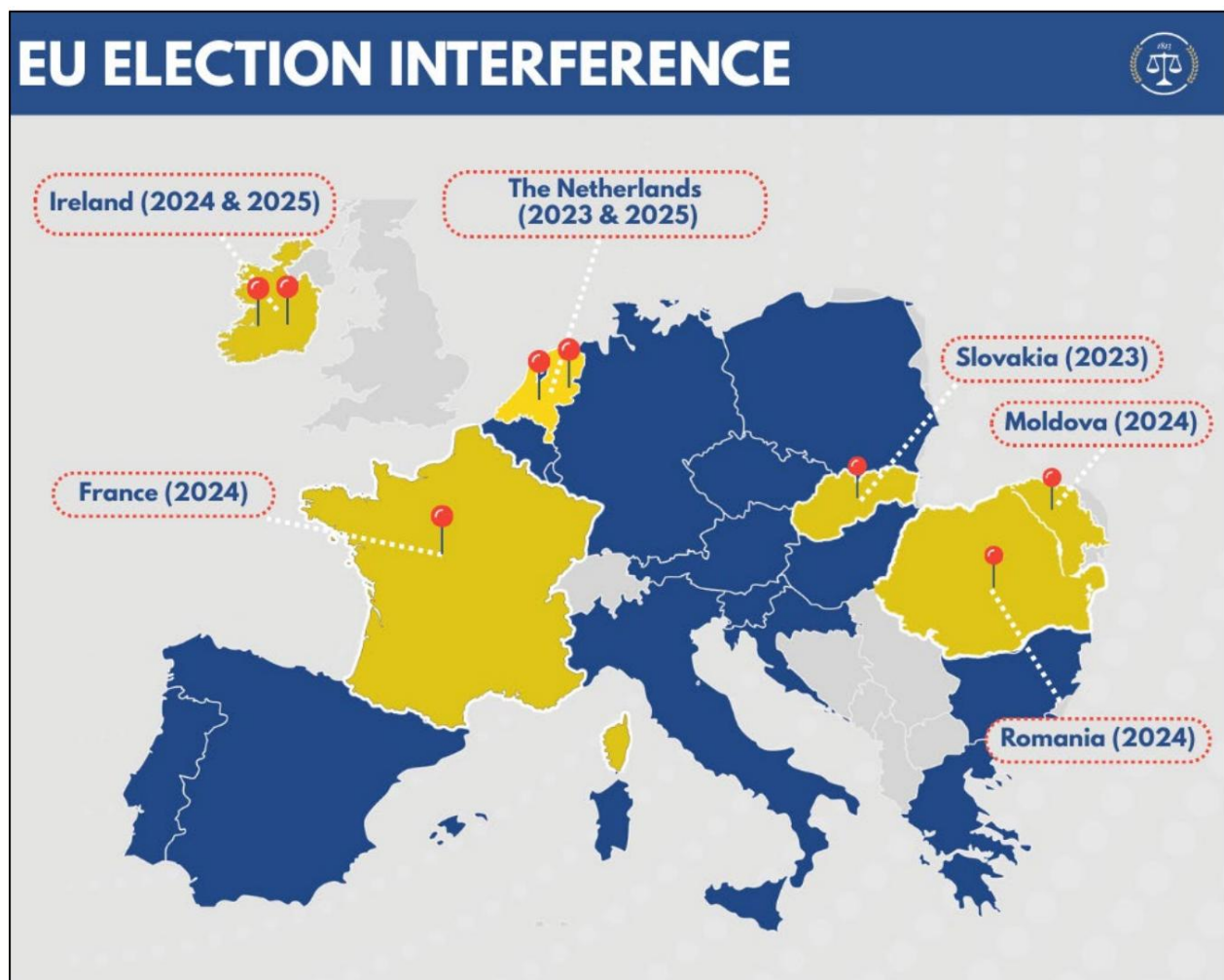
⁴⁵ Leitlinien der Kommission für Anbieter von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen zur Minderung systemischer Risiken für Wahlprozesse gemäß Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/2065 Nr. 2022 C/2024/3014 (26. April 2024) (nachfolgend „DSA-Wahlrichtlinien“) (Hervorhebung im Original).

⁴⁶ *Ebenda*.

⁴⁷ Interne Meta-Auswertung des Runden Tisches zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), *siehe* Anlage 243.

Die Kommission legt die standardmäßigen wahlbezogenen „Richtlinien, Instrumente und Prozesse“ des Unternehmens fest.⁴⁸ Die Europäische Kommission steht regelmäßig mit großen Social-Media-Plattformen in Kontakt, um zu erörtern, welche Änderungen im Zusammenhang mit Wahlen vorgenommen werden sollten, und veranstaltet Diskussionen zum Thema DSA in Nicht-EU-Ländern.⁴⁹

Seit dem Inkrafttreten des DSA im Jahr 2023 hat die Europäische Kommission Plattformen unter Druck gesetzt, Inhalte im Vorfeld nationaler Wahlen in der Slowakei, den Niederlanden, Frankreich, Moldawien, Rumänien und Irland sowie der EU-Wahlen im Juni 2024 zu zensurieren.⁵⁰ Nichtöffentliche Dokumente, die dem Ausschuss auf Vorladung hin vorgelegt wurden, belegen, wie die Europäische Kommission regelmäßig Druck auf Plattformen im Vorfeld nationaler Wahlen in EU-Mitgliedstaaten ausübte, um konservative oder populistische politische Parteien zu benachteiligen.



Nichtöffentliche Sitzungsagenden und Protokolle zeigen, dass die Europäische Kommission regelmäßig vor den Wahlen wurden Treffen von nationalen Regierungsbehörden, linken Nichtregierungsorganisationen und Plattformen einberufen.

⁴⁸ Siehe z. B. *ebenda*; E-Mail von Meta an die Europäische Kommission (10. Juli 2024), siehe Beispiel 166.

⁴⁹ Siehe beispielsweise die E-Mail von Meta an die Europäische Kommission (10. Juli 2024), siehe Anlage 166; Tagesordnung für die 11. Sitzung EU-Unterstützungszentrum für internationale Sicherheit und Grenzmanagement in Moldau zum Thema „Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung“ (18. September 2024), siehe Beispiel 251.

⁵⁰ Siehe unten Abschnitt VBiv.

um zu erörtern, welche politischen Meinungen zensiert werden sollten.⁵¹ Die Europäische Kommission half auch bei der Organisation von „Schnellreaktionssystemen“, in denen von der Regierung genehmigte Dritte befugt waren, Maßnahmen zu ergreifen. TikTok stellte vorrangige Zensuranträge, die fast ausschließlich die Opposition der Regierungspartei betrafen.⁵² TikTok meldete der Europäischen Kommission, dass es im Vorfeld der EU-Wahlen 2024 über 45.000 angebliche „Falschinformationen“ zensiert habe, darunter auch eindeutig politische Äußerungen zu Themen wie „Migration, Klimawandel, Sicherheit und Verteidigung sowie LGBTQ-Rechte“. ⁵³

Die slowakischen Wahlen 2023 sind ein wichtiges Beispiel. Die internen Richtlinien von TikTok zur Inhaltsmoderation zeigen, dass TikTok unter dem Druck europäischer Zensurbehörden folgende „Hassrede“ zensierte:

- „Es gibt nur zwei Geschlechter“;
- „Kinder können nicht trans sein“;
- „Wir müssen die Sexualisierung von Jugendlichen/Kindern stoppen.“
- „Ich denke, dass die LGBTI-Ideologie, die Gender-Ideologie und die Transgender-Ideologie eine große „eine Bedrohung für die Slowakei, genau wie Korruption“; und
- „Gezielte Falschgeschlechtszuordnung.“⁵⁴

Diese Aussagen sind keine „Hassrede“, sondern politische Meinungen zu einem aktuellen, kontroversen wissenschaftlichen und medizinischen Thema. TikTok selbst merkte an, dass einige dieser politischen Meinungen „in den slowakischen politischen Diskussionen üblich“ seien.⁵⁵ Dennoch, unter dem Druck der Europäischen Union, ... Die Kommission erklärte, TikTok habe diese Behauptungen im Vorfeld der nationalen Parlamentswahlen in der Slowakei zensiert.

Die Europäische Kommission ergriff während der rumänischen Präsidentschaftswahlen 2024 ihre schärfsten Zensurmaßnahmen. Im Dezember 2024 annullierte das rumänische Verfassungsgericht die Ergebnisse des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen des Vormonats, den der wenig bekannte unabhängige populistische Kandidat Călin Georgescu gewonnen hatte, nachdem rumänische Geheimdienste behauptet hatten, Russland habe Georgescu verdeckt durch eine koordinierte TikTok-Kampagne unterstützt.⁵⁶

Interne TikTok-Dokumente, die dem Ausschuss vorgelegt wurden, scheinen diese Darstellung zu widerlegen.⁵⁷ In seinen Eingaben an die Europäische Kommission, die die unbewiesene Behauptung russischer Einmischung nutzte, um die Inhaltsmoderationspraktiken von TikTok zu untersuchen, erklärte TikTok, dass es „keine Beweise für ein koordiniertes Netzwerk von 25.000 Konten im Zusammenhang mit Herrn Georgescus Wahlkampf gefunden hat und auch keine vorgelegt bekommen hat“ – die zentrale Behauptung der Geheimdienste.⁵⁸

⁵¹ Siehe unten Abschnitt VB 52
Id.

⁵³ TikTok 2024 European Parliament Elections Confidential Report (24. September 2024), siehe Ex. 253.

⁵⁴ Interne TikTok-Richtlinien zur Inhaltsmoderation für die slowakischen Wahlen 2023 (22. September 2023), siehe Beispiel 224.

⁵⁵ *Ausweis.*

⁵⁶ Siehe Thomas Grove & Alan Cullison, Rumänien sagt Wahl nach Vorwürfen russischer Einflussnahme ab, WALL. ST. J. (6. Dezember 2024).

⁵⁷ Siehe beispielsweise die Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), Anlage 268; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), Beispiel 266.

⁵⁸ Antwort von TikTok auf die Anfrage der Kommission (7. Dezember 2024), siehe Anlage 266.

Ende Dezember 2024 ergaben Medienberichte unter Berufung auf Beweise der rumänischen Steuerbehörde, dass die angebliche russische Einmischungskampagne tatsächlich von einer anderen rumänischen Partei finanziert worden war.⁵⁹ Die Wahlergebnisse wurden jedoch nie wiederhergestellt, und im Mai 2025 gewann der vom Establishment favorisierte Kandidat die Präsidentschaftswahl in Rumänien bei der Nachwahl.⁶⁰

Section 1.1 - Questions and Answers

(1) The Romanian President declassified the information submitted by the Romanian Intelligence Service, the Foreign Intelligence Service and the Ministry of Internal Affairs at the meeting of the Supreme Council for the Defence of the Country on 28 November 2024 ⁽⁶⁾. These documents contain a number of findings regarding the use made of TikTok in the context of the Presidential elections held on 24 November 2024, including the following:

- **The existence of inauthentic coordination on the platform, including through the use of hashtags, to promote one presidential candidate;**

3. TikTok understands that this statement (*"The existence of inauthentic coordination on the platform, including through the use of hashtags, to promote one presidential candidate"*) refers to the assertion at paragraph 1.1 of Document SRI I that a: *"network of accounts directly associated directly with Călin GEORGESCU's campaign initially consisted of 25,000 accounts on the TikTok platform, which became very active two weeks before the election date"*.
4. TikTok has not found, nor been presented with, any evidence of a coordinated network of 25,000 accounts associated with Mr Georgescu's campaign. Per TikTok's standard process, TikTok continues to monitor, investigate, and take action on attempts to deceive its community, and TikTok investigates leads that are reported to it.

TikTok teilte der Europäischen Kommission mit, dass es „keine Beweise gefunden oder vorgelegt bekommen“ habe.

Beweise“ zur Unterstützung der zentralen Behauptung der rumänischen Behörden über russische Einmischung.

Die Europäische Kommission instrumentalisiert die DSA weiterhin, um Inhalte jenseits ihrer Grenzen zu zensieren.

Nach einem Jahrzehnt der Zensur setzt die Europäische Kommission ihre Abkehr von Europas historischem Bekenntnis zur Meinungsfreiheit fort.

Im Dezember 2025 verhängte die Europäische Kommission ihre erste Geldbuße nach dem Digital Services Act gegen X wegen einer Reihe lächerlicher Verstöße – ein offensichtlich vorgeschobener Versuch, die Plattform für ihr Engagement für die Meinungsfreiheit zu bestrafen.⁶¹ Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldbuße in Höhe von 120 Millionen Euro – etwas weniger als die gesetzliche Höchstgrenze von sechs Prozent des weltweiten Umsatzes – wegen angeblicher Verstöße.

⁵⁹ Siehe Denis Cenusa, *Rumänische Liberale orchestrierten Wahlkampffinanzierung von Georgescu, wie eine Untersuchung enthüllt*, BNE INTELLINEWS (22. Dezember 2024).

⁶⁰ Siehe Sarah Rainsford et al., *Liberaler Bürgermeister Dan schlägt Nationalist in angespanntem Rennen um die rumänische Präsidentschaft*, BBC (19. Mai 2025).

⁶¹ Beschluss der Kommission vom 5.12.2025 gemäß Artikel 73 Absatz 1, Artikel 73 Absatz 3 und Artikel 74 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Digital Services Act); Rechtssache DSA.100101, DSA.100102 und DSA.100103 – X (ehemals Twitter), C(2025) 8630 final; siehe Anlage 302 (nachfolgend „X-Entscheidung“); siehe auch House Judiciary GOP (@JudiciaryGOP), X (28. Januar 2026, 16:09 Uhr), <https://x.com/JudiciaryGOP/status/2016619751183724789>.

einschließlich der „Verfälschung“ der Bedeutung blauer Häkchen durch Änderung ihrer Kennzeichnung ⁶² verliehen.

Trotz der Beteuerungen der Europäischen Kommission, dass das DSA nur in der EU gelte,⁶³ setzte ihre Entscheidung zu X das DSA extraterritorial durch. Die Entscheidung besagt, dass X, ein amerikanisches Unternehmen, gemäß der DSA-Bestimmung zum Forscherzugang amerikanische Daten an Forscher weltweit weitergeben muss – allein aufgrund eines europäischen Gesetzes.⁶⁴ Die Europäische Kommission drohte X sogar mit einem EU-Verbot, sollte das Unternehmen ihren Zensurforderungen nicht nachkommen.⁶⁵ Die Entscheidung der Europäischen Kommission, X mit einer Geldstrafe zu belegen, ist in mindestens zweierlei Hinsicht besorgniserregend: Sie bestraft X für dessen weltweiten Einsatz für die Meinungsfreiheit und beansprucht gleichzeitig die Befugnis, das DSA global durchzusetzen. Genau davor hat der Ausschuss seit über einem Jahr gewarnt.

4.	Non-Compliance with Article 25(1) of Regulation (EU) 2022/2065	25
4.1.	The legal framework	25
4.2.	The relevant measures put in place by the provider of X	25
4.3.	The Commission’s Preliminary Findings.....	27
4.3.1.	Misappropriating the historical meaning of the verification checkmarks of Twitter on the X service.....	27
4.3.2.	Misappropriating the meaning of cross-industry visual standards.....	33

Die Europäische Kommission warf X vor, gegen das DSA verstoßen zu haben, indem es die Bedeutung eines blauen Häkchens „missbraucht“ habe.

Zwei jüngste EU-Initiativen drohen zudem, die Krise der Meinungsfreiheit in Europa zu verschärfen. Im Rahmen des von Präsidentin von der Leyen initiierten „Demokratie-Schutzschildes“ wird die Europäische Kommission mindestens zwei neue Zensurzentren für Regulierungsbehörden und linke Nichtregierungsorganisationen schaffen, um Druck auf Plattformen auszuüben, konservative Inhalte zu zensieren – das Europäische Zentrum für Demokratische Resilienz und das Europäische Netzwerk der Faktenchecker.⁶⁶ Mit demselben Vorschlag strebt die Europäische Kommission eine Erweiterung des Desinformationskodex um Anforderungen an „Nutzerverifizierungstools“ an, was die Anonymität im Internet faktisch beenden könnte, da Nutzer ihre Identität nachweisen müssten.

⁶⁷ , um ein Konto zu erstellen. Die Kommission versucht außerdem, normale demokratische Prozesse zu umgehen, um eine einheitliche, weitreichende Definition von illegaler „Hassrede“ in ganz Europa zu schaffen.

⁶⁸ Dies würde voraussetzen, dass jeder EU-Mitgliedstaat die Definition der Kommission übernimmt. Dazu gehören sowohl konventionelle politische Diskurse als auch „Memes“.⁶⁹ Die europäische Zensurbedrohung lässt nicht nach.

⁶² *Ausweis.*

⁶³ *Siehe* Brief von Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt der Europäischen Kommission, an den Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender, H. Ausschuss für die Justiz (21. August 2024).

⁶⁴ X-Entscheidung, *siehe* Fußnote 61.

⁶⁵ *Ebenda.*

⁶⁶ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen: Europäischer Demokratie-Schild: Stärkung starker und widerstandsfähiger Demokratien, JOIN(2025) 791 final (nachfolgend „Demokratie-Schild-Vorschlag“).

⁶⁷ *Ebenda.* Regierungen könnten dann Plattformen zwingen, diese Informationen bereitzustellen, um anonyme Sprecher, mit denen sie nicht einverstanden sind, ins Visier zu nehmen.

⁶⁸ *Union der Gleichstellung: LGBTQ+ Gleichstellungsstrategie 2026-2030*, EUROPÄISCHE KOMMENTAR, COM(2025) 725 final, S. 6.

⁶⁹ DSA Censorship Report I, *supra* note 3, at 28.

*

*

*

Der Ausschuss führt seine Untersuchung zu ausländischen Zensurgesetzen und -vorschriften durch. und gerichtliche Anordnungen aufgrund der Gefahr, die sie für die Meinungsfreiheit von Amerikanern in den Vereinigten Staaten darstellen. Insbesondere die DSA der EU stellt eine ernste Gefahr für die Online-Meinungsfreiheit der Amerikaner dar: Die Europäische Kommission hat Technologieunternehmen gezielt unter Druck gesetzt, ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern, und dabei gezielt amerikanische Meinungsäußerungen und Wahlen ins Visier genommen. Die extraterritorialen Maßnahmen der Europäischen Kommission greifen unmittelbar in die amerikanische Souveränität ein. Der Ausschuss wird weiterhin an gesetzlichen Lösungen arbeiten, um diese existenzielle Bedrohung für das wichtigste Recht der Amerikaner abzuwehren und ihr wirksam entgegenzuwirken.

 INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	1
INHALTSVERZEICHNIS	22
I. 24 Ermittlungsgeschichte	
II. Das Gesetz über digitale Dienste ist der Höhepunkt einer jahrzehntelangen Kampagne Europas.	
ZUR KONTROLLE DER ONLINE- SPRACHE.....	26
A. Die Europäische Kommission erließ verbindliche „Verhaltenskodizes“ zu sogenannter „Desinformation“ und „Hassrede“, um die Regulierungslücke bis zum Inkrafttreten des umfassenden Zensurgesetzes, des DSA, zu schließen.	27
B. Deutschland war 2017 Vorreiter mit seinem umfassenden Zensurgesetz.	28
C. Die Europäische Kommission behandelte die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede als Vorläufer verbindlicher Gesetze zur digitalen Zensur und zwang Plattformen zur Einhaltung.	29
D. Die DSA ist der Höhepunkt der Kampagne der Europäischen Kommission zur Erlangung globaler Kontrolle über Online-Narrative.....	34
E. Das „freiwillige“ und „konsensbasierte“ europäische Zensurregime ist weder freiwillig noch konsensbasiert.	35
F. Die Europäische Kommission erklärt heute ausdrücklich, dass die Einhaltung der Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation faktisch als sicherer Hafen für DSA (Dissic Speech Act) dient und Plattformen, die diese nicht einhalten, mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen.....	37
III. Die Europäische Kommission hat erfolgreich Druck auf Plattformen ausgeübt , ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern , was der Meinungsfreiheit amerikanischer Bürger in den Vereinigten Staaten direkt geschadet hat	39
A. Da Richtlinien zur Inhaltsmoderation nicht praktikabel oder effektiv auf Länderebene durchgesetzt werden können, sind sie global angelegt.	40
B. Der Klartext der Verhaltenskodizes gegen Desinformation und Hassrede verpflichtet Plattformen zur Änderung ihrer Regeln zur Inhaltsmoderation.	42
C. Der Text der DSA verpflichtet Plattformen zur Änderung ihrer Regeln zur Inhaltsmoderation.....	42
D. Die Europäische Kommission versuchte, Äußerungen zu zensieren, die die gängigen Regierungsdarstellungen zu COVID-19 und Impfstoffen in Frage stellten.	43
E. Die Europäische Kommission übte Druck auf die Plattformen aus, ihre Regeln für Inhalte im Zusammenhang mit Russlands Invasion in der Ukraine zu ändern.	52
F. Regulierungsbehörden und NGOs übten in Treffen der Unterzeichner des Desinformationskodex häufig Druck auf Plattformen aus, die Regeln zur Moderation von Fehlinformationen und Desinformationen zu ändern.	60
G. Seit dem Inkrafttreten des DSA haben die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission die Plattformen regelmäßig unter Druck gesetzt, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern.....	70
H. Die Plattformen haben als Reaktion auf diese Bemühungen der Europäischen Kommission ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation geändert.....	76
IV. Die Versuche der Europäischen Kommission, die Meinungsäußerung in den USA zu zensieren	85
A. Die Europäische Kommission forderte Plattformen auf, US-Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu zensieren.....	85
B. Die Europäische Kommission griff in den politischen Prozess der USA ein, indem sie mit Plattformen über Inhalte im Zusammenhang mit der US-Präsidentschaftswahl 2024 in Kontakt trat.	86
V. DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION SETZT IHRE ZENSURINSTRUMENTE ALS WAFFE EIN, UM ZUM SCHWEIGEN ZU BRINGEN	
KONSERVATIVE UND „ANTI-ESTABLISHMENT“ -POLITISCHE REDE.	89

A. Das EU-Internetforum ermutigt Plattformen zur Zensur legaler und nicht rechtswidriger politischer Äußerungen.....	89
B. Die Europäische Kommission und die Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten üben Druck auf Plattformen aus, um konservative und „systemkritische“ politische Äußerungen während Wahlperioden zu zensieren.....	96
VI. Es bestehen Reformmöglichkeiten , doch die Europäische Kommission nutzt das DSA weiterhin als Instrument der harten Zensur	124
A. Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldstrafe von 120 Millionen Euro, weil er sich für die Meinungsfreiheit und den offenen Diskurs im Internet eingesetzt hatte.	124
B. Die laufenden Initiativen der Europäischen Kommission deuten darauf hin, dass sie weiterhin an der Zensur festhält.	134
C. Die Europäische Kommission versucht, ihre Zensurmaßnahmen auf andere Länder auszuweiten.	137
VII. SCHLUSSFOLGERUNG.....	139
ANHANG	140

I. Ermittlungsgeschichte

Der Justizausschuss untersucht weiterhin, wie und in welchem Umfang

Ausländische Gesetze, Verordnungen und Gerichtsbeschlüsse zwingen, nötigen oder beeinflussen Unternehmen dazu, die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten zu zensieren.⁷⁰ Der Fokus des Ausschusses auf europäische Bemühungen zur Zensur der Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten begann im August 2024, als der damalige EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, X mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen gemäß dem Digital Services Act (DSA) drohte, weil das Unternehmen im Vorfeld der US-Präsidentenwahl 2024 ein Live-Interview mit Präsident Trump in den Vereinigten Staaten veranstaltet hatte.⁷¹ Obwohl Breton später zurücktrat, vertritt seine Nachfolgerin, Henna Virkkunen, eine ähnliche zensurfreundliche Ideologie.⁷² Bis heute unterstützt Virkkunen die Zensurbestimmungen der DSA und setzt das Gesetz aktiv gegen amerikanische Unternehmen durch.⁷³

Um die europäische Bedrohung der Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten besser zu verstehen, erließ der Ausschuss Vorladungen zur Herausgabe von Dokumenten an zehn große Technologieunternehmen, in denen er sie unter anderem dazu verpflichtete, die Kommunikation mit Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Zensur von Online-Äußerungen offenzulegen.⁷⁴ Der Ausschuss dokumentierte seine ersten Ergebnisse eines Zwischenberichts der Mitarbeiter im Juli 2025.⁷⁵ Die nicht-öffentlichen Dokumente, die dem Ausschuss enthüllte, dass der DSA als Zensurinstrument missbraucht wird, das die Meinungsfreiheit im Internet, einschließlich der Meinungsfreiheit von Amerikanern in den Vereinigten Staaten, einschränkt. Konkret zeigten die Dokumente, dass Europäische Regulierungsbehörden nutzen den DSA, um: (1) Kernfragen der politischen Meinungsäußerung zu erfassen, die weder schädlich noch

⁷⁰ Siehe DSA-Zensurbericht I, *oben*, Fußnote 3; Pressemitteilung des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, Vorsitzender Jordan. Vorladungen an große Technologiekonzerne zur Herausgabe von Informationen über ausländische Zensur amerikanischer Meinungsäußerungen (26. Februar 2025), <https://judiciary.house.gov/media/press-releases/chairmanjordan-subpoenas-big-tech-information-foreign-censorship-american>.

⁷¹ Brief von Herrn Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt der Europäischen Kommission, an Herrn Elon Musk, Eigentümer von X Corp. (12. August 2024).

⁷² Siehe beispielsweise Pieter Haeck, „EU wird in Trumps Handelsgesprächen nicht über Regelwerke für Technologie verhandeln, sagt Brüssel“, POLITICO (1. Juli 2025) („Die Regeln der Europäischen Union zur Inhaltsmoderation, zum digitalen Wettbewerb und zur künstlichen Intelligenz“) „Sind nicht verhandelbar mit den USA“, sagt Henna Virkkunen, Technologiebeauftragte der Europäischen Kommission.“); *Anhörung zur Bestätigung von Henna Virkkunen, designierte Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission*, gemeinsam vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments, Berichtsanhörung, S. 13-16 (12. November 2024).

⁷³ Siehe X-Entscheidung, *oben* Anmerkung 61.

⁷⁴ Schreiben des Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Timothy Cook, CEO von Apple (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben des Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Andy Jassy, Präsident und CEO von Amazon ...

Ausschuss für Justiz an Herrn Satya Nadella, CEO von Microsoft (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Christopher Pavlovski, Vorsitzender und CEO von Rumble (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn

Sundar Pichai, CEO, Alphabet (26. Februar 2025) (beigefügte Vorladung); Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Repräsentantenhauses.

Ausschuss für Justiz an den Verantwortlichen für die Aufbewahrung der Unterlagen, TikTok (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben des Abgeordneten.

Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Linda Yaccarino, CEO von X (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Mark Zuckerberg, CEO von Meta (26. Februar 2025) (mit

beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Steve Huffman, CEO und Präsident von Reddit (17. April 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Sam Altman, CEO von

OpenAI (5. November 2025) (mit beigefügter Vorladung).

⁷⁵ DSA Zensurbericht I, *siehe* Fußnote 3.

illegal; und (2) Online-Plattformen unter Druck zu setzen, ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation als Reaktion auf Forderungen der Europäischen Kommission zu ändern.⁷⁶

Die Dokumente enthüllten auch, wie europäische Regulierungsbehörden mit zensurbefürwortenden zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. Zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) zur Erreichung ihrer Zensurziele.⁷⁷ Diese Organisationen setzen sich ein für breitere Definitionen von „Hassrede“ und „Desinformation“.⁷⁸ Eine zivilgesellschaftliche Organisation, Access Now, behauptete sogar während eines von der Europäischen Kommission im vergangenen Jahr veranstalteten „DSA-Workshops“, dass Die Bemühungen der Plattformen zur Inhaltsmoderation sollten „über illegale Inhalte hinausgehen und zur Entfernung von allem führen, was als hasserfüllt und schädlich angesehen werden kann.“⁷⁹ Um ein besseres Verständnis darüber zu erlangen, wie europäische Regulierungsbehörden mit Drittorganisationen zusammenarbeiten, um Online-Äußerungen zu zensieren, forderte der Ausschuss im Juli 2025 Dokumente von zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen an, Access Now und dem Institute for Strategic Dialogue, und erhielt diese auch.⁸⁰

Im Oktober 2025 forderte der Ausschuss Dokumente von der Stanford University an und erhielt diese, nachdem er festgestellt hatte, dass dort im September 2025 eine Veranstaltung stattgefunden hatte, bei der die Zensurbehörden mehrerer ausländischer Regierungen versuchten, eine globale Zensurkampagne zu koordinieren.

⁸¹ Dies war nicht das erste Mal, dass Stanford sich an einer Verschwörung gegen die Freiheit der Amerikaner beteiligte. Meinungsfreiheit: Im Jahr 2020 spielte das Stanford Internet Observatory eine wichtige Rolle bei der Weiterleitung von Zensuranfragen der US-Regierung an Social-Media-Plattformen. Dies ermöglichte es US-Regierungsbeamten, unliebsame Stimmen verdeckt zum Schweigen zu bringen, um die US-Präsidentenwahlen 2020 zu beeinflussen.⁸²

Als Reaktion auf diese Vorladungen und Schreiben erhielt der Ausschuss zehntausende Seiten nicht-öffentlicher, interner Plattformdokumente und Korrespondenz mit ausländischen Regulierungsbehörden. Diese Dokumente beschreiben detailliert die jahrzehntelange Kampagne der Europäischen Kommission zur Zensur des globalen Internets.

⁷⁶ Ebenda, S. 25–36.

⁷⁷ Ebenda, S. 29.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Ebenda, S. 61.

⁸⁰ Brief von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Dixon Osburn, Geschäftsführer, Institut für Strategischen Dialog-USA (25. Juli 2025); Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Alejandro Mayoral Baños, Geschäftsführer von Access Now (25. Juli 2025).

⁸¹ Brief von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Jeff Hancock, Direktor des Stanford Cyber Policy Center (22. Oktober 2025); siehe Michael Shellenberger, *Obama-nahes Stanford Center hielt geheimes Treffen mit ausländischen Regierungen ab, um globale Internetzensur zu planen*, PUBLIC NEWS (28. Oktober 2025); Teddy Ganea et al., *Stanfords Cyber Policy Center koordiniert internationale Internetzensur*, THE STANFORD REV.

(29. Oktober 2025).

⁸² Siehe STAFF OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY AND THE SELECT SUBCOMM. ON THE WAAPONIZING OF THE FED.

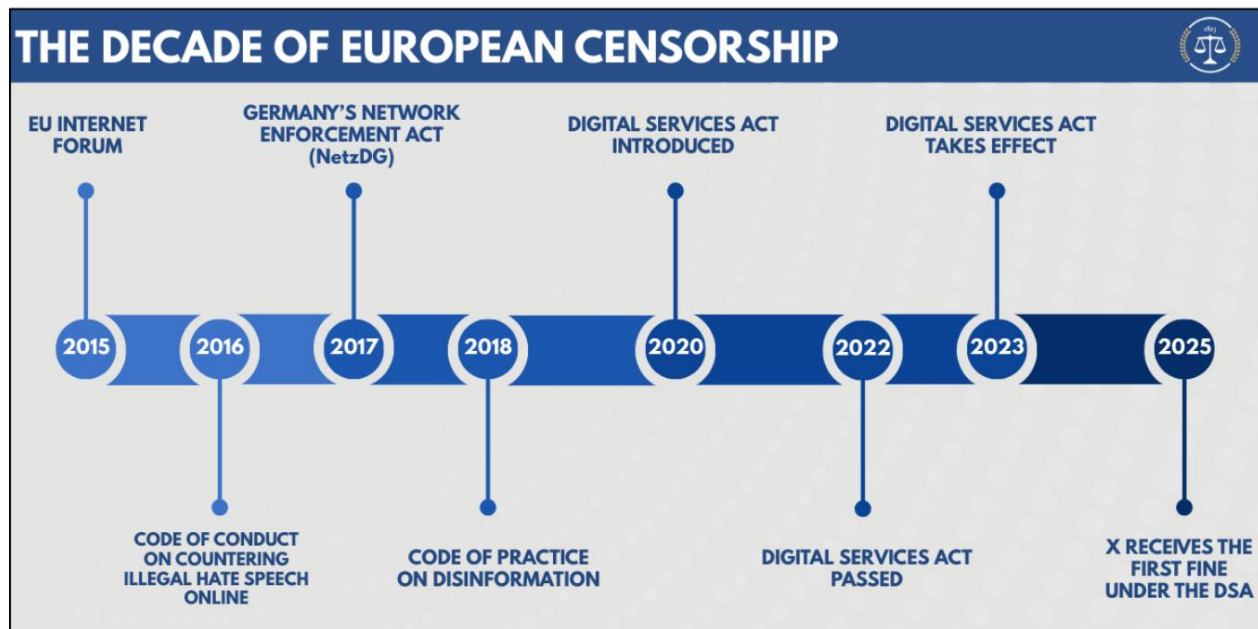
Ausschuss der Regierung des Repräsentantenhauses für die Justiz, Die Instrumentalisierung von „Desinformations“-Pseudoexperten und Bürokraten: Wie die Bundesregierung mit Universitäten zusammenarbeitete, um die freie Meinungsäußerung der Amerikaner zu zensieren, (6. November 2023).

II. DAS GESETZ ÜBER DIGITALE DIENSTE IST DER HÖHEPUNKT DER JAHRZEHNTE LANGEN KAMPAGNE EUROPAS ZUR KONTROLLE DER ONLINE- SPRACHE.

Die Europäische Union hat das DSA im Jahr 2022 verabschiedet, aber der dazugehörige Apparat reicht zurück bis in die Vergangenheit. Bis Mitte der 2010er-Jahre, als soziale Medien eine immer wichtigere Rolle in der politischen Debatte spielten. Von Beginn der EU-Zensurkampagne an strebte die EU-Spitze ein umfassendes Gesetz zur digitalen Zensur an, das der Europäischen Kommission die vollständige Kontrolle über Online-Inhalte einräumen sollte. Europäische Politiker und Regulierungsbehörden brachten dieses Ziel deutlich zum Ausdruck, insbesondere in direkten Gesprächen mit den Plattformen.

Die europäischen Bedenken hinsichtlich sogenannter „Hassrede“ nahmen Mitte der 2010er Jahre Gestalt an, als Massenproteste stattfanden. Die Migration überflutete den Kontinent und entfachte neue politische Debatten über Multikulturalismus, Assimilation und die Bedrohung durch Terrorismus.⁸³ Das politische Establishment in den Vereinigten Staaten und in Europa machte für die Wahlergebnisse bei den US-Präsidentenwahlen 2016 und den französischen Präsidentenwahlen 2017 russische Einmischung verantwortlich, anstatt eine legitime Gegenreaktion ihrer Bürger auf unpopuläre politische Entscheidungen – vor allem die Massenmigration – zu thematisieren.

Unter dem Vorwand, sogenannte „Hassrede“ oder „Desinformation“ zu bekämpfen, häufte die Europäische Kommission Macht über den politischen Online-Diskurs an. Die Grenze zwischen „Hassrede“ und zivilem Diskurs bzw. zwischen „Fehlinformation“ und Wahrheit ist – insbesondere in komplexen, kontextabhängigen politischen Debatten – naturgemäß subjektiv. Wie zu erwarten, wurden „Hassrede“ und „Desinformation“ zu Instrumenten, die europäische Regulierungsbehörden gegen politische Äußerungen einsetzten, mit denen sie nicht einverstanden waren oder die ihre Macht bedrohten. Europäische Politiker starteten eine zehnjährige Kampagne, um die Online-Äußerungen ihrer Gegner – in Europa und darüber hinaus – zum Schweigen zu bringen. Die DSA war der Höhepunkt dieser Bemühungen.



⁸³ Siehe z. B.: Österreichs oberster Justizbeamter erläutert Europas Ansatz zu Hassverbrechen und Hassrede, CATHOLIC U. OF AMERICA (3. Februar 2015) (mit dem Hinweis, dass die jüngsten Ereignisse „die Aufmerksamkeit Europas wie nie zuvor auf das Thema Hassrede gelenkt haben“); Facebook, Google und Twitter einigen sich auf deutschen Deal gegen Hassrede, BBC (15. Dezember 2015).

A. Die Europäische Kommission hat verbindliche „Verhaltensregeln“ für sogenannte „Desinformation“ und „Hassrede“ sollen die regulatorische Lücke bis zum Ende schließen. Das umfassende Zensurgesetz, der DSA, war in Kraft.

Ende 2015 gründete die Kommission das EU-Internetforum (EUIF), um „den Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke zu bekämpfen“.⁸⁴ Seit 2015 hat sich das EUIF jedoch von einer gezielten Initiative zur Bekämpfung der Online-Rekrutierung von Terroristen zu einem breit angelegten Vorhaben entwickelt, das Plattformen dazu anregt, legale und nicht rechtswidrige politische Äußerungen zu zensieren.⁸⁵ Konkret berät das EUIF Plattformen nun, wie sie „grenzwertige Inhalte“ – also legale Inhalte wie „EU-kritische“ Inhalte, „politische Satire“, „Memes“ und „populistische Rhetorik“ – am besten zensieren können.⁸⁶

Europas Bemühungen zur Kontrolle des Online-Diskurses wurden 2016 und 2018 mit zwei Maßnahmen ausgeweitet. „Verhaltenskodizes“ – angeblich unverbindliche Selbstverpflichtungen großer Social-Media-Plattformen zur Inhaltsmoderation. Der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet wurde 2016 veröffentlicht,⁸⁷ während der Verhaltenskodex gegen Desinformation 2018 eingeführt wurde.⁸⁸ In beiden Kodizes verpflichteten sich die Plattformen, Inhalte zu zensieren, die von europäischen Regulierungsbehörden missbilligt werden. So versprachen beispielsweise die Unterzeichner des Verhaltenskodex gegen Hassrede, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern, um „hasserfülltes Verhalten“ zu unterbinden,⁸⁹ während sich die Unterzeichner des Verhaltenskodex gegen Desinformation verpflichteten, die Sichtbarkeit mutmaßlicher Desinformation zu verringern – was faktisch deren Zensur bedeutet.⁹⁰

GLOSSAR DER EU - ZENSURAKTIVITÄTEN	
Internet der Europäischen Union Forum (2015)	Die EUIF wurde im Dezember 2015 von der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission ins Leben gerufen und begann als Initiative zur Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Social-Media-Plattformen, um die Online-Rekrutierung von Terroristen zu unterbinden. ⁹¹ Seitdem hat die Kommission es jedoch genutzt, um aggressiv für die Zensur legaler, nicht rechtswidriger politischer Äußerungen einzutreten – insbesondere konservativer Äußerungen, die sie oft als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ bezeichnet. ⁹²

⁸⁴ *Internetforum der Europäischen Union*, EUROPEAN COMM'N (25. Juli 2025), https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/european-union-internet-forum_en.

⁸⁵ Siehe unten Abschnitt VA

⁸⁶ Siehe *EU Internet Forum: The Handbook of Borderline Content in Relation to Violent Extremism*, siehe Ex. 38.

⁸⁷ *EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (30. Juni 2016), https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-countering-illegal-hate-speech-online_en.

⁸⁸ *Verhaltenskodex 2018 zur Bekämpfung von Desinformation*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2018-code-practice-disinformation>.

⁸⁹ *EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (30. Juni 2016), https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-countering-illegal-hate-speech-online_en.

⁹⁰ *Verhaltenskodex 2018 zur Bekämpfung von Desinformation*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2018-code-practice-disinformation>.

⁹¹ *Internetforum der Europäischen Union*, EUROPEAN COMM'N (25. Juli 2025), https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/european-union-internet-forum_en.

⁹² Siehe unten Abschnitt VA

Verhaltenskodex für Bekämpfung illegalen Hasses Speech Online (2016)	Die von der Europäischen Kommission im Mai 2016 ins Leben gerufene Initiative umfasste zwölf Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten, darunter das Versprechen, Zensur angeblicher „hasserfüllter Handlungen“. ⁹³ Zu den Unterzeichnern gehörten Facebook, Instagram, Microsoft, Snapchat, TikTok und Twitter (jetzt X). ⁹⁴ Der Kodex wurde 2025 durch den Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet ersetzt. ⁹⁵
Verhaltenskodex Desinformation (2018)	Die von der Europäischen Kommission im Jahr 2018 ins Leben gerufene und 2022 überarbeitete Erklärung der Unterzeichnerstaaten enthielt 21 Verpflichtungen, darunter das Versprechen, die Sichtbarkeit mutmaßlicher Desinformationen zu verringern. ⁹⁶ Zu den Unterzeichnern der Plattform gehörten Facebook, Google, Microsoft, TikTok und Twitter (jetzt X), wobei X im Jahr 2023 austrat. ⁹⁷ Die Kommission bezeichnet den Kodex als den weltweit ersten selbst-Regulierungsstandards für Desinformation in sozialen Medien. ⁹⁸

B. Deutschland war 2017 Vorreiter mit seinem eigenen umfassenden Zensurgesetz.

Deutschland war einer der ersten EU-Mitgliedstaaten, der auf nationaler Ebene Maßnahmen ergriff und 2017 das Netzdurchsetzungsgesetz (NetzDG), ein umfassendes Gesetz zur digitalen Zensur, verabschiedete. Gemäß dem NetzDG sind Social-Media-Plattformen verpflichtet, auf Beschwerde eines Nutzers hin die Rechtmäßigkeit von Inhalten anhand von „achtzehn einzelnen Bestimmungen des deutschen Strafrechts“ zu prüfen, darunter drakonische Bestimmungen, die gängige politische Äußerungen als Hassrede einstufen.⁹⁹ Plattformen sind verpflichtet, als illegal eingestufte Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu entfernen.¹⁰⁰ Facebook zufolge schuf das NetzDG ein Regime des „Im Zweifel löschen“ und kehrte damit den traditionellen westlichen Grundsatz um, dass Äußerungen grundsätzlich legal sind.¹⁰¹ Auch Wissenschaftler kritisierten das NetzDG und erklärten, es fördere „Überblockierung“, was zur Entfernung legaler Inhalte ohne ordnungsgemäßes Verfahren führen könne.¹⁰² Nach Verabschiedung des NetzDG urteilten deutsche Gerichte bald, dass es die weltweite Entfernung von nach deutschem Recht illegalen Inhalten erfordere, da geografisch gesperrte Beiträge in Deutschland weiterhin über ein VPN (Virtual Private Network) abgerufen werden könnten.¹⁰³ Diese frühen Bemühungen bildeten die Grundlage für die wachsende europäische Kampagne zur weltweiten Zensur von Online-Äußerungen.

⁹³ EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet, EUROPÄISCHE KOMMISSION (30. Juni 2016), https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-counterling-illegal-hate-speech-online_en.

⁹⁴ Ebenda.

⁹⁵ Siehe Pressemitteilung der Europäischen Kommission: Kommission begrüßt die Integration des überarbeiteten Verhaltenskodex von Condé on Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet im Gesetz über digitale Dienste (19. Januar 2025), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_300.

⁹⁶ Verhaltenskodex 2018 zur Bekämpfung von Desinformation, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2018-code-practice-disinformation>.

⁹⁷ Ebenda; Francesca Gillett, *Twitter zieht sich aus freiwilligem EU-Desinformationskodex zurück*, BBC (27. Mai 2023).

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Imara McMillan, *Durchsetzung durch das Netzwerk: Das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz und Artikel 10 des Europäischen Menschenrechtskonvention*, 20 CHIC. J. INT. L. 252, 254 (2019).

¹⁰⁰ Ausweis.

¹⁰¹ John Rosenthal, *Make Speech Free Again*, CLAREMONT REV. OF BOOKS (Frühjahr 2025).

¹⁰² Imara McMillan, *Durchsetzung durch das Netzwerk: Das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz und Artikel 10 des Europäischen Menschenrechtskonvention*, 20 CHIC. J. INT. L. 252, 252 (2019).

¹⁰³ Ebenda, S. 265-266.

C. Die Europäische Kommission betrachtete die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede als Vorläufer verbindlicher Gesetze zur digitalen Zensur und zwang die Plattformen zur Einhaltung.

Die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede waren lediglich ein erster Schritt hin zu verbindlichen Zensurgesetzen. Bereits 2016 sagte die damalige EU-Justizkommissarin Vera Jourová: dass die EU, sollten die Plattformen den Bestimmungen des Verhaltenskodex gegen Hassrede nicht ausreichend nachkommen, diesen einfach in verbindliches Recht umsetzen würde: „Wenn Facebook, YouTube, Twitter und Microsoft mich und die Minister davon überzeugen wollen, dass der nicht-legislative Ansatz funktionieren kann, müssen sie in den kommenden Monaten schnell handeln und sich stark anstrengen.“¹⁰⁴ Mit anderen Worten: Diese „freiwilligen“ Die Regeln waren alles andere als regelkonform. Die Plattformen wussten, dass sie sich früher oder später den Zensurvorgaben der EU beugen mussten, um nicht mit massiven Strafen zu rechnen. Am einfachsten war es, diesen Vorgaben sofort nachzukommen – auf Kosten der Meinungsfreiheit auf ihren Plattformen.

Tatsächlich schikanierten europäische Regulierungsbehörden US-amerikanische Technologieunternehmen bereits in anderen Bereichen. Die verhängten Geldstrafen in Milliardenhöhe demonstrierten die Fähigkeit und den Willen der EU, Technologieplattformen von außerhalb der EU zu bestrafen, die sich ihren Forderungen widersetzen. Alphabet beispielsweise wurde zwischen 2017 und 2019 von der Kommission mit insgesamt 8,2 Milliarden Euro bestraft, weil das Unternehmen angeblich Google Shopping in den Suchergebnissen bevorzugte,¹⁰⁵ Google-Apps auf Google-Telefonen vorinstallierte¹⁰⁶ und exklusive Verträge für digitale Werbung abschloss.¹⁰⁷ Zusätzlich zu dem Wissen, dass ein verbindliches Zensurgesetz in Vorbereitung war, mussten die Plattformen auch die bereits bestehende Befugnis der EU berücksichtigen, sie mit hohen Geldstrafen zu belegen. Dies erhöhte den Druck auf die Plattformen, Inhalte zu zensurieren.

Im Jahr 2019 schlug die designierte Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vor, „einen neues Gesetz über digitale Dienste“,¹⁰⁸ das „das Ziel hätte, die im Rahmen der Kodizes eingegangenen ‚freiwilligen‘ Verpflichtungen in rechtliche Verpflichtungen umzuwandeln“.¹⁰⁹

GLOSSAR DER EU - ZENSURAKTIVITÄTEN	
Digitale Dienste Gesetz (2022)	Das umfassende EU-Gesetz zur digitalen Zensur, das 2020 eingebracht und 2022 verabschiedet wurde, verpflichtet die weltweit größten Social-Media-Unternehmen zu erheblichen rechtlichen Maßnahmen. ¹¹⁰ Das Gesetz verpflichtet die Plattformen, systemische Risiken auf ihren Seiten zu identifizieren und zu minimieren. Dazu zählen irreführende oder täuschende Inhalte, Desinformation, tatsächliche oder vorhersehbare negative Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs und Wahlprozesse, Hassrede sowie nicht illegale Informationen. ¹¹¹ Plattformen, die gegen das Gesetz verstoßen, können mit einer Geldstrafe von bis zu sechs Prozent ihres weltweiten Umsatzes belegt und unter bestimmten Umständen aus der EU ausgeschlossen werden. ¹¹²

¹⁰⁴ Liat Clark, *Facebook und Twitter müssen Hassrede bekämpfen oder mit neuen Gesetzen rechnen*, WIRED (5. Dezember 2016).

¹⁰⁵ Pressemitteilung der Europäischen Kommission, Kartellrecht: Kommission verhängt Geldbuße von 2,42 Milliarden Euro gegen Google wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung Suchmaschinenbetreiber verschaffen sich durch unzulässige Vorteile einen eigenen Preisvergleichsdienst (26. Juni 2017).

¹⁰⁶ Foo Yun Chee, *Google wehrt sich gegen Rekordstrafe der EU in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar wegen Kartellverstößen*, REUTERS (9. Oktober 2018).

¹⁰⁷ Pressemitteilung der Europäischen Kommission, Kartellrecht: Kommission verhängt Geldbuße von 1,49 Milliarden Euro gegen Google wegen missbräuchlicher Geschäftspraktiken Online-Werbung (19. März 2019), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_19_1770.

¹⁰⁸ Ursula von der Leyen, *Eine Union, die nach mehr strebt: Meine Agenda für Europa* (2019).

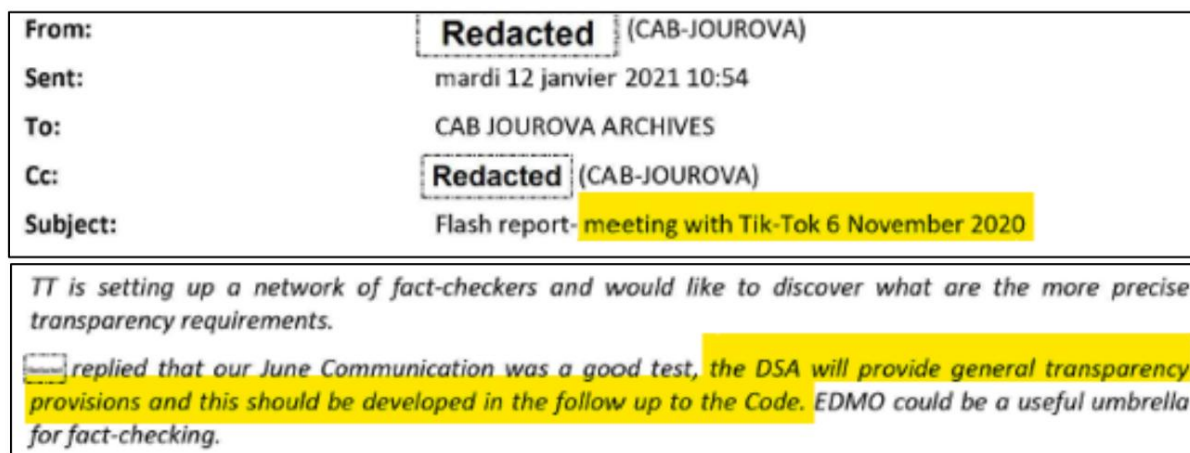
¹⁰⁹ John Rosenthal, *Make Speech Free Again*, CLAREMONT REV. OF BOOKS (Frühjahr 2025).

¹¹⁰ Digital Services Act, siehe Fußnote 26.

¹¹¹ *Ebenda*, bei den Konzerten 80, 84, Art. 34–35.

¹¹² *Ebenda*, Art. 36, 52.

Im Juni 2020, sieben Monate nach Amtsantritt von Präsidentin von der Leyen, forderte die Europäische Kommission von Technologieplattformen und anderen Interessengruppen Stellungnahmen zur Entwicklung von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung sogenannter „Desinformation“ im Internet an, aus denen schließlich das DSA hervorging.¹¹³ TikTok äußerte Bedenken, dass ein strenges DSA zu einer „übermäßigen Sperrung“ von Inhalten führen könnte.¹¹⁴ Doch schon vor der formellen Einführung des DSA diskutierte die Europäische Kommission das Gesetz als *beschlossene Sache*. In einer Sitzung im November 2020 erklärte ein Kommissionsmitarbeiter gegenüber TikTok ganz nüchtern, dass „das DSA allgemeine Transparenzbestimmungen **enthalten**“ und den bestehenden Verhaltenskodizes folgen werde.¹¹⁵



Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission diskutierten die DSA als ausgemachte Sache, noch bevor der Entwurfstext öffentlich zugänglich gemacht wurde.

Die Europäische Kommission behandelte die Verhaltenskodizes gegen Desinformation und Hassrede lediglich als Vorstufe zum verbindlichen DSA. So deuteten Medienberichte im Dezember 2020, kurz vor der Veröffentlichung des DSA-Entwurfs, darauf hin, dass die Kommission den Verhaltenskodex gegen Desinformation „verschärfen“ wolle, um „die Lücke bis zum Inkrafttreten des DSA zu schließen“.¹¹⁶ Jourová, die zu diesem Zeitpunkt zur Vizepräsidentin der Kommission für Werte und Transparenz ernannt worden war, erklärte öffentlich, dieser verschärfte Verhaltenskodex gegen Desinformation solle „die Impfstrategie durch einen effizienten Kampf gegen Desinformation unterstützen“, was darauf hindeutet, dass politische Äußerungen zur COVID-19-Impfpolitik Ziel der Zensur der Europäischen Kommission waren.¹¹⁷

Sie warnte, die Europäische Kommission erwarte ein rasches Vorgehen gegen Zensur und erklärte: „Wir werden nicht warten ... wir haben bereits eine sehr klare Vereinbarung mit den Plattformen, dass sie die von ihnen als Reaktion auf die Codes eingeleiteten Zensurmaßnahmen fortsetzen werden.“¹¹⁸

Im Laufe des Jahres 2021 traf sich die Europäische Kommission direkt mit den Plattformen, um die Dieselbe Botschaft: Die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede waren ein Vorläufer der DSA.

¹¹³ Natasha Lomas, *Europa bittet um Stellungnahmen zu Plattform-Governance und Wettbewerbsinstrumenten*, TECHCRUNCH (2. Juni 2020).

¹¹⁴ *TikTok-Weißbuch: Das Gesetz über digitale Dienste*, siehe Anlage 12.

¹¹⁵ Zusammenfassung des Treffens zwischen TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Vizepräsidentin Vera Jourová (6. November 2020), siehe Beispiel 51 (Hervorhebung hinzugefügt).

¹¹⁶ Natasha Lomas, *Europa will im nächsten Jahr Regeln für die Transparenz politischer Werbung vorlegen und seinen Desinformationskodex verstärken*, TECHCRUNCH (3. Dezember 2020).

¹¹⁷ Ebenda; siehe auch unten Abschnitt III.D. 118
Ebenda.

Deren Verabschiedung war von vornherein sicher. In einem Treffen im April 2021 mit der Interims-CEO von TikTok, Vanessa Pappas, bezeichnete ein Mitarbeiter von Vizepräsidentin Jourova den Desinformationskodex als „Brücke zur Gesetzgebung“.¹¹⁹ Der Mitarbeiter erläuterte außerdem, worin diese Zensurverpflichtungen bestünden, und erklärte, dass „Inhaltsmoderation ist wichtig.“¹²⁰

Meeting conclusions	
Participants	Visitors' delegation: - Vanessa Pappas, Interim CEO, TikTok - Redacted TikTok Brussels COM: - Věra Jourová, Vice-President for values and transparency - Redacted
On the fight against disinformation - VP Jourová stressed the need to step up the fight against disinformation, notably against vaccines. Though the code of practice on disinformation has yielded results, it does not cover all the market actors and has its limits as a self-regulatory arrangement. The Digital Services Act will fill this regulatory gap. - The code, Redacted added, will remain important even after the adoption of these initiatives, as a bridge to legislation. It brings together companies with the community of civil society and institutions, which is a real added value. Work must continue with outside experts and in all languages. While content moderation is important, there needs to be focus on the algorithms and	

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jourová, und ihre Mitarbeiter bezeichneten den Desinformationskodex als Vorläufer des DSA, der den Gesetzgebungsprozess umgangen habe.

Einen Monat später, im Mai 2021, begann die Europäische Kommission formell mit der Ausarbeitung eines aktualisierten Desinformationskodex mit dem erklärten Ziel, „den bestehenden Verhaltenskodex zu einem im Digital Services Act (DSA) vorgesehenen ko-regulatorischen Instrument weiterzuentwickeln.“¹²¹

Die Europäische Kommission bekräftigte diese Botschaft in einer Präsentation im Juli 2021 bei der „neunten hochrangigen EU-Gruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz“ und erklärte: dass die Verhaltenskodizes gegen Desinformation und Hassrede „von der [europäischen] Aufsicht überwacht würden“.

Kommission und Vorstand“ und „[könnten] als Compliance-Maßnahmen“ für die bevorstehende 122 dienen DSA.

¹¹⁹ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova (20. April 2021), siehe Anlage 55. Pappas fungierte bis Ende April 2021 als Interims-CEO von TikTok, als sie von Shou Chew abgelöst wurde.

Siehe Todd Spangler, *TikTok ernennt neuen CEO und Chief Operating Officer*, VARIETY (30. April 2021).

¹²⁰ *Ausweis*.

¹²¹ *Leitfaden zur Stärkung des Verhaltenskodex gegen Desinformation*, EUROPÄISCHE KOMMISSION, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/qa-code-practice-disinformation> (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

¹²² Präsentation der Europäischen Kommission: *Die neunte hochrangige EU-Gruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung Formen der Intoleranz* (7. Juli 2021), siehe Beispiel 42.



Die Europäische Kommission betonte in einer Präsentation vor Plattformen, dass die Einhaltung der Verhaltensregeln gegen Hassrede und Desinformation „überwacht“ werde und als sicherer Hafen vor der Durchsetzung der DSA dienen könne.

Im Zuge der Überarbeitung des Verhaltenskodex gegen Hassrede und des Verhaltenskodex gegen Desinformation, Die Europäische Kommission wollte den Wortlaut des Verhaltenskodexes präzisieren, um dessen *faktische* Verbindlichkeit zu verdeutlichen. Im Oktober 2021 schlug die Europäische Kommission vor, den Kodex um eine Formulierung zu ergänzen, die Plattformen zur Einhaltung des Kodex verpflichtet, um dem Desinformationsgesetz (DSA) zu entsprechen.¹²³ Letztlich würde der aktualisierte Desinformationskodex festlegen, dass die Einhaltung „als mögliche Risikominderungsmaßnahme gemäß Artikel 35 des DSA in Betracht gezogen werden sollte.“¹²⁴

In ähnlicher Weise hat die Europäische Kommission bei der Überarbeitung des Verhaltenskodex gegen Hassrede im Jahr 2023 ... Die Formulierung im Entwurf, wonach Plattformen „bestmögliche Anstrengungen unternehmen“, um die Transparenzanforderungen umzusetzen, wurde entfernt und durch eine Formulierung ersetzt, die besagt, dass sich Plattformen zu den Anforderungen „verpflichten“.¹²⁵ Der Die Europäische Kommission strich außerdem einen Entwurfssatz, der den „freiwilligen Charakter“ des Kodex betonte und die „Freiwilligkeit der Beteiligten, über eine Teilnahme zu entscheiden oder nicht“, anerkannte.¹²⁶ Diese Änderungen sowie die Rhetorik der Europäischen Kommission in Gesprächen mit den Plattformen zeigen, dass die Europäische Kommission sowohl die Kodizes als auch die Plattform verpflichtend machen wollte. Bindung.

3.3 Beyond the monitoring on the review of notices under 2.3, for the purpose of the monitoring exercise and the transparency reporting under the DSA referred to in 3.1, the Signatories will <u>commit to provide</u> apply best efforts to provide additional meaningful and comprehensible information on the measures taken to address illegal hate speech as a result of their content moderation policies based on a structured set of guiding questions (Annex YY).	Commented [A6]: Code text indeed needs to be ambitious and "best efforts" sounds slightly weaker. The Annex YY will define what additional information will be.
---	---

Die Änderungen und Kommentare der Europäischen Kommission zu einem Entwurf des überarbeiteten Verhaltenskodex gegen Hassrede zeigen, dass sie die darin enthaltenen Verpflichtungen als verbindlich ansieht.

Anfang 2022 befand sich das Europäische Parlament in fortgeschrittenen Verhandlungen über die endgültigen Bestimmungen des DSA.¹²⁷ Es wurde sowohl hinter verschlossenen Türen als auch in der Öffentlichkeit immer deutlicher, dass

¹²³ Entwurf des EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, siehe Anlage 197; siehe E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation (14. Oktober 2021), Anlage 56.

¹²⁴ Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, EUROPÄISCHE KOMMISSION (Februar 2025), Präambel (L) (nachfolgend „Desinformationskodex“).

¹²⁵ Entwurf eines Verhaltenskodex (+) zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet, siehe Anlage 45.

¹²⁶ Entwurf eines Verhaltenskodex (+) zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet (18. März 2023), siehe Anlage 43.

¹²⁷ Siehe Pressemitteilung des Rates der Europäischen Union, Gesetz über digitale Dienste: Rat und Europäisches Parlament Vorläufige Vereinbarung zur Schaffung eines sichereren Internets für europäische Bürger (23. April 2022), <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/04/23/digital-services-act-council-and-european-parliament-reach-deal-on-a-safer-online-space/>.

Die Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation dienen im Grunde als Leitfaden für die Einhaltung des DSA. Im Januar 2022 erklärte die Kommission während eines Treffens der Unterzeichner des Verhaltenskodex gegen Desinformation, dieser sei „ein Mittel zur Bekämpfung systemischer Risiken auf Online-Plattformen“¹²⁸, was der Kernaussage des DSA entsprach.¹²⁹ Da es keine alternativen Leitlinien zur Einhaltung der vagen Bestimmungen des DSA gab, blieb den Plattformen kaum eine andere Wahl, als die Zensurvorschriften des Verhaltenskodex gegen Desinformation umzusetzen.¹³⁰

- Regarding the progress on the DSA, the Commission recalled that the European Parliament endorsed the DSA and trialogues are about to start on Monday 31/01. The Code of Conduct on disinformation is a mean for addressing systemic risks on online platforms. There is a clear call for a co-regulation approach for tackling disinformation.

Die Europäische Kommission bezeichnete die Einhaltung des Desinformationskodex als einen Weg, „systemische Risiken“ im Einklang mit dem DSA anzugehen.

Der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament – die beiden Gesetzgebungsorgane der EU – schlossen im April 2022 eine „vorläufige Vereinbarung“ zur Annahme des Gesetzes über digitale Dienste (DSA).¹³¹ Zu diesem Zeitpunkt erklärte die Kommission öffentlich, dass der Verhaltenskodex gegen Desinformation im Wesentlichen verpflichtend sei. Im Juni 2022 twitterte die Kommission: „Der Verhaltenskodex gegen Desinformation wird durch das Gesetz über digitale Dienste unterstützt, was bedeutet, dass Unternehmen, die sich nicht daran halten, mit Geldbußen von bis zu 6 % ihres weltweiten Umsatzes rechnen müssen.“¹³² Die Bemühungen der Europäischen Kommission, die „freiwilligen“ Verhaltenskodizes gegen Desinformation und Hassrede wurden verpflichtend eingeführt. Plattformen, die sich der durch die Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation vorgeschriebenen Zensur widersetzen, wurden gemäß dem DSA mit hohen Geldstrafen belegt.



¹²⁸ Neuer Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation: Protokoll der 4. Generalversammlung der Unterzeichnerstaaten (28. Januar 2022), siehe Anlage 61.

¹²⁹ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 34-35.

¹³⁰ Siehe *allgemein* Interne E-Mails unter Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023), siehe Beispiel 2.

¹³¹ Pressemitteilung des Rates der Europäischen Union, Gesetz über digitale Dienste: Rat und Europäisches Parlament Vorläufige Vereinbarung zur Schaffung eines sichereren Internets für europäische Bürger (23. April 2022), <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/04/23/digital-services-act-council-and-european-parliament-reach-deal-on-a-safer-online-space/>.

¹³² Europäische Kommission (@EU_Commission), X (16. Juni 2022, 7:09 Uhr), https://x.com/EU_Commission/status/1537391801182699521.

**D. Die DSA ist der Höhepunkt der Kampagne der Europäischen Kommission zur Erreichung
Globale Kontrolle der Online-Narrative.**

Die Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation waren die Vorläufer der formell verbindlichen Anforderungen an die digitale Zensur im Rahmen des DSA. Beamte der Europäischen Kommission haben dies wiederholt bestätigt. Prabhat Agarwal, der ranghöchste Beamte der Europäischen Kommission, der für die Umsetzung des DSA zuständig ist, erklärte im März 2024, dass die Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation darauf abzielten, Plattformen, die nicht genügend Inhalte zensurierten, um die Europäische Kommission zufriedenzustellen, „Reputationsschäden“ zuzufügen.

133 Die DSA, sagte er, habe

Die Regulierungsbehörden erhielten etwas noch Besseres: „das Gesetz“, was verbindliche Zensurverpflichtungen bedeutete. Die Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation waren der erste Schritt, um der Europäischen Kommission ein Mitspracherecht bei der Inhaltsmoderation von Plattformen einzuräumen. Der DSA kam einer vollständigen Übernahme gleich.

Prabhat Agarwal :

- We adopted a strong legislation in a small amount of time and it's important to recognise this effort. We didn't foresee most of the harm that are appearing these days. Deepfakes was added during the negotiations, as well as the emphasis on harms on minors. Recommender systems were an object we were regulated for the first time. We are now applying these rules and it's not an easy challenge. **Engagement based ranking, recommender systems, are valuable enforcement related evidence. We need and receive plenty of high quality data, and it will allow for high enforcement quality. Before, we hoped for reputational damage on platforms, but we now have the law that we can apply.**

*Ein internes Protokoll eines Google-Mitarbeiters beschreibt, wie ein hochrangiger DSA-Beauftragter erklärte, dass
Die Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation waren ein Vorläufer des DSA und zielten darauf ab, „Plattformen
Reputationsschäden zuzufügen“.*

Bei derselben Veranstaltung sprach auch die stellvertretende Generaldirektorin Renate Nikolay von der Generaldirektion. Die Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (GD Connect), das für die Durchsetzung des DSA zuständige Amt der Europäischen Kommission, erklärte stolz, dass die Europäische Kommission mit dem DSA die „Kontrolle über Empfehlungssysteme“ erlangt habe. Nikolay meinte jedoch, dies sei „nicht ausreichend“ und die Europäische Kommission müsse „weiter gehen“. Nikolays Kommentare
Dies bestätigt, was die Gegner des DSA schon lange behaupten: Die Absicht des Gesetzes war die Kontrolle der Online-Narrative.

Renate Nikolay, Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology, EU Commission

- The DSA is a holistic approach, it is not going after one incident, but it is systemic. How are platforms using the space and how we can push them to do better? We have already opened 2 investigations into X and TikTok. We were alone first, because we had to deal with the VLOPs. We already see effects from all that work, we see more transparency, and we see that it is easier to flag illegal content, easier to appeal against content moderation decisions, and **there is control of recommender systems, but it is not enough. We have to go further.**

*In einer internen E-Mail eines Google-Mitarbeiters wird beschrieben, wie ein hochrangiger EU-Beamter erklärte, die Zensur im Rahmen
des DSA gehe nicht weit genug.*

133 Auszug aus „Schutz der Wahlen 2024: Von der Alarmierung zur Handlung“ (8. März 2024), siehe Anlage 244. 134 Ebenda.

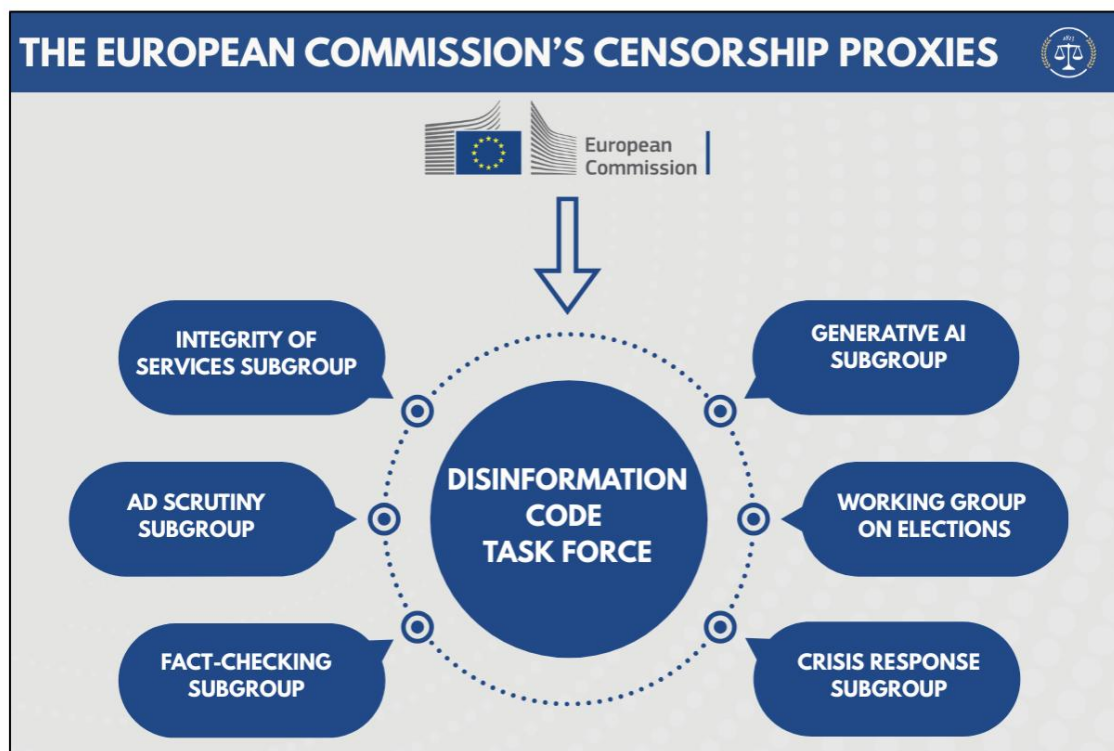
135

Ebenda, S. 136.

E. Das „freiwillige“ und „konsensbasierte“ europäische Zensurregime ist weder freiwillig noch konsensbasiert.

Parallel zur Verabschiedung des DSA bemühte sich die Kommission, die angeblich freiwilligen Kodizes und Foren, die sie bereits eingerichtet hatte, einschließlich des Desinformationskodex, zu stärken, um regelmäßiger mit den Plattformen über die Inhaltsmoderation in Kontakt zu treten.

Zum Beispiel im Jahr 2022, kurz bevor das DSA in Kraft treten sollte, hat die europäische Regierung Die Kommission aktualisierte den Desinformationskodex von 2018. Gemäß den neuen Richtlinien mussten Plattformen an einer Task Force zum Desinformationskodex teilnehmen, die regelmäßig zusammentrat, um den Umgang der Plattformen mit der Zensur sogenannter Desinformation zu erörtern.¹³⁷ Die Task Force gliederte sich in sechs Untergruppen, die sich mit spezifischen Desinformationsthemen befassten, darunter Faktenchecks, Wahlen und die Demonetarisierung konservativer Nachrichtenmedien.¹³⁸ Zwischen Ende 2022 und 2024 fanden in all diesen Untergruppen über 90 Treffen zwischen Plattformen, zensurorientierten NGOs und Vertretern der Europäischen Kommission statt.¹³⁹



Diese Treffen dienten den Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission als wichtiges Forum, um Druck auf die Plattformen auszuüben, damit diese ihre Regeln zur Inhaltsmoderation ändern und zusätzliche Zensurmaßnahmen ergreifen. So erkundigte sich die Europäische Kommission beispielsweise in über einem Dutzend Sitzungen der Untergruppe Krisenreaktion nach den „Richtlinienänderungen“ der Plattformen „im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Desinformation“.¹⁴⁰

¹³⁷ Desinformationskodex, *siehe oben*, Fußnote 124, § IX.

¹³⁸ *Siehe unten* Abschnitt III.F.ii.

¹³⁹ *Ebenda*.

¹⁴⁰ *Siehe beispielsweise* Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (14. Dezember 2022), *siehe* Beispiel 196.

Die Teilnahme am Desinformationskodex erfolgte angeblich freiwillig und war Teil der Europäischen Initiative, einen sogenannten regulatorischen Dialog mit Plattformen zu führen, um einen „Konsens“ zu erzielen.¹⁴¹ Doch die Unternehmen wussten, dass dies nicht der Fall war. Als die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jourová, die Teilnehmer der Task Force für den Verhaltenskodex für Desinformation im Juni 2023 fragte, ob die Plattformen „eine neue Untergruppe zu generativer KI eröffnen“ wollten, räumte Google intern ein, dass... dass sie „eigentlich keine Wahl“ hatte, ob sie beitreten sollte – die Kommission hatte es erwartet.¹⁴²



Nachdem die Europäische Kommission eine neue Untergruppe für den Verhaltenskodex für Desinformation eingerichtet hatte, diskutierten Google-Mitarbeiter intern darüber, dass sie „eigentlich keine Wahl“ hätten, ob sie beitreten sollten.

¹⁴¹ Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023), siehe Beispiel 2. ¹⁴² Ebenda.

Mitarbeiter von Google merkten an, dass die Teilnahme an den Treffen der Untergruppe „Kodex für Desinformation“ praktisch verpflichtend sei und dass die Europäische Kommission weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die Tagesordnung und die Initiativen der Gruppe behalte.

Seit dem Inkrafttreten des DSA im Oktober 2022 hat die Europäische Kommission stets betont, dass die strikte Einhaltung der Verhaltenskodizes gegen Desinformation und Hassrede der einzige sichere Weg ist, DSA-Strafen zu vermeiden. Der aktualisierte Verhaltenskodex gegen Desinformation, der 2022 kurz vor Inkrafttreten des DSA verabschiedet wurde, besagt, dass die Einhaltung des Kodex „als mögliche Risikominderungsmaßnahme gemäß Artikel 35 des DSA in Betracht gezogen werden sollte“.¹⁴⁴ Ähnliche Aussagen traf die Europäische Kommission auch bei der Aktualisierung des Verhaltenskodex gegen Hassrede im Jahr 2023. Im März 2023, zu Beginn der Überarbeitung des Kodex, teilte die Europäische Kommission Plattformen in einer Fragerunde mit, dass der Verhaltenskodex gegen Hassrede „als Risikominderungsmaßnahme im Rahmen der Risikobewertungsanforderungen des DSA eine Rolle spielen soll“.¹⁴⁵

¹⁴⁵ Europäische Kommission – Fragen und Antworten zur Überarbeitung des Kodex (27. März 2023), *siehe* Beispiel 44.

GLOSSAR DER EU - ZENSURAKTIVITÄTEN	
Aktualisierter Verhaltenskodex zu Desinformation (2022)	Der aktualisierte Desinformationskodex enthält 44 Verpflichtungen im Zusammenhang mit Desinformation und schafft einen Rahmen für die enge Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Unterzeichner. ¹⁴⁶ So verpflichtet er Plattformen beispielsweise faktisch dazu, sich mit zensurfreudigen NGOs und voreingenommenen Faktencheckern abzustimmen, um Inhalte während Wahlperioden aggressiv zu zensieren. ¹⁴⁷ Dieser vermeintlich „freiwillige“ Kodex wurde in den Regulierungsrahmen der DSA integriert, sodass Plattformen bei Nichteinhaltung ¹⁴⁸
Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Aktivitäten Hassrede im Internet + (2025)	Der überarbeitete Verhaltenskodex gegen Hassrede, der im Januar 2025 in Kraft trat, enthält zusätzliche Zensurverpflichtungen, darunter „Bedingungen für den Umgang mit illegaler Hassrede“.149 Dieser angeblich „freiwillige“ Kodex wurde in den Regulierungsrahmen der DSA integriert, was bedeutet, dass Plattformen für die Nichteinhaltung bestraft werden können.150

Die wohl deutlichste Stellungnahme der Kommission zu den Verhaltenskodizes gegen Hassrede und Desinformation stammt von Renate Nikolay, stellvertretende Generaldirektorin der GD Connect, im September 2024. In einem Treffen der Unterzeichner des Verhaltenskodex gegen Desinformation erklärte Nikolay den Plattformen, dass die Einhaltung „eine wirksame Abhilfemaßnahme“ gemäß dem DSA darstellen könne.¹⁵¹ Nikolay ging noch einen Schritt weiter und führte aus, dass die Weigerung, beizutreten, „bei der Beurteilung, ob der Anbieter die im DSA festgelegten Verpflichtungen erfüllt, berücksichtigt werden könnte“.152 Ein hochrangiger Beamter der Europäischen Kommission bestätigte, was die Plattformen schon lange vermutet hatten: Die Zensurverpflichtungen in den Verhaltenskodizes gegen Desinformation und Hassrede waren faktisch verpflichtend.

¹⁴⁶ *Verstärkter Verhaltenskodex zu Desinformation 2022*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2022-strengthened-code-practice-disinformation>.

¹⁴⁷ Ebenda.

¹⁴⁸ Pressemitteilung der Europäischen Kommission: Die Kommission befürwortet die Integration des freiwilligen Verhaltenskodex gegen Desinformation in das Gesetz über digitale Dienste (12. Februar 2025), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_505.

¹⁴⁹ *Der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet +*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (20. Januar 2025), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/code-conduct-countering-illegal-hate-speech-online>. (im Folgenden „Verhaltenskodex gegen Hassrede“).

¹⁵⁰ Ausweis.

¹⁵¹ *Zusammenfassung des Runden Tisches zur Überprüfung der Verpflichtungen des Verhaltenskodex gegen Desinformation* (30. September 2024), siehe Beispiel 174.

¹⁵² Ebenda.

*

*

*

Seit 2015 verfolgt die Europäische Kommission die Vision eines umfassenden Gesetzes zur digitalen Zensur, das ihr die Kontrolle über den politischen Diskurs im öffentlichen Raum sichern soll. Europäische Regulierungsbehörden begannen diese Kampagne 2015 mit dem EU-Internetforum und erweiterten sie 2016 mit dem Verhaltenskodex gegen Hassrede und 2018 mit dem Verhaltenskodex gegen Desinformation. Diese Zensurverpflichtungen waren zwar vordergründig freiwillig, doch die Plattformen verstanden die Absicht der Europäischen Kommission: Der Verhaltenskodex gegen Hassrede und der Verhaltenskodex gegen Desinformation waren ein Vorläufer des späteren Digital Services Act, der der Europäischen Kommission weitreichende Befugnisse zur Durchsetzung dieser Bestimmungen gegenüber Plattformen einräumte – darunter auch die Befugnis, Plattformen zu bestrafen, die eine offene Debatte über sensible politische Themen zuließen. Dies schuf einen klaren Anreiz für Plattformen: Entweder sie erfüllten die Zensurvorgaben der Europäischen Kommission noch vor Inkrafttreten des DSA oder sie riskierten später regulatorische Vergeltungsmaßnahmen, sobald die Kommission massive Geldstrafen verhängen und Plattformen in der EU sogar verbieten konnte.¹⁵³ Heute sind die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede der einzige sichere Hafen vor der Durchsetzung des DSA, was sie für Plattformen, die Strafmaßnahmen der Europäischen Kommission vermeiden wollen, faktisch verpflichtend macht.

III. DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION HAT ERFOLGREICH DRUCK AUF PLATTFORMEN AUSGEÜBT, IHRE GLOBALEN RICHTLINIEN ZUR INHALTSMODITION ZU ÄNDERN, WAS DER MEINUNGSFREIHEIT AMERIKANISCHER IN DEN VEREINIGTEN STAATEN DIREKT SCHÄDLICH IST.

Jede größere Online-Plattform hat Regeln darüber, welche Inhalte Nutzer veröffentlichen dürfen. Unter verschiedenen Bezeichnungen wie „Community-Standards“ oder „Community-Richtlinien“ sind diese Inhaltsmoderationsrichtlinien von großer Bedeutung: Sie legen die Grenzen dessen fest, was im öffentlichen Raum erlaubt ist.¹⁵⁴ Mithilfe dieser Regeln moderieren Plattformen Inhalte in großem Umfang mithilfe künstlicher Intelligenz und anderer automatisierter Tools und prägen so die politische Debatte weltweit.¹⁵⁵ Der Mensch spielt in diesem Prozess eine immer geringere Rolle, was bedeutet, dass die Inhaltsmoderationsregeln für Regulierungsbehörden, die die Deutungshoheit anstreben, den wichtigsten Druckpunkt darstellen. Plattformen effektiv zur Änderung dieser übergeordneten Inhaltsmoderationsregeln zu zwingen, führt weltweit zur Zensur von Meinungsäußerungen.

Nichtöffentliche Dokumente belegen, dass die Europäische Kommission seit 2020 regelmäßig Druck auf die weltweit größten Social-Media-Plattformen ausübt, ihre Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern. Der Wortlaut des Verhaltenskodex gegen Hassrede, des Verhaltenskodex gegen Desinformation und des DSA verpflichtet Unternehmen, ihre Richtlinien anzupassen, um vage definierte Kategorien schädlicher Inhalte zu bekämpfen. Hinter verschlossenen Türen war der Druck noch größer. Die Europäische Kommission

¹⁵³ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 36, 52.

¹⁵⁴ Siehe z. B. die *Community-Standards* von META, <https://transparency.meta.com/policies/community-standards/> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026); die *Community-Richtlinien* von YouTube, YOUTUBE- HILFE, <https://support.google.com/youtube/answer/9288567?hl=en> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026); Die *X-Regeln*, X, <https://help.x.com/en/rules-and-policies/x-rules> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026); *Community-Richtlinien*, TikTok, <https://www.tiktok.com/community-guidelines/en> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

¹⁵⁵ Siehe „*Inhaltsmoderation in einer neuen Ära für KI und Automatisierung*“, META -AUFSICHTSBEHÖRDE, <https://www.oversightboard.com/news/content-moderation-in-a-new-era-for-ai-and-automation/> (zuletzt abgerufen im Januar 2019)

15. 2026) („Die meisten Entscheidungen zur Inhaltsmoderation werden heute von Maschinen und nicht von Menschen getroffen, und diese Entwicklung wird sich voraussichtlich noch beschleunigen.“)

Die Plattformen wurden wiederholt aufgefordert, Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und dem russischen Einmarsch in die Ukraine – zwei der folgenreichsten politischen Ereignisse der 2020er Jahre – aggressiver zu zensieren. Diese Kampagne reichte bis in die höchsten Kreise: Vertreter der Europäischen Kommission, darunter die Vizepräsidentin für Werte und Transparenz, Vera Jourová, und der Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, trafen sich regelmäßig mit den CEOs der Plattformen, um Druck für eine stärkere Zensur auszuüben. Der Druck hat sich seit dem Inkrafttreten des DSA (Digital Social Act) noch verstärkt, da dieses der Europäischen Kommission weitreichende neue Untersuchungs- und Vergeltungsbefugnisse einräumte, um die Einhaltung der Vorgaben durch die Social-Media-Plattformen sicherzustellen.

Letztendlich zeigte der Druck Wirkung: Infolge der jahrelangen Kampagne der Europäischen Kommission führten die Plattformen neue globale Regeln ein, die unter anderem „kodierte Aussagen“ zensierten, welche „ungleiche Behandlung normalisieren“, sowie „aus dem Kontext gerissene Medien“. ¹⁵⁶ Vereinfacht gesagt, änderten die Plattformen aufgrund des Drucks der Europäischen Kommission ihre Regeln, um in den Vereinigten Staaten wahre Informationen zu zensieren.

A. Weil Inhaltsmoderationsrichtlinien auf einer Website nicht praktikabel oder effektiv durchgesetzt werden können.

Auf Länderebene betrachtet, sind sie global ausgerichtet.

Entscheidend ist, dass die Inhaltsmoderationsregeln der Plattformen global sind – und im Grunde genommen auch sein müssen. ¹⁵⁷ Es ist unpraktisch und schädlich für die Privatsphäre der Nutzer, wenn große Technologieunternehmen in jeder einzelnen Jurisdiktion weltweit unterschiedliche Regeln zur Inhaltsmoderation anwenden. ¹⁵⁸

Um länderspezifische Inhaltsmoderationsregeln durchzusetzen, müssten Plattformen zunächst den Standort jedes einzelnen Nutzers kennen. Dies stellt ein eindeutiges Datenschutzrisiko dar. Derzeit können Nutzer verhindern, dass Online-Plattformen ihren genauen Standort verfolgen, indem sie die Standortfreigabe oder die GPS-Funktion auf ihrem Gerät deaktivieren. ¹⁵⁹ Einige Plattformen legen Wert auf den Datenschutz ihrer Nutzer. Um unterschiedliche Inhaltsmoderationsregeln effektiv durchzusetzen, Bedenken bestehen, daher werden überhaupt keine Standortdaten erfasst. ¹⁶⁰ müssen Plattformen daher verschiedene Maßnahmen ergreifen. Um länderspezifische Inhaltsmoderationsregeln einzuhalten, müssten die Behörden bei jeder Anmeldung auf der Plattform auf den genauen Standort jedes Nutzers zugreifen. Dies stellt in mehrfacher Hinsicht eine klare Bedrohung für die Privatsphäre der Nutzer dar. Angesichts der weltweit zunehmenden Zensur fordern Regierungen immer aggressivere Maßnahmen. Plattformen könnten Kontoinformationen von Nutzern erfassen, denen verschiedene Gedankenverbrechen vorgeworfen werden. Genaue Standortdaten dieser Nutzer würden es der Regierung ermöglichen, mutmaßliche Gedankenverbrecher deutlich einfacher und gezielter zu überwachen und ins Visier zu nehmen. Darüber hinaus müssten die Plattformen diese Standortdaten wahrscheinlich irgendwo speichern. Dies erhöht das Risiko von Datenlecks, die Standort- und Netzwerkdaten von Nutzern weltweit offenlegen könnten. ¹⁶¹

¹⁵⁶ Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024), siehe Anlage 8; Umfrage zu den TikTok-Community-Richtlinien, siehe Anlage 15.

¹⁵⁷ Siehe z. B. die Durchsetzung der YouTube-Community-Richtlinien, den GOOGLE-TRANSPARENZBERICHT . <https://transparencyreport.google.com/youtube-policy/removals> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026) („Die YouTube-Community-Richtlinien werden weltweit einheitlich durchgesetzt, unabhängig davon, wo die Inhalte hochgeladen werden. Inhalte, die gegen unsere Richtlinien verstoßen, werden global entfernt.“); Community-Richtlinien, TikTok, https://www.tiktok.com/support/faq_detail?id=7543604781873371654 (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026) („Unsere Community-Richtlinien gelten für unsere globale Community und alle auf TikTok geteilten Inhalte.“).

¹⁵⁸ Siehe DSA Censorship Report I, *supra* Fußnote 3, Seite 31.

¹⁵⁹ Amy Bunn, *Was wissen Social-Media-Unternehmen über Sie?*, MCAFEE (29. Oktober 2021).

¹⁶⁰ Antwort von Rumble Inc. auf eine Anordnung des Büros für Menschenrechte der Provinz British Columbia zur Vorlage von Aufzeichnungen (Aug. 31, 2022), siehe Beispiel 288.

¹⁶¹ Siehe Geo-IP-Blockierung: Ein zweischneidiges Schwert für die Sicherheit von Netzwerk-Firewalls, HOSTOMIZE, <https://hostomize.com/blog/geo-ip/> (zuletzt besucht am 21. Juli 2025).

Zweitens lassen sich länderspezifische Regelungen zur Inhaltsmoderation leicht umgehen. VPNs Benutzern ermöglichen es, ihren virtuellen Standort zu ändern, indem sie sich mit Servern in verschiedenen Ländern verbinden.¹⁶² Mithilfe von VPNs können Nutzer lokale Inhaltsbeschränkungen kostengünstig umgehen. Dies macht eine länderspezifische Inhaltsmoderation praktisch unmöglich. Australien und Brasilien haben sogar explizit die *weltweite* Entfernung von Inhalten angeordnet oder Nutzern, die VPNs für den Zugriff auf geografisch gesperrte Inhalte verwenden, mit Geldstrafen gedroht.¹⁶³ Selbst wenn Plattformen in der Lage wären, in jedem Land unterschiedliche Regeln zur Inhaltsmoderation durchzusetzen, würden sie wahrscheinlich weiterhin unter Druck von Regulierungsbehörden geraten, da VPNs es Nutzern ermöglichen würden, jegliche zensurbehaftete Regulierungsmaßnahmen problemlos zu umgehen.

Schließlich sind die Kosten für eine länderspezifische Inhaltsmoderation prohibitiv. Es wäre äußerst kostspielig, mehrere Vertrauens- und Sicherheitsteams aufzubauen, zu entwickeln und zu unterhalten.

Für jedes Land separate Richtlinien zur Inhaltsmoderation implementieren und kontinuierlich pflegen.

¹⁶⁴ Für

Bei großen Plattformen käme dies zu der enormen finanziellen Belastung durch die Einhaltung der EU-Vorschriften hinzu, die bereits jetzt als extraterritoriale Steuer auf amerikanische Technologieinnovationen fungiert.¹⁶⁵

Für kleinere Plattformen wären die Kosten existenzbedrohend. Sie würden vom Markt verdrängt oder gar nicht erst in den Markt eintreten können, was die Marktstellung der führenden Online-Plattformen festigen würde.

Ein Beispiel für die globale Reichweite europäischer Internetregulierung ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Dieses europäische Gesetz schreibt Pop-up-Hinweise auf Websites vor, die Nutzer darüber informieren, wie ihre Daten erhoben und gespeichert werden.¹⁶⁶ Obwohl das Gesetz vordergründig auf europäische Nutzer abzielt, sind diese Pop-ups in den Vereinigten Staaten weit verbreitet, wenn nicht gar allgegenwärtig.¹⁶⁷ Dies ist ein Produkt des sogenannten „Brüssel-Effekts“: Da es aufdringlich, unpraktisch und letztlich ineffektiv ist, das globale Internet mit unterschiedlichen Regeln für verschiedene Rechtsordnungen aufzuteilen, werden europäische Regelungen *de facto* zu globalen Standards.¹⁶⁸ EU-Bürokraten wissen das und nutzen es aus. Wie *die New York Times* berichtete, hofften die Befürworter des DSA, dass sich dessen Auswirkungen weit über Europa hinaus erstrecken und Unternehmensrichtlinien in den Vereinigten Staaten und anderswo verändern würden.¹⁶⁹

Aus diesen Gründen beeinflusst der europäische Druck zur Änderung der Regeln für die Inhaltsmoderation von Plattformen die Meinungsfreiheit *weltweit*, natürlich auch in den Vereinigten Staaten. Kategorien wie „Desinformation“ und „Hassrede“ lassen sich nicht objektiv definieren. Schlimmer noch: Regierungen nutzen diese vagen, dehnbaren Inhaltskategorien unweigerlich, um ihre politischen Gegner ins Visier zu nehmen und ihre Macht zu festigen. Angesichts der Natur des Internets und der sozialen Medien hat der Druck Europas auf diese Plattformen weitreichende Folgen.

¹⁶² Ausr Korkuzaite, *Die besten VPNs gegen Geoblocking im Jahr 2026*, CYBERNEWS (zuletzt aktualisiert am 4. Juli 2025).

¹⁶³ Siehe z. B. Tom Crowley, „Es ist albern, weltweite Löschungen zu fordern“: Dutton äußert sich zum eSafety-Fall, AUSTRALIAN BROADCASTING CORP. (25. April 2024); *Faktencheck: Brasilianer können für die Nutzung von VPN für den Zugriff auf X bestraft werden*, REUTERS (6. September 2024) (zuletzt aktualisiert am 9. September 2024).

¹⁶⁴ Siehe z. B. Trevor Wagener, *Die hohen Kosten der bundesstaatlichen Regulierung der Internet-Inhaltsmoderation*, PROJEKT ZUR DISRUPTIVEN WETTBEWERBSUMME (17. März 2021).

¹⁶⁵ Siehe Carl Schramm, *Kosten für US-Unternehmen durch die EU-Verordnung über digitale Dienste*, COMPUTER AND COMM'CNS INDUSTRIENVERBAND (Juli 2025) (die die direkten Kosten der Einhaltung europäischer Vorschriften für US-amerikanische Technologieunternehmen auf 97,6 Milliarden US-Dollar jährlich beziffert).

¹⁶⁶ Siehe Jack Schofield, *What should I do about all the GDPR pop-ups on websites?*, THE GUARDIAN (5. Juli 2018).

¹⁶⁷ Siehe Allison Schiff, *Warum verwenden so viele US-Unternehmen Cookie-Banner auf ihren Websites?*, ADEXCHANGER (17. April 2023) („Die meisten Cookie-Banner sind so konzipiert, dass sie den Datenschutzbestimmungen der EU entsprechen.“).

¹⁶⁸ Siehe Dawn Carla Nunziato, *The Digital Services Act and the Brussels Effect on Platform Content Moderation*, 24 CHIC. J. INT. LAW 115 (2023).

¹⁶⁹ Steven Lee Myers, *EU-Recht bereitet den Boden für einen Konflikt über Desinformation*, NY TIMES (27. September 2023).

Wenn Unternehmen ihre Regeln zur Inhaltsmoderation ändern, beeinflussen europäische Bürokraten, was US-Nutzer sehen und veröffentlichen können. Deshalb überwacht der Ausschuss die Einhaltung ausländischer Zensurgesetze wie des DSA durch Technologieunternehmen.

B. Der Klartext der Verhaltenskodizes gegen Desinformation und Hassrede verpflichtet die Plattformen, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern.

Die wichtigsten Zensurinitiativen der Europäischen Kommission im letzten Jahrzehnt waren der Verhaltenskodex zu Desinformation, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet und das Gesetz über digitale Dienste. Der Text jedes dieser Dokumente stellt klar, dass Plattformen ...

Sie müssen ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation anpassen, um diesen zu entsprechen, was bedeutet, dass von den Plattformen erwartet wird, dass sie Inhalte zensurieren, die von europäischen Regulierungsbehörden als „Desinformation“ oder „Hassrede“ eingestuft werden.

Der Verhaltenskodex gegen Hassrede verlangt von den Unterzeichnern, dass sie in ihren Nutzungsbedingungen darauf hinweisen, dass illegale Hassrede auf ihren Diensten verboten ist.¹⁷⁰ Dies bedeutet konkret, dass Plattformen sicherstellen sollen, dass ihre globalen Inhaltsmoderationsregeln Äußerungen zensurieren, die in Europa als „illegale Hassrede“ gelten würden. Der Ausschuss hat bereits gezeigt, dass europäische Regulierungsbehörden konventionelle politische Diskurse zu Einwanderung und anderen sensiblen Themen als „illegale Hassrede“ einstufen.¹⁷¹ Gemäß dem Wortlaut des Verhaltenskodex gegen Hassrede erwartet die Europäische Kommission, dass diese Inhalte, die in den Vereinigten Staaten durch den Ersten Verfassungszusatz geschützt sind, im Rahmen der Inhaltsmoderationsrichtlinien der Plattformen zensuriert werden.

Ebenso verpflichtet der Verhaltenskodex zu Desinformation die Unterzeichner der Plattformen dazu, „Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten“.

Sie müssen Maßnahmen ergreifen oder weiter verstärken, um sowohl Fehlinformationen als auch Desinformationen in ihren Diensten zu bekämpfen.¹⁷² In ähnlicher Weise bedeutet dies praktisch, dass große Social-Media-Plattformen ihre Regeln zur Inhaltsmoderation ändern müssen, um Inhalte zu zensurieren, die von europäischen Regulierungsbehörden als „Fehlinformationen oder Desinformationen“ eingestuft werden.

C. Der Text der DSA verpflichtet die Plattformen, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern.

Der Text des DSA scheint auch zu fordern, dass Plattformen ihre Inhaltsmoderation ändern. Gemäß Artikel 34 sind Plattformen verpflichtet, „systemische Risiken“ auf ihren Plattformen zu identifizieren. Diese umfassen unter anderem „irreführende oder täuschende Inhalte“, „Desinformation“, „tatsächliche oder vorhersehbare negative Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs und Wahlprozesse“ sowie „Hassrede“.¹⁷³ Plattformen werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dieses systemische Risiko auch „Informationen umfassen kann, die *nicht* illegal sind“. ¹⁷⁴ Gemäß Artikel 35 müssen Plattformen bestimmte Risiken mindern, d. h. Inhalte moderieren (d. h. zensurieren), die von europäischen Regulierungsbehörden als „irreführend“, „täuschend“ oder „hasserfüllt“ eingestuft werden.¹⁷⁵ Um dies flächendeckend umzusetzen, müssen Plattformen ihre global geltenden Richtlinien zur Inhaltsmoderation kontinuierlich überprüfen und anpassen.

¹⁷⁶ Tatsächlich der Hass

Speech Code legt fest, dass die Einhaltung seiner Anforderung zur Änderung der Plattform-Inhaltsmoderation

¹⁷⁰ Hassrede-Kodex, *siehe oben*, Fußnote 149, §1.1.

¹⁷¹ DSA Zensurbericht I, *siehe* Fußnote 3, S. 26-29.

¹⁷² Desinformationskodex, *siehe oben*, Fußnote 124, § IV.

¹⁷³ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Erwägungsgründe 80, 84, Art. 34.

¹⁷⁴ *Ebenda*, Vers 84 (Hervorhebung hinzugefügt).

¹⁷⁵ *Siehe ebenda* bei den Titeln 80 und 84.

¹⁷⁶ *Siehe oben* Abschnitt III.A.

Regeln können gemäß DSA.¹⁷⁷ eine „angemessene Risikominderung“ darstellen. Ebenso legt der Desinformationskodex fest, dass die Einhaltung seiner Verpflichtung zur Änderung von Plattformrichtlinien erforderlich ist. „sollte als mögliche Risikominderungsmaßnahme in Betracht gezogen werden.“¹⁷⁸ Die Kombination aus massiven Strafen¹⁷⁹ bei Nichteinhaltung der DSA und mangelnder Klarheit hinsichtlich der Einhaltung¹⁸⁰ – zusammen mit der Der Druck der Europäischen Kommission führt dazu, dass den Plattformen kaum eine andere Wahl bleibt, als in den sicheren Häfen der Kodizes Zuflucht zu suchen.

D. Die Europäische Kommission versuchte, Äußerungen zu zensieren, die die herrschende Meinung in Frage stellten. Die offizielle Darstellung von COVID-19 und Impfstoffen.

Von Beginn der COVID-19-Pandemie an versuchte die Europäische Kommission, Die Europäische Kommission zensierte Meinungen, die gängige Darstellungen zur Übertragung und Impfung des Coronavirus in Frage stellten, indem sie Plattformen zwang, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation für COVID-19-bezogene Inhalte zu ändern. Durch ihr „Programm zur Überwachung von COVID-19-Desinformation“ und Treffen mit Plattformen zwischen 2020 und 2023 setzte die Kommission diese unter Druck, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation für Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu ändern. Dadurch wurden diejenigen zum Schweigen gebracht, die die sich als völlig falsch herausstellenden Regierungsdarstellungen hinterfragten.¹⁸¹

Bereits im April 2020 übte die Europäische Kommission Druck auf die Plattformen aus, die Inhalte zu mäßigen. Online-Diskussionen über COVID-19. In einem Gespräch zwischen der Europäischen Kommission und TikTok warnte die Europäische Kommission, dass „Fehlinformationen und Desinformationen ein wichtiger Bestandteil der Covid-Krise sind und weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Agenda der Kommission bleiben werden. Sie erinnerte daran, wie wichtig es ist, die Arbeit zur Bekämpfung von Corona-Desinformationen fortzusetzen und weiter zu intensivieren.“¹⁸² Der DSA war noch nicht in Kraft, der Desinformationskodex aber schon – und die Plattformen wussten, dass der DSA bald folgen würde.¹⁸³ Die Pandemie hatte gerade erst begonnen, und die Europäische Kommission übte bereits Druck auf die Social-Media-Plattformen aus, ihre Richtlinien zu ändern.

¹⁷⁷ Hassrede-Kodex, *siehe oben*, Fußnote 149, Präambel (I).

¹⁷⁸ Desinformationskodex, *siehe oben*, Fußnote 124, Präambel (L).

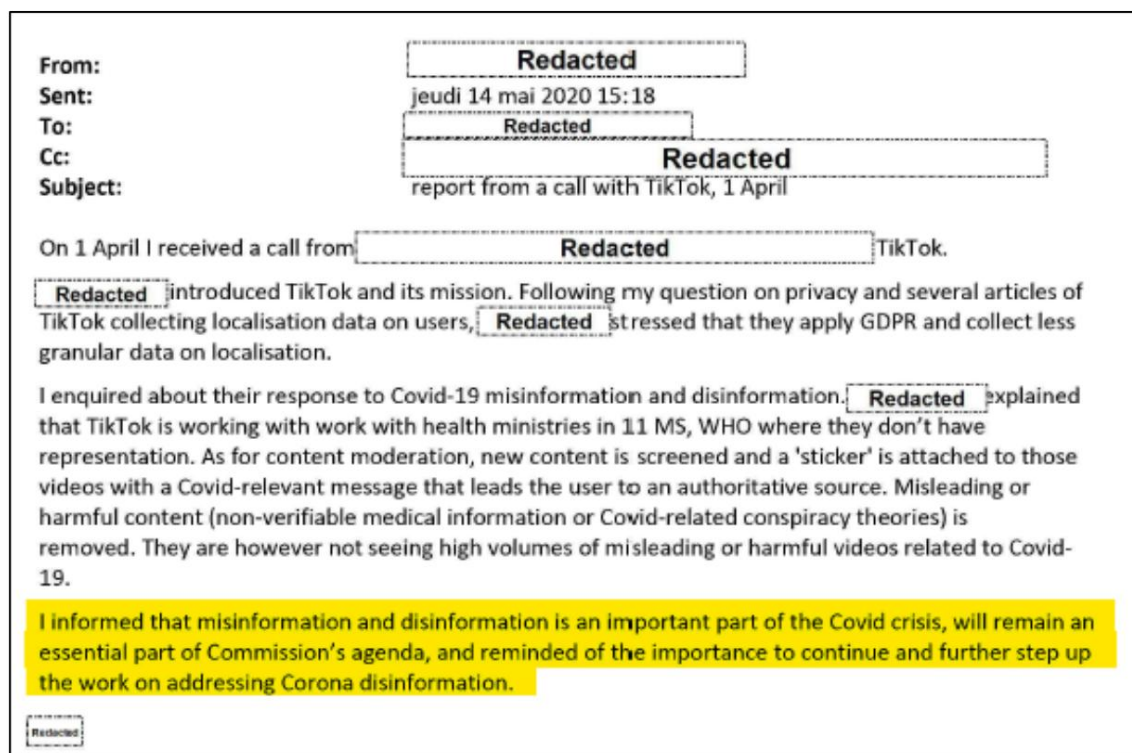
¹⁷⁹ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 52.

¹⁸⁰ *Siehe* TikTok DSA-Risikobewertungsrichtlinien (25. August 2023), *siehe* Beispiel 5 („Es besteht ein hohes Maß an Komplexität“). und Subjektivität im Risikobewertungsprozess.“)

¹⁸¹ *Siehe z. B.* E-Mails zwischen TikTok-Mitarbeitern und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (30. Oktober 2020), *siehe* Anlage 48; *siehe auch* Europas Bedrohung für die amerikanische Rede- und Innovationsfreiheit: Anhörung des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, 119. Kongress. (3. September 2025) (Erklärung von Vorsitzendem Jordan) („Ich weise immer wieder gerne darauf hin, dass sich alles, was die Regierung uns über COVID erzählt hat, als falsch erwiesen hat ... Sie sagten uns, das Virus stamme nicht aus einem Labor. Es sieht ganz danach aus. Sie sagten uns, es handele sich nicht um Gain-of-Function-Forschung im Labor. Doch, das tat es. Sie sagten uns, es seien nicht unsere Steuergelder für die Laborforschung verwendet worden. Doch, das wurde es. Sie sagten uns, Impfstoffe – sie sagten uns, Geimpfte könnten sich nicht anstecken. Sie sagten uns, Geimpfte könnten das Virus nicht übertragen. Sie sagten uns, Masken wirken. Sie sagten uns, der Mindestabstand von 1,8 Metern basiere auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie sagten uns, dies sei das erste Virus in der Geschichte, bei dem es keine natürliche Immunität gäbe. Sie lagen komplett daneben.“).

¹⁸² E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an TikTok (1. April 2020), *siehe* Anlage 46.

¹⁸³ *Siehe unten* Abschnitt II.C.



Am 1. April 2020 warnte die Europäische Kommission TikTok, dass es mehr gegen sogenannte Desinformationen unternehmen müsse.

Bald darauf weitete die Europäische Kommission ihre Druckkampagne öffentlich aus. Im Juni 2020 EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen rief ein „COVID-19-Desinformationsüberwachungsprogramm“ ins Leben, das Unterzeichner des Desinformationskodex verpflichtete, zunächst monatlich, später zweimonatlich Berichte über ihre Bemühungen zur Herabstufung und Entfernung von Informationen vorzulegen, die die Europäische Kommission als falsch einstufte, sowie über die Förderung von „autoritativen Inhalten“, die die von der Regierung bevorzugten Narrative wiedergaben.¹⁸⁴ In dem Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok, in dem sie zur Teilnahme an dem „Überwachungsprogramm“ aufgefordert wurde, wurde klargestellt, dass die Europäische Kommission an den „Richtlinien, Verfahren und Maßnahmen“ interessiert sei, die Plattformen „seit Ausbruch der COVID-19-Krise als Reaktion auf die damit einhergehende Infodemie“ ergriffen hätten.¹⁸⁵ Diese Berichtspflichten stellten im Wesentlichen Zensurmaßnahmen dar: Plattformen, die nicht genügend Inhalte entfernten, um die Europäische Kommission zufriedenzustellen, wurden ins Visier genommen. Sie würden gezielt regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt sein, was bedeuten würde, dass die Plattformen ihre globalen Inhaltsmoderationsregeln ändern müssten, um von der Europäischen Kommission missbilligte Inhalte in großem Umfang zu zensieren.

1. Baseline information on relevant policies and procedures as of 31 July 2020.

Platforms and relevant industry associations are invited to provide the Commission with an up-to-date information on the policies, procedures and actions they have enacted since the outbreak of the COVID-19 crisis as a response to the concomitant infodemic.

Die Europäische Kommission hat Social-Media-Plattformen intern darauf hingewiesen, dass sie ihre Regeln zur Inhaltsmoderation im Zusammenhang mit COVID-19 ändern sollten.

¹⁸⁴ COVID-19 Desinformationsmonitoringprogramm, EUROPÄISCHE KOMMEN, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/covid-19-disinformation-monitoring> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

¹⁸⁵ Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok (22. Juli 2020), siehe Anlage 47 (Hervorhebung im Original).

Selbst europäische Unternehmen, die im Allgemeinen vor den schlimmsten Regulierungsmaßnahmen der Kommission geschützt waren, spürten den Druck. Im Juni 2020 bat Filomena Chirico, eine hochrangige Beraterin von Kommissar Breton, um ein Treffen mit dem schwedischen Unternehmen Spotify, um dessen „Maßnahmen gegen Desinformation“ zu besprechen.¹⁸⁶ Gleichzeitig vereinbarte Chirico ein Gespräch mit Spotify über das Desinformationsgesetz (DSA), was zeigt, dass das DSA für Plattformen und die Kommission fast zweieinhalb Jahre vor seinem Inkrafttreten höchste Priorität hatte.¹⁸⁷

On Fri, Jun 5, 2020 at 7:37 PM <[REDACTED]@ec.europa.eu> wrote:
 Hi [REDACTED]
 Sorry to get back only now, this period has been extremely intense and we did not have much time for meetings. Good that we managed to virtually “see” each other, although in a group exchange.
 I’m writing to ask if you would you have time to speak briefly on Monday. I have a question on Spotify’s anti-disinformation actions.
 Of course, we can also plan a DSA discussion, I suppose you will participate to the public consultation we just launched.
 I’m available at 10:00 or after 15:00
 Thanks in advance!
 Filomena

Ein hochrangiger Berater von Kommissar Breton wollte sich 2020 mit Spotify über dessen „Maßnahmen gegen Desinformation“ und die DSA treffen.

Bis Oktober 2020 hatte die Europäische Kommission die Inhaltsmoderationsregeln der Plattformen ins Visier genommen und gefragt, wie diese ihre Nutzungsbedingungen oder Praktiken zur Inhaltsmoderation im Vorfeld der Einführung von COVID-19-Impfstoffen aktualisieren wollten.¹⁸⁸ Bei der Kontaktaufnahme teilten die Mitarbeiter den Plattformen mit, dass sie im „Wissen“ von Präsidentin von der Leyen und mit „Zustimmung“ von Vizepräsidentin Jourová handelten.¹⁸⁹ Die Botschaft war eindeutig: Die einflussreichsten Vertreter der Kommission erwarteten von den Plattformen, dass sie ihre globalen Inhaltsmoderationsregeln in Bezug auf COVID-19-Impfstoffe änderten, noch bevor ein einziger Impfstoff ausgeliefert worden war.

Die Plattformen konnten und wollten diesen Druck nicht ignorieren. TikTok beispielsweise teilte der Europäischen Kommission mit, dass es die Situation beobachte und zusätzliche Zensur – „Satire zum Thema Impfungen“, um festzustellen, ob notwendig sei.¹⁹⁰ Dies stellt eine auffällige Parallele zu den USA dar, wo die Biden-Harris-Regierung Meta erfolgreich unter Druck setzte, „Humor und Satire“ im Zusammenhang mit COVID-19-Impfungen zu entfernen.¹⁹¹ Nachdem die Aufsicht des Ausschusses dies aufgedeckt hatte, entschuldigte sich Meta-CEO Mark Zuckerberg und versprach, dass so etwas nie wieder vorkommen würde.¹⁹²

¹⁸⁶ E-Mails zwischen Mitarbeitern von Spotify und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (7. Juni 2020), *siehe* Anlage 18.

¹⁸⁷ Ebenda.

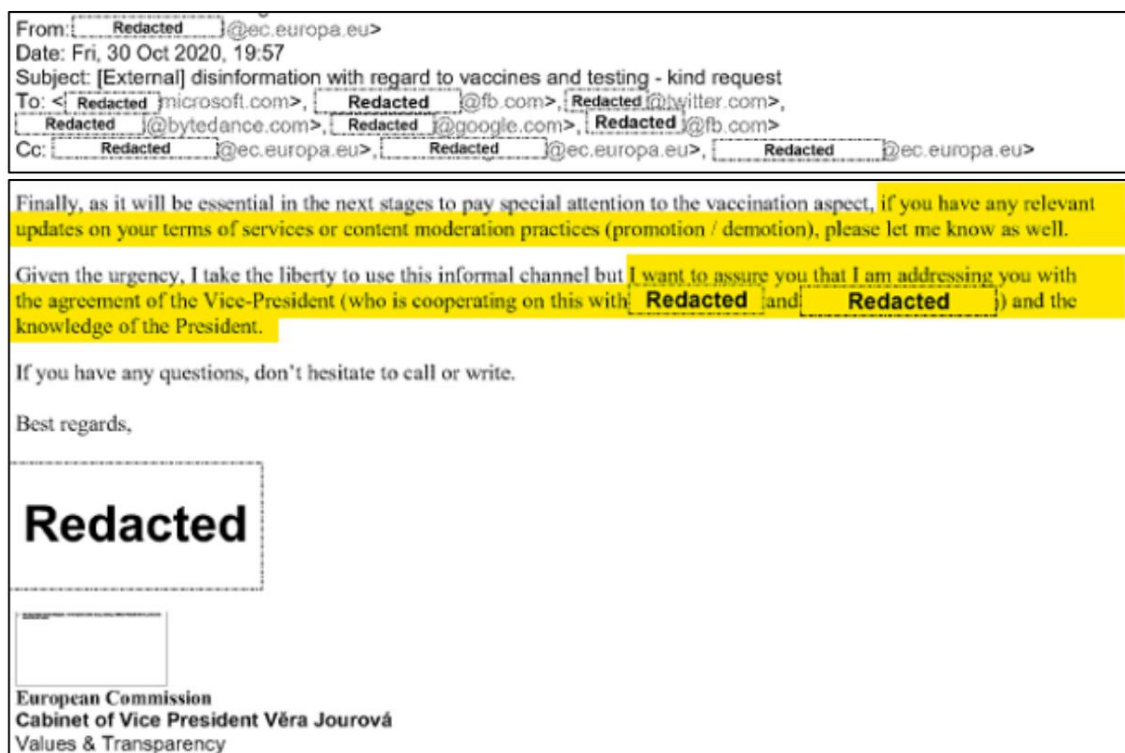
¹⁸⁸ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (30. Oktober 2020), *siehe* Anlage 48.

¹⁸⁹ Ebenda.

¹⁹⁰ Stellungnahme von TikTok zur Anfrage der Europäischen Kommission zu Desinformationen über die Covid-19-Impfung (4. November 2020), *siehe* Anlage 49.

¹⁹¹ Brief von Herrn Mark Zuckerberg, CEO von Meta, an den Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses (Aug. 26. Februar 2024); *siehe auch*: Mitarbeiter des Justizausschusses des Repräsentantenhauses und des ausgewählten Unterausschusses zur Instrumentalisierung der Bundesregierung des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, 118. Kongress, Der Zensur -Industriekomplex : Wie hochrangige Beamte des Weißen Hauses unter Biden die großen Technologiekonzerne zur Zensur der Amerikaner zwangen . WAHRE INFORMATIONEN UND KRITIK AN DER BIDEN -REGIERUNG (Comm. Print 1. Mai 2024).

¹⁹² Ebenda.



Der Druck zur Änderung der Regeln für die Inhaltsmoderation im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen kam von höchster Stelle der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission konzentrierte sich auch im November 2020 weiterhin auf mutmaßliche Falschinformationen über Impfstoffe. In einem Gespräch mit einer Plattform erklärte ein hochrangiges Mitglied des Stabs von Vizepräsidentin Jourová: „Impfstoffe werden unser neuer Schwerpunkt im Kampf gegen Desinformationen über Covid-19 sein.“¹⁹³ Dementsprechend erklärte die Europäische Kommission, dass Plattformen in künftigen COVID-19-Überwachungsberichten über „Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformationen im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen“ berichten müssten. Dies impliziert erneut, dass Plattformen Maßnahmen ergreifen – sprich: neue Regeln zur Inhaltsmoderation einführen – müssen, um Inhalte über COVID-19-Impfstoffe zu zensieren.¹⁹⁴ In derselben E-Mail wurde auf ein weiteres Vorhaben der Europäischen Kommission verwiesen, einen „gezielten Arbeitsplan zur Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformationen im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen“ zu entwickeln. Dies deutet darauf hin, dass die Europäische Kommission dabei war, konkretere Richtlinien zur Impfstoffzensur für Plattformen zu erarbeiten.¹⁹⁵

¹⁹³ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Vizepräsidentin Vera Jourova (6. November 2020), siehe Anlage 51.

¹⁹⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (9. November 2020), siehe Anlage 50.

¹⁹⁵ Ebenda.

On Mon, Nov 9, 2020 at 9:18 PM [Redacted] <[Redacted]@ec.europa.eu> wrote:

I would also like to take the opportunity to relay a request in relation to the **COVID-19 disinformation monitoring programme** established under the June 2020 Communication.

I understand that [Redacted] from [Redacted] cabinet has recently contacted you seeking your assistance in **designing a targeted work-plan on fighting disinformation and misinformation around COVID vaccines**. We very much appreciate the inputs provided so far in response to this request.

In follow-up, the Commission would like the platforms to include in their **further monthly monitoring reports a specific section highlighting actions taken to fight disinformation and misinformation around COVID vaccines**. Given the importance of this topic, we would greatly appreciate it if you could begin implementing this request in your upcoming monthly updates on COVID-19 disinformation, which are due on 15 November.

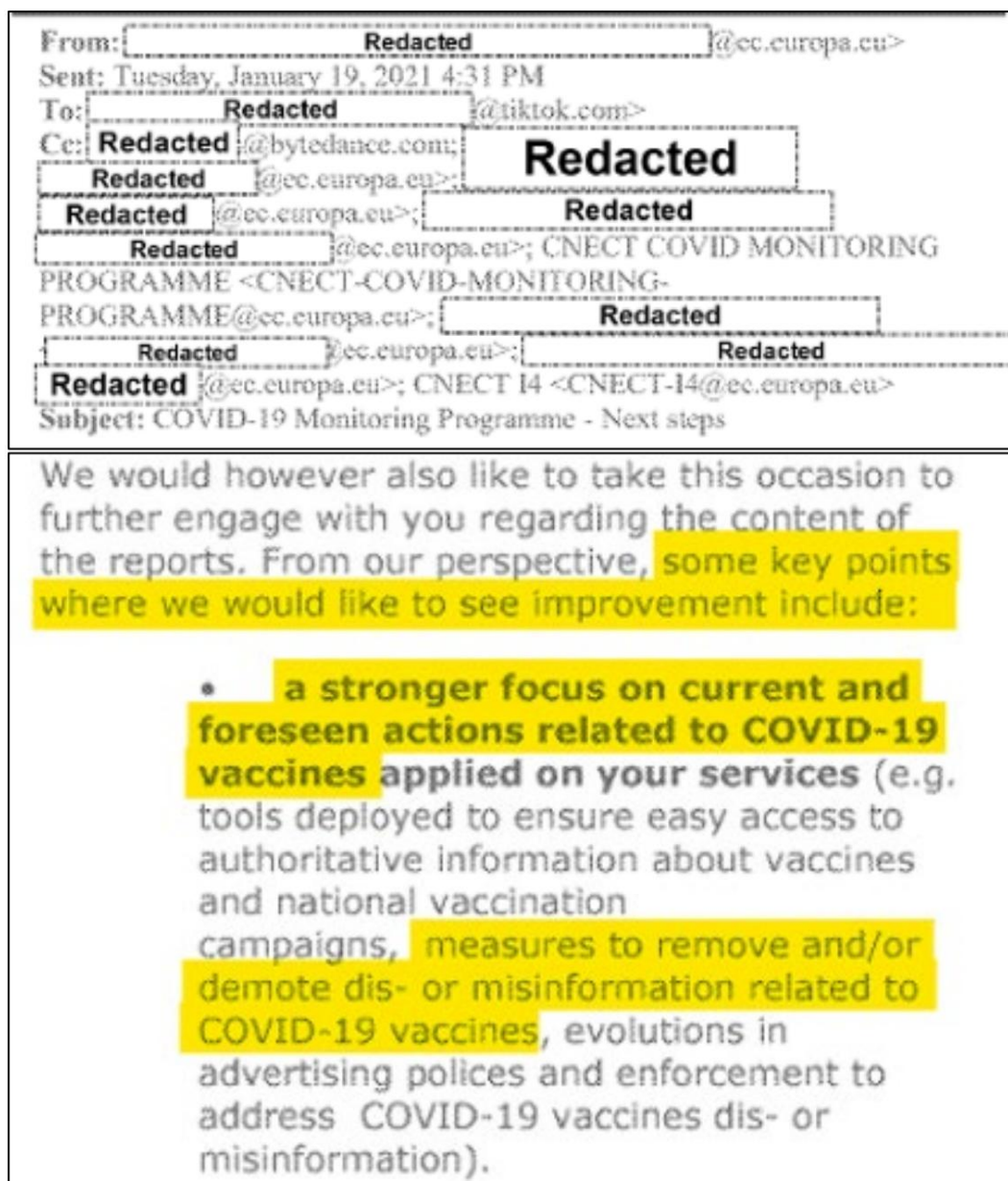
While the monitoring programme already encompasses COVID vaccines disinformation, we consider it would be crucial to intensify and consolidate reporting on the topic. This will critically support the work the Commission and the Member States are undertaking to ensure public acceptance and uptake of COVID vaccines, which, as you know, are presently being developed and undergoing clinical trials.

Bis November 2020 konzentrierte sich die Europäische Kommission auf die Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen.

Der Fokus der Europäischen Kommission auf die Inhaltsmoderation im Zusammenhang mit COVID-19 setzte sich auch 2021 fort. Im Januar verlängerte die Europäische Kommission das von Präsidentin von der Leyen initiierte Programm zur Überwachung von Desinformationen und forderte, dass künftige Plattformberichte einen stärkeren Fokus auf Maßnahmen zur Entfernung und/oder Herabstufung von Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen legen sollten.¹⁹⁶ Die Europäische Kommission übte Druck auf die Plattformen aus, um Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, und gab Einblicke in ihre Definition von Desinformation. Dabei verwies sie auf den voreingenommenen, linksorientierten Global Disinformation Index (GDI) als vertrauenswürdige Quelle.¹⁹⁷ Die Botschaft an die Kommission wollte, dass die Plattformen mehr Meinungsäußerungen zensieren und dies in Übereinstimmung mit linksorientierten Organisationen wie der GDI tun.

¹⁹⁶ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (19. Januar 2021), siehe Anlage 52.

¹⁹⁷ *Ebenda*. Das US-Außenministerium arbeitete zeitweise auch mit dem Global Disinformation Index (GDI) zusammen, um konservative Nachrichtenorganisationen in den Vereinigten Staaten zum Schweigen zu bringen. Der GDI stuft konservative Nachrichtenseiten systematisch als „Desinformation“ ein, während er linke Nachrichtenmedien wie die *Huffington Post* als vertrauenswürdige bezeichnet. Siehe Mitarbeiter der H. Ausschuss für die Justiz, 118. Kongress, Garms Schaden: Wie die größten Marken der Welt versuchen, die Online-Meinungsäußerung zu kontrollieren (Comm. Print, 10. Juli 2024); Gabe Kaminsky, *Disinformation Inc.: Von der Regierung unterstützte Organisation zahlte 315.000 US-Dollar an Gruppe, die konservative Nachrichten auf die schwarze Liste setzt*, WASH. FREE BEACON (14. Februar 2023).

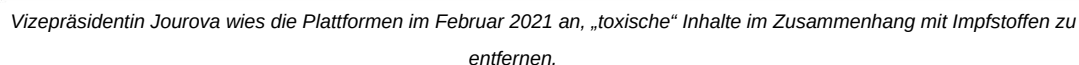


Im Januar 2021 forderte die Europäische Kommission die Plattformen auf, ihre Zensurmaßnahmen zu verstärken.

Im Februar 2021 traf sich die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jourová, mit Vertretern von Facebook, Google, TikTok, Twitter und YouTube und forderte sie direkt zu ihren Bemühungen auf, impfstoffbezogene Inhalte zu zensieren.¹⁹⁸ Konkret fragte sie, was die Plattformen tun könnten, um gegen schädliche Inhalte vorzugehen. Ihre Forderung nach Zensur stützte sie dabei nicht auf eine objektive Kategorie rechtswidriger Inhalte, sondern auf ihre persönliche und subjektive Einschätzung, welche Inhalte als „schädlich“ gelten könnten.¹⁹⁹ Die Europäische Kommission äußerte ihr Missfallen darüber, dass „offensichtlich schädliche Inhalte“ weiterhin online blieben, selbst nachdem vertrauenswürdige Melder – von der Regierung anerkannte Dritte – diese gemeldet hatten.

¹⁹⁸ Zusammenfassung des Treffens zwischen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, und mehreren Plattformen (Februar) 22, 2021), siehe Beispiel 53.

¹⁹⁹ Ebenda.



200

²⁰¹ Siehe *Nat'l Rifle Ass'n v. Vullo*, 602 US 175 (2024) („Regierungsbeamte dürfen nicht versuchen, Privatpersonen zu nötigen, um Ansichten zu bestrafen oder zu unterdrücken, die der Regierung missfallen.“).

²⁰² E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (13. April 2021), *siehe* Anlage 54.

²⁰³ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova (20. April 2021), *siehe* Anlage 19.

Die Verlängerung um weitere 18 Monate übertrug den Plattformen eine Zensurverantwortung. Da die „Empfehlungen“ der europäischen Regulierungsbehörden faktisch bindend waren, zeigte Jourovas Druck Wirkung. Den Plattformen war klar, dass die Europäische Kommission sie mithilfe des bevorstehenden DSA ins Visier nehmen würde, sollten sie den Zensurforderungen der Kommission nicht nachkommen und ihre globalen Inhaltsmoderationsregeln nicht ändern.

 Ref. Ares(2021)2709692 - 22/04/2021

20.4.2021 – VPJ Meeting with the CEO of TikTok Vanessa Pappas

The meeting between the Vice-President Věra Jourová and the CEO of TikTok Vanessa Pappas revolved around three topics, namely measures against disinformation, strengthening the responsibility of platforms and political advertising.

The responsibility of platforms was discussed in the light of Code of conduct on countering illegal hate speech online, the proposed Digital Services Act and the European Democracy Action Plan, including the revision of the Code of Practice on Disinformation. Vice-President Jourova welcomed TikTok's efforts on illegal hate speech online and on fighting COVID-19 related disinformation. CEO Pappas presented TikTok's Content Advisory Council as a way to increase transparency of the content moderation efforts while remaining at top of new challenges such as deepfakes, cyberbullying or teen health issues. Mrs Pappas also mentioned opening a European Public Transparency Centre in Dublin that should open up the details of content moderation process to public. Vice-President Jourova showed interest in these efforts and further emphasised the need to protect the freedom of expression.

In der Zusammenfassung der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit dem Interims-CEO von TikTok im April 2021 wird auf die „Verantwortung“ von TikTok in Bezug auf die Zensur hingewiesen.

Während ein Großteil der Welt die COVID-19-Pandemie bis Ende 2021 hinter sich gelassen hatte, Die Europäische Kommission hatte dies nicht getan. Sie wiederholte die sogenannte „Desinformation“. Das Überwachungsprogramm wurde aufgelegt und den Plattformen neue Meldepflichten auferlegt.²⁰⁴ Diesmal ging die Europäische Kommission über die bloße Zensur von Meinungsverbrechern hinaus – sie wollte deren finanzielle Existenzgrundlage zerstören. Die Europäische Kommission führte eine neue Meldepflicht für „Maßnahmen zur Demonetarisierung von Anbietern von Desinformationen im Zusammenhang mit Covid-19 und Impfstoffen“ ein.²⁰⁵ Erneut setzten sich die Plattformen der Gefahr regulatorischer Repressalien aus, wenn sie ihre Regeln nicht änderten, um Kreative, die die Regierung oder die vorherrschenden „autoritativen“ Narrative zur Pandemie kritisierten – von denen viele zu diesem Zeitpunkt nachweislich falsch waren –, von der Monetarisierung auszuschließen.

FALSCH.

204 E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (8. Dezember 2021), siehe Beispiel 59.

205 Ausweis.

206 Siehe z. B. Anika Singanayagam et al., *Community transmission and virus load kinetics of the SARS-CoV-2 delta variant in vaccinated and unvaccinated individuals in the UK: a prospective, longitudinal, cohort study*, 22 LANCET INFECTIOUS DISEASE 183 (Feb. 2022) (Nachweis, dass geimpfte Personen das COVID-19-Virus übertragen können).

From: CNECT-COVID-MONITORING-PROGRAMME@ec.europa.eu [CNECT-COVID-MONITORING-PROGRAMME@ec.europa.eu]
Sent: 12/8/2021 4:38:58 PM
To: [Redacted] Think And Go B.V.B.A); [Redacted] microsoft.com); [Redacted] fb.com; [Redacted] google.com; [Redacted] tiktok.com; [Redacted] twitter.com; [Redacted] twitter.com
CC: [Redacted] @ec.europa.eu]; [Redacted] @ec.europa.eu]
Subject: [External] Prolongation of the COVID-10 Monitoring Programme and next steps

4. Information related to advertising and monetisation

The reports contain information about ads removed or prevented from running for violating the platforms' policies regarding Covid-19. Yet, information on the context is often lacking, including in which phase these ads were prevented/removed, how many were actually displayed etc. Also, reports refer to action taken against URLs, while it is not clear on what basis / in which context this happened.

Reports do not contain, however, information regarding actions taken to demonetise purveyors of Covid-19 and vaccines related disinformation. In view of the importance of achieving results regarding the demonetisation of disinformation, we would like to ask you to start providing data also related to this. Relevant signatories should also take this opportunity to start testing metrics capable of measuring the amount of online ads displayed over pages or through channels identified as purveyors of COVID-19 related disinformation.

Im Dezember 2021 wies die Europäische Kommission die Plattformen an, die Monetarisierung von Inhalten zu unterbinden, die als Fehlinformationen eingestuft wurden.

Jahrelang bemühte sich die Europäische Kommission aktiv darum, die Online-Debatte über die COVID-19-Pandemie und die Zensur von Meinungen, die die vorherrschenden Regierungsnarrative in Frage stellen, standen im Fokus. Diese Maßnahme wurde auf höchster Ebene der politischen Führung der Europäischen Kommission konzipiert und umgesetzt. Zu Beginn der Pandemie warnte die Kommission die Plattformen, dass die Bekämpfung mutmaßlicher COVID-19-Desinformation „unerlässlich“ sei.²⁰⁷ Anschließend verpflichtete sie die Plattformen im Rahmen des Desinformationskodex, mutmaßliche Desinformation auf ihren Seiten zu melden, einschließlich der Art und Weise, wie Plattformen ihre Regeln zur Inhaltsmoderation änderten, um regierungskritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens des Desinformationsgesetzes (DSA) gerieten die Plattformen in ein Dilemma: Sie wussten, dass ihnen ein Versäumnis, jetzt Meinungen zu zensurieren, später angelastet werden würde. Der einzige Ausweg schien darin zu bestehen, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern und Meinungen weltweit zu zensurieren.

207 E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an TikTok (1. April 2020), siehe Beispiel 46.

E. Die Europäische Kommission übte Druck auf die Plattformen aus, ihre Regeln für Inhalte im Zusammenhang mit Russlands Invasion in der Ukraine zu ändern.

Ab Anfang 2022 übte die Europäische Kommission auch Druck auf die Plattformen aus, mehr Transparenz zu schaffen. Russland zensurierte Äußerungen im Zusammenhang mit dem Einmarsch in die Ukraine aggressiv. In regelmäßigen Treffen in den Jahren 2022 und 2023 erkundigte sich die Europäische Kommission bei den Plattformen, wie diese ihre Regeln zur Inhaltsmoderation als Reaktion auf den Krieg angepasst hatten, und forderte sie zu weiteren Änderungen auf. Es gibt Hinweise darauf, dass die Biden-Harris-Administration diese Bemühungen unterstützte und möglicherweise sogar daran beteiligt war.

i. Die Europäische Kommission veranstaltete regelmäßige Treffen mit Plattformen, um Druck auf diese auszuüben, damit sie mehr Inhalte im Zusammenhang mit Russlands Invasion in der Ukraine zensurieren.

Im Laufe der Jahre 2022 und 2023 traf sich die Europäische Kommission mit Plattformen und forderte sie auf, ihre Regeln anzupassen, um mutmaßliche Falschinformationen und Desinformationen im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu unterbinden. Bereits im Januar 2022, noch vor Kriegsbeginn, begann die Kommission, große Gruppentreffen mit Plattformen abzuhalten, in denen sie regelmäßig nach deren Regeln zur Inhaltsmoderation fragte. Insgesamt fanden mindestens 14 solcher Treffen statt, deren typische Tagesordnungen Fragen zu „neuen Maßnahmen Ihrerseits, einschließlich Änderungen der Nutzungsbedingungen“²⁰⁸ und „neuen Maßnahmen/Anpassungen der Richtlinien“ im Hinblick auf „Desinformation“²⁰⁹ enthielten. Die Schlussfolgerung, dass Plattformen solche Maßnahmen ergreifen sollten – da sich das DSA in den letzten Verhandlungsphasen befand –, war eindeutig.

²⁰⁸ Tagesordnung für ein Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (11. Mai 2022), *siehe* Anlage 73; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. März 2022), *siehe* Anlage 67; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (3. Juni 2022), *siehe* Anlage 77; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (24. Mai 2022), *siehe* Anlage 75; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (19. April 2022), *siehe* Anlage 69; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (4. April 2022), *siehe* Anlage 68; Einladung eines Treffens von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (10. März 2022), *siehe* Anlage 66; Einladung eines Treffens von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Februar 2022), *siehe* Anlage 63; Einladung eines Treffens von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (7. Februar 2022), *siehe* Anlage 62; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. Januar 2022), *siehe* Anlage 60; Tagesordnung eines Treffens von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (23. Juni 2022), *siehe* Anlage 78; Tagesordnung eines Treffens von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (1. Juni 2022), *siehe* Anlage 76; Tagesordnung des Treffens der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (18. Mai 2022), *siehe* Anlage 74; Tagesordnung des Treffens der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (4. Mai 2022), *siehe* Anlage 72; Tagesordnung des Treffens der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex für Desinformation (27. April 2022), *siehe* Anlage 71.

²⁰⁹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. März 2022), *siehe* Beispiel 67.

At this afternoon's meeting on Ukraine we are looking forward to hear in particular about your most recent insights regarding:

- **Trends observed regarding TTPs and disinformation narratives;**
- **Any new actions taken on your side, including changes in Terms and Conditions.**
- Insights about **fact-checking activities**: further information about your actions to step up fact-checking in relevant languages, volume of fact-checks related to the war, your experiences regarding the effectiveness of fact-checking, challenges, lessons learned.
- Updates about **enforcement and circumvention of sanctions**;
- Any updates regarding the **activity of Russian state-affiliated accounts** (embassy accounts etc.) and the **effectiveness of your policies** in this regard;

Die Europäische Kommission stellte außerdem konkretere Anforderungen an die Plattformen. Am 3. März Im Jahr 2022 wies die Europäische Kommission die Unterzeichner des Desinformationskodex an, der Kommission darüber zu berichten, wie sie ihre Nutzungsbedingungen anpassen, um eine einheitlichere Kennzeichnung, Herabstufung oder Entfernung von widerlegten Informationen oder irreführendem, manipuliertem Material zu gewährleisten.²¹⁰ Die Frage impliziert die Annahme, dass Plattformen ihre globalen Inhaltsmoderationsregeln im Sinne der Europäischen Kommission anpassen sollten. Darüber hinaus ist die Beurteilung, ob Informationen „widerlegt“ oder „irreführend“ sind, subjektiv, was das Risiko erhöht, dass die Europäische Kommission diese Klassifizierungen als Vorwand für die Zensur von Inhalten nutzen könnte.

Nicht so. Und „Melden“ war schlichtweg die bevorzugte Drucktaktik der Europäischen Kommission – ein einfacher Weg, Unternehmen zu signalisieren, dass bestimmte Inhalte zensiert werden sollten und dass die Europäische Kommission es erfahren würde, wenn dies nicht der Fall wäre.

53

On Thu, Mar 3, 2022, 9:30 AM [Redacted]@ec.europa.eu wrote:

Here is the list of measures and related KPIs which I would ask you to cover in your reports to the Commission.

1. ensure a more consistent **labelling, demotion or removal of debunked information or deceptive manipulated material**, and where appropriate **adapting terms of services to the exceptional situation**.

→ **KPI:** number of labels applied, number of demoted/removed content items, number of pieces of content fact-checked, information on updates made to their terms of service, to the extent possible we would appreciate to have also information related to the impact of such measures.

Die Europäische Kommission forderte die Plattformen auf, über Änderungen ihrer Regeln zur Inhaltsmoderation nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine zu berichten.

Am selben Tag, dem 3. März 2022, trafen sich Vizepräsidentin Jourová und Kommissar Breton.

Sie schickten gemeinsam einen Brief an TikTok, in dem sie die Plattform aufforderten, „äußerste Sorgfalt walten zu lassen ... bei der Anwendung aller Elemente des Verhaltenskodex gegen Desinformation“ und „darzulegen, wie die konkreten Verpflichtungen“, die sie eingegangen sei, „zügig umgesetzt werden könnten“. ²¹¹

Jourova und Breton wiesen TikTok außerdem darauf hin, dass das Unternehmen seine Richtlinien an die veränderte Situation anpassen solle, insbesondere im Hinblick auf den risikobasierten Ansatz, der dem kommenden Digital Services Act (DSA) zugrunde liegt. ²¹² Obwohl Jourová und Breton in diesem Fall konkret über Inhaltsmoderationsregeln im Zusammenhang mit „Kriegspropaganda“ ²¹³ sprachen, ist das zugrunde liegende Prinzip beunruhigend und aufschlussreich. Sechs Monate vor Inkrafttreten des DSA war die Europäische Kommission der Ansicht – und teilte dies den Plattformen mit –, dass der DSA sie ermächtige, Änderungen an den globalen Inhaltsmoderationsregeln zu fordern.

Beyond the specific implementation of EU sanctions against RT and Sputnik, this is the moment to exert your utmost diligence not only in applying all elements of the Code of Practice on Disinformation but also to start showing how the concrete commitments discussed in the context of its revision can be operationalised rapidly.

Moreover, until now your terms of service have not considered the possibility of your systems being used as means of war propaganda. Given the circumstances we urge you to consider adapting your policies to the changed situation, in anticipation of the risk-based approach which is at the core of the upcoming Digital Services Act.

In einem Schreiben vom März 2022 an TikTok beanspruchte die Europäische Kommission die Befugnis, gemäß dem DSA Änderungen an den globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu erzwingen.

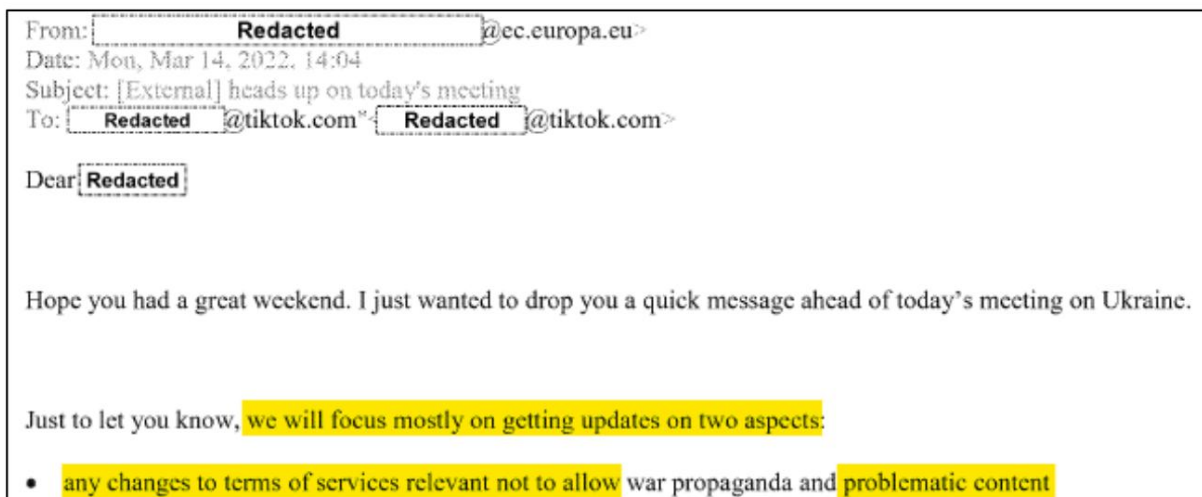
Nur wenige Wochen später, am 14. März, konzentrierte sich ein Treffen zwischen Plattformen und der Europäischen Kommission zum Thema Desinformation auf „Änderungen der Nutzungsbedingungen, die darauf abzielen, Kriegspropaganda und problematische Inhalte zu verhindern“. ²¹⁴ Obwohl der Wunsch, russische Kriegspropaganda zu bekämpfen, verständlich ist, ist die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf undefinierte „problematische Inhalte“ – ein weiterer hoffnungslos subjektiver Standard – und die Überzeugung, dass europäische Regulierungsbehörden dazu in der Lage sein sollten

²¹¹ Schreiben von Kommissar Thierry Breton und Vizepräsidentin Vera Jourová an TikTok (3. März 2022), siehe Anlage 64. ²¹² Ebenda.

²¹³ Ebenda.

²¹⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (14. März 2022), siehe Anlage 21.

Die Beeinflussung der globalen Standards für die Inhaltsmoderation durch nicht-europäische Unternehmen ist zutiefst besorgniserregend.



Europäische Regulierungsbehörden forderten Aktualisierungen zu den „Änderungen der Nutzungsbedingungen“ der Plattformen an, um „problematische Inhalte“ zu zensieren.

Wie schon bei den Falschinformationen zu COVID-19 stützte sich die Europäische Kommission erneut auf ... TikTok berief sich auf Pseudowissenschaft, um seine Behauptung zu untermauern, dass Desinformationen über Russlands Invasion in der Ukraine auf Social-Media-Plattformen weit verbreitet seien. Im März 2022 lud die Europäische Kommission TikTok zu einem Treffen vor, nachdem die linke, zensurbefürwortende Organisation NewsGuard berichtet hatte, dass Falschinformationen über die russische Invasion in der Ukraine auf der Plattform leicht zugänglich seien.²¹⁵ NewsGuard stuft, ähnlich wie der Global Disinformation Index, konservative Äußerungen systematisch als „Desinformation“ ein, während progressive Äußerungen als vertrauenswürdig gelten.²¹⁶ TikTok bestritt den Inhalt des NewsGuard-Berichts und erklärte, das Experiment habe das übliche Nutzungsverhalten nicht nachgebildet.²¹⁷

Formelle Treffen der Unterzeichner des Desinformationskodex, darunter auch Plattformen, befassten sich ebenfalls mit den Regeln zur Inhaltsmoderation der Plattformen im Zusammenhang mit der russischen Invasion und dem darauffolgenden Krieg. Diese Regeln wurden in mindestens zehn Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion“ der Task Force für den Desinformationskodex in den Jahren 2022 und 2023 erörtert.²¹⁸ Ebenso wurde dies in einer Plenarsitzung des Kodex thematisiert.

²¹⁵ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (24. März 2022), *siehe* Anlage 29.

²¹⁶ *Siehe* MITARBEITER DES H. AUSSCHUSSES FÜR DIE JUSTIZ, 118. KONGRESS, GARM'S HARM: WIE DIE GRÖSSTE DER WELT MARKEN VERSUCHEN, DIE ONLINE- SPRACHE ZU KONTROLLIEREN (Comm. Print 10. Juli 2024).

²¹⁷ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (24. März 2022), *siehe* Anlage 29.

²¹⁸ Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (11. Januar 2023), *siehe* Anlage 195; *siehe* Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (22. Februar 2023), *siehe* Anlage 193; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (8. Februar 2023), *siehe* Anlage 107; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (14. Dezember 2022), *siehe* Anlage 196; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. Oktober 2023), *siehe* Anlage 143; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (8. März 2023), *siehe* Anlage 111; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. November 2022), *siehe* Anlage 93; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (15. November 2022), *siehe* Anlage 91; Tagesordnung: Sitzung der Ständigen Arbeitsgruppe Krisenreaktion ...

Im Dezember 2022 wurden die Unterzeichnerstaaten und Plattformen in einer „Spotlight-Diskussion“ gefragt, welche Maßnahmen sie ergriffen hätten, um Desinformationen über die Krise im Ukraine-Krieg zu reduzieren. 219 hochrangige Mitarbeiter von Vizepräsidentin Jourova und Kommissar Breton nahmen an der Plenarsitzung teil und sprachen²²⁰ dort.

14:30–15:30	6. Spotlight Discussion Disinformation surrounding the war in Ukraine – lessons learnt from the Crisis by the CoP community Short interventions by signatories: - <i>What were the main threats that your organisation/company observed on the crisis?</i> - <i>What measures did you take to reduce disinformation on the crisis?</i> - <i>What are your key concerns and main learnings?</i> - <i>What do you see as areas for further action? Do you have suggestions on how to take this forward under the Code?</i>
-------------	--

Auf der Tagesordnung einer Plenarsitzung der Unterzeichner des Desinformationskodex im Dezember 2022 wurde vermerkt, dass die Plattformen zu ihren Bemühungen befragt würden, Desinformationen im Zusammenhang mit Russlands Invasion in der Ukraine zu unterbinden.

Hochrangige Beamte der Europäischen Kommission führten weiterhin Gespräche mit den Plattformen. Im September 2022 traf sich Vizepräsidentin Jourová mit dem Spotify-CEO Daniel Ek, um „die Rolle und Verantwortung digitaler Plattformen im Kontext des Digital Services Act (DSA) zu erörtern“.²²¹

Sie nutzte erneut ein Treffen mit einem Plattformmanager, um zur Zensur aufzurufen und dazu „zu ermutigen“.

Spotify soll dem „Verhaltenskodex gegen Desinformation beitreten“ – was bedeutet, dass das Unternehmen seine Regeln zur Inhaltsmoderation ändern müsste, um mehr Inhalte zu zensieren.²²² Jourova bestätigte während des Treffens außerdem, dass die DSA den Versuch der EU darstelle, „sich im Bereich des Informationsraums zu engagieren“ – mit anderen Worten, den Ideenmarkt zugunsten der Europäischen Kommission zu verschieben.

²²³

Task-Force-Untergruppe Krisenreaktion (19. Oktober 2022), siehe Anlage 202; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (4. Oktober 2022), siehe Anlage 88.

²¹⁹ Tagesordnung: Vierte Sitzung der Ständigen Arbeitsgruppe für den Verhaltenskodex (6. Dezember 2022), siehe Anlage 95.

²²⁰ *Ausweis.*

²²¹ Zusammenfassung des Treffens zwischen Spotify und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová (7. September 2022), siehe Beispiel 22.

²²² *Ebenda*

²²³ *Ebenda*.

Meeting with D. Ek  Ref. Ares(2022)6254468 - 09/09/2022
Berlaymont, 7 September 2022

Meeting conclusions

Participants	<u>Visitors' delegation:</u> • Daniel Georg Ek, CEO of Spotify • , Global Head of Public Affairs • , Vice President, Global Government Relations • , Senior Director, European Policy <u>COM:</u> • Vice President Jourová • Daniel Braun, Deputy Head of Cabinet
Objective of the meeting	• Discuss the role and responsibilities of digital platforms within the context of the Digital Services Act (DSA). • Discuss the proposal for the Media Freedom Act, and the position of Spotify, as well as its obligation in the digital sphere. • How Spotify can contribute to the EU's work to promote a values-driven approach to Europe's digital economy, especially on AI.
Issues raised & follow-up	<i>On the digital economy and regulation</i>
	• VP Jourová's tangible points of follow up between the Commission and Spotify were: encouraging joining the Code of Practice on Disinformation; encouraging participation in the European Diversity Month next May; and participating in the consultation of the fitness check of EU consumer law on digital fairness.

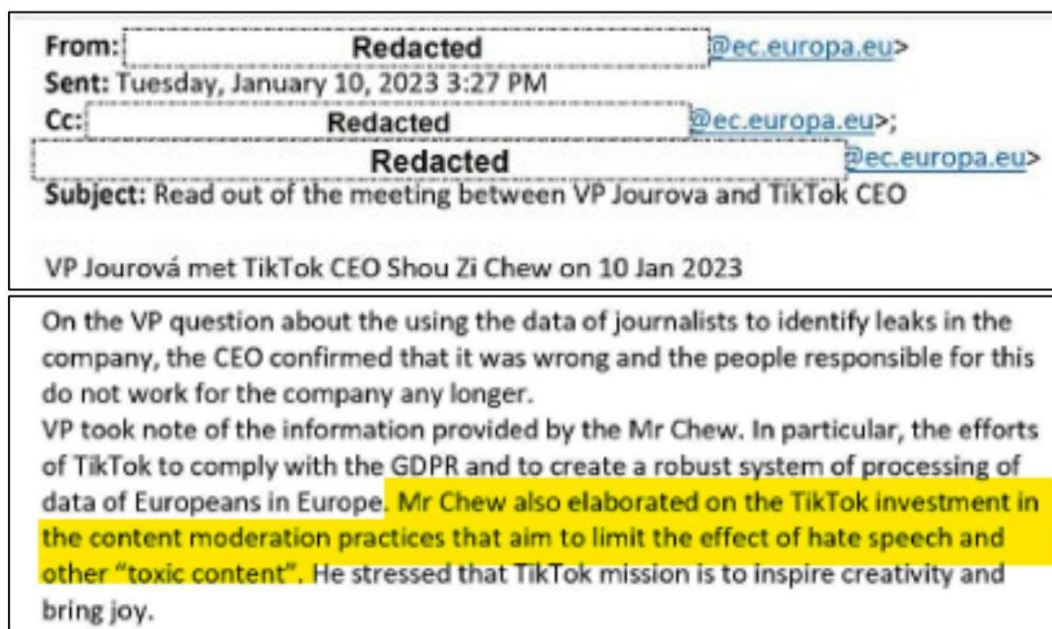
Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jourova, forderte Spotify auf, dem Desinformationskodex beizutreten und damit Zensurverpflichtungen einzugehen.

Im Dezember 2022 sandten Vizepräsidentin Jourova und Kommissar Breton im Zusammenhang mit der russischen Invasion einen weiteren Brief an TikTok, in dem sie das Unternehmen aufforderten, mutmaßliche Desinformationen auf der Plattform zu moderieren.²²⁴ Kurz darauf, im Januar 2023, trafen sich Jourova und Breton getrennt mit TikTok-CEO Shou Chew. Jourova fragte nach der Verbreitung russischer Desinformationen, woraufhin Chew die Investitionen von TikTok in Maßnahmen zur Inhaltsmoderation erläuterte, die darauf abzielen, die Auswirkungen von Hassrede und anderen schädlichen Inhalten einzudämmen.²²⁵ Die Anspielung auf schädliche Inhalte erinnerte an Jourovás Treffen mit TikTok im Jahr 2021 und deutete

²²⁴ Schreiben von Kommissar Thierry Breton und Vizepräsidentin Vera Jourova an TikTok (22. Dezember 2022), siehe Anlage 102.

²²⁵ Zusammenfassung des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová (10. Januar 2023), siehe Beispiel 25.

Sie handelten auf ihre Forderung hin, solche Inhalte zu zensieren.²²⁶ Chew und Breton erörterten außerdem TikToks „Implementierungspläne für den DSA“ sowie „Verpflichtungen und Arbeiten im Rahmen des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformation“.²²⁷



TikTok rühmte sich seiner Investitionen in die Zensur von „toxischen Inhalten“, wozu Vizepräsidentin Jourova das Unternehmen in vorangegangenen Treffen aufgefordert hatte.

Treffen zwischen der Europäischen Kommission und Plattformen zum Thema Fehlinformationen im Zusammenhang mit Russlands Invasion in der Ukraine wirft genau dasselbe Problem auf wie die COVID-19-Treffen: Die Berichtspflichten gegenüber der Kommission zu Maßnahmen der Inhaltsmoderation, gepaart mit deren enormer Regulierungsmacht, zwingen Plattformen faktisch dazu, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern. In diesem Fall befragte die Europäische Kommission die Plattformen wiederholt zu den globalen Regeln zur Inhaltsmoderation im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine. Die Plattformen wussten, was die Europäische Kommission forderte – strengere globale Regeln – und sie wussten, dass sie der Europäischen Kommission über die Umsetzung dieser Änderungen Bericht erstatten mussten.

Schließlich wussten sie, dass die Europäische Kommission ab 2023 die Befugnis haben würde, bei Verstößen gegen die äußerst vagen Risikominderungsbestimmungen des DSA unternehmensverändernde Geldbußen zu verhängen. Bestimmung. Die Kombination dieser drei Tatsachen ließ den Plattformen kaum eine andere Wahl, als mehr Meinungsäußerungen zu zensieren.

ii. Die Europäische Kommission hat möglicherweise mit der Biden-Harris-Administration zusammengearbeitet, um Äußerungen im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu zensieren.

Die Kommission handelte möglicherweise nicht allein. Es gibt Hinweise darauf, dass die Biden-Harris-Regierung die Bemühungen der Kommission zur Zensur globaler Meinungsäußerungen unterstützt hat.

²²⁶ Siehe Zusammenfassung des Treffens zwischen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová, und mehreren Plattformen (22. Februar 2021), siehe Beispiel 53.

²²⁷ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (4. Januar 2023), siehe Anlage 24.

zur russischen Invasion in der Ukraine. Im April 2022 unterzeichneten die USA und die EU eine gemeinsame „Erklärung zur Zukunft des Internets“, in der sie eine globale Internetregulierung forderten und die Verbreitung von Desinformation als zentrales Problem im Online-Bereich benannten.²²⁸ Im November veranstaltete die Kommission eine Konferenz zu dieser Erklärung, auf der auch der damalige US-Sicherheitsberater Jake Sullivan sprach.²²⁹ Wenig überraschend nutzten EU-Vertreter die Konferenz, um eine aggressive Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine zu fordern. In ihrer Abschlussrede appellierte Vizepräsidentin Vera Jourova eindringlich an die Plattformen, ihre Maßnahmen gegen Desinformation über die Ukraine in Mittel- und Osteuropa zu verstärken.

Europa.“²³⁰

Im Anschluss an die Konferenz und Jourovas Rede forderte die Europäische Kommission die Plattformen auf, vertraulich Informationen darüber einzureichen, „welche konkreten Maßnahmen sie planen, um ihre Vorkehrungen gegen Desinformation über die Ukraine in Mittel- und Osteuropa zu verbessern“. ²³¹ YouTube antwortete der Kommission, dass es seine globale Richtlinie zu „schweren Gewalttaten“ erweitert habe, um Inhalte abzudecken, die Russlands Invasion in der Ukraine leugnen, verharmlosen oder trivialisieren.

und entfernte „mehr als 80.000 Videos und 9.000 Kanäle“ wegen Verstößen gegen die Inhaltsmoderationsregeln von YouTube.²³² Auch wenn Inhalte, die die russische Invasion in der Ukraine leugneten, objektiv falsch gewesen sein mögen, deuten weit gefasste Begriffe wie „trivialisieren“ erneut darauf hin, dass Plattformen politische Äußerungen als Reaktion auf den Druck der Europäischen Kommission – und möglicherweise der Biden-Harris-Administration – zensierten.

As recalled at the meeting of the subgroup, Vice President Jourová made a strong call in her closing speech for platforms to step up their action and measures to address disinformation on Ukraine in Central and Eastern Europe.

In that view, following up on her call, as indicated at the last meeting of the crisis subgroup, **we ask platform signatories to submit a short written summary by the 15th of December, explaining what concrete actions they are planning to take to improve their measures to reduce disinformation on Ukraine in Central and Eastern Europe?** We would like you to concentrate in this regard in particular on information related to **detection and content moderation capacities in the languages concerned – as well as ensuring fact-checking**, with the involvement of human resources and fact-checkers that speak the languages concerned and have a knowledge of the national specificities. Likewise, we would like to understand your **policies and enforcement actions to improve demonetisation efforts in CEE**, i.e. to avoid that advertising is supporting disinformation in these languages, and to avoid that disinformation content in these languages is amplified through advertising or disseminated in the form of advertisements.

Eine Konferenz, die eine gemeinsame Initiative zur Internetregulierung zwischen der Biden-Harris-Administration und der EU in den Mittelpunkt stellte, führte zu neuen Zensurverpflichtungen für Plattformen.

Im besten Fall versuchte die Biden-Harris-Regierung, die amerikanische Souveränität durch das Drängen auf eine globale Internetregulierung zu untergraben. Im schlimmsten Fall nutzte sie die Europäische Kommission, um das zu tun, was die Regierung Biden-Harris bereits getan hat.

²²⁸ US- AUSSENMINISTERIUM, EINE ERKLÄRUNG FÜR DIE ZUKUNFT DES INTERNETS (28. April 2022).

²²⁹ *Hochrangige Multi-Stakeholder-Veranstaltung zur Zukunft des Internets*, EUROPEAN COMM'N (2. November 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/events/high-level-multi-stakeholder-event-future-internet>.

²³⁰ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (14. Dezember 2022), siehe Anlage 100 (Hervorhebung weggelassen). ²³¹ *Ebenda*.

²³² Untergruppe Krisenreaktion: Schriftliche Stellungnahme zu geplanten Maßnahmen zur Reduzierung von Desinformationen über die Ukraine in Zentralchina und Osteuropa (28. November 2022), siehe Beispiel 92.

Der Erste Verfassungszusatz verbietet: Plattformen unter Druck zu setzen, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern und Amerikaner zu zensieren.

Die Europäische Kommission benötigte die Hilfe der Biden-Harris-Administration vermutlich ohnehin nicht. In mindestens 14 Treffen im Laufe der Jahre 2022 und 2023 fragte die Kommission die Plattformen, wie sie ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation geändert hatten oder planten, um mehr Inhalte im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine zu zensieren.²³³

F. Regulierungsbehörden und NGOs übten häufig Druck auf die Plattformen aus, die Regeln zu ändern.

Moderation von Fehlinformationen und Desinformationen bei Treffen der Unterzeichner des Desinformationskodex.

Im Jahr 2022 gingen die Plattformen gegenüber der Europäischen Kommission zusätzliche Verpflichtungen hinsichtlich der Zensur ein. Kommission gemäß einem „verstärkten“ Desinformationskodex.²³⁴ Diese neuen Verpflichtungen umfassten Teilnahme an regelmäßigen Treffen einer Task Force zum Umgang mit dem Desinformationskodex, die für die Überwachung der Einhaltung des Kodex durch die Plattformen zuständig wäre und europäischen Regulierungsbehörden und NGOs ein Forum für den Austausch mit den Plattformen bieten würde.²³⁵ In diesen Treffen – mindestens 94 zwischen 2022 und 2024 – Europäische Regulierungsbehörden hatten die Möglichkeit, Informationen über Änderungen der Desinformationspolitik von Plattformen einzuholen und ermutigten diese implizit dazu, während der entscheidenden Phase des Inkrafttretens des DSA mehr Inhalte zu zensieren.

Die Arbeit der Arbeitsgruppe wurde hauptsächlich in themenbezogenen Untergruppen durchgeführt. Dazu gehörten: Es gab Untergruppen zu den Themen „Krisenreaktion“, „Integrität der Dienste“, „Werbeprüfung“, „Faktencheck“, „Generative KI“ und „Monitoring und Berichterstattung“ sowie eine „Arbeitsgruppe für Wahlen“. In jeder dieser Untergruppen trafen sich Plattformvertreter mit Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission und interessierten NGOs und boten so ein regelmäßiges Forum für Forderungen nach Zensur.

Obwohl der Desinformationskodex als „freiwillig“ beworben wird, waren diese Treffen nicht freiwillig. In einem internen E-Mail-Verlauf von Alphabet merkten Mitarbeiter an, dass das Unternehmen „eigentlich keine Wahl“ hatte, ob es teilnehmen sollte – es war faktisch verpflichtend.²³⁶ Und die Treffen fanden statt Unter den wachsamen Augen der Europäischen Kommission. Die Plattformen stellten intern fest, dass die Europäische Kommission maßgeblichen Einfluss auf die Tagesordnung jeder Gruppe ausübte und ihre bevorzugten Initiativen in den Treffen stark vorantrieb.²³⁷

²³³ Siehe oben Abschnitt III.Ei

²³⁴ Siehe den Verhaltenskodex 2022 zur Desinformation der EUROPÄISCHEN KOMMEN (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026). <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/code-practice-disinformation>.

²³⁵ Desinformationskodex, siehe oben, Fußnote 124, § IX.

²³⁶ Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023), siehe Beispiel 2.

²³⁷ Ebenda.

From: [REDACTED]@google.com]
Sent: 6/22/2023 4:11:45 PM
To: [REDACTED]@google.com]
CC: [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com]; [REDACTED]@google.com];
Subject: Re: Call of interest for the Generative AI Subgroup

Hi [REDACTED], we won't know cadence and expected outputs before some time closer to first meeting when we have a sense of proposed terms of reference.

Structure is like all other CoP working groups - we participate as part of the EU CoP permanent taskforce; other members across industry, civil society, fact-checkers can join as well; co-chairs set the agenda under (strong) impetus from the EU Commission; decision is taken by "consensus" -- but consensus can be heavily pressed by the EC if they disagree with where it's going.

On Thu, Jun 22, 2023, 09:03 [REDACTED]@google.com> wrote:
See below - the EC is opening the GAI subgroup under the Code of Practice. I assume we want to join (we don't really have a choice), but do we also want to co-chair it?

Thanks for your thoughts, [REDACTED]

Google-Mitarbeiter stellten fest, dass die Teilnahme an den Treffen der Untergruppe zum Desinformationskodex praktisch verpflichtend war und dass die Kommission weiterhin erheblichen Einfluss auf die Tagesordnung und die Gruppe behielt. Initiativen.

- i. Die Europäische Kommission erkundigte sich regelmäßig nach den Plattformen. Zensuraktivitäten während der Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion auf den Desinformationskodex“.

Die aktivste Untergruppe des Desinformationskodex war die Krisenreaktions-Untergruppe. Die Treffen sollten eigentlich ein Forum für Plattformen sein, um den Umgang mit Fehlinformationen und Desinformationen im Zusammenhang mit Großkrisen zu erörtern. Die Tagesordnungen dieser Treffen zeigen jedoch, dass sie in Wirklichkeit ein Forum für die Europäische Kommission und ideologisch gleichgesinnte NGOs waren, um Plattformen – darunter Facebook, Microsoft, TikTok, Twitter und Google – unter Druck zu setzen und sie zur Änderung ihrer Inhaltsmoderationsregeln zu bewegen.

²³⁸ Siehe beispielsweise die E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (10. August 2022), siehe Beispiel 81.

Zwischen 2022 und 2024 tagte die Untergruppe Krisenreaktion mindestens 30 Mal, wobei sich mindestens 13 dieser Treffen mit den Regeln zur Inhaltsmoderation von Plattformen befassten.²³⁹ Am häufigsten erkundigte sich die Kommission nach den Regeln zur Inhaltsmoderation im Zusammenhang mit COVID-19 und dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Eine typische Tagesordnung forderte die Plattformen auf, „neue Entwicklungen und Maßnahmen im Kampf gegen Desinformation“ mitzuteilen und fragte insbesondere nach ...

239 E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. Juni 2022), *siehe* Anlage 79; Tagesordnung: Zweites Treffen der Ständigen Arbeitsgruppe des Verhaltenskodex (5. Juli 2022), *siehe* Anlage 80; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (10. August 2022), *siehe* Anlage 81; Tagesordnung: Erste Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (10. August 2022), *siehe* Anlage 189; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (24. August 2022), *siehe* Anlage 82; E-Mail der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (1. September 2022), *siehe* Anlage 83; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (7. September 2022), *siehe* Beispiel 191; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (20. September 2022), *siehe* Beispiel 87; Tagesordnung: Treffen der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (21. September 2022), *siehe* Beispiel 190; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (5. Oktober 2022), *siehe* Anlage 203; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (19. Oktober 2022), *siehe* Anlage 89; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (19. Oktober 2022), *siehe* Anlage 202; Einladung des Personals der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (15. November 2022), *siehe* Anlage 91; Einladung des Personals der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. November 2022), *siehe* Anlage 93; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (30. November 2022), *siehe* Anlage 201; Einladung des Personals der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (8. Dezember 2022), *siehe* Anlage 97; Einladung des Personals der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (14. Dezember 2022), *siehe* Anlage 101; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (14. Dezember 2022), *siehe* Anlage 196; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen der Unterzeichner des Verhaltenskodex für Desinformation (11. Januar 2023), *siehe* Anlage 103; Tagesordnung: Treffen der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (11. Januar 2023), *siehe* Anlage 195; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen der Unterzeichner des Verhaltenskodex für Desinformation (8. Februar 2023), *siehe* Anlage 107; Tagesordnung: Treffen der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (8. Februar 2023), *siehe* Anlage 194; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen der Unterzeichner des Verhaltenskodex für Desinformation (22. Februar 2023), *siehe* Anlage 110; Tagesordnung: Treffen der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (22. Februar 2023), *siehe* Anlage 193; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (8. März 2023), *siehe* Anlage 111; Tagesordnung: Treffen der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (8. März 2023), *siehe* Anlage 199; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (24. März 2023), *siehe* Anlage 113; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (19. April 2023), *siehe* Anlage 116; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (19. April 2023), *siehe* Beispiel 192; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Mai 2023), *siehe* Beispiel 121; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Mai 2023), *siehe* Beispiel 120; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (23. Juni 2023), *siehe* Beispiel 125; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (9. Oktober 2023), *siehe* Beispiel 140; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. Oktober 2023), *siehe* Beispiel 143; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (24. Januar 2024), *siehe* Anlage 150; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (17. April 2024), *siehe* Anlage 156; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (15. Mai 2024), *siehe* Anlage 158; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (12. Juni 2024), *siehe* Anlage 165; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (10. Juli 2024), *siehe* Anlage 167; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (7. August 2024), *siehe* Anlage 169; Einladung eines Mitarbeiters der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (4. September 2024), *siehe* Anlage 171; Einladung eines Mitarbeiters der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (2. Oktober 2024), *siehe* Anlage 176.

„Richtlinienänderungen“ – um sicherzustellen, dass die Kommission in Echtzeit darüber informiert wird, ob die Plattformen auf ihre Zensuranfragen reagieren.²⁴⁰

AGENDA

**MEETING OF THE PERMANENT TASK-FORCE
CRISIS RESPONSE SUBGROUP**

14 December

16:30 – 18:00

- 1. Opening and Welcoming remarks**
- 2. Sharing of new developments and actions taken related to fighting disinformation**
 - a. **War in Ukraine:** Disinformation narratives, e.g. about Russian bombing of Ukrainian civilian energy infrastructure, on sanctions in connection with the energy crisis, inflation and food shortages in developing countries.
 - b. **Public Health and Pandemic:** Disinformation narratives related to COVID-19 and new actions taken by signatories to limit such disinformation (including any policy changes)
- Wherever possible, please share input ahead of the meeting in writing to keep the discussion round efficient and concentrate in the oral interventions on new developments and priority issues, in particular new policy changes and latest developments on trends and narratives.*
- 3. Discussion: Signatories future plans for actions and policies to fight Covid-19 misinformation and disinformation**
- 4. Information Point: Final crisis reporting template adopted**
- 5. Any other business**

Eine typische Tagesordnung für Treffen zwischen der Europäischen Kommission, Plattformen und NGOs, bei denen die Kommission Druck ausübte, um die Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern.

Manchmal stellte die Kommission zusätzliche Forderungen an die Untergruppe. Im Dezember 2022, nach Inkrafttreten des aktualisierten Desinformationskodex, wollte die Gruppe klären, wie „Krisenberichterstattung“ im Rahmen des neuen Desinformationskodex funktionieren sollte.²⁴¹ Plattformen

²⁴⁰ Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (14. Dezember 2022) (Hervorhebung hinzugefügt), siehe Beispiel 196.

²⁴¹ Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (8. Dezember 2022), siehe Anlage 97.

Die Kommission wollte lediglich über „richtlinienverletzende“ Falschinformationen berichten – Inhalte, die wegen Verstößen gegen ihre Richtlinien zur Inhaltsmoderation entfernt wurden (die ebenfalls unter Druck der Kommission standen).²⁴² Die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen am Entwurf des Desinformationskodex deuten darauf hin, dass sie mehr Informationen wollte – nämlich über *alle* mutmaßlichen Falschinformationen im Zusammenhang mit COVID-19 oder der russischen Invasion in der Ukraine, unabhängig davon, ob diese gegen die Plattformregeln verstießen oder nicht.²⁴³ Das Ziel der Kommission war klar: Sie wollte feststellen, welche Plattformen nicht ausreichend zensierten, um sie mithilfe des kürzlich verabschiedeten DSA unter Druck zu setzen, ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern.

Reporting on the service's efforts-response in-during the framework of the [COVID/UKRAINE] crisis
<i>[Note: operational responses to crisis situations can vary from service to service. Signatories are requested to provide information relevant to their particular response to the threats and challenges they observed on their service(s). An absence of information should not be considered a shortfall in the way a particular service has responded.]</i>
Overview of the main threats observed, such as crisis related disinformation campaigns, spread of <i>policy-violative</i> misinformation, coordinated manipulative behaviours, malicious use of advertising products, involvement of foreign state actors, etc. (max 500 words)
Executive summary of the company's main strategies and actions taken to mitigate the identified threats and react to the crisis (max 500 words)
<i>Learnings and best practices identified for future crisis situations (max 500 words)</i>
<i>Future plans for the next six months (max 500 words)</i>

Die von der Europäischen Kommission vorgenommenen Änderungen am Entwurf des Desinformationskodex (blau markiert) erweiterten den Anwendungsbereich der Meldepflicht für Fehlinformationen von „richtlinienverstoßenden“ Fehlinformationen auf alle Fehlinformationen.

Auch die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission stellten während der Wahlen häufig Forderungen. Treffen der Untergruppe Krisenreaktion. Nach den slowakischen Parlamentswahlen im September 2023 forderte die Kommission die Plattformen auf, über „Maßnahmen zur Eindämmung“ mutmaßlicher „Desinformation“ während der Wahl zu berichten.²⁴⁴ Und im Januar 2024, sechs Monate vor den Europawahlen, teilte die Kommission den Plattformen mit, dass sie in den kommenden Monaten „einen starken Schwerpunkt auf ... legen“ werde – was bedeutete, dass sie im Vorfeld der EU-Wahlen häufige Aktualisierungen zu Ihre Aktualisierungen zum Stand Ihrer Vorbereitungen für die Europawahlen“ zusätzlichen Zensurmaßnahmen wünschte.²⁴⁵

Die Untergruppe Krisenreaktion war einer der wichtigsten Mechanismen, mit denen die Kommission die Plattformen genau im Auge behielt. In mindestens 29 Treffen über drei Jahre hinweg, zu Themen wie COVID-19, dem russischen Einmarsch in die Ukraine und wichtigen Europawahlen, fragte die Europäische Kommission die Plattformen wiederholt, wie sie mutmaßliche Falschinformationen und Desinformationen zensierten – und implizierte damit, dass die Plattformen ihre weltweit geltenden „Richtlinien“ entsprechend anpassen müssten.

²⁴² Entwurfsformular für die Berichterstattung über die Reaktion des Dienstes während der [COVID/ Ukraine]-Krise, siehe Anlage 200.

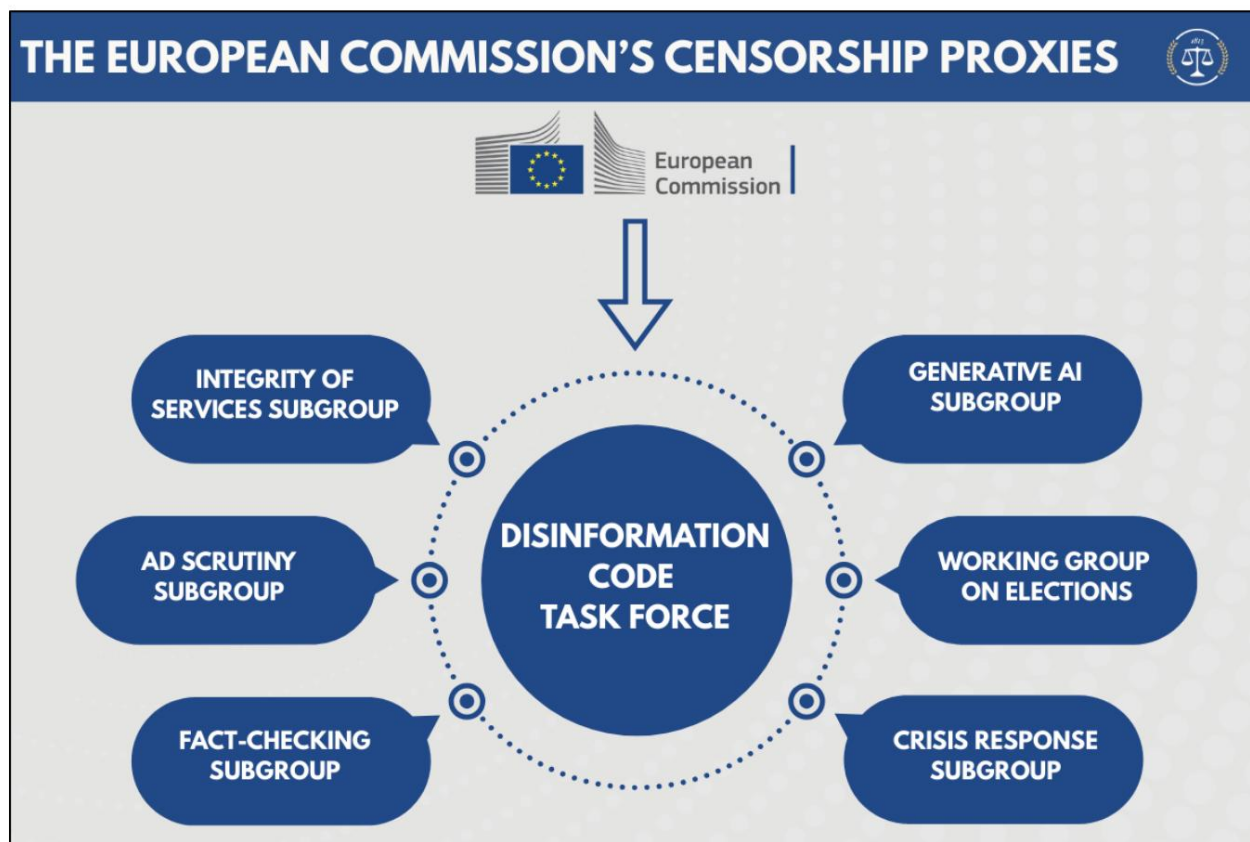
²⁴³ *Autorell*.

²⁴⁴ Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (9. Oktober 2023), siehe Beispiel 140.

²⁴⁵ Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (24. Januar 2024), siehe Beispiel 150.

ii. Andere Untergruppen boten der Kommission zusätzliche Möglichkeiten, Zensurforderungen an Unternehmen zu stellen.

Die Untergruppe „Krisenreaktion“ war möglicherweise die aktivste Untergruppe der Task Force für den Desinformationskodex, aber bei Weitem nicht die einzige. Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission scheinen in Sitzungen von mindestens sechs weiteren Untergruppen Zensur gefördert zu haben. Diese werden hier kurz erläutert.



- Untergruppe „Integrität der Dienste“. „Integrität der Dienste“ ist die beschönigende Umschreibung der Kommission für „Dienste, die nur bevorzugte Inhalte zulassen“.²⁴⁶ Diese Untergruppe traf sich um mindestens fünfmal in den Jahren 2022 und 2023.²⁴⁷

²⁴⁶ Siehe Desinformationskodex, oben Anmerkung 124, § 4. („Die relevanten Unterzeichnerstaaten erkennen die Bedeutung der Intensivierung und des Nachweises der Wirksamkeit der Bemühungen zur Gewährleistung der **Integrität von Diensten** durch die Implementierung und Förderung von Schutzmaßnahmen gegen Fehlinformationen und Desinformationen an.“)

²⁴⁷ Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (13. Dezember 2022), siehe Beispiel 99; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Februar 2023), siehe Beispiel 108; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. Juni 2023), siehe Beispiel 109; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (2. Oktober 2023), siehe Beispiel 134; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (13. Oktober 2023), siehe Beispiel 141.

- **Untergruppe für Werbekontrolle.** Diese Untergruppe hatte zum Ziel, den Abfluss von Werbegeldern zu stoppen. Websites, die angeblich „Desinformation“ verbreiten²⁴⁸ – meist konservative Nachrichtenportale.

Diese Untergruppe wurde von Organisationen geleitet, die im Zentrum einer ähnlichen amerikanischen Initiative standen, darunter die Global Alliance for Responsible Media (GARM) und NewsGuard, was darauf hindeutet, dass die Kommission eine ähnliche Kampagne in Europa anstrebte.²⁴⁹

Die Aufsichtskommission hatte zuvor festgestellt, dass GARM mit ausländischen Regulierungsbehörden zusammengearbeitet hatte, um Twitter unter Druck zu setzen, mehr Äußerungen zu zensurieren und im Gegenzug zusätzliche Mittel zu erhalten.

Werbeausgaben.²⁵⁰ Robert Rakowitz, Mitbegründer von GARM, erklärte, dass es ihm „hauptsächlich darum gehe“, Präsident Trump zum Schweigen zu bringen, und verglich die Rhetorik des Präsidenten mit einer „Ansteckung“. ²⁵¹ Nach der Aufsicht durch den Ausschuss stellte GARM im August 2024 den Betrieb ein.²⁵² Die Untergruppe für Werbeaufsicht tagte mindestens acht Mal in den Jahren 2022 und 2023.

²⁵³ und strebte an, die Plattformen zu verpflichten, der Kommission über das Volumen der Werbegelder zu berichten, die sie daran gehindert haben, an mutmaßliche Desinformationsseiten zu fließen.²⁵⁴

- **Untergruppe Faktenprüfung.** Diese Untergruppe sollte die Faktenprüfung „befähigen“.

Prüfer – meist zensurfreudige linke NGOs – und ermutigen Plattformen, ihnen zuzuhören.

Interne Unterlagen deuten darauf hin, dass die Gruppe auch die Schaffung eines „Faktencheck-Repository“ bezeichnet eine Datenbank mit von der Kommission genehmigten Darstellungen wichtiger politischer und kultureller Ereignisse.^{²⁵⁶} Plattformen sollten diese Datenbank nutzen, um festzustellen, welche Inhalte gemäß dem DSA zensuriert werden müssen und welche nicht. Während dieser Treffen trafen sich Vertreter der Kommission und Nichtregierungsorganisationen.

²⁴⁸ *Neue SLI zu den Maßnahmen zur Demonetisierung, die den finanziellen Wert (Euro) der ergriffenen Maßnahmen erfasst, siehe Beispiel 188.*

²⁴⁹ *Siehe MITARBEITER DES H. AUSSCHUSSES FÜR DIE JUSTIZ, 118. KONGRESS, GARM'S HARM: WIE DIE GRÖSSTE DER WELT*

MARKEN VERSUCHEN, DIE ONLINE- REDE ZU KONTROLLIEREN (Comm. Print 10. Juli 2024); MITARBEITER DES JUSTIZAUSCHUSSES DES HAUS , 119. KONGRESS, EXPORT VON ZENSUR: WIE DAS WERBEKARTEL VON GARM UNTERNEHMEN HELFT , MIT AUSLÄNDISCHEN REGIERUNGEN ZUSAMMENZUARBEITEN , UM DIE MEINUNG AMERIKANISCHER KANDIDATEN ZUM SCHWEIGEN ZU LASSEN (Comm. Print 27. Juni 2025).

²⁵⁰ *Mitarbeiter des Justizausschusses des Repräsentantenhauses , 119. Kongress, Export der Zensur: Wie Garms Werbekartell Konzernen half , mit ausländischen Regierungen zusammenzuarbeiten, um amerikanische Journalisten zum Schweigen zu bringen*

Rede um 2 Uhr (Comm. Print 27. Juni 2025).

²⁵¹ *Ebenda, S. 2.*

²⁵² *Die WFA stellt GARM, den Weltverband der Werbetreibenden , ein (9. August 2024).*

²⁵³ *Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (2. September*

2022), siehe Anlage 84; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (19.

September 2022), siehe Anlage 86; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation

(30. Januar 2023), siehe Anlage 104; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu

Desinformation (13. Februar 2023), siehe Anlage 105; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex

zu Desinformation (30. Mai 2023), siehe Anlage 106; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des

Verhaltenskodex zu Desinformation (13. Juni 2023), siehe

Beispiel 124; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (3. Juli 2023), siehe

Beispiel 127; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (2.

Oktober 2023), siehe Beispiel 137.

²⁵⁴ *Neue SLI zu den Maßnahmen zur Demonetisierung, die den finanziellen Wert (Euro) der ergriffenen Maßnahmen erfasst, siehe Beispiel 188.*

²⁵⁵ *E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. März 2023), siehe Beispiel 114.*

²⁵⁶ *Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. März 2023), siehe Beispiel 115.*

Bewertet wurden auch Daten zum Einsatz von Faktencheckern auf den Plattformen.²⁵⁷ Die Untergruppe Faktencheck tagte in den Jahren 2023 und 2024 mindestens 18 Mal.²⁵⁸

- **Untergruppe Generative KI.** Diese Gruppe traf sich Ende 2023 und Anfang 2024 mindestens dreimal, um den Umgang von Plattformen mit KI-generierten Inhalten zu erörtern.²⁵⁹ Die Kommission forderte wiederholt eine konsequente Zensur dieser Inhalte.²⁶⁰ Zu den Mitgliedern der Untergruppe gehörte auch Logically.AI, ein britisches Unternehmen, das KI-Tools einsetzt, um im Auftrag von Regierungen weltweit Social-Media-Inhalte gezielt zu zensieren.²⁶¹

- **Arbeitsgruppe für Wahlen.** Zusätzlich zur Untergruppe Krisenreaktion.

Mit Blick auf die Wahlen schuf die Kommission eine zusätzliche Gruppe von Unterzeichnern des Desinformationskodex, in der Plattformen und Regulierungsbehörden ausschließlich über Wahlen diskutieren konnten. Mit ausdrücklicher Unterstützung der Kommission befragten Faktenchecker Plattformen zu den Maßnahmen, die sie im Vorfeld bestimmter europäischer Wahlen ergriffen, insbesondere zu „Vorab-Entlarvungsinhalten“. ²⁶² Die Wahlaktivitäten der Kommission waren alles andere als unparteiisch.²⁶³ Dies war vermutlich ein wichtiger Kontaktpunkt für die Kommission, um ihre Erwartungen an die Zensur im Vorfeld der Wahlen mit den Plattformen zu teilen.

Die Arbeitsgruppe für Wahlen tagte im Jahr 2023 mindestens acht Mal.²⁶⁴

²⁵⁷ Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. November 2023), *siehe* Beispiel 145.

²⁵⁸ Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. März 2023), *siehe* Beispiel 115; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (26. April 2023), *siehe* Beispiel 117; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (10. Mai 2023), *siehe* Beispiel 118; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (5. Mai 2023), *siehe* Beispiel 119; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. Juni 2023), *siehe* Beispiel 123; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (28. Juni 2023), *siehe* Beispiel 126; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (13. Juli 2023), *siehe* Beispiel 128; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. September 2023), *siehe* Anlage 133; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (22. September 2023), *siehe* Anlage 135; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (3. Oktober 2023), *siehe* Anlage 138; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (18. Oktober 2023), *siehe* Anlage 142; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. November 2023), *siehe* Beispiel 145; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. November 2023), *siehe* Beispiel 144.

²⁵⁹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (25. Juli 2023), *siehe* Anlage 129; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (17. November 2023), *siehe* Anlage 146; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (18. Dezember 2023), *siehe* Anlage 149.

²⁶⁰ *Siehe unten* Abschnitt III.G.ii.

²⁶¹ *Siehe* Lee Fang, *Logically.AI of Britain and the Expanding Global Reach of Censorship*, REALCLEARINVESTIGATIONS

(25. Januar 2024).

²⁶² E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (1. September 2023), *siehe* Anlage 220.

²⁶³ *Siehe unten* Abschnitt VB

²⁶⁴ Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Wahlen (27. April 2023), *siehe* Anlage 212; Tagesordnung der Sitzung der Arbeitsgruppe Wahlen (22. Juni 2023), *siehe* Anlage 213; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Wahlen (18. Juli 2023), *siehe* Anlage 215; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an

• **Lenkungsausschuss der Untergruppe Krisenreaktion und der Arbeitsgruppe für**

Wahlen. Diese Gruppe, bestehend aus ausgewählten Mitgliedern der Untergruppe Krisenreaktion und der Arbeitsgruppe Wahlen, entwickelte eine „Risikobewertungsmethodik und ein Schnellreaktionssystem für Krisensituationen“.²⁶⁵ Die „Risikobewertungsmethodik“ scheint sich auf ein System bewährter Verfahren zur Einhaltung der DSA-Vorschriften zu beziehen, während Schnellreaktionssysteme es bestimmten staatlich zugelassenen Dritten ermöglichten, im Vorfeld wichtiger Ereignisse, darunter Wahlen in ganz Europa, beschleunigte Zensuranträge an Plattformen zu stellen.²⁶⁶ Diese Gruppe tagte Ende 2023 mindestens sieben Mal.²⁶⁷

Die Kommission veranstaltete außerdem regelmäßig Plenarsitzungen, in denen Untergruppen ihre Arbeit allen Unterzeichnern des Desinformationskodex vorstellten und die formelle Aufnahme des Desinformationskodex als Verhaltenskodex gemäß dem DSA erörterten.²⁶⁸ Bei diesen Veranstaltungen sprachen hochrangige Kommissionsmitglieder, darunter Vizepräsidentin Vera Jourova und Kommissar Thierry Breton. Die Unterzeichner des Desinformationskodex trafen sich zwischen 2022 und 2025 mindestens 15 Mal im Plenum.²⁶⁹

Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (5. September 2023), *siehe* Anlage 216; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (15. September 2023), *siehe* Anlage 217; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (20. September 2023), *siehe* Anlage 223; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (30. November 2023), *siehe* Anlage 233; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (20. Dezember 2023), *siehe* Anlage 235.

²⁶⁵ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. September 2023), *siehe* Beispiel 132.

²⁶⁶ *Siehe unten* Abschnitt VB

²⁶⁷ Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Krisen-/Wahlen-Lenkungsausschuss (25. September 2023), *siehe* Anlage 225; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Krisen-/Wahlen-Lenkungsausschuss (6. Oktober 2023), *siehe* Anlage 226; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Krisen-/Wahlen-Lenkungsausschuss (13. Oktober 2023), *siehe* Anlage 227; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Krisen-/Wahlen-Lenkungsausschuss (23. Oktober 2023), *siehe* Anlage 228; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Krisen-/Wahlen-Lenkungsausschuss (27. Oktober 2023), *siehe* Anlage 229; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Krisen-/Wahlen-Lenkungsausschuss (14. November 2023), *siehe* Anlage 232; Einladung des Personals der Europäischen Kommission an den Lenkungsausschuss für Krise/Wahlen (30. November 2023), *siehe* Anlage 234.

²⁶⁸ Einladung eines Mitarbeiters der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (14. September 2022), *siehe* Anlage 85; E-Mail eines Mitarbeiters der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (2. Dezember 2022), *siehe* Anlage 94; Tagesordnung: Fünfte Plenarsitzung der Ständigen Arbeitsgruppe des Verhaltenskodex (5. Juni 2023), *siehe* Anlage 122; E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und TikTok-Mitarbeitern (23. Mai 2024), *siehe* Anlage 160; Einladung eines Mitarbeiters der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (23. Mai 2024), *siehe* Anlage 161; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. Juni 2024), *siehe* Anlage 164; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (21. Juni 2024), *siehe* Anlage 246; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. September 2024), *siehe* Anlage 173; Tagesordnung: Achte Plenarsitzung der Ständigen Arbeitsgruppe des Verhaltenskodex (1. Oktober 2024), *siehe* Anlage 254; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (13. Dezember 2024), *siehe* Anlage 180; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Dezember 2024), *siehe* Beispiel 182; Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Dezember 2024), *siehe* Beispiel 187.

²⁶⁹ *Ebenda.*

iii. Die Kommission überwachte die Beteiligung der Plattformen an diesen Gruppen.

Die schiere Anzahl an Meetings stellte eine erhebliche Belastung für die Plattformmitarbeiter dar. Zusätzlich zu den aufwendigen Verpflichtungen zur Einhaltung des DSA und des Desinformationskodex verbrachten die Mitarbeiter nun Stunden damit, sich von Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission und zensurfreudigen NGOs belehren zu lassen. Ein Mitarbeiter schrieb im Juli 2023 an die Kommission und merkte an, dass die Treffen für die Unterzeichner des Desinformationskodex eine „enorme Arbeitsbelastung“ darstellten.²⁷⁰

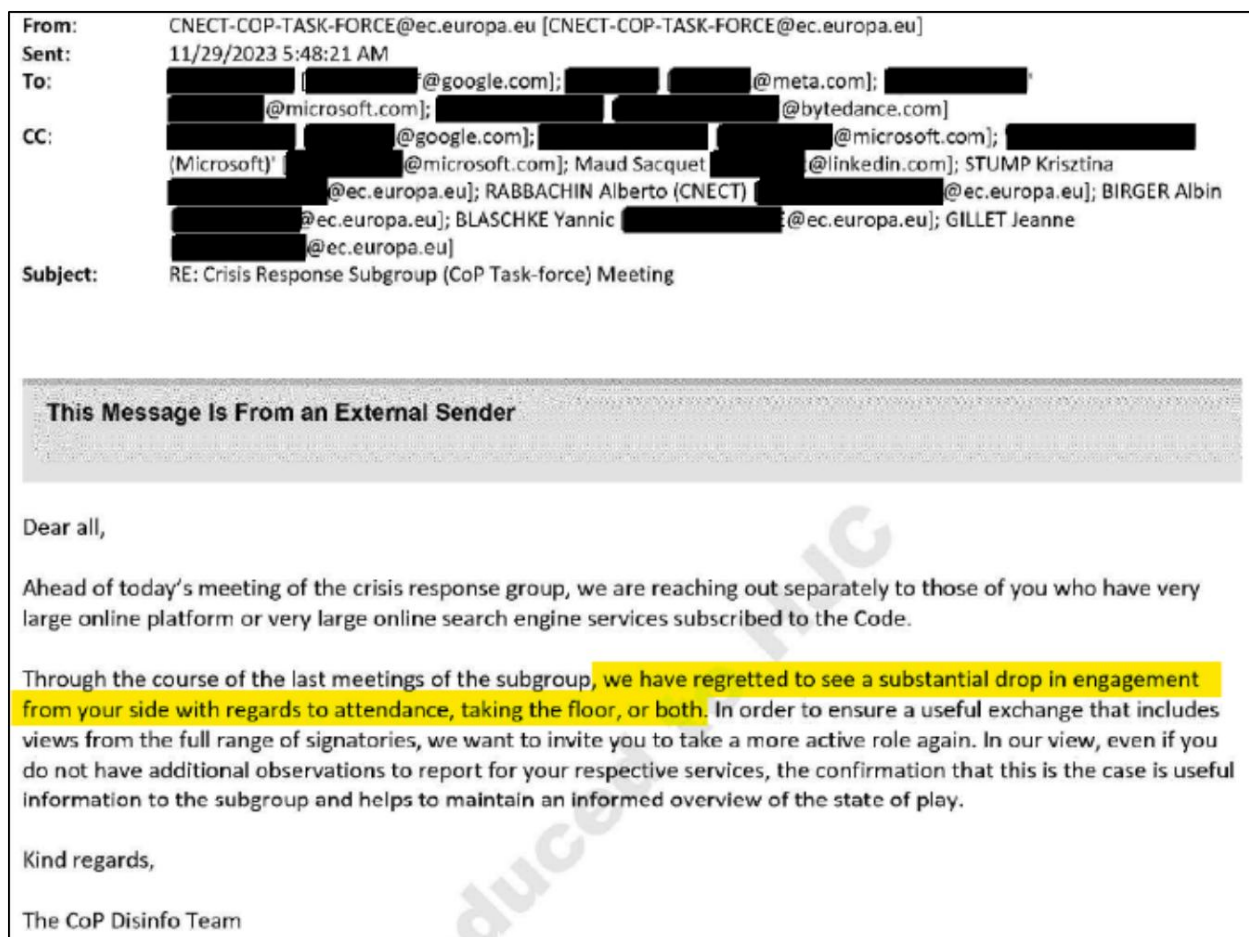
El jue, 20 jul 2023 a las 14:20, [REDACTED] (<[REDACTED]@microsoft.com>) escribió:
 As indicated during yesterday's meeting (and earlier ones), given the tremendous workload not just for this SG, but also with the eight other existing SGs/WGs and the upcoming three new ones, we really want to ensure we focus the work in the Taskforce onto those aspects that we explicitly committed to in the Code. So unless I overlooked the point in the Code where the Taskforce was given a role regarding the "integration, showcasing, or otherwise consistent use of fact-checkers' work in the signatories' services, processes, and contents", we would suggest to remove this from the scope and purpose of the ToR.

Ein Microsoft-Mitarbeiter bezeichnete die mit den Sitzungen der Disinformation Code Task Force verbundene Arbeitsbelastung als „enorm“.

Die Europäische Kommission würde Plattformen sogar strengstens verwarren, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht ausreichend nachkämen. sich an diesen „freiwilligen“ Verpflichtungen beteiligen. Am 29. November 2023 teilte die Kommission Vertretern von Google, Meta, Microsoft und TikTok per E-Mail mit, dass sie den „deutlichen Rückgang des Engagements“ der Plattformen während der Sitzungen der Untergruppe für Krisenreaktion bedauere.²⁷¹ Die Botschaft implizierte, dass die Plattformmitarbeiter diesen vermeintlich freiwilligen Treffen nicht fernbleiben sollten. Diese Treffen zum Desinformationskodex waren für die Europäische Kommission wichtige Kontaktpunkte, um den Unternehmen Zensurforderungen zu übermitteln. Daher warnte die Kommission sie, dass sie genau festhielt, wer erschien – und vor allem, wer nicht erschien.

²⁷⁰ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (20. Juli 2023), siehe Anlage 131.

²⁷¹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (29. November 2023), siehe Beispiel 147.



Die Europäische Kommission warnte die Plattformen, dass sie überwache, wer zu den Treffen der Unterzeichner des Desinformationskodex erscheine.

G. Seit dem Inkrafttreten des DSA üben die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission regelmäßig Druck auf die Plattformen aus, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern.

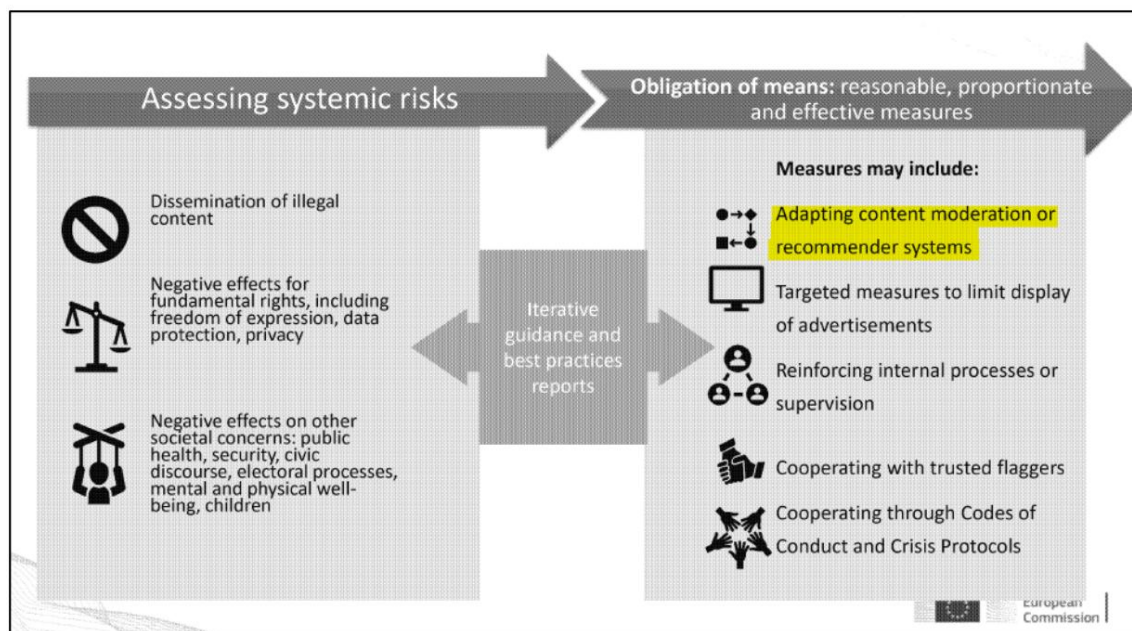
Das DSA wurde im Oktober 2022 verabschiedet und trat im August 2023 in Kraft. Die Plattformen wussten seit 2020, dass der DSA kommen würde, und handelten entsprechend. Dennoch festigte der DSA die globale Zensurkampagne der Europäischen Kommission und verlieh ihr weitreichende neue Befugnisse, die genutzt werden könnten – und würden –, um Plattformen außerhalb der EU zu zwingen, ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern und von europäischen Bürokraten missliebige Inhalte zu zensurieren.

i. Bevor der DSA in Kraft trat, teilte die Europäische Kommission den Plattformen mit, dass Änderungen der Inhaltsmoderationsregeln eine wichtige „Risikominderungsmaßnahme“ des DSA darstellen würden.

Im Zeitraum vor Inkrafttreten zwischen Oktober 2022 und August 2023 hat die Europäische Kommission führte intensive Gespräche mit den Plattformen über die Verpflichtungen, die ihnen gemäß dem DSA obliegen. Wenig überraschend hatte die Europäische Kommission eine klare Botschaft: Die Plattformen müssten ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation an das weitreichende neue europäische Gesetz zur digitalen Zensur anpassen. Tatsächlich begann dies bereits vor der offiziellen Unterzeichnung des DSA. Auf einer Konferenz

Auf einer Konferenz im September 2022, an der Regulierungsbehörden und Plattformen teilnahmen, präsentierte die Europäische Kommission den „Digital Services Act & Algorithmic Amplification“ (DSA) und führte aus, dass die Risikominderung – eine Anforderung gemäß Artikel 35 DSA – die „Anpassung der Inhaltsmoderation oder Empfehlungssysteme“ sowie die „Zusammenarbeit durch Verhaltenskodizes und Krisenprotokolle“ umfasse. Die Konferenz bestätigte zudem, dass Plattformen ihre Regeln zur Inhaltsmoderation an den DSA anpassen und Hassrede und Desinformation bekämpfen müssen.

Die Verhaltensregeln waren nicht wirklich freiwillig.



Die Präsentation der Europäischen Kommission gegenüber den Plattformen wies darauf hin, dass die Risikominderung bei DSA Folgendes umfasste Änderungen an der „Inhaltsmoderation“.

- Systeme“ und die Einhaltung von Verhaltensregeln.

Die Europäische Kommission traf sich im Herbst 2022 auch einzeln mit den Plattformen. Im September führte die Kommission mit TikTok ein Basisgespräch darüber, wie das Unternehmen „mit Transparenz und Inhaltsmoderation im Allgemeinen umgeht“ – ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Kommission die Inhaltsmoderation als regulierungsrelevant im Sinne des DSA betrachtete.²⁷⁴ Im November traf sich die Kommission erneut mit TikTok, diesmal, um dessen Vorgehensweise bei der Risikobewertung gemäß DSA zu erörtern.²⁷⁵

Kurz vor Inkrafttreten des DSA im August 2023 übermittelte die Kommission den Plattformen ein Dokument, in dem sie ihre Erwartungen an die Risikobewertung und -minderung im Rahmen des DSA darlegte. Das Dokument wies darauf hin, dass sich die Risikobewertung auf „Systeme zur Inhaltsmoderation sowie geltende Nutzungsbedingungen und deren Durchsetzung“ konzentrieren sollte.²⁷⁶ Gemäß dem DSA sind Plattformen verpflichtet, die von ihnen bewerteten Risiken zu mindern.²⁷⁷ Risiken, die von „Systemen zur Inhaltsmoderation“ ausgehen.

²⁷² Präsentation der Europäischen Kommission: *Digital Services Act & Algorithmische Verstärkung* (29. September 2022), siehe Beispiel 30.

²⁷³ Ebenda.

²⁷⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (9. November 2022), siehe Anlage 23.

²⁷⁵ Ebenda.

²⁷⁶ Anhang: Informationen zu den Risikobewertungsberichten (11. August 2023), siehe Anlage 289.

²⁷⁷ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 35.

und die geltenden Geschäftsbedingungen“²⁷⁸ mussten durch Änderungen der Systeme und Bedingungen abgemildert werden. Es war der bisher deutlichste Beweis dafür, dass die Kommission beabsichtigte, den DSA zur Regulierung der globalen Inhaltsmoderationsregeln von Plattformen zu nutzen.

ii. Formale Informationsanfragen (RFIs) gemäß DSA beziehen sich auf die Inhaltsmoderationsregeln der Plattformen und lassen durchblicken, dass zur Einhaltung der Vorschriften Änderungen erforderlich sein könnten.

Die Durchsetzung des DSA begann unmittelbar nach dessen Inkrafttreten. Innerhalb weniger Wochen leitete die Kommission Untersuchungen zur Moderation von „Hassrede“, „illegalen Inhalten“ und wahlbezogenen Inhalten durch die Plattformen ein.²⁷⁹ Formale Dokumente zur Einleitung von DSA-Untersuchungen, sogenannte „Informationsanfragen“ (RFIs), geben Aufschluss darüber, welche Art von Inhalten die Kommission von den Plattformen moderieren lassen wollte. Wenig überraschend wies die Kommission die Plattformen an, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation so zu ändern, dass ihr missliebige Inhalte zensiert werden könnten.

Nach dem brutalen Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 erließ die Kommission eine Erklärung. Eine Anfrage nach Informationen (RFI) an TikTok vom 19. Oktober enthielt Fragen zu den geltenden Nutzungsbedingungen und deren Durchsetzung, unter anderem dazu, ob TikTok zusätzliche Maßnahmen ergriffen hat. Maßnahmen . - Um die Risiken im Zusammenhang mit der weiten Verbreitung von gewalttätigem Verhalten und Hassrede im Kontext des Hamas-Israel-Konflikts zu mindern.“²⁸⁰ Anders als bei früheren Anfragen war das DSA nun vollständig in Kraft, und die Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen war real. DSA-Verfahren und Geldbußen in Höhe von bis zu sechs Prozent des weltweiten Umsatzes stellten keine potenzielle zukünftige Bedrohung mehr dar.²⁸¹ Sollte die Kommission die Antworten von TikTok auf diese konkreten Fragen und die von TikTok ergriffenen „Maßnahmen“ nicht billigen, könnte sie das Verfahren zur Verhängung von Geldbußen einleiten.

Massive finanzielle Strafen. Hier forderte die Europäische Kommission in einer ihrer ersten Anfragen nach dem DSA TikTok unmissverständlich auf, zusätzliche Zensurmaßnahmen zu ergreifen, die in Form globaler Änderungen der Inhaltsmoderationsregeln erfolgen könnten.²⁸²

²⁷⁸ Anhang: Informationen zu den Risikobewertungsberichten (11. August 2023), *siehe* Anlage 289.

²⁷⁹ *Siehe Daily News 19/10/2023*, EUROPEAN COMM'N (19. Oktober 2023), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_5145.

²⁸⁰ RFI an TikTok in Auftrag geben (19. Okt. 2023), *siehe* Bsp. 290; Antwort von TikTok an die RFI-Kommission (4. November 2023), *siehe* Anlage 6; Antwort von TikTok auf die Anfrage der Kommission (17. November 2023), *siehe* Anlage 7.

²⁸¹ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 52.

²⁸² RFI an TikTok in Auftrag geben (19. Okt. 2023), *siehe* Bsp. 290; Antwort von TikTok an die RFI-Kommission (4. November 2023), *siehe* Anlage 6; Antwort von TikTok auf die Anfrage der Kommission (17. November 2023), *siehe* Anlage 7.

Ref. Ares(2023)7112552 - 19/10/2023	
	EUROPEAN COMMISSION DIRECTORATE-GENERAL FOR COMMUNICATIONS NETWORKS, CONTENT AND TECHNOLOGY Platforms Policy and Enforcement Digital Services
Brussels, 19 October 2023 SENSITIVE (*)	
TikTok Technology Limited 10 Earlsfort Terrace Dublin D02 T380 Ireland	
[Redacted] via email: [Redacted]@tiktok.com	
Subject: Request for information pursuant to Article 67(1) and Article 34(3) of Regulation (EU) 2022/2065 regarding TikTok's compliance with Regulation (EU) 2022/2065, in particular with its provisions 16(6), 34, and 35.	

B. Questions related to the applicable terms and conditions and their enforcement.
ii. Please explain whether TikTok put in place any additional measures as of 7 October 2023 to mitigate the risks related to wide dissemination of violent behaviours and hate speech in the context of the Hamas-Israeli conflict, and explain what these concrete measures are.

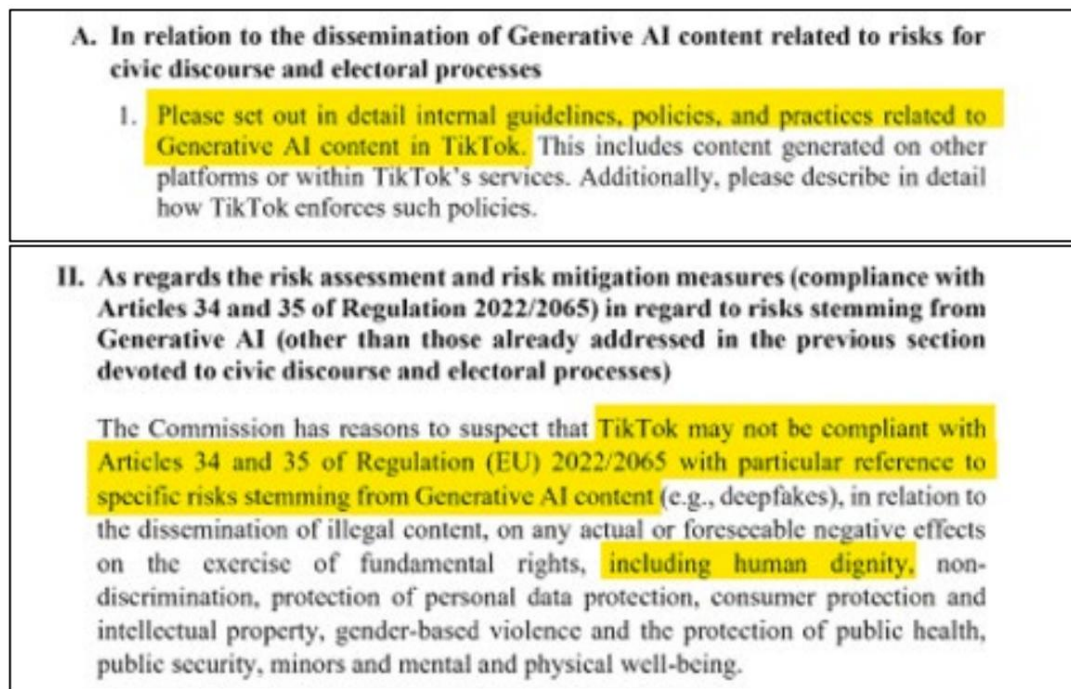
Die erste Informationsanfrage der Europäischen Kommission im Rahmen des DSA bezog sich auf die globalen Inhaltsmoderationsregeln von TikTok im Zusammenhang mit den Angriffen vom 7. Oktober.

Im März 2024 richtete die Kommission eine Informationsanfrage (RFI) an TikTok zu KI-generierten Inhalten und stellte erneut Fragen zu den globalen Inhaltsmoderationsregeln des Unternehmens – und deutete damit an, dass Änderungen erforderlich seien.²⁸³ Dieses Mal zielte die Kommission konkreter auf die Inhaltsmoderationsrichtlinien von TikTok ab und forderte Informationen über „die internen Richtlinien, Bestimmungen und Praktiken von TikTok“ sowie über „Maßnahmen zur Inhaltsmoderation“ für KI-generierte Inhalte.

Kommission forderte TikTok außerdem Informationen über „Richtlinien oder Verfahren zur Bewältigung von Problemen im Zusammenhang mit der viralen Verbreitung von Inhalten aus generativer KI“ und darüber, wie TikTok verhindert, dass KI-Systeme „bestehenden Personen, Objekten, Orten, Entitäten usw. ähneln“.

²⁸³ RFI an TikTok in Auftrag geben (14. März 2024), siehe Bsp. 291. ²⁸⁴ *Id.*

„Ereignisse.“²⁸⁵ Die Informationsanfrage (RFI) verdeutlicht erneut den anhaltenden Fokus der Kommission auf die globalen Inhaltsmoderationsregeln der Plattformen. Sie zeigt auch, dass die Kommission KI-generierte Inhalte als *per se* bedrohlich einstuft, anstatt ihnen das Potenzial zuzuschreiben, Einzelpersonen zu mehr Selbstausdruck zu verhelfen. Tatsächlich schrieb die Kommission, dass generative KI-Inhalte aufgrund ihrer potenziellen „negativen Auswirkungen“ auf die „Menschenwürde“ ein systemisches Risiko im Sinne des DSA darstellen könnten – und damit eine Zensurpflicht für Plattformen nach sich ziehen würden.²⁸⁶ Dieser Standard ist völlig flexibel und wenig klar, was potenziell zu einer übermäßigen Entfernung rechtmäßiger Inhalte führen kann. Als Reaktion auf diese Informationsanfrage teilte TikTok der Kommission mit, dass es plane, die „umfassende Moderation“ KI-generierter Inhalte mithilfe automatisierter Systeme einzuführen und KI-Inhalte, die als „potenziell irreführend“ eingestuft werden, herabzustufen.²⁸⁷



Eine im März 2024 veröffentlichte Anfrage (RFI) deutete an, dass TikTok mehr tun müsse, um KI-generierte Inhalte zu zensieren.

Im Oktober 2024 veröffentlichte die Europäische Kommission schließlich eine Informationsanfrage (RFI), in der sie untersuchte, wie sich die Inhaltsmoderation und die Empfehlungssysteme von TikTok auf „Wahlprozesse und den öffentlichen Diskurs“ auswirken.²⁸⁸ Die Kommission forderte unter anderem Dokumente an, die analysieren und bewerten, ob und wie alle Empfehlungssysteme von TikTok und andere relevante algorithmische Systeme Risiken für Wahlprozesse, den öffentlichen Diskurs und die öffentliche Sicherheit sowie illegale Hassrede beeinflussen.²⁸⁹ Auch dies stellte einen Versuch der Kommission dar, TikTok unter Druck zu setzen, seine Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern. Da die Richtlinien der Plattformen global gelten, könnte der Druck der Europäischen Kommission in Bezug auf die Richtlinien zu wahlbezogenen Äußerungen zudem weitreichende Folgen gehabt haben.

Auswirkungen auf Wahlen außerhalb der Europäischen Union.

290

²⁸⁵ Ebenda.

²⁸⁶ Ausweis.

²⁸⁷ Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (5. April 2024), siehe Anlage 9.

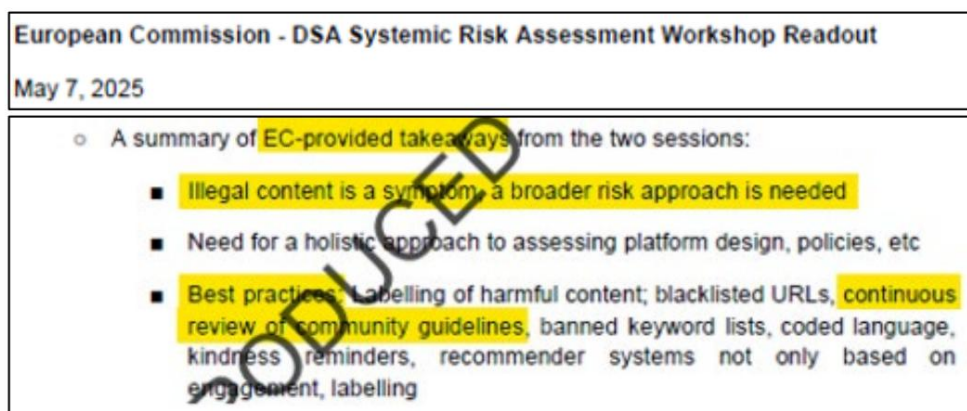
²⁸⁸ RFI an TikTok in Auftrag geben (2. Okt. 2024), siehe Bsp. 296; siehe TikTok-Antwort an die RFI-Kommission (2. Okt. 2024), Beispiel 295.

²⁸⁹ RFI an TikTok in Auftrag geben (2. Okt. 2024), siehe Bsp. 296.

²⁹⁰ Siehe unten Abschnitt VB

iii. Die „Best Practices“ der Europäischen Kommission für die Einhaltung der DSA fordern Plattformen auf, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern.

Im Mai 2025 veranstaltete die Europäische Kommission eine „DSA-Systemrisikobewertung“. Im Rahmen eines Workshops mit Regulierungsbehörden, Plattformen und NGOs²⁹¹ präsentierte die Kommission bewährte Verfahren zur Einhaltung des DSA. Zu diesen Verfahren gehörte die „kontinuierliche Überprüfung der Community-Richtlinien“²⁹², wobei sie ausdrücklich auf den Begriff zurückgriff, den viele Plattformen für ihre übergreifenden globalen Regeln zur Inhaltsmoderation verwenden.²⁹³ Die Europäische Kommission stellte hier klar, dass von den Plattformen erwartet werde, ihre globalen Regeln zur Inhaltszensur gemäß den Anforderungen der europäischen Regulierungsbehörden zu überprüfen und anzupassen, um massive Probleme zu vermeiden. Geldstrafen gemäß DSA.



Zu den „Best Practices“ der Europäischen Kommission für die Einhaltung der DSA-Vorgaben gehören „kontinuierliche“ Änderungen der globalen Regeln zur Inhaltsmoderation.

Im Rahmen derselben Veranstaltung erklärte die Europäische Kommission außerdem, dass „illegale Inhalte ein Symptom sind“ und dass „ein umfassenderer Risikoansatz erforderlich ist“.²⁹⁴ Aus Sicht der Europäischen Kommission reichte es nicht aus, sich nur gegen illegale Inhalte zu richten – Plattformen sollten breite Bereiche unerwünschter Inhalte zensieren, um das „Symptom“ illegaler Inhalte zu erfassen und zu unterbinden.²⁹⁵ Anders ausgedrückt: Die Europäische Kommission erwartete von Plattformen globale Änderungen der Regeln zur Inhaltsmoderation, die Inhalte zensieren, die in der EU *legal* wären – und die im Übrigen auch durch den Ersten Verfassungszusatz der Vereinigten Staaten geschützt wären.

²⁹¹ Siehe DSA Censorship Report I, *supra* Anmerkung 3.

²⁹² Europäische Kommission - DSA-Workshop zur systemischen Risikobewertung (7. Mai 2025), siehe Anlage 206.

²⁹³ Siehe z. B. die Community-Richtlinien von YouTube, YOUTUBE- HILFE, <https://support.google.com/youtube/answer/9288567?hl=en> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026); Community-Richtlinien, TikTok, <https://www.tiktok.com/community-guidelines/en> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

²⁹⁴ Europäische Kommission - DSA-Workshop zur systemischen Risikobewertung (7. Mai 2025), siehe Anlage 206.

²⁹⁵ Ebenda.

H. Die Plattformen haben als Reaktion auf diese Bemühungen der Europäischen Kommission ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation geändert.

In einer konzertierten, zehn Jahre andauernden Kampagne übte die Europäische Kommission wiederholt Druck auf Social-Media-Plattformen außerhalb der EU aus, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern. Dieser Druck der Europäischen Kommission war erfolgreich. Interne Dokumente belegen, dass TikTok seine globalen Regeln zur Inhaltsmoderation gezielt änderte, „um die Vorgaben des Digital Services Act (DSA) zu erfüllen“.²⁹⁶ Ein europäisches Gesetz zwang TikTok, seine Richtlinien zu ändern und weltweit „marginalisierende Äußerungen“ sowie wahre Informationen, die „aus dem Kontext gerissen“ wurden, zu zensieren.²⁹⁷ Die zehnjährige Zensurkampagne der Europäischen Kommission zeigte Wirkung. Plattformen zensieren weltweit, auch in den Vereinigten Staaten, wahre Informationen, um dem DSA zu entsprechen.

i. TikTok führte globale Zensurvorschriften für wahrheitsgemäße Informationen ein, um dem DSA zu entsprechen.

Die übergeordneten globalen Inhaltsmoderationsregeln von TikTok sind als Community-Regeln bekannt. Richtlinien.²⁹⁸ Die Community-Richtlinien von TikTok „gelten für die globale Community und alles, was auf TikTok geteilt wird“, unabhängig vom Standort.²⁹⁹ Interne Plattformdokumente zeigen, dass Der anhaltende Druck der Kommission veranlasste TikTok, diese globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern. Im März 2023, nur wenige Monate vor Inkrafttreten des DSA, nahm TikTok die umfassendsten Aktualisierungen seiner Community-Richtlinien vor. Kurz vor Inkrafttreten des DSA leitete TikTok eine weitere Überarbeitungsrunde seiner - bis heute.“³⁰⁰ Später im Jahr 2023, Community-Richtlinien ein.³⁰¹ Diesmal machte TikTok deutlich, dass die Hauptmotivation für diese Änderungen „Aktualisierungen“ bis die Einhaltung des Digital Services Act war.³⁰² Diese neuen globalen Zensurregeln, die zur Einhaltung des DSA eingeführt wurden, zielten auf wahre Informationen und politische Äußerungen ab, darunter auch auf verschlüsselte Aussagen, die ungleiche Behandlung normalisieren, sowie auf Medien, die aus dem Kontext gerissen wurden.³⁰³ Kurz gesagt: Ein EU-Gesetz führte dazu, dass eine der weltweit größten Social-Media-Plattformen

um wahre Informationen in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt zu zensieren.

Bereits im September 2021 schien TikTok mit dem Prozess der Neugestaltung seiner Richtlinien begonnen zu haben. Um den europäischen Zensurvorgaben zu entsprechen, müssen die Community-Richtlinien angepasst werden. In einem Treffen mit hochrangigen Mitarbeitern von Kommissar Thierry Breton merkte TikTok an, dass man „derzeit eine umfassende Überarbeitung des eigenen Codes vornehme“, womit offenbar die Community-Richtlinien von TikTok gemeint waren. 304

²⁹⁶ TikTok Community Guidelines Survey, siehe Beispiel 15.

²⁹⁷ Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024), siehe Beispiel 8.

²⁹⁸ Community-Richtlinien, TIKTOK, <https://www.tiktok.com/community-guidelines/en> (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

²⁹⁹ Community-Richtlinien, TikTok, https://www.tiktok.com/support/faq_detail?id=7543604781873371654 (letzte Zugriff am 29. Januar 2026).

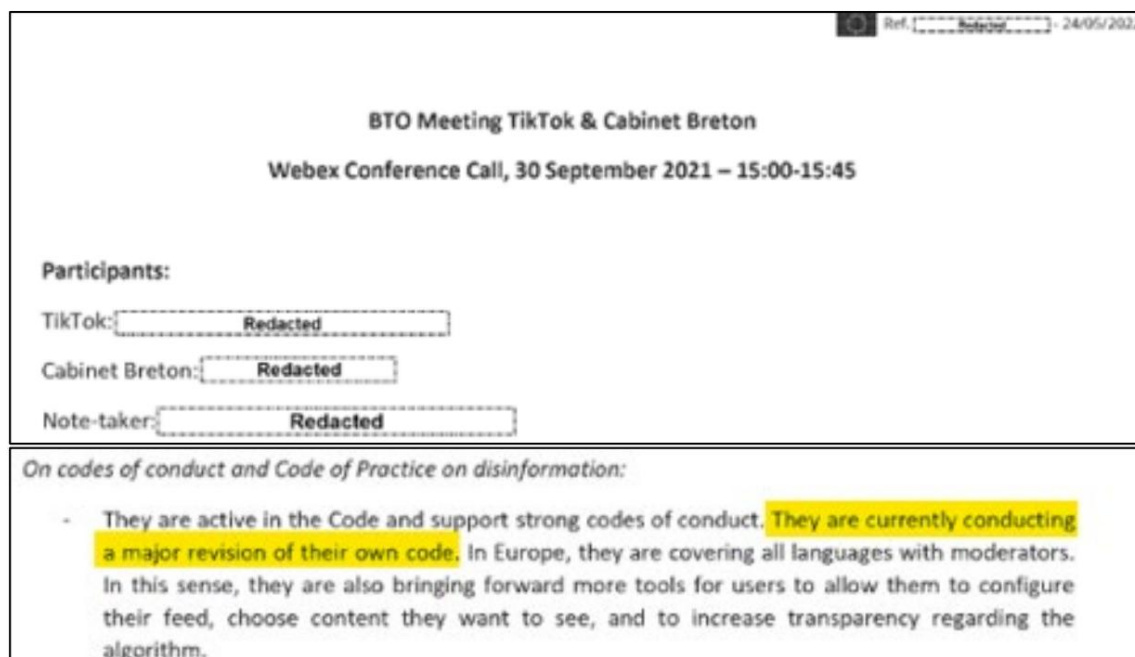
³⁰⁰ Verhaltenskodex zu Desinformation – Bericht von TikTok für den Zeitraum 1. Januar 2023 – 30. Juni 2023, TikTok (Juli 2023) auf Seite 41.

³⁰¹ TikTok Community Guidelines Survey, siehe Beispiel 15.

³⁰² ID.

³⁰³ Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024), siehe Beispiel 8.

³⁰⁴ Protokoll des Treffens zwischen TikTok-Mitarbeitern und dem Kabinett von Kommissar Thierry Breton (30. September 2021), siehe Anlage 20.



TikTok informierte die Europäische Kommission offenbar bereits im September 2021 über bevorstehende Änderungen seiner Community-Richtlinien.

Während dieser Überarbeitungsprozess im Jahr 2022 lief, unternahm TikTok erste Schritte, um seine Zensurmaßnahmen zu verstärken. Das Unternehmen „investierte in Desinformation“ und „baute eine Datenbank mit zuvor faktengeprüften – Modelle des maschinellen Lernens“ zum „Erkennen und Entfernen“ Behauptungen auf, um [seinen] Nutzern zu helfen“.

„Spezialisierte Moderatoren für Desinformation.“³⁰⁵ Wichtig ist, dass TikTok diese Änderung der Kommission in einem Transparenzbericht zum Desinformationskodex mitteilte, was darauf hindeutet, dass die Maßnahmen zumindest teilweise darauf abzielten, den Forderungen der Europäischen Kommission nachzukommen.³⁰⁶

Dann, im März 2023 – sechs Monate nach Verabschiedung des DSA und fünf Monate vor dessen Inkrafttreten.

Durchsetzung – TikTok hat seine Community-Richtlinien überarbeitet und geht nun verstärkt gegen vermeintliche „Falschinformationen“ zu „Klimawandel“ und „Wahlprozessen“ vor.³⁰⁷ TikTok zensiert nun „Falschinformationen zum Klimawandel, die den etablierten wissenschaftlichen Konsens untergraben, wie etwa die Leugnung des Klimawandels oder seiner Ursachen“³⁰⁸ – obwohl der Klimawandel weltweit ein wichtiges Thema politischer und wissenschaftlicher Debatten war und ist. Auch TikToks Richtlinie zur „Integrität von Wahlen und bürgerlichen Prozessen“ – deren Titel an die DSA erinnert – wurde geändert, um vermeintliche Falschinformationen über „das Endergebnis einer Wahl“ zu verbieten.³⁰⁹ Die Diskussion über Wahlergebnisse – insbesondere vor der offiziellen Bekanntgabe eines Wahlsiegers – ist natürlich ein zentraler Bestandteil politischer Meinungsäußerung.

³⁰⁵ Verhaltenskodex zu Desinformation – Bericht von TikTok für den Zeitraum 16. Juni – 16. Dezember 2022, TikTok (Jan. 2023) und 79, 119.

³⁰⁶ *Ausw.*

³⁰⁷ *Integrität und Authentizität*, TikTok (aktualisiert März 2023),

<https://web.archive.org/web/20230523022625/https://www.tiktok.com/web/20230523022625/https://www.tiktok.com/community-guidelines/en/integrity-authenticity/>.

³⁰⁸ *Ausw.*

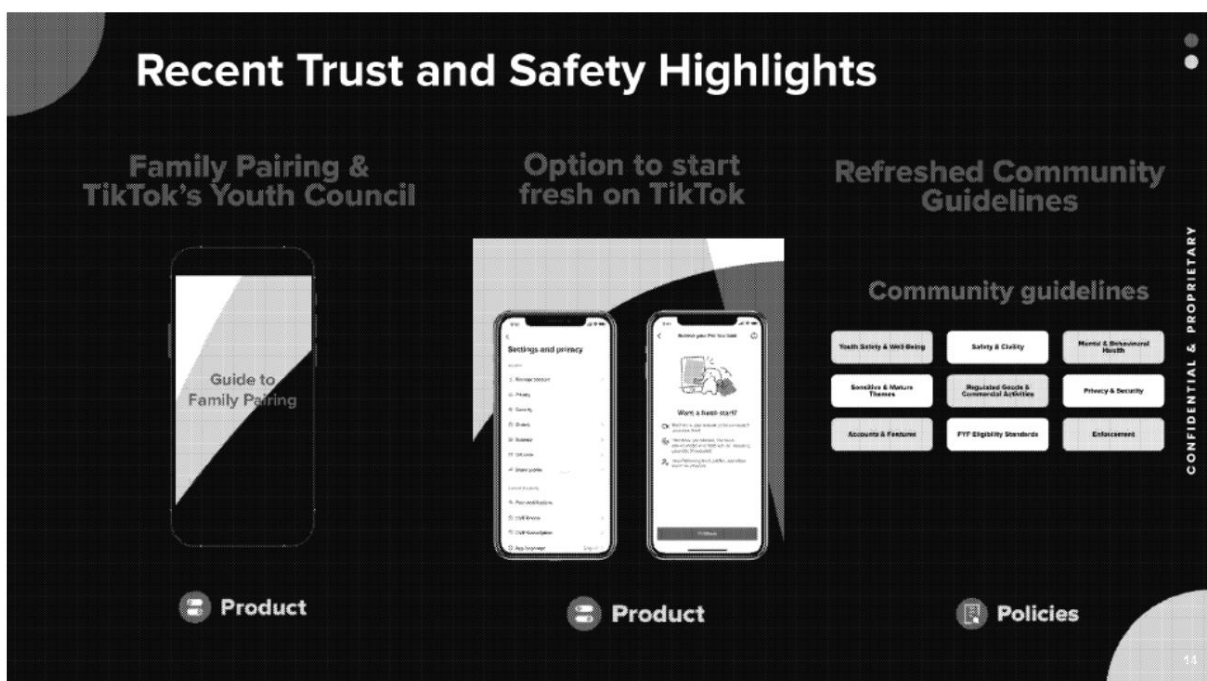
³⁰⁹ *Ebenda*.

Änderung der US-Verfassung.³¹⁰ Schließlich stufte TikTok in seinen aktualisierten Community-Richtlinien „Misgendering“ weiterhin als eine Form von Hassrede ein, die zensiert werden sollte, was die politische Debatte über Themen rund um Transgenderismus wahrscheinlich unterdrückte.³¹¹

TikTok hob diese Änderungen gegenüber der Europäischen Kommission gezielt hervor. Im Juli 2023 präsentierte TikTok der Kommission ausführlich seine Bemühungen zur Einhaltung des DSA (Digital Services Act), einen sogenannten „Readiness Overview“.³¹² TikTok betonte seine „Bereitschaft“ und wies darauf hin, dass es seine globalen Community-Richtlinien im Vorfeld der DSA-Implementierung kürzlich aktualisiert habe.³¹³

TikTok meldete diese Änderungen auch erneut der Europäischen Kommission.

Transparenzbericht zum Desinformationskodex.³¹⁴ Zusammengefasst deuten diese Fakten zumindest darauf hin, dass die neuen Community-Richtlinien von TikTok unter Berücksichtigung der Erwartungen der Kommission entworfen wurden. Angesichts ihres Veröffentlichungszeitpunkts handelte es sich wahrscheinlich um einen Versuch, dem DSA nachzukommen.



TikTok präsente seine „überarbeiteten Community-Richtlinien“ an, um die Europäische Kommission davon zu überzeugen, dass es mit dem DSA (Digital Security Act) konform sei.

Tatsächlich reichten die Auswirkungen des DSA auf die Inhaltsmoderationsregeln von TikTok weit über die Community-Richtlinien hinaus. Im selben Treffen im Juli 2023 teilte TikTok der Europäischen Kommission mit, dass...

³¹⁰ Siehe *Mills v. Alabama*, 384 US 214, 218-219 (1966) („Welche Unterschiede auch immer hinsichtlich der Auslegung von ... bestehen mögen ...“). Es herrscht nahezu allgemeine Übereinstimmung darüber, dass ein Hauptzweck des ersten Verfassungszusatzes darin bestand, die freie Diskussion über Regierungsangelegenheiten zu schützen. Dies umfasst selbstverständlich alle Angelegenheiten, die mit politischen Prozessen zusammenhängen.

³¹¹ *Sicherheit und Höflichkeit*, TIKTOK (aktualisiert März 2023),

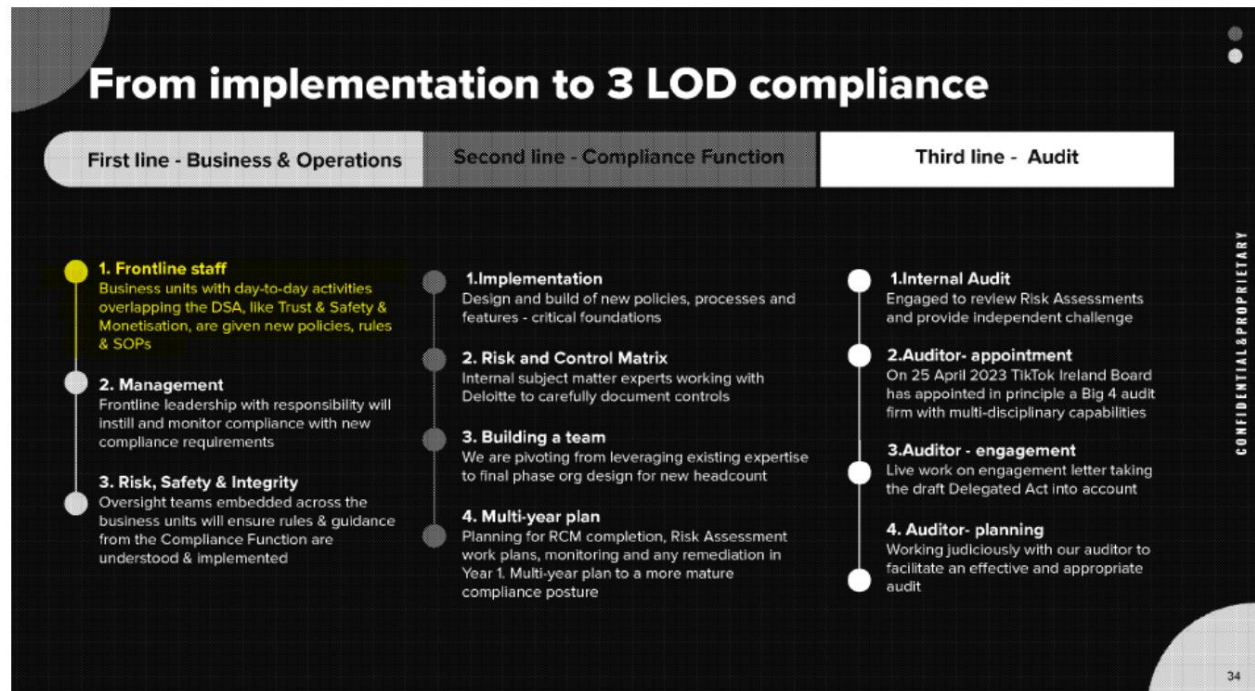
<https://web.archive.org/web/20230422003341/https://www.tiktok.com/community-guidelines/en/safety-civility/>.

³¹² TikTok-Präsentation: *Digital Services Act, Überblick zur Bereitschaft für die Europäische Kommission* (17. Juli 2023), siehe Beispiel 3.

³¹³ *Ebenda*.

³¹⁴ *Verhaltenskodex zu Desinformation – Bericht von TikTok für den Zeitraum 1. Januar 2023 – 30. Juni 2023*, TikTok (Juli 2023).

dass „Einheiten, deren tägliche Aktivitäten sich mit dem DSA überschneiden, wie z. B. Trust & Safety, ... neue Richtlinien, Regeln und Standardarbeitsanweisungen erhielten“, um dem DSA zu entsprechen.³¹⁵ Die Community-Richtlinien waren nur die Spitze des Eisbergs. Tatsächlich schreibt der DSA Zensur vor. erforderte eine umfassende Überarbeitung der internen Richtlinien und Praktiken von TikTok zur Inhaltsmoderation. von oben nach unten.



TikTok stellte im Rahmen seiner DSA-Bereitschaftsprüfung fest, dass es neue, DSA-konforme interne Leitfäden für die Teams zur Inhaltsmoderation gibt.

TikTok nahm weitere Änderungen vor. Im Juli 2023 leitete TikTok eine weitere Runde von Änderungen an seinen Community-Richtlinien ein. Interne Dokumente belegen, dass die Hauptmotivation für diese Aktualisierungen darin bestand, die Vorgaben des Digital Services Act (DSA) zu erfüllen.³¹⁶ Der Druck der EU war erfolgreich: TikTok führte explizit neue globale Zensurregeln ein, um dem DSA zu entsprechen.

³¹⁵ TikTok-Präsentation: *Digital Services Act, Überblick zur Bereitschaft für die Europäische Kommission* (17. Juli 2023), siehe Beispiel 3.

³¹⁶ TikTok Community Guidelines Survey, siehe Beispiel 15.

Community Guidelines Survey

Product Policy Survey

Survey Overview

Our [HYPERLINK "https://www.tiktok.com/community-guidelines/en/" \h] (CGs) establish a set of norms and common code of conduct that provide for a safe and welcoming space for everyone. The primary motivation for the next round of CG updates is to achieve compliance with the Digital Services Act (DSA) and ensure every enforcement action we take is incorporated transparently into the CGs. We are hoping to do a smaller CG update in Q4 2023 and a larger update by the end of H1 2024 (dates to be confirmed with relevant xfn and leadership). Please let us know what you think we should include in the next round of CG updates by **Friday, July 7th**.

[H1 2024 Update - Executive Summary] TikTok Community Guidelines

Authored by: [Redacted] // Last updated: March 20, 2024

Please refer to the final copy for publishing here:

[HYPERLINK
[Redacted]

Executive Summary

To help ensure a safe, trustworthy, and vibrant experience, we maintain a set of Community Guidelines (CG) that include rules and standards for using TikTok. We evolve them to address emerging risks and potential harms that may occur from new behaviors. We last updated the CGs in [HYPERLINK
[Redacted]

There is an update to the CGs that will launch on **April 17, 2024**, with an effective date of **May 17, 2024**. This update, which was advised by the legal team, is mainly related to compliance with the **Digital Services Act (DSA)**, and will ensure that all policies are transparently reflected in the CGs.

TikTok hat seine globalen Community-Richtlinien geändert, um dem DSA zu entsprechen.

Die neuen, von der EU vorgeschriebenen Zensurregeln von TikTok, die 2024 in Kraft traten, zielten auf echte Information und konventionelle politische Rede. Zunächst einmal machte TikTok „marginalisierende Rede“, Dazu gehören auch „kodierte Aussagen“, die „ungleiche Behandlung normalisieren“ und daher nicht im „Für dich“-Feed – der Hauptseite von TikTok, auf der Nutzer Inhalte entdecken – angezeigt werden.³¹⁷ Dies umfasst mit hoher Wahrscheinlichkeit politische Äußerungen und vermutlich auch Humor und Satire zu politischen Themen, die regelmäßig von der Europäischen Kommission ins Visier genommen werden.³¹⁸ TikTok führte außerdem Zensurrichtlinien für neue Kategorien sogenannter „Desinformation“ ein und verzerrte den Begriff, um auch tatsächliche Inhalte zu erfassen. Als Reaktion auf den Druck der EU führte TikTok Richtlinien zur Zensur von „Desinformation, die das Vertrauen der Öffentlichkeit untergräbt“, „aus dem Kontext gerissenen Medieninhalten“ und „falsch dargestellten offiziellen Informationen“ ein.³¹⁹ Es gibt schlichtweg keine Möglichkeit, diese Regeln fair durchzusetzen. „Öffentliches Vertrauen“ ist ein schwammiger Begriff, der sich empirisch nicht definieren lässt.³²⁰ Entscheidungen darüber, welcher „Kontext“ zu bestimmten Informationen angegeben werden muss, um Zensur zu vermeiden, sind rein subjektiv. Und die Wissenschaft selbst besteht aus Debatten über die Wahrheit und Bedeutung von Erkenntnissen in der wissenschaftlichen Literatur. 321

Key Changes

new

A) New Policies (launched since the last CG update)

1. **Marginalizing Speech and Behavior:** Addresses content that uses coded statements to indirectly demean protected groups or normalize their inequitable treatment (result = FYF Ineligible)
2. **Election Misconduct:** Addresses content that encourages interference of, illegal participation in, or calls to disrupt a legitimate outcome of an election, such as through a coup (Result = Remove)
3. **Civic Harm Misinformation:** Addresses misinformation that undermines public trust in the integrity of the democratic process (Result = FYF Ineligible)
4. **Hacked Materials:** Addresses content related to the distribution of confidential information obtained without consent and shared with the public (Result = Remove)
5. **Moderate Harm Misinformation:** Addresses a range of content, including misinfo on treating moderate illnesses, media presented out of context to mislead on topics of public importance, and misrepresenting authoritative information, such as scientific data (Result = FYF Ineligible)

Als Reaktion auf den Druck der Kommission führte TikTok neue Richtlinien zur Zensur wahrer Informationen ein.

³¹⁷ Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024), siehe Beispiel 8.

³¹⁸ DSA Censorship Report I, *supra* note 3, at 28.

³¹⁹ Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024), siehe Beispiel 8.

³²⁰ Die politische Linke könnte beispielsweise argumentieren, dass bestimmte Behauptungen über die Integrität von Wahlen das „öffentliche Vertrauen untergraben“. Wahlen. Umgekehrt könnte die politische Rechte argumentieren, dass übertriebene Behauptungen über die Wirksamkeit von Masken und COVID-19-Impfstoffen das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Gesundheitsbehörden untergraben hätten. Diese Behauptungen sind wertbeladen und per se politisch, weshalb sie den größtmöglichen Schutz der Meinungsfreiheit verdienen.

³²¹ Siehe z. B. H. Holden Thorp, *Öffentliche Debatten sind gut für die Wissenschaft*, 371 SCIENCE 213 (2021) („Wenn wir wollen, dass die Öffentlichkeit Wir sollten verstehen, dass Wissenschaft ein sich selbst korrigierender Prozess ist, und uns endgültig von der Vorstellung verabschieden, Wissenschaft sei ein unveränderliches Faktenwissen in einem Lehrbuch. Stattdessen sollten wir allen die lebhaften, oft chaotischen Diskussionen vor Augen führen, die die Wissenschaft voranbringen und zu Entscheidungen führen, die uns allen zugutekommen.“)

TikTok wusste nach jahrelangem Dialog mit der Europäischen Kommission, dass diese die Zensur konservativer politischer Äußerungen anstrebte. Nach jahrelangem Zensurdruck und unter unklaren Vorgaben änderte TikTok seine globalen Inhaltsmoderationsrichtlinien, um politische Äußerungen und korrekte Informationen weltweit zu zensieren. Dies war ein bedeutender Fortschritt im europäischen Kampf um die globale Deutungshoheit. Innerhalb weniger Monate nach Inkrafttreten des DSA (Digital Social Act) wurden die weltweit größten Social-Media-Plattformen erfolgreich gezwungen, konservative politische Äußerungen und korrekte Informationen in den USA und weltweit zu zensieren.

ii. Bing hat möglicherweise seine weltweit geltenden Nutzungsbedingungen geändert, um den Bestimmungen zu entsprechen. mit der DSA.

Bing, im Besitz von Microsoft, ist die zweitbeliebteste Suchmaschine der Welt.³²² Ähnlich wie die Community-Richtlinien von TikTok gelten auch Bings Nutzungsbedingungen weltweit.³²³ In Bings DSA-Risikobewertung 2025, einem gemäß Artikel 34 des DSA erforderlichen und der Kommission vorgelegten Bericht, wurde der Kommission mitgeteilt, dass Bing Änderungen an seinen Systemen zur Inhaltsmoderation sowie an seinen Nutzungsbedingungen und deren Durchsetzung als mögliche DSA-Maßnahmen erwägt.³²⁴ Bing erwog Änderungen an diesen Punkten, um den Vorgaben des DSA hinsichtlich der Art, des Umfangs und der Art der den Nutzern des Dienstes zur Verfügung stehenden Inhalte zu entsprechen.³²⁵ Dies untergräbt die Behauptung der Kommission, der DSA sei inhaltsneutral.³²⁶

Risk Factors and Influencers

The European Commission has identified a variety of factors that may influence the probability of risks occurring on the service as well as the potential impact of various features of the service on systemic risks. As part of its assessment, the Bing Risk Assessment team considered the impact of the following risk factors and influencers on the potential manifestation of the identified systemic risks on Bing features, the probability of the risk occurring on Bing's service, as well as the mitigations are implemented to address the systemic risks:

- **Content moderation systems** - whether manual or automated - and their impact on whether, how much, and what types of content are available to users on the service. This factor can influence both the amount of harmful content that users are exposed to on the service, and it can impact user's freedom of information and pluralism.
- **Terms and conditions and their enforcement** and their impact on what content is available to users on the service.

Bing erwog, seine globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern, um bestimmte Arten von Inhalten zu zensieren und so dem DSA nachzukommen.

³²² Marktanteile der weltweit führenden Desktop-Suchmaschinen von Januar 2015 bis März 2025, STATISTA (letzte abgerufen am 29. Januar 2026), <https://www.statista.com/statistics/216573/worldwide-market-share-of-search-engines/?srsltid=AfmBOoqCBE3XL5hEEcXmaOqakFgKEBgj9pp-ZXRlwb3ljOXskyBP0sBm>.

³²³ Bing Systemische Risikoanalyse (Aug. 2025), siehe Beispiel 298.

³²⁴ Auswahl.

³²⁵

³²⁶ Ebenda. Siehe Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt der Europäischen Kommission (10. September 2024); Schreiben von Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt der Europäischen Kommission, an Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses (21. August 2024).

Bing bestätigte der Europäischen Kommission außerdem, dass es „seine Investitionen in die Erkennung systemischer Risiken durch verbesserte Klassifikatorenentwicklung und Risikokartierung weiter ausgebaut hat.“³²⁷ „Klassifikatoren“ sind bestimmte Wörter oder Phrasen, die eine „defensive Suchintervention“ auslösen und Nutzer von bestimmten Inhalten wegführen.³²⁸ Vereinfacht ausgedrückt: Bing teilte der Kommission mit, dass es die Liste der Wörter und Phrasen erweitert hat, mit denen Nutzer nicht zu den gewünschten Inhalten, sondern zu den Inhalten geleitet werden, die Bing – und die Europäische Kommission – für notwendig erachten.

iii. YouTube verwies auf Richtlinien zur Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit Schusswaffen und der Integrität von Wahlen als Beweis für die Einhaltung des Desinformationskodex und bestätigte, dass die DSA die freie Meinungsäußerung innerhalb und außerhalb der Europäischen Union bedroht.

Zusätzlich zu den zahlreichen Meldepflichten gemäß dem Desinformationsgesetz (DSA) sind Unterzeichner des Desinformationskodex verpflichtet, weitere Meldungen abzugeben. Diese sind für die Zensurziele der Europäischen Kommission unerlässlich: Indem die Kommission Plattformen zur Meldung ihrer Zensuraktivitäten verpflichtet, kann sie Plattformen identifizieren und gezielt angreifen, die nicht im Sinne der europäischen Vorgaben zensieren.

Im Jahr 2022 führte YouTube neue Beschränkungen für Inhalte ein, die das Ergebnis bestimmter nationaler Wahlen in Frage stellten.³²⁹ Im Jahr 2024 folgte eine neue Richtlinie zur Zensur von Inhalten mit Bezug zu Schusswaffen.³³⁰ In beiden Fällen berichtete YouTube der Europäischen Kommission, dass diese Richtlinienänderungen im Einklang mit seinen Verpflichtungen gemäß dem Desinformationskodex erfolgten, was darauf hindeutet, dass europäische Zensurinitiativen ein treibender Faktor waren.³³¹

Im September 2025 räumte Alphabet nachträglich ein, dass die Biden-Harris-Administration in den USA Druck auf das Unternehmen ausgeübt hatte, ähnliche Inhalte auf YouTube zu zensieren, und erklärte sich bereit, die Konten von Kreativen wiederherzustellen, die im Rahmen der vorherigen Zensurrichtlinien gesperrt worden waren.³³² In derselben Stellungnahme gegenüber dem Ausschuss äußerte Alphabet seine Bedenken hinsichtlich des Risikos, das die DSA für die Meinungsfreiheit innerhalb und außerhalb der Europäischen Union darstellen könnte.³³³

³²⁷ Bing Systemische Risikoanalyse (Aug. 2025), siehe Beispiel 298.

³²⁸ *Ausweis.*

³²⁹ Verhaltenskodex zu Desinformation – Bericht von Google für den Zeitraum 1. Juli 2022 – 30. September 2022

GOOGLE (Okt. 2022) bei 54.

³³⁰ Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation – Bericht von Google für den Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 30. Juni 2024, GOOGLE (Juli 2024) auf Seite 69.

³³¹ Verhaltenskodex zu Desinformation – Bericht von Google für den Zeitraum 1. Juli 2022 – 30. September 2022, GOOGLE (Okt. 2022) S. 53-54;

Verhaltenskodex zu Desinformation – Bericht von Google für den Zeitraum 1. Januar 2024 bis 30. Juni 2024, GOOGLE (Juli 2024) S. 68-69.

³³² Brief von Herrn Daniel Donovan, Rechtsberater von Alphabet, an den Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Repräsentantenhaus-Ausschusses für die Justiz (23. September 2025).

³³³ *Ebenda.*

The Honorable Jim Jordan
September 23, 2025

27. The Committee has taken important investigative steps to highlight that onerous obligations under laws such as the Digital Services Act and Digital Markets Act may stifle innovation and restrict access to information. These laws place a disproportionate regulatory burden on American companies, and the Company has long expressed its concern about the risk that the DSA may pose to freedom of expression within and outside of the European Union, depending on how certain provisions may be enforced. The DSA could be interpreted in such a way as to require Alphabet and other providers of intermediary services to remove lawful content, jeopardizing the companies' ability to develop and enforce global policies that support rights to free expression and access to information. The DSA may open avenues for substantive regulation of lawful speech, including through risk mitigation, the use of codes of conduct and crisis protocols, and the out-of-court dispute settlement mechanism. Alphabet remains mindful of these risks and continues to be vigilant in its defense of these rights.

In einem Schreiben vom September 2025 an den Ausschuss bestätigte Alphabet, dass die DSA ein Risiko für die Meinungsfreiheit „innerhalb und außerhalb der Europäischen Union“ darstellen könnte.

* * *

In einer aggressiven, mehrjährigen Kampagne übte die Europäische Kommission erfolgreich Druck aus. Die weltweit größten Social-Media-Plattformen werden gezwungen, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern, was eine neue Ära globaler Zensur einläutet. Der Wortlaut des Desinformationskodex, des Hassredekodex und des DSA – die alle für die großen Social-Media-Plattformen verbindlich sind – macht deutlich, dass die Plattformen ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation entsprechend anpassen müssen. In Gesprächen mit den Plattformen nutzte die Europäische Kommission die Kodizes – und insbesondere das Wissen um den bevorstehenden DSA –, um Druck auf die Plattformen auszuüben und sie zu einer aggressiveren Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu bewegen. Dieser Druck richtete sich bis in die höchsten Kreise der Europäischen Kommission, darunter Vizepräsidentin Vera Jourová und Kommissar Thierry Breton.

Nachdem der Digital Social Act (DSA) in Kraft getreten war, verstärkte die Europäische Kommission ihre weltweiten Zensurbemühungen deutlich. Sie forderte die Plattformen explizit auf, ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation an den DSA anzupassen, und formelle Informationsanfragen konzentrierten sich auf diese Regeln. Letztendlich zeigte die Kampagne Wirkung: Große Social-Media-Plattformen wie TikTok änderten ihre globalen Regeln zur Inhaltsmoderation, um korrekte Informationen zu zensieren und so den Forderungen der Europäischen Kommission nachzukommen.

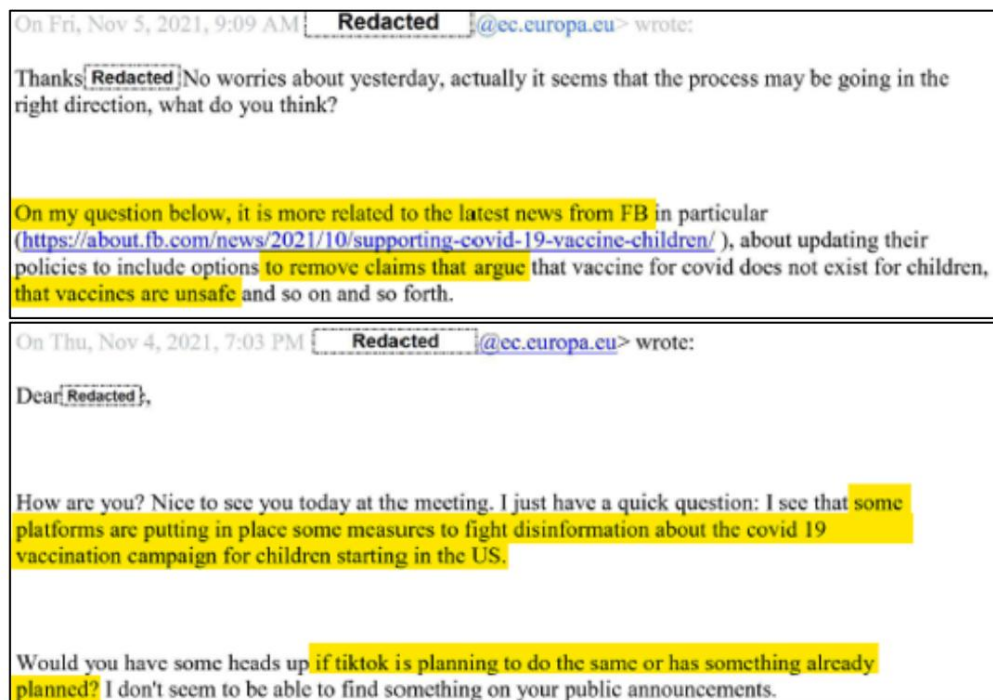
IV. DIE VERSUCHE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, DIE REDE IN DEN USA ZU ZENSURIEREN .

Der direkte Einfluss der Europäischen Kommission auf die globale Inhaltsmoderation von Plattformen

Die Regeln beeinträchtigten die Meinungsfreiheit von Amerikanern in den Vereinigten Staaten. Doch dies ist nicht die einzige Art und Weise, wie europäische Regulierungen die Meinungsfreiheit in den USA beeinträchtigten. Die Europäische Kommission fragte Plattformen mehrfach direkt nach ihren Plänen zur Zensur US-amerikanischer Inhalte – darunter Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der US-Präsidentschaftswahl 2024. Die Kommission nutzte den Digital Security Act (DSA), um gegen US-amerikanische Meinungsfreiheit vorzugehen und drohte indirekt mit Vergeltungsmaßnahmen, falls die Plattformen US-amerikanische Inhalte nicht gemäß den Erwartungen der europäischen Regulierungsbehörden zensurierten.

A. Die Europäische Kommission hat die Plattformen aufgefordert, US-Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu zensurieren.

Wie ein Großteil der Zensurmaßnahmen der Europäischen Kommission ist auch die Kampagne gegen US-amerikanische Unternehmen. Die Inhalte begannen während der COVID-19-Pandemie. Im November 2021 fragte die Generaldirektion Connect – die für die Durchsetzung des DSA zuständige Abteilung der Europäischen Kommission – TikTok, wie das Unternehmen „Desinformation über die COVID-19-Impfkampagne für Kinder, beginnend in den USA, bekämpfen“ wolle.³³⁴ Die Europäische Kommission fragte TikTok konkret nach seinen Plänen, bestimmte „Behauptungen“ über die Wirksamkeit des COVID-19-Impfstoffs bei Kindern zu „entfernen“ und verwies zustimmend auf die kurz zuvor getroffene Entscheidung von Meta, die Debatte zu diesem Thema auf seinen Plattformen zu zensurieren.³³⁵ Die Implikation war eindeutig: Die Kommission erwartete von TikTok, die US-amerikanische Debatte über die Wirksamkeit und die Sinnhaftigkeit der COVID-19-Impfung von Kleinkindern zu zensurieren.



Europäische Regulierungsbehörden forderten TikTok auf, US-amerikanische Behauptungen über COVID-19-Impfstoffe für Kinder zu zensurieren.

334 E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (5. November 2021), siehe Anlage 58. 335 Ebenda.

Zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme durch die Europäische Kommission war diese wichtige wissenschaftliche und politische Debatte noch im Gange – TikTok merkte in seiner Antwort an, dass „die EU ihre spezifische Politik in Bezug auf Impfstoffe/Kinder offenbar noch entwickelt“.336 Dennoch erwiderte TikTok, dass die Debatte über COVID-19-Impfstoffe für Kinder bereits durch die bestehenden globalen Inhaltsmoderationsregeln zensiert werde.

337 Die Europäische Kommission reagierte positiv und bezeichnete TikToks Zensur „fantastisch.“338

Ein Jahr später, im November 2022 – nur einen Monat nach Verabschiedung des DSA – übten Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission erneut Druck auf Plattformen aus, um US-amerikanische Inhalte über COVID-19-Impfstoffe zu entfernen. Diesmal forderten Faktenchecker, die im Rahmen des DSA befugt waren, die Plattformen auf, einen amerikanischen Dokumentarfilm über Impfstoffe zu entfernen.³³⁹ Die Plattformen ignorierten die Aufforderung zunächst und dann Die Europäische Kommission griff ein. 340 Es bezeichnete die Zensur des Films als „unerlässlich“ und wies Die Plattformen wurden aufgefordert, den – an, intern eine schriftliche Antwort zu geben. Sachverhalt zu prüfen, insbesondere, ob der Film weiterhin auf YouTube, Twitter und TikTok verfügbar war.³⁴¹ YouTube antwortete, man habe die Inhalte wegen Verstößen gegen die Richtlinien entfernt.³⁴² Genau jene Richtlinien, deren Änderung die Europäische Kommission von den Plattformen gefordert hatte. Diese Ereignisse sind zutiefst beunruhigend. Unter dem Druck europäischer Regulierungsbehörden entfernte YouTube – ein amerikanisches Unternehmen – einen amerikanischen Dokumentarfilm weltweit von seiner Plattform. Dies ist ein Beispiel dafür, wie europäischer Zensurdruck zur globalen Entfernung von US-amerikanischen Inhalten führen kann.

B. Die Europäische Kommission griff in den politischen Prozess der USA ein, indem sie mit Plattformen über Inhalte im Zusammenhang mit den US-Präsidentenwahlen 2024 in Kontakt trat.

Kürzlich versuchte die Europäische Kommission, in die US-Präsidentenwahlen 2024 einzugreifen, indem sie Plattformen hinsichtlich ihres Umgangs mit *US-amerikanischen Inhalten* im Vorfeld des Wahltags in den Vereinigten Staaten unter Druck setzte. EU-Kommissionsvizepräsidentin Vera Jourová Implizierte er in einem Treffen mit TikTok im Mai 2024, dass Plattformen in den USA ansässige Äußerungen zensieren sollten, um dem DSA zu entsprechen, während Kommissar Thierry Breton in einem Brief an Elon Musk, den Eigentümer von X, im August 2024 das Unausgesprochene laut aussprach.

Im Mai 2024 wird Vera, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, ... Jourova unternahm eine Tour entlang der amerikanischen Westküste und traf sich in Kalifornien mit Vertretern amerikanischer Social-Media-Plattformen.³⁴³ Im Vorfeld eines Treffens mit TikTok-CEO Shou Chew und dem Leiter des Vertrauens und Sicherheitsbeauftragter Adam Presser, Jourovas Mitarbeiter teilten TikTok mit, dass sie „interessiert“ sei, mit ihnen über „Vorbereitungen zur US-Wahl“ zu sprechen.344 Selbstverständlich sind die US-Inhalte von Social-Media-Unternehmen

336 Ausweis.

337 Ebenda.

338 Ebenda.

339 E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodex gegen Desinformation (8. Dezember 2022), *siehe* Anlage 96.

340 Ausweis.

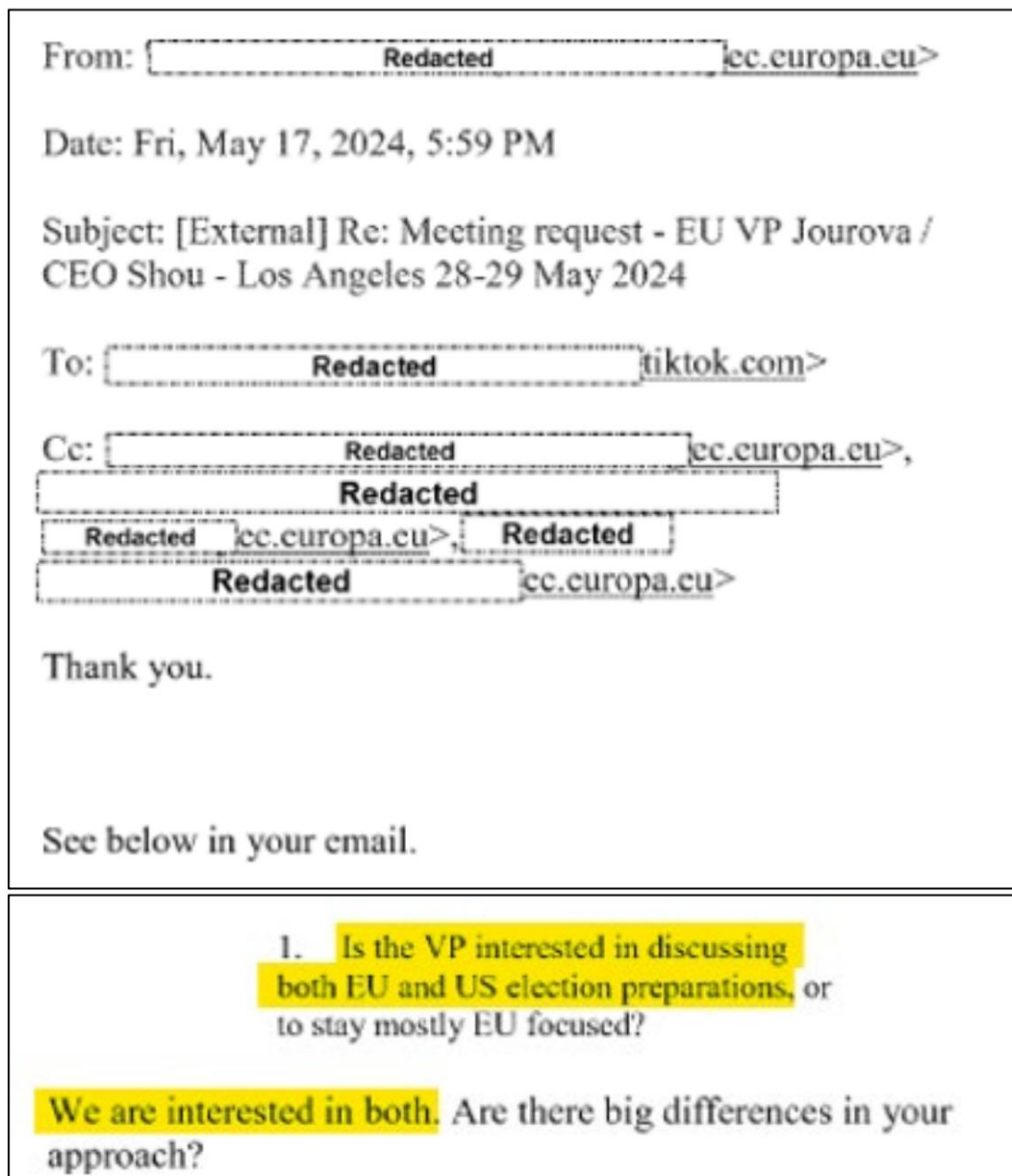
341 Ausweis.

342 ID.

343 Vera Jourova (@VeraJourova), X (29. Mai 2024, 03:30 Uhr), <https://x.com/VeraJourova/status/1795719387678380478>.

344 E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (28. Mai 2024), *siehe* Anlage 27.

Die Moderation im Vorfeld einer US-Wahl ist nicht Sache der Europäischen Kommission. Und die bisherige Vorgehensweise der Europäischen Kommission lässt erkennen, was ihr Ziel war: Sie wollte eine verstärkte Zensur von US-amerikanischen Inhalten, die Präsident Trump zugutekamen.³⁴⁵



Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, bat TikTok um ein Gespräch über die „Vorbereitungen für die US-Wahlen“ im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahlen 2024.

Einige Monate später, im August 2024, mischte sich der EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, erneut in die US-Politik ein – diesmal deutlich öffentlicher. In einem Brief an den Eigentümer Elon Musk drohte Breton X mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen gemäß dem DSA, weil das Unternehmen ein Live-Interview mit ... veranstaltet hatte.

³⁴⁵ Siehe Schreiben von Herrn Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt der Europäischen Kommission, an Herrn Elon Musk, Eigentümer, X Corp. (12. August 2024).

Präsident Trump in den Vereinigten Staaten.³⁴⁶ Nur wenige Stunden vor dem Interview warnte Breton X Breton warnte, dass ein „Ausbreiten“ von US-amerikanischen Äußerungen in die EU die Kommission veranlassen könnte, Vergeltungsmaßnahmen gegen X gemäß dem DSA zu ergreifen.³⁴⁷ Er kündigte an, er werde „äußerst wachsam gegenüber jeglichen Hinweisen“ sein, dass Präsident Trumps Interview in die EU gelangt sei, und teilte Musk mit, dass die Kommission „nicht zögern würde, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen“, um diese zentrale amerikanische politische Meinungsäußerung zu unterdrücken.³⁴⁸

Die globale Kampagne zur Zensur von Meinungsäußerungen auf extraterritorialer Ebene hat sich seitdem verschärft. Beispielsweise wurde im September 2025 Graham Linehan, ein preisgekrönter Comedy-Autor, Verfechter des Schutzes von Frauenräumen und irischer Staatsbürger, von bewaffneten Polizisten festgenommen. Bei seiner Ankunft aus den USA am Londoner Flughafen Heathrow wurde Linehan wegen dreier Tweets, die er mehrere Monate zuvor veröffentlicht hatte, festgenommen.³⁴⁹ Seine Besitztümer wurden „beschlagnahmt“ und er wurde in eine Gefängniszelle gebracht, bevor er unter einer einzigen Kautionsauflage freigelassen wurde: Er durfte nicht mehr auf X posten.³⁵⁰ Es handelte sich eindeutig um einen Versuch der britischen Behörden, einen in den USA lebenden politischen Gegner zum Schweigen zu bringen.

Im Oktober 2025 lehnten die britischen Behörden eine Anklage gegen Linehan ab. Beitrag 351 Der Chef der Londoner Metropolitan Police erklärte, dass die aggressiven britischen Gesetze zur Online-Zensur und gegen Hassrede die Beamten „in eine unmögliche Lage gebracht haben, da sie die hitzigen Debatten des Kulturkampfes überwachen müssen“, und räumte damit praktisch ein, dass die Verhaftung politisch motiviert war.³⁵²

* * *

Seit Jahren zensiert die Europäische Kommission US-amerikanische Inhalte, indem sie Social-Media-Plattformen unter Druck setzt, ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation zu ändern. Doch damit nicht genug: Es gibt Beweise dafür, dass die Führung der Europäischen Kommission mehrfach direkt Druck auf Plattformen ausgeübt hat, um bestimmte amerikanische Inhalte zu Themen wie COVID-19 und der US-Präsidentschaftswahl 2024 zu zensieren.

Dies ist ein beispielloser Eingriff eines ausländischen Akteurs in die Meinungs- und politische Debatte der USA und ist völlig inakzeptabel. Die Fakten lassen nur einen Schluss zu: Die Europäische Kommission versucht, den Ersten Verfassungszusatz zu umgehen und US-amerikanische Äußerungen zu zensieren, die nicht ihren Narrativen entsprechen.

³⁴⁶ *Ebenda.*

³⁴⁷ *Ebenda.*

³⁴⁸ *Ebenda.*

³⁴⁹ Graham Linehan, *Ich wurde gerade wieder verhaftet*, THE GLINNER UPDATE (2. September 2025); Helen Bushby, *Graham Linehan wurde am Flughafen Heathrow wegen seiner X-Posts verhaftet*, BBC (2. September 2025).

³⁵⁰ Graham Linehan, *ich wurde gerade wieder verhaftet*, THE GLINNER UPDATE (2. September 2025).

³⁵¹ Brian Melley, *Fernsehautor Graham Linehan wird nicht wegen eines Transgender-Posts angeklagt, der in Großbritannien eine Debatte auslöste*, AP (20. Oktober 2025).

³⁵² *Ebenda.*

V. DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION SETZE IHRE ZENSURINSTRUMENTE ALS WAFFE EIN , UM KONSERVATIVE UND „ANTI-ESTABLISHMENT“ -POLITISCHE RATSACHEN ZUM SCHLUSS ZU BRINGEN.

Die DSA verpflichtet Plattformen dazu, das Risiko für den „öffentlichen Diskurs und die Wahlprozesse“, das von bestimmten Inhalten ausgeht, zu bewerten und zu mindern.³⁵³ Schließlich ist die Kontrolle über die öffentliche Meinung gerade in Zeiten intensiver öffentlicher Debatten und lebhafter politischer Auseinandersetzungen für die herrschende Klasse von größter Bedeutung. Die dem Ausschuss vorgelegten Dokumente bestätigen dies. Das EU-Internetforum – eine separate Regulierungsinitiative unter der Leitung der Generaldirektion Migration und Inneres –

Die Generaldirektion Inneres (GD Home) drängte Plattformen seit 2015 dazu, konventionelle konservative Diskurse zu unterdrücken, indem sie diese mit Nazi-Propaganda gleichsetzte. Seit Inkrafttreten des DSA (Desinformationsgesetz) ist der Druck direkter geworden. Protokolle von Treffen zwischen der Europäischen Kommission und Plattformen belegen, dass diese die Wahlleitlinien der Kommission befolgen müssen. Diese beinhalten die Anforderung, dass Plattformen vor Wahlen „Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation“ ergreifen.³⁵⁴

Um dem DSA nachzukommen, bestätigen Dokumente, dass die Europäische Kommission und die nationalen Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten vor fast jeder wichtigen Europawahl mit den Plattformen in Kontakt treten, um Informationen darüber einzuholen, wie diese Plattformen sogenannte Falschinformationen zensieren – mindestens neunmal seit 2023. Interne Plattformdokumente deuten darauf hin, dass der Druck der EU die Plattformen möglicherweise dazu veranlasst hat, Inhalte zu zensieren, die konservative Ansichten zu Transgenderismus und Massenmigration vermittelten – und das, obwohl diese Themen im Mittelpunkt der nationalen Wahlkampfdebatten standen.

A. Das EU-Internetforum ermutigt Plattformen, legale und nicht rechtswidrige politische Äußerungen zu zensieren.

Das EU-Internetforum (EUIF) wurde 2015 von der GD Inneres gegründet, um „den Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke zu bekämpfen“.³⁵⁵ Seit 2015 hat sich das EUIF jedoch von einer gezielten Initiative zur Bekämpfung der Online-Rekrutierung von Terroristen zu einem breit angelegten Vorhaben entwickelt, das Plattformen dazu anregt, legale und nicht rechtswidrige politische Äußerungen zu zensieren. Das EUIF berät Plattformen nun, wie sie „grenzwertige“ Inhalte am besten zensieren können. Die EU definiert diese als „Inhalte, die zwar *nicht illegal sind*, aber schädlich sein und von extremistischen Akteuren ausgenutzt werden können“.³⁵⁶ In der Praxis führt dieser Fokus auf „grenzwertige Inhalte“ dazu, dass ... ist eine Besessenheit von angeblichem „gewalttätigem Rechtsextremismus“, der so definiert wird, dass er weite Teile der konventionellen konservativen Meinung umfasst.³⁵⁷ Der EUIF ergriff diese Maßnahmen trotz der Ergebnisse seiner eigenen Studie, dass „gewalttätige linke TVE-Inhalte [terroristische und gewalttätige extremistische Inhalte] eine deutlich höhere Auffindbarkeit aufwiesen“ als andere Arten von TVE-Inhalten, einschließlich rechter TVE-Inhalte.³⁵⁸

³⁵³ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 34.

³⁵⁴ DSA-Wahlrichtlinien, *siehe oben* Anmerkung 45, Art. 3.2.1.d.ii.

³⁵⁵ *Internetforum der Europäischen Union*, EUROPEAN COMM'N (25. Juli 2025), https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/european-union-internet-forum_en.

³⁵⁶ Netzwerk zur Sensibilisierung für Radikalisierung, *Missbräuchliche Nutzung algorithmischer Verstärkung terroristischer und gewalttätiger extremistischer Inhalte* (Hervorhebung hinzugefügt), *siehe* Beispiel 286.

³⁵⁷ *Siehe EU-Internetforum: Studie über die Rolle und Auswirkungen der Nutzung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung Terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte*, Ex. 37, 40.

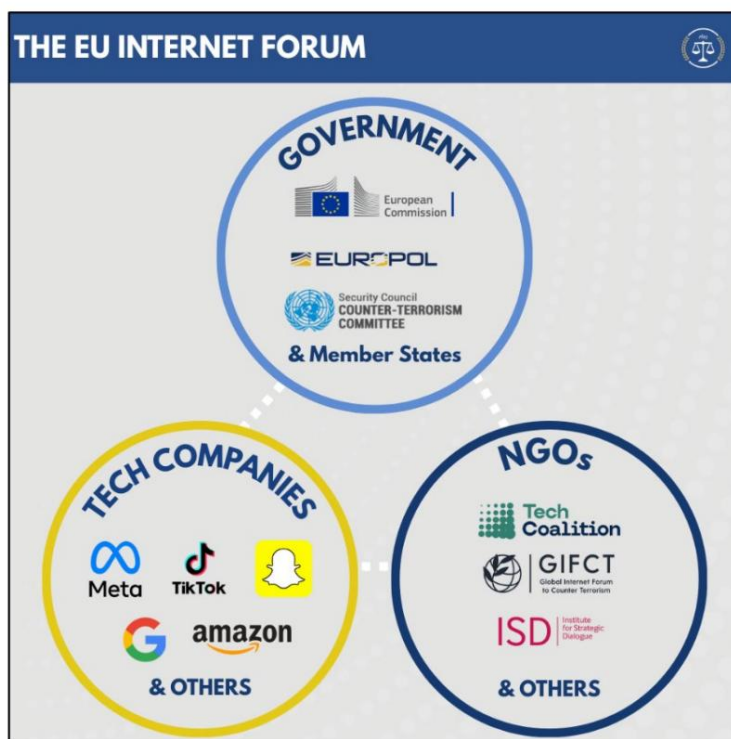
³⁵⁸ *EU Internet Forum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Nutzung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte*, *siehe* Beispiel 37; *siehe auch* TrustLab Slide Deck: *Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Nutzung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte auf führenden Social-Media-Plattformen in Europa*, Beispiel 39.

i. Der EUIF klassifiziert den politischen Diskurs zu Themen wie Einwanderung und Geschlecht als „gewalttätiger Rechtsextremismus“.

Das EUIF stuft legitimen politischen Diskurs systematisch als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ ein, um Plattformen unter Druck zu setzen, diese Inhalte zu entfernen. Kernstück dieser Operation ist das EUIF-„Handbuch für grenzwertige Inhalte“ – ein 72-seitiger Leitfaden, der Social-Media-Plattformen vorschreibt, wie sie nicht-rechtswidrige politische Äußerungen zensurieren sollen.³⁵⁹ Kategorien potenziell grenzwertiger Inhalte

Zu den im Handbuch zu zensurierenden Inhalten gehören:

- „Populistische Rhetorik“; 360
- „Regierungsfeindliche/EU-feindliche“
Inhalte; 361
- „Anti-Elite“-Inhalte; 362
- „Politische Satire“; 363
- „Antimigranten und
islamophobe Inhalte“; 364
- „Flüchtlings- und einwanderungsfeindliche
Stimmung“; 365
- „Anti-LGBTIQ . und
Inhalt“; 366
- „Meme-Subkultur.“ 367



Diese Themen stellen die beherrschenden Bereiche des europäischen – ja, globalen – politischen Lebens von heute dar. Dennoch beschrieb das Handbuch der Kommission das Verbot „entmenslichender“ Äußerungen zu diesen Themen und Inhalten, die „schädliche Stereotype“ fördern, als „Best Practice“.368 Darüber hinaus enthielt das Handbuch der Kommission „Richtlinienempfehlungen“ der voreingenommenen, linksorientierten Pseudowissenschaftsgruppe Center for Countering Digital Hate (CCDH).369 Während einige der

359 EU Internet Forum: Handbuch für grenzwertige Inhalte im Zusammenhang mit gewalttätigem Extremismus, siehe Beispiel 38.
360

Ebenda, Nr. 361.
362

Ebenda, Nr. 363.
364 Ebenda

365 Ebenda.
366

Ebenda, Nr. 367.
368 Ebenda.

Nr. 369 Ebenda; siehe Rep. Jim Jordan (@Jim_Jordan), X (5. September 2023, 18:17 Uhr),

https://x.com/Jim_Jordan/status/1699184930331267539 (mit detaillierten Informationen zur Partnerschaft von CCDH mit dem Weißen Haus unter Biden)

Die im Handbuch als „grenzwertig“ und somit zensierbar bezeichneten Inhalte sind zwar anstößig, das ist aber nebensächlich: Es ist niemals akzeptabel, dass die Regierung willkürlich handelt, um unliebsame Kategorien rechtmäßiger Meinungsäußerung zu zensieren.

Das EUIF ging regelmäßig gegen legitime politische Meinungsäußerungen vor. In einem Bericht aus dem Jahr 2023 legte das EUIF detailliert dar, was es als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ einstufte, der Online-Zensur erforderlich mache. Dazu gehörte die Aussage, dass „Flüchtlinge nicht dazugehören“³⁷⁰ – trotz wiederholter Gewalttaten von sogenannten Flüchtlingen, die im Rahmen einer liberalen Massenmigrationspolitik nach Europa gekommen waren.³⁷¹ Dennoch bezeichnete die EU diese Aussage als „Idee der weißen Vorherrschaft“.³⁷² Ebenso wurde die Vorstellung, europäische Staaten sollten ihre Asylgesetze ändern, um den Zustrom unüberprüfter Migranten zu stoppen, als „grenzwertig fremdenfeindliche und flüchtlingsfeindliche Rhetorik“³⁷³ bezeichnet. Die Ablehnung von Massenmigration ist eine legitime Meinung zu einem wichtigen Thema der öffentlichen Politik. Die Zensur dieser Meinungsäußerung ist mit jedem fundierten Verständnis von freier Meinungsäußerung unvereinbar.



Der EUIF nutzte diesen Beitrag als Beispiel für „grenzwertige“ Inhalte, die Plattformen zensieren sollten.

um unliebsame Inhalte zu zensieren); Paul D. Thacker und Matt Taibbi, *Wahlexklusiv: Britische Berater von Kamala Harris hoffen, „Musks Twitter zu zerstören“*, THE DISINFORMATION CHRONICLE (22. Oktober 2024); Transkribiertes Interview mit Imran Ahmed, CEO, Center for Countering Digital Hate, H. Comm. on the Judiciary (25. Juni 2024).

³⁷⁰ EU Internet Forum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Nutzung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte, siehe Ex. 37, 40.

³⁷¹ Siehe beispielsweise: Newcastle-Grooming-Gang wegen Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens verurteilt, BBC (1. März 2024).

³⁷² EU Internet Forum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Nutzung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte, siehe Ex. 37, 40.

³⁷³ EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Nutzung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer Inhalte Gewalttätige extremistische und grenzwertige Inhalte, siehe Beispiel 40.

Der EUIF befürwortete sogar die Zensur politischer Äußerungen über Grenzen hinweg – einschließlich derjenigen, die ... US-Konservative. In einem Bericht vom März 2022 mit dem Titel „Gewalttätiger Extremismus und Terrorismus im Internet im Jahr 2021“ führte das EUIF den US-Abgeordneten Paul Gosar (Republikaner aus Arizona), die ehemalige US-Abgeordnete Marjorie Taylor Greene (Republikanerin aus Georgia) und den ehemaligen Mitarbeiter des Weißen Hauses, Steve Bannon, als „rechtsextreme“ Persönlichkeiten auf und stellte sie damit auf eine Stufe mit weißen Rassisten. Dies implizierte, dass sie zensiert werden sollten.³⁷⁴ Tatsächlich wurden in diesem EU-„Terrorismus“-Bericht islamische Dschihadisten, weiße Rassisten und US-Republikaner als die größten Internetbedrohungen der Welt in einen Topf geworfen.³⁷⁵

Der Bericht kritisierte auch neue Social-Media-Plattformen, die nach der Entscheidung der großen Technologiekonzerne entstanden waren, Republikaner in den Jahren 2020 und 2021 systematisch zu zensieren.³⁷⁶ Das EUIF diskutierte die US-amerikanische Social-Media-Plattform Truth Social wird in diesem „Terrorismus“-Bericht erwähnt, weil Truth Social „einen offenen, freien und ehrlichen globalen Dialog fördert“ – etwas, das laut EU „verschiedene Arten rechtsextremer Nutzer anziehen“ und Truth Social zu einer „rechtsorientierten Social-Media-Plattform“ machen wird.³⁷⁷ Dieser Bericht – und insbesondere seine Behandlung von Truth Social – bietet einen wichtigen Einblick in die Sichtweise der Europäischen Kommission auf die „Risiken“, die gemäß DSA „gemindert“ werden müssen.³⁷⁸ Nach Ansicht der Europäischen Kommission ist eine Plattform, die sich für freie Meinungsäußerung einsetzt, *ipso facto* ein Nährboden für Online-Terrorismus und verstößt gegen den DSA.

Former US President Donald Trump is not on Gettr; instead, on 20 October, 2021, he announced plans to launch yet another new platform called TRUTH Social. It is mentioned here due to the high likelihood of it attracting a variety of types of right-wing extremist users, including those based in Europe. The truthsocial.com homepage describes itself as America's "Big Tent" social media platform that "encourages open, free, and honest global conversation without discriminating against political ideology." It is unclear whether the site will ever be operational, however. The platform appears to have missed its own November deadline to launch an invitation-only beta version;⁹³ the share price of the SPAC company, which Trump's social media firm plans to merge with has since plummeted; and Trump's social media firm is now seeking an additional US\$1 billion in funding.⁹⁴

Die Europäische Kommission verunglimpfte Truth Social und schrieb, dass es sich wahrscheinlich um einen Nährboden für Extremismus und Terrorismus handeln werde, weil es „einen offenen, freien und ehrlichen globalen Dialog fördert“.

Später im Jahr 2022 veranstaltete EUIF einen „Workshop über algorithmische Verstärkung und Grenzbereiche“. Inhalte“ wurden erörtert, wobei die Frage im Vordergrund stand, wie Plattformen rechtlich grenzwertige Inhalte zensieren sollten. Die wichtigsten Erkenntnisse dieses Treffens beziehen sich auf die Definition und die Zensurerwartungen der Europäischen Kommission in Bezug auf grenzwertige Inhalte.³⁷⁹ Laut EUIF besteht grenzwertiger Inhalt aus einer Kombination von Desinformation/Verschwörungstheorien und Hassrede. Als Hauptkategorien werden insbesondere „systemfeindliche/institutionenfeindliche“, „transfeindliche“, „migrantenfeindliche“ und „gegen COVID-Maßnahmen gerichtete“ Äußerungen genannt.³⁸⁰ Das EUIF betonte, dass „positive Interventionen“ – also aktive Maßnahmen zur Zensur von Inhalten – erforderlich seien.

³⁷⁴ RAN Policy Support, *Violent Extremism and Terrorism Online in 2021: The Year in Review* (2021), siehe Ex. 287.

³⁷⁵ Ebenda.

³⁷⁶ Siehe Mitarbeiter des ausgewählten Unterausschusses zur Waffennutzung der Bundesregierung des Repräsentantenhauses .

JUSTIZAUSCHUSS, 118. KONGRESS, DIE WAFFENINSIPONIERT -DIE BUNDESREGIERUNG (Comm. Print 20. Dez. 2024).

³⁷⁷ RAN Policy Support, *Violent Extremism and Terrorism Online in 2021: The Year in Review* (2021), siehe Ex. 287.

³⁷⁸ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 34-35.

³⁷⁹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Teilnehmer des EU-Internetforums (11. Oktober 2022), siehe Beispiel 32.

³⁸⁰ Ebenda.

Zensurmaßnahmen – „müssen ergriffen werden, um die Verbreitung“ dieser rechtmäßigen, nicht rechtswidrigen politischen Inhalte zu verhindern, wobei insbesondere eine „Herabstufung“ und „Demonetisierung“ dieser Inhalte gefordert wird.³⁸¹

Während des Treffens teilten Google und YouTube mit, dass sie „an Definitionen arbeiten“. und Schwellenwerte für die Verwendung grenzwertiger Inhalte, um eine Herabstufung durch die internen Algorithmen zu gewährleisten“, gemäß den Forderungen der Kommission.³⁸² Nur einen Monat vor Verabschiedung des DSA waren die Plattformen auf die Vorgaben der Europäischen Kommission hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des DSA eingestellt. Dieser Workshop sendete eine klare Botschaft.

FLASH REPORT: EUIF Workshop on Algorithmic Amplification and Borderline Content

29 September 2022

Summary

On 29 September the Commission organised an EUIF workshop to explore the possible negative effects of algorithmic amplification techniques on the user journey towards radicalisation and provide guidance to tech companies on possible definitions and thresholds concerning the spread of borderline content.

➤ **Main takeaways**

- Examples and description of borderline content shared by Member States, EU services and researchers reveal a **combination of disinformation/conspiracy theories and hate speech**.
- Most common **type of content** identified by participants: anti-establishment/anti-institutions, anti-Jewish, anti-trans, misogynistic, anti-migrants, racist, anti-COVID measures.
- Both **safety by design measures** and **positive interventions** need to be adopted in order to prevent the spread of borderline content via automated systems.
- Focus on content is not enough. Preventive measures must take into account **behavioural patterns and propagation tactics** used by malicious actors, including **manipulation**, and include digital and media literacy, critical thinking and democracy-strengthening programs to foster resilience.
- **Definitions and taxonomies** are essential basics to build effective preventive measures.
- Other **suggested technical solutions** were: **downranking, demonetise, add friction to access**.
- As regards government's lists for content moderation, companies suggested they are not enough, as they may be politically biased and incomplete. **Civil Society Organisations** should be empowered to compile lists and build taxonomies.
- Challenges in connection with the use of **non-cooperative platforms** and **Terrorist Operated Websites** to spread TVEC and borderline content leading to violence were discussed.

Die Europäische Kommission wies die Plattformen im Rahmen eines Workshops im Jahr 2022 an, legale und nicht rechtswidrige Inhalte zu zensieren.

Dieser EUIF-Workshop im September 2022 umfasste auch Präsentationen von Pseudowissenschaftlern, die Desinformation verbreiten, und nationalen Regulierungsbehörden. Eine Präsentation des Instituts für Strategischen Dialog – Eine Denkfabrik, die während der Biden-Harris-Administration vom US-Heimatschutzministerium und dem Außenministerium finanziert wurde, warnte davor, dass Plattformen möglicherweise weitere konservative Mainstream-Inhalte zensieren müssten, und erklärte, dass „die Auseinandersetzung mit Inhalten, in denen Jordan Peterson und Ben Shapiro auftraten, als Einstieg in Empfehlungen für eine Reihe antifeministischer Inhalte diene“.

³⁸¹ Ebenda (Hervorhebung weggelassen). ³⁸²

Ebenda.

³⁸³ *Partnerschaften und Förderer*, INSTITUT FÜR STRATEGISCHEN DIALOG, <https://www.isdglobal.org/partnerships-and-förderer/> (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

„Frauenfeindliche Inhalte und Inhalte der Manosphäre.“³⁸⁴ Dies ist eine typische Taktik von Desinformations-Pseudowissenschaftlern: Indem sie konventionelle konservative Meinungen mit angeblich hasserfüllten Inhalten gleichsetzen, zwingen sie Plattformen zur Zensur des gesamten Inhalts. Zusammengefasst: Die Biden-Harris-Regierung finanzierte eine Nichtregierungsorganisation, die anschließend von der Europäischen Kommission beauftragt wurde, US-amerikanische Social-Media-Plattformen zur Zensur zweier der populärsten konservativen Medienpersönlichkeiten der Vereinigten Staaten, darunter eines amerikanischen Autors, zu zwingen.

Borderline Content Algorithmic Amplification Case Study: YouTube

- ISD study created 10 accounts presenting as men and boys with a spectrum of right wing ideological interests. We found accounts **tended to be served content based on who they followed**, with 'mainstream' accounts unlikely to be recommended extreme content.
- But regardless of where they were on the ideological spectrum, every single account was **recommended content promoting anti-trans, misogynistic and 'Manosphere' views.**
- **Engaging with content featuring Jordan Peterson and Ben Shapiro served as a gateway into recommendations for a slew of anti-feminist, misogynistic, and Manosphere content.**

Das Institute for Strategic Dialogue argumentierte, dass Plattformen vorsichtig sein sollten mit Nutzern, die mit Jordan Peterson und Ben Shapiro interagieren.

ii. Der EUIF übt Druck auf die Plattformen aus, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern, um diese Inhalte zu zensurieren.

Ähnlich wie die GD Connect zielt das EU-Internetforum der GD Home auf legale, nicht rechtswidrige „Grenzinhalte“ ab, vorwiegend zu politischen Themen wie Migration und Transgenderismus. Neben gezieltem Zensurdruck verfolgt das EUIF – wie jede EU-Zensurinitiative – folgende Ziele:

Die Kommission ermutigt Plattformen, ihre global geltenden Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern. Bereits 2021 lud sie Meta zu einem Treffen des EUIF ein, um über ihre „Initiativen zur Bekämpfung grenzwertiger Inhalte“ zu sprechen.³⁸⁵ Dies deutete an, dass auch andere anwesende Plattformen ähnliche Schritte unternehmen sollten. Bei diesen Initiativen handelte es sich wahrscheinlich um eine „Herabstufung“ und „Demonetisierung“ von grenzwertigen Inhalten, die laut Aussage der Kommission gegenüber den Plattformen notwendig seien.³⁸⁶

Ein Jahr später, im Dezember 2022, beinhaltete ein weiteres EUIF-Treffen eine strukturierte Diskussion. Es ging darum, wie Plattformen mit „grenzwertigen Inhalten“ umgehen.³⁸⁷ Bezeichnenderweise geht aus dem Protokoll des Treffens hervor, dass ausschließlich „rechtsextremistische“ Inhalte diskutiert wurden³⁸⁸ – obwohl die eigenen Daten des EUIF zeigen, dass Linksextremismus in sozialen Medien stärker verbreitet ist.³⁸⁹ Das Treffen war Teil einer größeren Veranstaltung, bei der die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson „Bedenken hinsichtlich der zunehmenden Präsenz grenzwertiger Inhalte im Internet und der damit verbundenen Herausforderungen äußerte“.

³⁸⁴ Präsentation des Instituts für Strategischen Dialog: *Algorithmische Verstärkung, Grenzinhalte und manipulative Techniken* (29. September 2022), siehe Beispiel 31.

³⁸⁵ Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (8. Dezember 2021), siehe Anlage 28.

³⁸⁶ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Teilnehmer des EU-Internetforums (11. Oktober 2022), siehe Beispiel 32.

³⁸⁷ Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (7. Dezember 2022), siehe Anlage 33.

³⁸⁸ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Teilnehmer des EU-Internetforums (9. Januar 2023), siehe Beispiel 34.

³⁸⁹ *EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Nutzung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer Inhalte Gewalttätige extremistische und grenzwertige Inhalte*, siehe Beispiel 37.

„Wenn es um Inhaltsmoderation geht.“³⁹⁰ Sie bezog sich ausdrücklich auf das DSA, das weniger als zwei Monate vor dem Treffen verabschiedet worden war, und warnte, dass die „freiwillige Zusammenarbeit“ mit der Kommission „entscheidend ist und fortgesetzt werden muss.“³⁹¹ Der Subtext von Johanssons Rede war eindeutig: Um dem DSA zu entsprechen, müssten Plattformen mehr tun, um „grenzwertige“ Inhalte zu unterdrücken, die per Definition legal sind und nicht gegen bestehende Regeln zur Inhaltsmoderation verstoßen. Es gebe nur einen Weg, dies zu erreichen: die Regeln zur Inhaltsmoderation so zu ändern, dass mehr legale Äußerungen zensiert werden. Wieder einmal erreichte die Kampagne zur Änderung der Nutzungsbedingungen von Plattformen die höchsten Ebenen der Europäischen Kommission.

On terrorism and violent extremism online, the Commissioner referred to recent attacks in Bratislava and Sweden, which resulted from the spread of online violent right wing extremist content targeting, among others, the Jewish and LGBTIQ communities and women. She expressed concerns for the increased presence of borderline content online and the challenges it brings about when it comes to content moderation. She also warned against the growing use of terrorist operated websites, manipulation techniques used by extremists and the need for more transparency on the threats related to the misuse of algorithmic amplification techniques. EU regulations concerning the online space will mitigate part of the challenges ahead, but voluntary cooperation is crucial and must continue.

Innenministerin Ylva Johansson übte Druck auf die Plattformen aus, mehr „grenzwertige“ Inhalte zu zensieren.

Diese Bemühungen wurden auch nach Inkrafttreten des DSA fortgesetzt. Im September 2024 forderte die GD Home TikTok auf, sich einer EUIF-Initiative zur Entwicklung von „Grundsätzen für Unternehmen zur Bekämpfung der algorithmischen Verstärkung, einschließlich grenzwertiger Inhalte“, anzuschließen – also von Zensurvorgaben, die auf Plattformen gemäß dem DSA durchsetzbar sind.³⁹² In den folgenden Wochen weitete die EUIF ihre Bemühungen aus.

Im Oktober 2024 fragte die EUIF beispielsweise bei den Plattformen nach Informationen über ihre Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von „grenzwertigen“ Inhalten und darüber, wie sie die Bestimmungen gegen Hassrede einhielten.³⁹³ Desinformationscodes.

Die Europäische Kommission teilte den Plattformen mit, dass ihre Antworten 394 betragen würden.

einen vom Institut für Strategischen Dialog erstellten Zensurplan einbringen.

Die Europäische Kommission konnte diese dann übernehmen. Wenig überraschend konzentrierten sich die Fragen der Europäischen Kommission stark auf die Umsetzung der Inhaltsmoderationsrichtlinien durch die Plattformen.³⁹⁵ Erneut überwachte die Europäische Kommission die Inhaltsmoderationsregeln der Plattformen und drängte auf Änderungen, um mehr legale Inhalte zu zensieren – und das alles unter dem Druck der drohenden DSA-Regulierung.

³⁹⁰ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Teilnehmer des EU-Internetforums (9. Januar 2023), siehe Anlage 34; siehe Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (7. Dezember 2022), Anlage 33.

³⁹¹ Ebenda.

³⁹² E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (2. September 2024), siehe Anlage 35.

³⁹³ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (15. Oktober 2024), siehe Anlage 36.

³⁹⁴ Ebenda.

³⁹⁵ Antwort von TikTok auf den Fragebogen des EU-Internetforums – Algorithmische Verstärkung, siehe Beispiel 41.

From: HOME INTERNET FORUM
Sent: Tuesday, October 15, 2024 9:38 AM
To: HOME INTERNET FORUM <HOME-INTERNET-FORUM@ec.europa.eu>
Subject: Informal Focus Group - Next Step - Questionnaire - DDL: 15 November 2024

Dear participants,

Thank you for your participation in the first meeting of the informal focus group on algorithmic amplification.

As an outcome of the meeting, the group agreed to create an overview of measures taken by companies since the EUIF study on algorithmic amplification (July 2022) to prevent the spread of borderline, violent extremist and terrorist content online and inform about existing commitments under the Code of Conduct on Hate Speech and Code of Practice on Disinformation. This overview could serve as set of best practices to inspire and inform.

If you are a company, we kindly ask you to fill in the attached questionnaire and send it back to us by **15 November 2024**. Please do not hesitate to reach out in case of questions.

Based on this overview and own research, ISD can identify gaps and propose potential improvements for algorithmic recommender systems to fight illegal and harmful content online.

EUIF fragte die Plattformen, wie sie ihre Regeln zur Inhaltsmoderation geändert hätten, um weitere grenzwertige Inhalte zu zensieren, und forderte sie auf, mehr zu zensieren.

Seit 2021 hat sich das EUIF zu einer weiteren Schlüsselinstitution der europäischen Zensur entwickelt. Die EUIF zielt gezielt auf legale, nicht rechtswidrige politische Äußerungen ab, indem sie amerikanische und europäische Konservative mit Dschihadisten und weißen Rassisten gleichsetzt und Plattformen zur Zensur auffordert. Sie ermutigt Plattformen außerdem, ihre globalen Inhaltsmoderationsregeln so zu ändern, dass Inhalte unterdrückt werden, die den Beamten der Europäischen Kommission missfallen.

B. Die Europäische Kommission und die Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten üben Druck auf Plattformen aus, um konservative und „systemkritische“ politische Äußerungen während Wahlperioden zu zensieren.

Zusätzlich zu den programmatischen Bemühungen des EUIF zur Zensur konventioneller politischer Äußerungen, Die Europäische Kommission ergreift gezielte Maßnahmen, um die politische Zensur im Vorfeld wichtiger Wahlen zu fördern – gerade dann, wenn die Meinungsfreiheit am wichtigsten ist. Die DSA-Wahlleitlinien der Europäischen Kommission beschreiben verpflichtende Zensurmaßnahmen für Plattformen während Wahlperioden, darunter „Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation“.³⁹⁶ Und die Europäische Kommission überwacht die Leistung der Plattformen genau. Vor fast jeder wichtigen Europawahl seit 2023 – insgesamt mindestens zwölf – hat die Kommission mit den Plattformen zusammengetroffen, um ihre Erwartungen hinsichtlich der Zensur zu kommunizieren und die Einhaltung der Vorgaben durch die Plattformen zu bewerten.

³⁹⁶ DSA-Wahlrichtlinien, siehe Fußnote 45.

Seit Inkrafttreten des DSA arbeitet die Kommission mit den Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten zusammen, um konservative und systemkritische politische Äußerungen während Wahlperioden zu zensurieren. Diese Vorgaben scheinen Plattformen dazu veranlasst zu haben, restriktivere Zensurregeln für ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation einzuführen, was potenziell Auswirkungen auf Wahlen außerhalb der EU, einschließlich der US-Präsidentenwahlen 2024, haben könnte.

i. Die DSA-Wahlleitlinien der Europäischen Kommission erfordern politische Zensur im Vorfeld von Europawahlen, was globale Auswirkungen hat.

Kernstück der Wahlbeeinflussung der Kommission sind ihre DSA-Wahlrichtlinien.

Die Richtlinien besagen, dass Plattformen vor Wahlen Folgendes beachten sollten:

- „Richtlinien, Praktiken und Algorithmen aktualisieren und verfeinern“, um den Zensurvorgaben der EU zu entsprechen;
- Befolgen Sie die im Desinformationskodex und im Hasskodex beschriebenen „Best Practices“.
Sprachgesetz und EUIF-Dokumente;
- „Maßnahmen zur Verringerung der Verbreitung von Desinformation einführen“;
- „Passen Sie Ihre Geschäftsbedingungen an.“ - um die Reichweite und
Auswirkungen von generativen KI-Inhalten, die Desinformation oder Fehlinformationen darstellen;
- Beiträge, die von regierungsnahen, linken Medien als „Desinformation“ eingestuft werden, werden mit dem Label versehen.
Faktenchecker;
- „Maßnahmen einführen, um die Verbreitung von irreführenden Informationen einzuschränken.“ - . generierter Inhalt
durch KI“;
- „Impfmaßnahmen entwickeln und anwenden, die präventiv die Widerstandsfähigkeit stärken“
gegen mögliche und zu erwartende Desinformationsnarrative“;
397 Und
- Ergreifen Sie zusätzliche Maßnahmen, um „geschlechtsspezifische Desinformation“ zu stoppen.³⁹⁸

Das größte Risiko staatlicher Regulierung der Meinungsfreiheit liegt wohl in der Gefahr, dass der Staat diese Macht missbraucht, um Gegner zum Schweigen zu bringen und die politische Kontrolle zu sichern. Jede der oben genannten Anforderungen ermöglicht der Europäischen Kommission genau dies. Begriffe wie „Desinformation“ lassen sich nicht politisch neutral definieren – und wie die Beweislage zeigt, tut die Europäische Kommission dies auch nicht. De facto verpflichten die DSA-Wahlleitlinien Plattformen dazu, ...

³⁹⁷ US-Behörden nutzten diese Taktik vor der Präsidentenwahl 2020, um eine wahre Geschichte über Einflussnahme der Familie Biden als russische Desinformation darzustellen. Infolgedessen zensurierten große Technologiekonzerne die Geschichte in den Wochen vor der Wahl. Siehe : Mitarbeiter des Justizausschusses des Repräsentantenhauses und des ausgewählten Unterausschusses zur Waffennutzung der Bundesregierung des Justizausschusses des Repräsentantenhauses , 118. Kongress, Wahlbeeinflussung : Wie das FBI „PREBUNKED“ – EINE WAHRE GESCHICHTE ÜBER DIE KORRUPTION DER BIDEN- FAMILIE IM VORAUS DER PRÄSIDENTENWAHL 2020

WAHL (Comm. Print 30. Oktober 2024).

³⁹⁸ DSA-Wahlrichtlinien, siehe Fußnote 45.

Inhalte, die der herrschenden Klasse Europas missfallen, jedes Mal zensieren, wenn die Wähler die Möglichkeit dazu haben Ihre Stimmen hörbar machen. Schlimmer noch, diese orwellischen und undemokratischen Zensurerlasse haben wahrscheinlich globale Auswirkungen.

Die Wahlleitlinien sind an sich nicht verpflichtend. Doch schon vor ihrer Veröffentlichung wiesen hochrangige Beamte der Europäischen Kommission die Plattformen darauf hin, dass ihnen bei Nichteinhaltung Sanktionen gemäß dem Digital Security Act (DSA) drohen könnten. In einem Treffen mit Plattformen im März 2024, wenige Wochen vor der offiziellen Vorstellung der Leitlinien, erklärte Prabhat Agarwal, Leiter der DSA-Vollzugsstelle der Kommission, dass die Leitlinien „die Meinung der EU-Kommission zu geeigneten Maßnahmen zur Einhaltung des DSA darstellen“.³⁹⁹ Er bezeichnete die Leitlinien als Mindestanforderung für die DSA-Konformität und wies die Plattformen darauf hin, dass sie bei Abweichungen von den Leitlinien „gleichwertige oder bessere Alternativmaßnahmen“⁴⁰⁰ vorlegen müssten – also Zensurmaßnahmen, die mindestens so restriktiv wie die in den Leitlinien beschriebenen seien. Diese explizite Warnung verstärkte den ohnehin schon bestehenden strukturellen Druck auf die Plattformen: Die vage Formulierung des DSA und die potenziell hohen Strafen machen jede mögliche Ausnahmeregelung zu einer praktischen Notwendigkeit.

Prabhat's answer:

- Guidelines are the EC's opinion on what are good mitigation measures to comply with DSA. Not an Implementing Act, it is a guidance document: do not have to follow all of them. However, obligation is to assess and mitigate systemic risks. Those are best practices to do that.
- Onus if deviate from this to have alternative measures that are equal or better than those in here. Can be adapted, and recognise that not every regulated entity has the same risk profile. Not every platform in the list of VLOPs has an election risk - some do not.
 - Gave Snap as an example of a platform that has a different type of service and features which means they will need to adapt the Guidelines somewhat. Referred to the prominence of the map feature on Snap as an (illustrative only) example of something that differentiates them from others and therefore means Guidelines implementation may be different for them.

Der oberste DSA-Beauftragte der Europäischen Kommission teilte den Plattformen mit, dass die Einhaltung der Wahlleitlinien faktisch verpflichtend sei.

Die Bemühungen der Europäischen Kommission zur Zensur von Meinungsäußerungen während Wahlperioden, einschließlich der Wahlleitlinien, könnten globale Auswirkungen gehabt haben. Im selben Treffen im März 2024 teilte Meta der Europäischen Kommission mit, dass man seit 2016 aus „mehr als 200 Wahlen weltweit“ bewährte Verfahren gelernt habe und dass Meta „für jede Wahl“ seine „Standardmechanismen“ evaluiere. Diese umfassen „Richtlinien, Instrumente und Prozesse, die [das Unternehmen] in seinem EU-Verhaltenskodex zu Desinformationsberichten dokumentiert“ – mit anderen Worten: die Zensurmaßnahmen, die Meta ergreift, um den EU-Vorgaben nachzukommen.

⁴⁰¹ Meta teilte der Europäischen Kommission später mit, dass es Die „Prozesse“ wurden als Reaktion auf die Wahlleitlinien der Kommission geändert, „wobei im Lichte der Leitlinien und der direkten Diskussionen in von der Wahlkommission veranstalteten Runden Tischen zusätzliche Anpassungen und Verbesserungen vorgenommen wurden.“⁴⁰² Diese Änderungen umfassten „Maßnahmen zur Risikominderung, um ...“

³⁹⁹ Internes Meta-Protokoll des Runden Tisches zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), siehe Anlage 243; interne E-Mails unter den Mitarbeitern von Meta (26. Februar 2024), siehe Beispiel 241.

⁴⁰⁰ Interne Meta-Auswertung des Runden Tisches zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), siehe Anlage 243.

⁴⁰¹ *Assess.*

⁴⁰² E-Mail von Meta-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (10. Juli 2024), siehe Beispiel 166.

Zusätzlich zu den bestehenden Maßnahmen gegen „feindselige Äußerungen“⁴⁰³ werden auch Risikobereiche wie Fehlinformationen angegangen. Angesichts des globalen Charakters der Community-Standards von Meta und der selbstbeschriebenen „Standardmechanismen“ für Wahlen ist die Schlussfolgerung beunruhigend: Meta und andere große Social-Media-Unternehmen mit Geltungsbereich des DSA mussten möglicherweise aufgrund der politischen Zensurvorschriften der EU Änderungen vornehmen, die sich auf Wahlen außerhalb der EU, einschließlich US-Wahlen, auswirken.

REMARKS ON BEST PRACTICES

- We learned from working on more than 200 elections around the world since 2016.
- For every election, we evaluate whether our standard mechanisms (which include the policies, tools and processes that we document in our EU Code of Practice on Disinformation reports) address the election-specific threats for that election. Should there be any outlying risks, we work across several teams and sometimes with external partners to put appropriate measures in place to mitigate those risks.

Private and Confidential

10 July 2024

Attention: Prabhat Agarwal, Head of Unit

Response to Third technical roundtable European Elections (Online) on July 10, 2024

Dear Mr. Agarwal,

We refer to your email and letter dated 10 June 2024 requesting a written response noting Meta Platforms Ireland Ltd's ("MPIL") plans for finalising a post-election review of our 2024 European Parliamentary Elections ("EP Elections") efforts and any other relevant information before the roundtable scheduled on July 10, 2024.

For the EP elections, MPIL utilised election management processes refined over many years, by teams with expertise in electoral risk mitigation as well as local knowledge and context. We worked hard to adopt feedback from the Commission, Digital Services Coordinators, election authorities, and civil society, making additional adjustments and improvements to our processes in light of the Guidelines and direct discussions undertaken at EC hosted roundtables and a cross-sector tabletop exercise.

For the EP elections, we prioritised efforts aimed at addressing risks from adversarial threats (such as the Russia-origin network known as Doppelgänger), infringement of our transparency requirements for political advertisements, and misinformation, including AI-generated misleading content. We deployed mitigation measures to tackle each of these risk areas, as well as running standard mitigation for other election-relevant risks, such as hostile speech.

Die Kommunikation zwischen Meta und der Europäischen Kommission lässt darauf schließen, dass Meta möglicherweise globale Änderungen an seinen Richtlinien zur Moderation von Wahlhalten vorgenommen hat, um den Zensurvorgaben der EU nachzukommen.

Bei diesem Treffen im März 2024 war Agarwal, der Leiter der DSA der Europäischen Kommission, anwesend. Die Vollzugseinheit betonte zudem die Forderung der DSA, dass Plattformen mit Pseudowissenschaftlern, die Desinformation verbreiten, zusammenarbeiten müssen, um wirksame Zensurmechanismen zu schaffen. In einem internen Bericht von Meta wurde die „deutliche Haltung der Europäischen Kommission zur DSA-Rechtsvorgabe zur Einbeziehung externer Interessengruppen in die Bewertung/Entwicklung von [Plattform]“ hervorgehoben.

⁴⁰³ *Id.*

„Maßnahmen.“⁴⁰⁴ Die Aufsicht des Ausschusses hat zuvor gezeigt, dass diese sogenannten Forscher einheitlich linksgerichtet und für Zensur sind.⁴⁰⁵

- EC has strong views about the DSA legal requirement to involve external stakeholders in the evaluation/development of our measures. This was sparked by MSFT questions around external red teaming requirements. The EC relied on Recital 90 of the DSA which they stressed as the legal basis for our obligation to put mitigation measures in place together with external partners.

Die Europäische Kommission betonte, dass Plattformen mit Pseudowissenschaftlern, die Desinformation verbreiten, zusammenarbeiten müssen, um mehr Inhalte zu zensieren.

Schließlich verfiel Agarwal in einen gewissen KI-Alarmismus. Er warnte davor, dass Plattformen bereit sein müssten, „ein nicht mit einem Wasserzeichen versehenes, KI-generiertes Bild eines Präsidenten oder politischen Führers, das während einer Wahl kursiert“, zu zensieren.⁴⁰⁶ Dies erinnert an die früheren Bemühungen der Europäischen Kommission, „Memes“ und Satire ins Visier zu nehmen,⁴⁰⁷ und verdeutlicht einen wichtigen Punkt über die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission, die das globale Internet kontrollieren wollen: Sie halten ihre Bürger für dumm und unfähig, selbst zu entscheiden, was sie glauben und was nicht.

ii. TikTok zensierte politische Äußerungen im Vorfeld der slowakischen Wahlen 2023 – der ersten nationalen Wahlen in Europa, die nach Inkrafttreten des DSA stattfanden.

Ein aufschlussreiches Fallbeispiel für die Bemühungen der Europäischen Kommission, den Online-Diskurs im Vorfeld von Wahlen zu beeinflussen, ist die Parlamentswahl 2023 in der Slowakei – die erste Europawahl nach Inkrafttreten des DSA. Die Kommunikation zwischen TikTok und der Europäischen Kommission sowie interne TikTok-Dokumente belegen, wie die Kommission die Plattform unter Druck setzte, legitime politische Äußerungen im Vorfeld der Wahl zu zensieren.

Die Vorbereitungen für die Wahl am 30. September 2023 waren im Juli bereits in vollem Gange. Im Jahr 2023 organisierte die Europäische Kommission eine Präsentation des slowakischen Digitalregulierers, des Slowakischen Rates für Mediendienste, für die Plattformen.⁴⁰⁸ Der slowakische Regierungsbeamte gab damit den Ton für die bevorstehende Zensurkampagne vor, indem er die eigene Bevölkerung herabwürdigte und den Plattformen mitteilte, dass die „Bevölkerung zu Verschwörungstheorien und falschen Darstellungen neigt“.⁴⁰⁹ In der Präsentation des Regierungsbeamten wurden auch „Anfragen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen“ erwähnt, die er im Juni 2023 an Meta, Google und TikTok gerichtet hatte.⁴¹⁰

⁴⁰⁴ Interne Meta-Auswertung des Runden Tisches zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), siehe Anlage 243.

⁴⁰⁵ Siehe DSA Censorship Report I, *supra* Fußnote 3, S. 28-29.

⁴⁰⁶ Interne Meta-Auswertung des Runden Tisches zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), siehe Anlage 243.

⁴⁰⁷ Siehe DSA Censorship Report I, *supra* Fußnote 3, Seite 28.

⁴⁰⁸ Präsentation des Slowakischen Rates für Mediendienste: *Vorgezogene Wahlen in der Slowakei* (Juli 2023), siehe Ex. 214.

⁴⁰⁹ Ebenda.

⁴¹⁰ Ebenda.

Disinformation in Slovakia CMS

- Longterm problem on major online platforms (the most used platform is Facebook - also widely used by politicians for political messaging)
- Fact-checking capacities are low.
 - No home-grown fact-checking organisation
 - Now - up to 2 Slovak fact-checkers in AFP and up to 4 in Demagog.cz (only for Meta platforms).
- In general, distrust of the population towards traditional media and the government. **Population tends to incline to conspiracy theories and false narratives** (rise during Covid-19 pandemic and now with the war in Ukraine).

Der slowakische Rat für Mediendienste hat in einer Präsentation vor den Wahlplattformen im Vorfeld der Wahlen 2023 das eigene Volk verunglimpft.

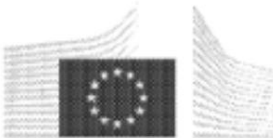
Die Zensurkampagne der Europäischen Kommission nahm im September 2023 im Vorfeld der Wahlen Fahrt auf. Am 5. September traf sich die Kommission mit einer Gruppe von Online-Plattformen und fragte sie, welche Aktionen sie im Vorfeld der Wahl planten und welche Maßnahmen sie ergriffen.

⁴¹¹ Die klare Schlussfolgerung: Plattformen mussten im Vorfeld der Wahl Zensurmaßnahmen ergreifen, um dem DSA zu entsprechen, der erst eine Woche vor diesem Treffen in Kraft getreten war. In der darauffolgenden Woche, am 12. September, traf sich die Kommission speziell mit TikTok und forderte „technisch detaillierte Erläuterungen zu Ihrer Risikobewertung, Ihren Minderungsmaßnahmen und Ihren Durchsetzungsmöglichkeiten hinsichtlich Ihrer Nutzungsbedingungen im Zusammenhang mit dieser Wahl“.⁴¹²

Wenn TikTok die Inhalte nicht im Einklang mit den Erwartungen der Kommission moderieren würde, würde die Kommission dies erfahren – und mit dem in Kraft getretenen DSA hätte sie die Befugnis, als Reaktion darauf eine massive Geldstrafe zu verhängen.

⁴¹¹ E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (1. September 2023), siehe Anlage 220.

⁴¹² Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok (5. September 2023), siehe Anlage 221; siehe auch Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (Sep. 2023), Ex. 218.

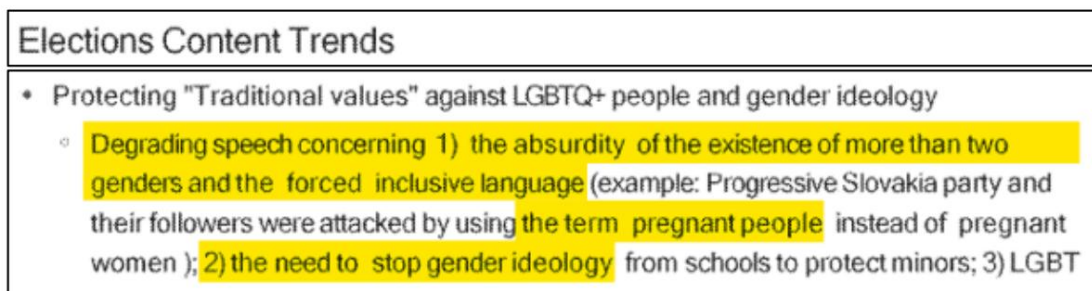
 EUROPEAN COMMISSION DIRECTORATE-GENERAL FOR COMMUNICATIONS NETWORKS, CONTENT AND TECHNOLOGY Platforms Policy and Enforcement Digital Services	 Ref. Ares(2023)6026012 - 05/09/2023
Brussels 5 September 2023	
Redacted Via email Redacted@bytedance.com	
Dear Madam,	
TikTok was designated as a very large online platform through Commission Decision C(2023) 2720 final of 25 April 2023. Pursuant to Article 34(1) of Regulation (EU) 2022/20651 (hereafter “DSA”), providers of very large online platforms and of very large online search engines shall carry out risk assessments by the date of application referred to in Article 33(6) DSA, second subparagraph 2. The Commission services also drew your attention to this obligation in the letters of 11 August and 1 September 2023.	
The 2023 Slovak parliamentary election, which are to be held on 30 September 2023, are the first national election in the EU, that take place after the DSA has become legally enforceable for VLOPs and VLOSEs. Your service is considered to be an important platform for public discourse during these upcoming elections. Therefore, pursuant to the	
powers under Article 72 DSA, the Commission services request technically detailed explanations on your risk assessment, mitigation measures, and enforcement capacities for your terms and conditions regarding this election. These explanations should be given orally in the context of a meeting on 12 September 2023 with relevant Slovak authorities in Bratislava. In addition, the Commission services strongly encourage you to submit contextualising written information in advance of the meeting. To facilitate a constructive meeting, we request the presence of staff with relevant technical expertise and in-depth understanding of your enforcement processes and capacities for your terms and conditions in the relevant areas.	

Die Europäische Kommission hat TikTok angewiesen, in einer Sitzung am 12. September Informationen über seine Zensurmaßnahmen im Vorfeld der Wahlen vorzulegen.

Diese Druckkampagne zeigte Wirkung. Die internen „Richtlinien zur Wahlmoderation“ von TikTok für die slowakischen Wahlen 2023 deuten darauf hin, dass TikTok politische Äußerungen zu Geschlechterfragen zensierte.⁴¹³ Beispiele für „Hassrede“, die TikTok im Vorfeld der Wahl zensiert hat, sind:

- „Es gibt nur zwei Geschlechter“;
- „Kinder können nicht trans sein“;
- „Wir müssen die Sexualisierung von Jugendlichen/Kindern stoppen.“
- „Ich denke, dass die LGBTI-Ideologie, die Gender-Ideologie und die Transgender-Ideologie eine große „eine Bedrohung für die Slowakei, genau wie Korruption“; und
- „Gezielte Falschgeschlechtszuordnung.“⁴¹⁴

Der nach der Wahl veröffentlichte „Zusammenfassende Bericht“ von TikTok stufte Kommentare zur „Absurdität der Existenz von mehr als zwei Geschlechtern und der erzwungenen inklusiven Sprache“, wie beispielsweise den Begriff „schwangere Menschen“, ebenfalls als „erniedrigende Äußerungen“ ein.⁴¹⁵ Auch Beiträge über die „Notwendigkeit, die Genderideologie aus den Schulen zu verbannen“,⁴¹⁶ wurden als „erniedrigend“ eingestuft. Im Leitfaden zur Inhaltsmoderation wurde angemerkt, dass solche Behauptungen „in den politischen Diskussionen in der Slowakei weit verbreitet sind“ – was nicht verwunderlich ist, da politische Debatten über Transgenderismus und verwandte Themen in den letzten fünf Jahren ein wichtiges politisches Thema waren.⁴¹⁷ Im Rahmen seiner Bemühungen, dem DSA nachzukommen, zensierte TikTok jedoch harmlose Behauptungen, die die linke Transgender-Ideologie im Vorfeld einer wichtigen nationalen Wahl in Frage stellten.



TikTok stufte Kommentare, die die „Absurdität“ von Begriffen wie „Schwangere“ anmerkten, als „erniedrigende Äußerungen“ ein.

In der Woche vor der slowakischen Wahl verlagerte die Europäische Kommission ihren Fokus von den umfassenden Zensurmaßnahmen von TikTok auf einzelne Konten. Vier Tage vor der Wahl übermittelte die Kommission TikTok eine Tabelle mit Listen „problematischer Konten auf dem slowakischen TikTok“, was implizierte, dass diese zensiert werden sollten.

⁴¹⁸ Die Tabelle enthielt mindestens 63

⁴¹³ Interne TikTok-Richtlinien zur Inhaltsmoderation für die slowakischen Wahlen 2023 (22. September 2023), siehe Beispiel 224. ⁴¹⁴ Ebenda.

⁴¹⁵ Interner TikTok-Bericht zur slowakischen Wahl 2023, siehe Anlage 211.

⁴¹⁶ Ausweis.

⁴¹⁷ Interne TikTok-Richtlinien zur Inhaltsmoderation für die slowakischen Wahlen 2023 (22. September 2023), siehe Beispiel 224.

⁴¹⁸ Liste problematischer Konten auf dem slowakischen TikTok, siehe Anlage 198; siehe E-Mail von TikTok-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (26. September 2023), Anlage 136; Slowakisches Innenministerium, Analyse schädlicher Inhalte auf dem slowakischsprachigen TikTok (September 2023), Anlage 130.

Konten mit Followerzahlen zwischen 1.000 und 120.000.⁴¹⁹ Es wurde festgestellt, dass viele der Konten „slowakische politische Inhalte“ enthielten, und in einigen Fällen wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die beanstandeten Inhalte den globalen Community-Richtlinien von TikTok entsprachen.⁴²⁰ Die Europäische Kommission listete außerdem die „Top 5 problematischen Konten“ und zehn „Beispiele für problematische Inhalte/Beiträge“ auf.⁴²¹ Obwohl einige der beanstandeten Inhalte tatsächlich anstößig waren, hat die Europäische Kommission beantragte die Zensur der folgenden Konten aufgrund ihrer politischen Äußerungen:

- Ein Account mit Inhalten, die „das Misstrauen gegenüber Institutionen verstärken“;
- Ein „Bericht mit Schwerpunkt auf der slowakischen Innenpolitik“. – „Obwohl der Großteil des Inhalts aggressiv ist, entspricht er höchstwahrscheinlich den Community-Standards.“
- Ein „bekannter und beliebter slowakischer Account“, dessen „größter Teil des Inhalts nicht-„problematisch und auf Unterhaltung ausgerichtet“, aber „verbreitet Desinformationen über Einwanderer und Covid-19 und unterstützt Wladimir Putin“. In der Tabelle wird vermerkt, dass der Kontobetreiber Adrian Figo „kürzlich Pläne für eine eigene politische Partei angekündigt hat“.
- Ein Account, der „Verschwörungstheorien und politische Videos teilt, aber auch Humor, der oft politisch ist und unterbewusst *eine* Botschaft vermittelt“;
- Ein Bericht, der „slowakische Politik behandelt, oft auf irreführende Weise“;
- Ein Account, in dem „Videos versuchen, Vertreter der vorherigen Regierung zu diskreditieren, was an sich kein Problem wäre, aber oft mit Verschwörungserzählungen arbeitet, wie etwa der Invasion von Einwanderern, oder versucht, Institutionen zu diskreditieren“;
- Ein Konto, das „die Kommunistische Partei der Slowakei unterstützt“; und
- Ein Account mit einem Beitrag, der Impfungen mit dem Tod von Prominenten in Verbindung bringt. Es wird zwar nicht direkt behauptet, dass Impfungen den Tod verursacht haben, aber es werden Bilder von verstorbenen Prominenten veröffentlicht, gefolgt von dem Wort „geimpft“ und der Darstellung einer offiziellen Regierungskampagne zur Steigerung der Impfraten.“⁴²²

Im Nachwahlbericht von TikTok wurde vermerkt, dass 19 dieser Konten direkt gesperrt wurden. Als Reaktion auf die Anfrage der Kommission wurden fünf Konten wegen „Verbreitung von Hass“ gemeldet.⁴²³ Sechzehn von der Europäischen Kommission beanstandete Konten wiesen „keine oder nur sehr wenige Verstöße“ auf, darunter „satirische Konten mit Schwerpunkt Politik“. ⁴²⁴ Weitere Konten wurden auf die „Beobachtungsliste“ von TikTok gesetzt.

⁴¹⁹ Liste der problematischen Accounts auf dem slowakischen TikTok, siehe Beispiel 198.

⁴²⁰ *Ausweis.*

⁴²¹ *Ebenda*

⁴²² *Ebenda.*

⁴²³ TikTok interner slowakischer Wahlzusammenfassungsbericht 2023, siehe Anlage 211. ⁴²⁴ *Ebenda.*

Während einige Accounts bereits vor dem Eingreifen der Kommission zensiert worden waren.⁴²⁵ Aus diesen Tatsachen geht klar hervor, dass politische Inhalte auf TikTok im Vorfeld der slowakischen Wahlen auf Antrag der Europäischen Kommission zensiert wurden.

Insgesamt ist das Ausmaß der von der DSA angeordneten Zensur im Vorfeld der slowakischen Wahlen 2023 zutiefst besorgniserregend. TikTok, das die Vorgaben der DSA zur „Eindämmung“ sogenannter „Hassrede“⁴²⁶ berücksichtigte, zensierte systematisch konservative Ansichten zu Geschlechterfragen. Wenige Tage vor der Wahl forderte die Europäische Kommission dann eine zusätzliche Zensur populärer Accounts, die sich zu Migration, der COVID-19-Pandemie und anderen wichtigen Themen der slowakischen Innenpolitik äußerten – Accounts, die laut Kommission im Vorfeld der Wahl politisch diskutierten. Die Kampagne der Europäischen Kommission war nichts anderes als ein Versuch der Deutungshoheit. Und dieses Vorgehen sollte sich bald in ganz Europa wiederholen.

iii. TikTok zensierte ähnliche politische Äußerungen im Vorfeld der polnischen Wahlen 2023. Parlamentswahl.

Es gibt Belege dafür, dass TikTok regelmäßig aggressive Zensurrichtlinien im Vorfeld eingeführt hat. Ähnliches geschah auch bei anderen Wahlen, beispielsweise in der Slowakei. Die internen Richtlinien von TikTok zur Inhaltsmoderation für die polnische Parlamentswahl 2023 ähnelten stark den slowakischen.⁴²⁷ In einigen Fällen gingen sie sogar noch weiter – die polnischen Zensurrichtlinien enthielten die Behauptung, die Regierung versuche, Wähler durch die Corona-Lockdowns zu demobilisieren, als „Verschwörungstheorie“, die es zu „kontrollieren“ gelte.⁴²⁸

1.6 General Conspiracy Theory		
We control conspiracy theories that are not directed at a specific person(s), but target an organization or institution and create a moderate amount of harm, potentially leading to distrust in the targeted institution.		
Scope[Tag policy]	Examples	Screenshot/Video
Content that calls into question a generally held belief or fact by questioning what, why or how something happened, AND suggests an institution could be responsible.	"Candidates are financed/influenced by Russia" [When this is ascertained not to be the case] "The government is trying to demobilize voters by using covid lockdowns" [When this is ascertained not to be the case]	

Der Leitfaden von TikTok zur Inhaltsmoderation für die polnischen Wahlen forderte die Zensur politischer Äußerungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie.

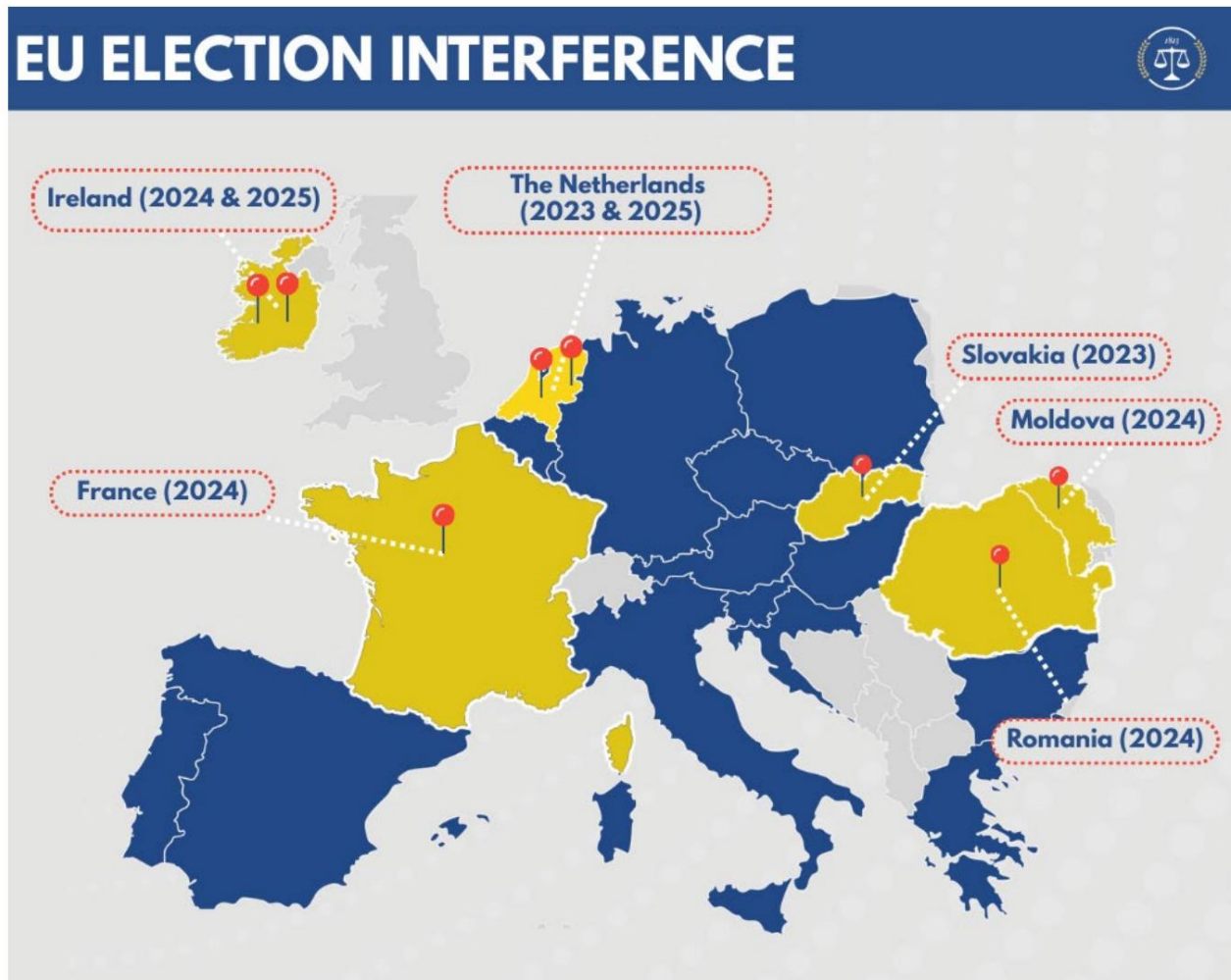
⁴²⁵

⁴²⁶ *Ebenda* Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 35.

⁴²⁷ Interne TikTok-Richtlinien zur Inhaltsmoderation für die polnischen Wahlen 2023 (10. September 2023), siehe Ex. 222. ⁴²⁸ *Ebenda*.

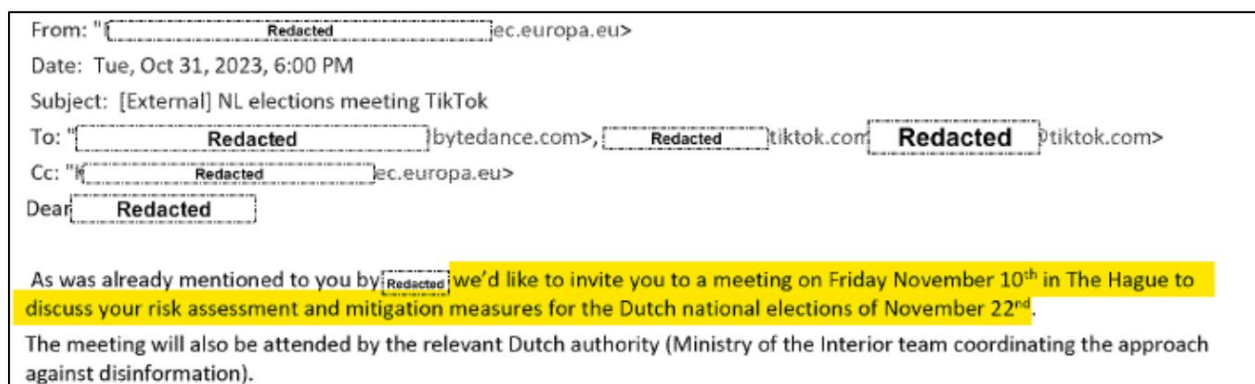
iv. Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission haben seit dem Inkrafttreten des DSA Druck auf Plattformen ausgeübt, Inhalte im Vorfeld wichtiger europäischer Wahlen zu zensurieren.

Die slowakischen Wahlen waren nur der Auftakt. Zwischen 2023 und 2025 wird die Kommission Die Kommission trat mit Plattformen in Kontakt und übte Druck auf sie aus, Inhalte im Vorfeld nationaler Wahlen in Moldau, den Niederlanden, Frankreich, Irland und Rumänien massiv zu zensurieren. Wenig überraschend ging die Kommission im Vorfeld der EU-Parlamentswahlen im Juni 2024 noch aggressiver vor. Wahlen – bei denen ein Machtwechsel die Architekten der globalen Zensurkampagne der EU hätte hinwegfegen können.



1. Die Niederlande (2023 und 2025)

In den Niederlanden fanden 2023 und 2025 Parlamentswahlen statt. Beide Male war der Europäische Rat der Demokraten ... Die Kommission forderte die Plattformen auf, zusätzliche Inhalte zu zensurieren. Im Vorfeld der niederländischen Wahlen 2023 veranstaltete die Europäische Kommission ein Treffen mit TikTok, um die Risikobewertung und Risikominderungsmaßnahmen für die niederländischen Parlamentswahlen zu erörtern, darunter auch Maßnahmen zur Minderung des Risikos von Fehlinformationen und Desinformationen im Zusammenhang mit diesen Wahlen.⁴²⁹ Dieses Treffen bot die Gelegenheit, Die Europäische Kommission nutzte ein Forum, um Zensurdruck auf die Plattform auszuüben. Vor dieser Wahl ernannte die Europäische Kommission das niederländische Innenministerium zu einem „vertrauenswürdigen Melder“, der gemäß DSA.430 berechtigt ist, vorrangige Zensuranträge zu stellen. Dies stellt einen offensichtlichen Interessenkonflikt dar: Kurz vor einer Wahl, bei der die niederländischen Wähler die Führung des Innenministeriums hätten abwählen können, ermächtigte die Europäische Kommission das Innenministerium ausdrücklich, besondere Zensurforderungen zu stellen.



Die Europäische Kommission hat TikTok im Vorfeld der niederländischen Wahlen 2023 zu einem Treffen über seine Zensurmaßnahmen einbestellt.

Die niederländische Wettbewerbsbehörde, die Behörde für Verbraucher und Märkte (ACM), hielt Ein ähnliches Treffen fand im Vorfeld der niederländischen Parlamentswahlen 2025 statt. Sechs Wochen vor dem Wahltag veranstaltete die ACM einen „Rundtisch zum Thema Wahlen im Kontext des Digital Services Act“ mit Vertretern der Europäischen Kommission, Unternehmen wie Alphabet, Meta, Microsoft, TikTok und X sowie zensurfreudigen NGOs.

⁴³¹ Die ACM und die Europäische Kommission fragten die Plattformen, wie Inhalte in Algorithmen priorisiert werden, welche Maßnahmen zur Zensur schädlicher Inhalte bereits ergriffen werden und welche strukturellen Verbesserungen – also zusätzliche Zensurmaßnahmen – vor den Wahlen erforderlich seien.⁴³² Die ACM und die Europäische Kommission erwarteten eindeutig, dass die Plattformen im Vorfeld der Wahl bedeutende Zensurmaßnahmen ergreifen würden.

⁴²⁹ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (6. November 2023), siehe Anlage 230.

⁴³⁰ Nicht-Papier: TikToks Ansatz zur Wahlvorbereitung in der EU (8. November 2023), siehe Beispiel 231; siehe Digital Dienstleistungengesetz, siehe Fußnote 26, Art. 22.

⁴³¹ Tagesordnung für den Runden Tisch zum Thema Wahlen im Kontext des Digital Services Act (15. September 2025), siehe Anlage 277;

E-Mail der niederländischen Regulierungsbehörden an die Plattformen (3. September 2025), siehe Beispiel 276.

⁴³² Tagesordnung für den Runden Tisch zum Thema Wahlen im Kontext des Digital Services Act (15. September 2025), siehe Anlage 277.

Roundtable on Elections in the Context of the Digital Services Act - September 15, 2022

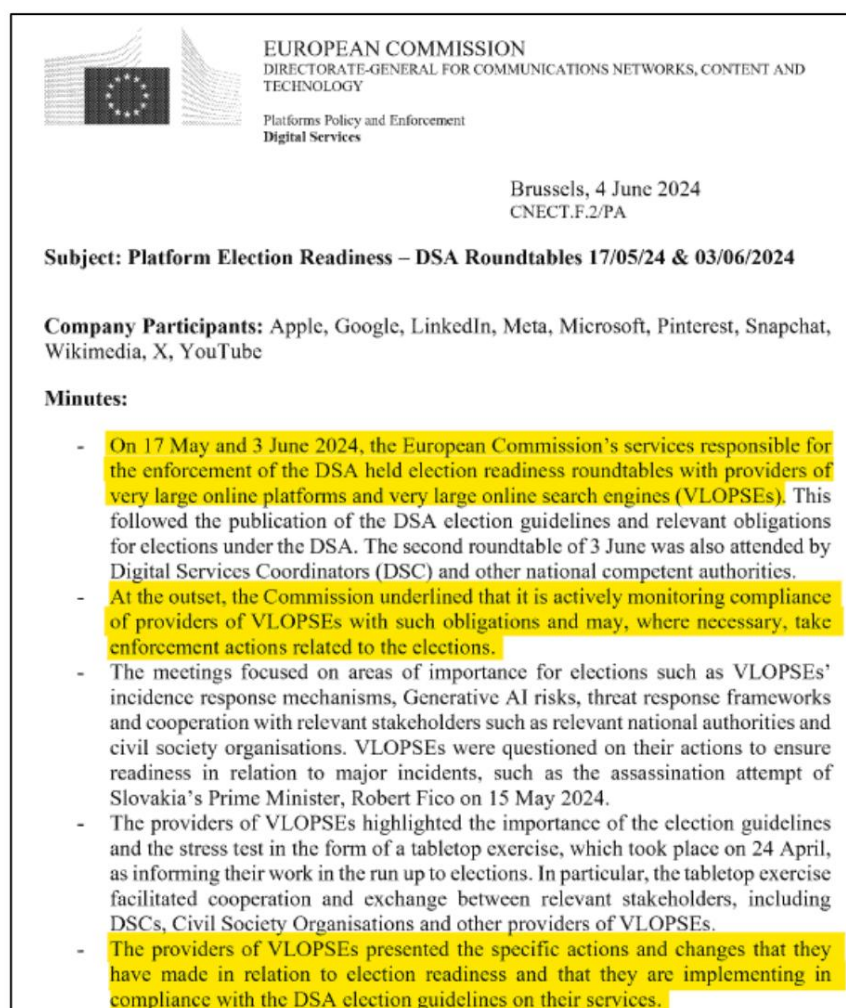
Part I: online platforms and government bodies only		
Time	Themes	Subjects
12:30 – 13:00	Walk-in	Sandwiches will be available for participants who may not have the opportunity to have lunch beforehand.
13:00 – 13:05	Welcome by David Korteweg (ACM)	- Agenda - Houserules
13:05 – 13:25	Presentation by the European Commission	- The role of the DSA in the electoral process - Election Guidelines - Code of Practice on Disinformation - TTPA
13:25 – 14:00	Overview of Dutch context	- Landscape of Dutch election process and (government) actors – <i>Ministry of the Interior and Kingdom Relations</i> - TTPA – <i>Dutch Data Protection Authority & Dutch Media Authority</i>
14:00 – 14:15	Measures for politicians/political parties	- Threats against politicians - Contact point/action perspective for political parties/politicians - AI generated information about candidates and political parties
14:15 – 14:30	Break	
Part II: online platforms, government bodies, civil society, academics		
14:30 – 14:35	Opening by Manon Leijten (Board Member of the ACM)	
14:35 – 15:05	Synthetic content: political issues and election information	- <i>Introduction by external speaker</i> - Synthetic content about political issues - Chatbots/AI: responses about parties, politicians and elections
15:05 – 15:35	Recommender systems	- <i>Introduction by external speaker</i> - How content is prioritized - System abuse
15:35 – 16:05	Access to publicly available data for researchers	- <i>Introduction by external speaker</i> - Access pursuant to Art. 40(12) DSA: experiences and obstacles
16:05 – 16:20	Break	
16:20 – 16:50	Virality	- <i>Introduction by external speaker</i> - Timely detection and intervention of harmful content - Cross-platform distribution
16:50 – 17:20	Open discussion	- What structural improvements are needed before the elections? - What is needed from the ACM/DSCs? - Collaboration between researchers and platforms

Die Europäische Kommission und die niederländischen Behörden übten Druck auf die Plattformen aus, im Vorfeld der niederländischen Wahlen 2025 zusätzliche Zensurmaßnahmen zu ergreifen.

2. Europäisches Parlament (2024)

Die Wahlen zum Europäischen Parlament, dem Parlament der Europäischen Union, fanden statt vom 6. bis 9. Juni 2024. In diesem Fall war die Zensurkampagne der Europäischen Kommission im Vorfeld der Wahl besonders problematisch, da ein inhärenter Interessenkonflikt bestand: Das Europäische Parlament wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission und bestätigt die europäischen Kommissare.

Im Monat vor der Wahl berief die Europäische Kommission die Plattformen zu mindestens zwei Treffen ein, um über wahlbezogene Maßnahmen zur Inhaltsmoderation zu beraten. „Zu Beginn“ dieser „DSA-Runden Tische“ warnte die Europäische Kommission die Plattformen, dass sie diese „aktiv überwache“ und nicht zögern werde, „Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen“, falls die Plattformen Inhalte nicht ausreichend zensierten.⁴³³ Angesichts dieser Warnung präsentierten die Plattformen der Europäischen Kommission ihre Strategien zur Inhaltsmoderation. Die Kommission „die konkreten Maßnahmen und Änderungen, die sie im Hinblick auf die Wahlvorbereitung vorgenommen hat und die sie in Übereinstimmung mit den Wahlrichtlinien der DSA umsetzt.“⁴³⁴ Unter Androhung regulatorischer Repressalien nahmen die weltweit größten Social-Media-Plattformen und Suchmaschinen „spezifische“ Zensurmaßnahmen für die EU-Wahlen vor. Sie passten ihre Regeln zur Inhaltsmoderation an die restriktiven Wahlrichtlinien der DSA an, um Inhalte zu unterdrücken, die sich gegen das herrschende System der EU richteten – und die zur Wahl standen. Da die Regeln der Plattformen zur Inhaltsmoderation bei Wahlen generell weltweit gelten, könnten diese von der EU verordneten Zensurmaßnahmen zudem weitreichende Folgen gehabt haben.⁴³⁵ führte zur Zensur der Meinungsäußerung in den USA im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024.



Die Europäische Kommission drohte den Plattformen mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen, falls sie im Vorfeld der EU-Wahlen 2024 keine zusätzlichen Zensurmaßnahmen ergreifen würden.

⁴³³ Protokoll der DSA-Runden Tische zur Wahlvorbereitung (4. Juni 2024), siehe Anlage 245.

⁴³⁴

⁴³⁵ Siehe Internal Meta readout of Roundtable on DSA Elections Guidelines (Mar. 1, 2024), Ex. 243.

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, traf sich ebenfalls mit Vertretern führender Technologieplattformen. Darunter auch TikTok, und zwar in Kalifornien, weniger als zwei Wochen vor den Wahlen. In ihrem Treffen mit TikTok lobte sie die Zensurmaßnahmen, die das Unternehmen im Rahmen der Richtlinien gegen Desinformation und Hassrede ergriffen hatte, und „ermutigte“ TikTok, die Integration dieser Richtlinien in den formalen DSA-Rahmen zu unterstützen.⁴³⁶ Sie äußerte zudem „große Bedenken“ hinsichtlich der Veröffentlichung „unglaublicher Videos“ durch „Randgruppen“ auf TikTok – ein deutliches Indiz dafür, dass sie den DSA nutzen wollte, um politische Meinungsäußerungen zu unterdrücken.⁴³⁷ Jourová stritt jedoch ab, konkrete Kenntnisse über die DSA-Ermittlungen der Europäischen Kommission zu besitzen, und erklärte, sie habe sich auf ihre eigene „Darstellung“ konzentriert, anstatt auf die Fakten und „Details“ der tatsächlichen Ermittlungsakten.

⁴³⁸ Und sie gab einen Vorgeschmack auf ihr Prioritäten für den Rest des Jahres 2024, wobei sie erklärte, sie wolle damit beginnen, sich „die Frage zu stellen, ob wir den Online-Raum wirklich mit positiven Informationen füllen“, ohne zu definieren, was „positive Informationen“ seien oder wie die Regierung einen solchen Standard fair festlegen könne.⁴³⁹

Summary of meeting with European Commission Vice-President Vera Jourova - 28th May 2024 (LAoffice)

- The VP thanked TikTok for increasing its resources and for **engagement under the EU Code of Practice on Disinformation (COPD)**. It was later noted that we are „one of the better players“ as regards the COPD, our initiatives and the level of detail provided at national level. Fact-checking coverage could be expanded but in general, things are going well. Later in the discussion, the general proliferation of disinformation in the context of Ukraine, Israel, New Caledonia and the Olympics was commented on by the VP.
- Similarly, TikTok's good **performance under the EU Code of Conduct on Hate Speech** was noted. We were encouraged to support the conversion of both the COPD and the Hate Speech Code into DSA Codes of Conduct.

3. Turning to **minor safety**, the VP briefly referenced our DSA investigations into minor safety issues, noting that she was not into the details but was rather following „the narrative“.

5. The VP noted that the European Commission was now in a transition phase with the EU elections but she outlined **her focus for the remaining months:**

- Asking ourselves **whether we are really filling the online space with positive information** and ensuring the resilience of society

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jourova, lobte TikTok für seine Zensurinitiativen, räumte aber gleichzeitig ein, dass sie DSA-Ermittlungen auf der Grundlage der „Erzählung“ und nicht der Fakten leite.

⁴³⁶ Protokoll des Treffens zwischen Mitarbeitern von TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova (28. Mai 2024), siehe Anlage 10.

⁴³⁷ Ebenda.

⁴³⁸ Ebenda (Hervorhebung weggelassen).

⁴³⁹ Ebenda.

Nach der Wahl bewertete die Europäische Kommission die Plattformen hinsichtlich ihrer Zensurleistung. Die Kommission forderte die Plattformen auf, einen „detaillierten Wahlbericht mit quantitativen Daten, insbesondere zu Wahlprodukten, Maßnahmen gegen Inhalte/Unternehmen und anderen aussagekräftigen Leistungskennzahlen“, für den Zeitraum vor der EU-Wahl einzureichen.⁴⁴⁰ Diese Berichte ermöglichten es der Kommission, die Wirksamkeit der zusätzlichen Zensurmaßnahmen der Plattformen in der Praxis hinsichtlich der Einschränkung der Sichtbarkeit unerwünschter Inhalte zu überprüfen. TikTok berichtete der Kommission beispielsweise, dass es „Desinformationsnarrative ... zu Migration, Klimawandel, Sicherheit und Verteidigung sowie LGBTQ-Rechten wurden erkannt und entfernt.“⁴⁴¹ Tatsächlich zensierte TikTok während der EU-Wahlperiode über 45.000 mutmaßliche „Desinformationsbeiträge“, darunter auch eindeutig politische Äußerungen, im Rahmen strenger Inhaltsmoderationsrichtlinien, die unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen seitens der Kommission eingeführt wurden.⁴⁴²

2024 European Parliament Elections Confidential Report	
Executive Summary TikTok Technology Limited ('TikTok') produces this confidential report pursuant to the 'Commission Guidelines for providers of Very Large Online Platforms and Very Large Online Search Engines on the mitigation of systemic risks for electoral processes pursuant to Article 35(3) of Regulation (EU) 2022/2065' ('Elections Guidelines'). In accordance with the Elections Guidelines, TikTok has undertaken a post-election review ('Review') following the Elections for the European Parliament that took place across 27 Member States from 6 to 9 June 2024 ('EU Elections'). This report has been prepared by TikTok following the Review and is to be read alongside TikTok's <u>Crisis Report on the 2024 EU Parliamentary Elections</u> , to be published on 24 September 2024 as part of TikTok's commitments under the Code of Practice on Disinformation. TikTok has comprehensive and effective measures in place to anticipate, address and mitigate the risks associated with electoral processes, including the risks associated with election disinformation in the context of the EU Elections. Herein, 'Election Period' refers to the period from 6 May 2024 to 9 June 2024.	
(III) Countering misinformation	Summary. Our misinformation moderators receive enhanced training and tools to detect and remove misinformation and other violative content. We also have teams on the ground who partner with experts to ensure local context and nuance is reflected in our approach. In the four weeks leading up to and including the EU Elections, we removed over 2,600 pieces of content for violating our civic and election integrity policies, and over 43,000 pieces of content for violating our misinformation policies. We removed over 96% of violative misinformation content before it was reported to us, and over 80% before receiving a single view by users. Some of the misinformation narratives we observed included narratives around migration, climate change, security and defence and LGBTQ rights.

In einem nach der Wahl veröffentlichten „vertraulichen Bericht“ gab TikTok an, unter dem Druck der Kommission im Vorfeld der EU-Wahl mehr als 45.000 mutmaßliche „Falschinformations“-Beiträge entfernt zu haben.

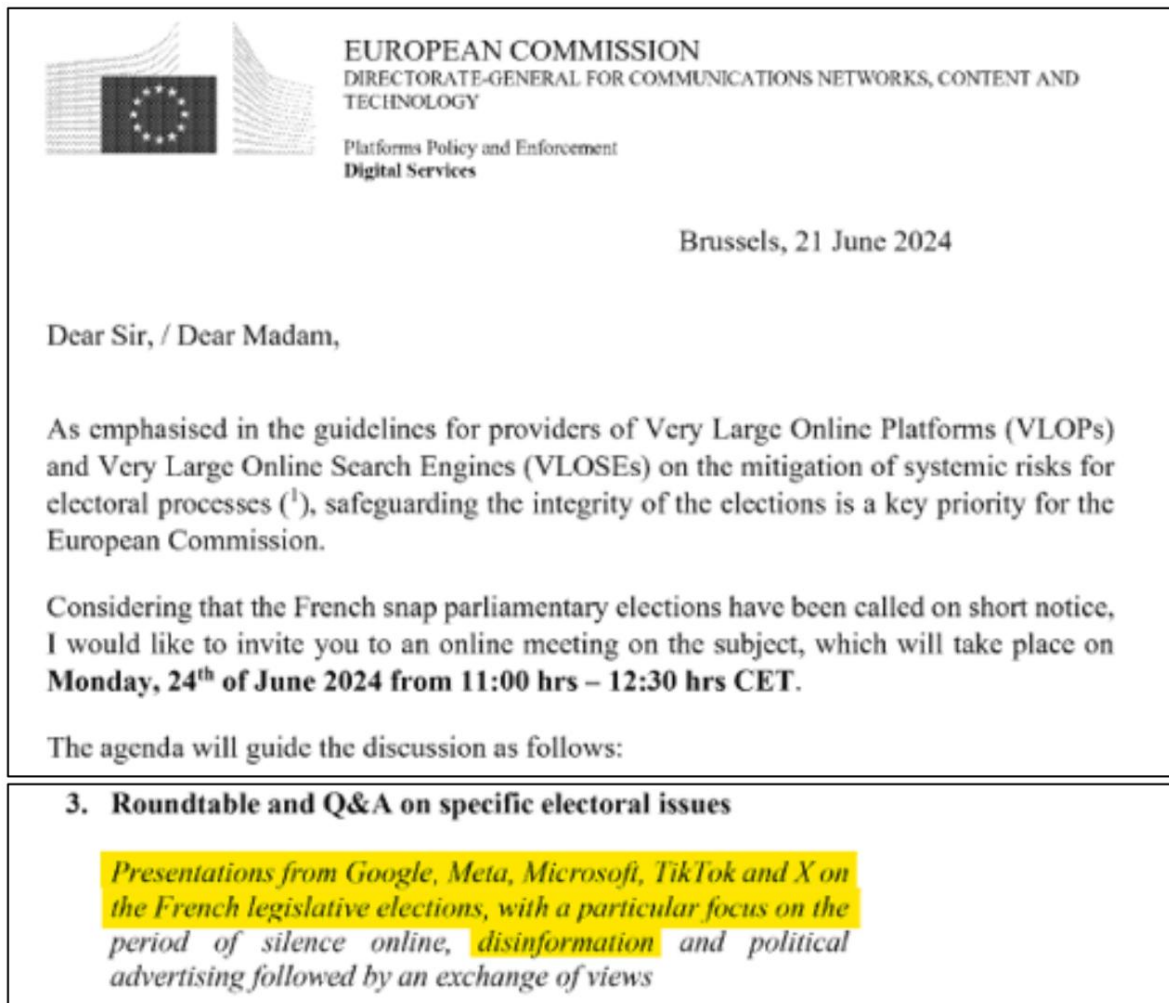
In einem Treffen mit den Wahlplattformen nach den Wahlen fragte die Europäische Kommission auch, welche „zukünftigen Verbesserungen Sie für die verschiedenen Wahlen in den Mitgliedstaaten, die dieses Jahr stattfinden, planen“, was implizierte, dass sie zusätzliche Zensurmaßnahmen für künftige nationale Wahlen in Europa erwartete.⁴⁴³

Insgesamt handelte es sich um einen beispiellosen Versuch, in das Recht europäischer Bürger einzugreifen. freie und informierte Entscheidungen über die Zukunft der EU treffen. Diese Abstimmungsentscheidungen werden direkt getroffen. Dies beeinflusste die Zukunft der jahrzehntelangen globalen Zensurkampagne der EU. Es ist eine uralte Geschichte: Gibt man dem Staat die Macht, Meinungen zu zensieren, nutzt er diese Macht, um abweichende Meinungen zu unterdrücken und seine eigene Machtposition zu festigen. Und in diesem Fall beschränkten sich die Auswirkungen möglicherweise nicht auf die EU.

⁴⁴⁰ Zusammenfassung des dritten Runden Tisches der Europäischen Kommission zu Parlamentswahlen (10. Juli 2024), siehe Ex. 250; siehe TikTok 2024 European Parliament Elections Confidential Report (24. September 2024), Ex. 253.
⁴⁴¹ TikTok 2024 European Parliament Elections Confidential Report (September 24, 2024), siehe Ex. 253.
⁴⁴² ID.
⁴⁴³ Einladung der Europäischen Kommission zu einem Runden Tisch zum Thema Wahlvorbereitung (3. Juli 2024), siehe Anlage 249.

3. Frankreich (2024)

Frankreich hielt im Juni und Juli 2024 Parlamentswahlen ab. Wieder einmal war das Europäische Parlament Die Kommission veranstaltete kurz vor den Wahlen ein Treffen mit den Plattformen.⁴⁴⁴ Dieses Treffen war eine Fragerunde zwischen den Plattformen und der Europäischen Kommission zu spezifischen Wahlfragen.⁴⁴⁵ Auf Anfrage der Europäischen Kommission stellten Google, Meta, Microsoft, TikTok und X ihre Vorbereitungsarbeiten für die französischen Wahlen vor, einschließlich ihres Ansatzes zur Zensur von Desinformationen.⁴⁴⁶



Die Europäische Kommission hat die Online-Plattformen aufgefordert, ihre Zensurmaßnahmen im Vorfeld der französischen Wahlen 2024 zu verteidigen.

⁴⁴⁴ Tagesordnung für ein Treffen der Europäischen Kommission zu den französischen Parlamentswahlen (21. Juni 2024), siehe Anlage 247.

⁴⁴⁵ Ebenda

⁴⁴⁶ Ebenda

4. Moldau (2024)

Einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen 2024 in Moldau hat die Europäische Kommission Der „EU-Unterstützungshub“ für Moldau veranstaltete einen zweitägigen Gipfel mit Plattformen zum Thema „Bekämpfung von Desinformationsrisiken durch die Regulierung digitaler Dienste“. Zu den Rednern gehörte auch der Premierminister von Moldau.⁴⁴⁷ Die Diskussion umfasste „Best Practices“ für die Zensur mutmaßlicher Desinformationen, mit einem besonderen Fokus auf die DSA.⁴⁴⁸ Bei der Präsidentschaftswahl trat ein Kandidat derselben Partei wie der Premierminister von Moldau an.⁴⁴⁹ die einen erheblichen Konflikt hervorruft Interessenbedenken bestehen. Darüber hinaus ist Moldau noch kein offizieller Mitgliedstaat der Europäischen Union, was weitere Fragen aufwirft, warum in Moldau eine DSA-Diskussion stattfand, obwohl die Kommission behauptet, das DSA sei nicht extraterritorial und gelte nicht für Moldau.⁴⁵⁰

19 th September	
Session 3	
Addressing disinformation risks on online platforms through digital services regulation: The state of play in Moldova and the EU	
08:30 – 09:00	Registration and coffee
09:00 – 10:00	<i>Panel description: This panel will highlight best practices and challenges in Moldova and EU Member States in tackling FIMI and risks for electoral processes stemming from disinformation through regulation of online services and through cooperation with social media platforms. The panel will particularly review the Digital Service Act, its implementation in the EU and at EU Member State level, and the regulatory framework and state of play of DSA alignment in Moldova.</i> Introductory remarks and moderation (15 minutes): • Redacted State Secretary, Ministry of Economic Development and Digitalization Representative of the Ministry of Economic Development • Redacted Deputy Director General, European Commission/DG Connect • Redacted Head of Unit, European Commission/DG Near Moderator: Representative of EUPM, DG Connect or StratCom Centre (TBC)

Die Europäische Kommission veranstaltete im Vorfeld der moldauischen Präsidentschaftswahlen 2024 einen „Gipfel“ zum Thema Desinformation mit den Online-Plattformen.

⁴⁴⁷ Tagesordnung für das 11. Treffen des EU-Unterstützungszentrums für internationale Sicherheit und Grenzmanagement in Moldau zum Thema „Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung“ (18. September 2024), siehe Anlage 251.

⁴⁴⁸ Ausweis.

⁴⁴⁹ Siehe Jakub Pienkowski, *Partei der Aktion und Solidarität erlangt die volle Macht: Die Eröffnungsbilanz der Pro-Europäische Regierung in Moldau*, POLNISCHES INSTITUT FÜR INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN (13. September 2021).

⁴⁵⁰ Siehe allgemein Republik Moldau, ZENTRUM FÜR MEDIENPLURALISMUS UND MEDIENFREIHEIT , <https://cmpf.eui.eu/country/moldova/> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2026) („Moldau unterliegt nicht dem Gesetz über digitale Dienste (DSA)“).

5. Irland (2024 und 2025)

Die meisten großen Technologieplattformen haben ihren europäischen Hauptsitz in Dublin, weshalb das Ergebnis der irischen Wahlen für die Technologieagenda der Europäischen Kommission von besonderer Bedeutung ist. Aus demselben Grund zählt die irische Medienaufsichtsbehörde Coimisiún na Meán zu den mächtigsten der Welt. Sowohl die Kommission als auch die irische Aufsichtsbehörde führten im Vorfeld der irischen Parlamentswahlen 2024 und der Präsidentschaftswahlen 2025 Gespräche mit den Plattformen, und irische Beamte betonten, dass sie „bei der Durchsetzung des DSA eng mit der Kommission zusammenarbeiten“.⁴⁵¹

Zwei Wochen vor den Wahlen 2024 veranstaltete Coimisiún na Meán gemeinsam mit Vertretern der Kommission einen „DSA-Wahl-Rundtisch“.⁴⁵² Im Vorfeld des Treffens übermittelte die irische Regulierungsbehörde den Plattformen eine Liste mit Fragen, auf die sie vorbereitet sein sollten. Diese betrafen unter anderem die DSA-Risikobewertung der Plattformen, die Zusammenarbeit mit linken NGOs und voreingenommenen Faktencheckern sowie die Zensurprozesse und -verfahren der Plattformen.⁴⁵³

T: [REDACTED] | info@cnam.ie | www.cnam.ie


**Coimisiún
na Meán**

Risk assessment for Irish Elections

1. Have you conducted a risk assessment for the Irish election? At what point has this been conducted- when the election is officially called or beforehand?
2. What risks were identified?
3. How does the risk profile of the Irish General Election compare to other EU national elections?
4. In relation to conducting the risk assessment and possible mitigation measures is there third-party cooperation in place, in general and for this specific election? For example, cooperation with researchers, CSOs or fact-checkers?

Processes & Procedures

1. What lessons are you taking from the EP elections to national elections?
2. Do you consult with stakeholders on the measures that you will take? If you do so, how does this process work in practice?
3. What is the impact on resources due to other elections occurring at this time?
4. Where is the point of contact for the Irish Elections based?
5. Are there members of the team focusing on Irish elections who speak Irish?
6. What resources are available to the team focusing on Irish Elections?

Die irische Medienaufsichtsbehörde erkundigte sich im Vorfeld der Wahlen 2024 bei den Plattformen nach ihren Zensurverfahren.

⁴⁵¹ Auszug aus „Schutz der Wahlen 2024: Von der Alarmierung zur Handlung“ (8. März 2024), siehe Anlage 244.

⁴⁵² E-Mails zwischen Mitarbeitern von Meta und irischen Aufsichtsbehörden (7. November 2024), siehe Anlage 256.

⁴⁵³ Kommission für die irische Sprache Fragebogen zur DSA-Risikobewertung für irische Wahlen, siehe Ex. 281.

Nach dem Treffen hakte die irische Regulierungsbehörde nach und stellte Meta weitere Fragen zu ihren „Medienkompetenzinitiativen“. Sie wies darauf hin, dass solche Initiativen in den nicht ganz freiwilligen DSA-Wahlleitlinien als bewährte Praxis aufgeführt seien.⁴⁵⁴ Jede dieser Interaktionen erhöhte den Zensurdruck auf die Plattformen. Nach einem Jahrzehnt der Schikanen durch die Europäische Kommission wussten die Plattformen, was diese wollte: mehr Zensur. Sie wussten, dass die Europäische Kommission und die irische Medienaufsichtsbehörde in diesen Vorwahlgesprächen nach ihren Zensurmaßnahmen fragen würden. Und sie wussten, dass die Europäische Kommission Vergeltungsmaßnahmen ergreifen könnte – und würde –, wenn sie aus Sicht der Kommission keine angemessenen Zensurmaßnahmen ergriffen.

In ähnlicher Weise veranstaltete die irische Medienaufsichtsbehörde im Vorfeld der irischen Präsidentschaftswahlen 2025 eine Runder Tisch zur Wahl gemäß dem Digital Services Act mit der Europäischen Kommission und den Plattformen. Während des Treffens warnte die Europäische Kommission die Plattformen, dass die DSA-Wahlleitlinien „Maßnahmen“ im Vorfeld der Wahl vorschrieben, darunter die „Verstärkung interner Prozesse“ zur Inhaltsmoderation.⁴⁵⁵ Im Rahmen der Gesprächsrunde fragten die Regulierungsbehörden die Plattformen konkret, welche Maßnahmen sie ergriffen hätten.⁴⁵⁶ Meta antwortete, dass es seine „Wahlrisikobewertung“ und seine „Risikominderungsmaßnahmen“ aktualisiert habe, was bedeutete, dass es zusätzliche Zensurmaßnahmen eingeführt hatte – ohne jedoch genauer zu spezifizieren, welche Maßnahmen dies waren.⁴⁵⁷ Google betonte den Einsatz von KI-Tools zur Erkennung von Fehlinformationen, während Microsoft erklärte, dass es Fehlinformationen, die gegen seine Richtlinien verstießen, entfernte und deren Sichtbarkeit reduzierte, wenn die Inhalte nicht gegen seine Richtlinien verstießen. ⁴⁵⁸

- **Art 34 and Art 35 DSA obligations:** EC DSA Enforcement Team reminded platforms of their Art 34 and Art 35 DSA obligations which require platforms to conduct risk assessment and put in place appropriate measures in place to mitigate these risks. Platforms need to consider risks to civil discourse and electoral processes and this is a priority focus area for the EC
- **Electoral Guidelines:** CnaM and EC noted that these Guidelines are issued under the DSA. The Guidelines outline measures to be taken before, during and after electoral processes, including recommendations on reporting, engaging with external stakeholders and reinforcing internal processes and publishing information on measures that have been taken for certain elections.

Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission haben die Plattformen im Vorfeld der irischen Präsidentschaftswahlen 2025 an ihre Zensurpflichten erinnert.

⁴⁵⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern von Meta und irischen Aufsichtsbehörden (18. November 2024), siehe Anlage 257.

⁴⁵⁵ Protokoll des Runden Tisches der irischen Präsidentschaftswahlkommission (24. September 2025), siehe Anlage 279. ⁴⁵⁶ Ebenda.

⁴⁵⁷ Ebenda.

⁴⁵⁸ Ebenda.

6. Schnellreaktionssysteme

Unter dem Dach des Desinformationskodex und der DSA-Wahlleitlinien hat die Kommission im Vorfeld mehrerer Europawahlen ein als „Schnellreaktionssystem“ bekanntes Zensurinstrument aktiviert.⁴⁵⁹ Im Rahmen dieser „Schnellreaktionssysteme“ können von der Europäischen Kommission zugelassene Faktenchecker in den Wochen vor und nach wichtigen Wahlen vorrangige Zensuranträge stellen.⁴⁶⁰ Diese sogenannten Faktenchecker sind ausnahmslos linksgerichtet und zensurfreundlich – alles andere als politisch neutral.⁴⁶¹ Darüber hinaus schafft die Voraussetzung, dass diese Faktenchecker von der Europäischen Kommission zugelassen werden müssen, einen klaren strukturellen Anreiz für die Teilnehmer, euroskeptische Meinungen und Inhalte zu zensurieren, die den von der Kommission bevorzugten politischen Narrativen widersprechen. Die Europäische Kommission hat Schnellreaktionssysteme im Vorfeld der französischen Parlamentswahl 2024,⁴⁶² der moldauischen Präsidentschaftswahl 2024,⁴⁶³ der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024/25⁴⁶⁴ und der deutschen Bundestagswahl 2025 aktiviert.⁴⁶⁵

v. Vorwürfe der umfassenden russischen Einmischung in die rumänischen Wahlen 2024 Präsidentschaftswahlen, die nach dem Sieg eines populistischen Kandidaten annulliert wurden. Die erste Abstimmungsrunde wird durch interne Plattformdokumente untergraben.

Die erste Runde der rumänischen Präsidentschaftswahlen 2024 fand am 24. November 2024 statt.⁴⁶⁶ Der unabhängige populistische Kandidat Călin Georgescu errang einen überraschenden Sieg und zog in die Stichwahl gegen die Kandidatin der Mitte, Elena Lasconi, ein.⁴⁶⁷ Zwischen der ersten und zweiten Wahlrunde annullierte das rumänische Verfassungsgericht die Wahl jedoch, nachdem der rumänische Geheimdienst behauptet hatte, Russland habe Georgescus Wahlkampf in den sozialen Medien unterstützt.⁴⁶⁸ Nachfolgende öffentliche Berichte stellten diese Darstellung in Frage und kamen zu dem Schluss, dass möglicherweise eine andere rumänische Partei hinter der angeblichen russischen Social-Media-Kampagne steckte. 469

⁴⁵⁹ Siehe DSA-Wahlrichtlinien, *supra* Fußnote 45, § 3.7. Siehe auch:

⁴⁶⁰ Unterzeichner des Verhaltenskodex setzen die Verpflichtung des Kodex für ein Schnellreaktionssystem im Vorfeld der Europawahlen um, DISINFORMATION CODE TRANSPARENCY CENTER, <https://disinfocode.eu/eu-elections-2024/> (zuletzt abgerufen am 26. Januar 2025).

⁴⁶¹ Siehe DSA Censorship Report I, *supra* Fußnote 3, Seite 29.

⁴⁶² E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Task Force für den Verhaltenskodex (24. Juni 2024), *siehe* Anlage 248.

⁴⁶³ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und TikTok-Mitarbeitern (23. Oktober 2024), *siehe* Anlage 255; E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Plattformen (24. September 2024), *siehe* Beispiel 252.

⁴⁶⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Plattformen (29. November 2024), *siehe* Beispiel 263.

⁴⁶⁵ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (3. Februar 2025), *siehe* Anlage 271.

⁴⁶⁶ Stephen McGrath, *Rumänisches Gericht ordnet Neuauszählung der ersten Runde der Präsidentschaftswahl an, die von einem rechtsextremen Außenseiter gewonnen wurde*, AP (28. November 2024).

⁴⁶⁷ Thomas Grove & Alan Cullison, *Rumänien sagt Wahl nach Vorwürfen russischer Einflussnahme ab*, WALL. ST. J. (6. Dezember 2024).

⁴⁶⁸

⁴⁶⁹ Ebdem, Rowan Ings, *Die TikToker, die beschuldigt werden, einen Wahlkandal ausgelöst zu haben*, BBC (30. April 2025) („Die Behörden haben noch immer keine konkreten Beweise für eine russische Einmischung in die Wahl vorgelegt ... die rumänische Steuerbehörde gab bekannt, dass die [angeblich russische] Kampagne von der Mitte-Rechts-Partei Nationalliberal (PNL) finanziert wurde.“)

Dennoch schloss die rumänische Wahlbehörde Georgescu von der Wiederholungswahl aus.
Wahl im Mai 2025.⁴⁷⁰

Interne TikTok-Dokumente und die Kommunikation mit der Europäischen Kommission und den rumänischen Behörden untergraben die These einer russischen Einmischung zusätzlich. Die internen Analyseteams von TikTok kamen übereinstimmend zu dem Schluss, dass Russland *keine* koordinierte Einflussoperation zur Unterstützung von Georgescus Kampagne durchgeführt hat, und teilten diese Einschätzung wiederholt der Europäischen Kommission (Artikel 471) und den rumänischen Behörden mit.

Interne Dokumente zeigen auch, dass vor dem

Nach der Annullierung der Wahl arbeiteten die im Rahmen des DSA ermächtigten rumänischen Regulierungsbehörden daran, Inhalte zu unterdrücken, die populistische und nationalistische Kandidaten unterstützten, unter anderem durch globale Anordnungen zur Inhaltsentfernung.⁴⁷² Nach der Wahl, als die noch unbestätigten Vorwürfe russischer Einmischung aufkamen

Um die Verbreitung zu beschleunigen, handelte die Kommission schnell und leitete eine formelle Untersuchung der DSA zu den Moderationspraktiken von TikTok in Bezug auf politische Äußerungen ein.⁴⁷³

Im Vorfeld der Wahlen 2024 stellten die rumänischen Behörden wiederholt Anträge auf Inhaltslöschung außerhalb des formellen DSA-Verfahrens und nutzten dabei eine weitreichende Auslegung ihrer Befugnisse, um die Entfernung politischer Inhalte anzuordnen. Wie TikTok später der Europäischen Kommission mitteilte, war die Plattform „besorgt über den sehr informellen Ansatz“ der rumänischen Wahlbehörde bei Löschungsanträgen im Zusammenhang mit den rumänischen Wahlen, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit politischer Einflussnahme auf den Prozess und/oder der ungerechtfertigten Entfernung legaler Inhalte (wie etwa politischer Äußerungen).⁴⁷⁴ TikTok merkte an, dass die rechtlichen Argumente, die diesen Löschungsanträgen beigelegt waren – sofern überhaupt welche vorlagen –, eine sehr weite Auslegung der Befugnisse der Wahlbehörde nahelegten.⁴⁷⁵ Beispielsweise forderten die rumänischen Behörden TikTok auf, Inhalte mit der Begründung zu entfernen, diese seien „*respektlos und beleidigend gegenüber der PSD- Partei*“⁴⁷⁶ – einer linken Partei, die damals Teil der Regierungskoalition im rumänischen Parlament war. Zwischen dem ersten Wahlgang und dessen Annullierung gingen die rumänischen Anordnungen noch weiter ins Gewicht: Die Regulierungsbehörden wiesen TikTok an, „alle Inhalte mit Bildern von Calin Georgescu zu entfernen“.⁴⁷⁷ Dieses Vorgehen – die Unterdrückung von Kritikern des einen und Anhängern des anderen Kandidaten – ist zutiefst antidemokratisch. TikTok stimmte dem zu und weigerte sich, Beiträge von Privatpersonen, die Georgescu unterstützten, unter Berufung auf die Meinungsfreiheit zu entfernen.⁴⁷⁸

⁴⁷⁰ Sarah Rainsford und Laura Gozzi, *Endgültiges Urteil verbietet rechtsextremen Georgescu die rumänische Abstimmung*, BBC (11. März 2025).

⁴⁷¹ Siehe TikTok-Antwort auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), Anlage 266; TikTok-Antwort auf die Informationsanfrage der Kommission (Dez. 13, 2024), Beispiel 268.

⁴⁷² Siehe E-Mails zwischen rumänischen Regulierungsbehörden, Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (28. November 2024), Anlage 264.

⁴⁷³ Siehe Aufsicht über die designierten sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen gemäß der DSA, EUROPÄISCHE KOMMEN, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/list-designated-vlops-and-vloses#ecl-inpage-tiktok> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

⁴⁷⁴ TikToks Antwort auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), siehe Anlage 268.

⁴⁷⁵ Ebenda.

⁴⁷⁶ Ebenda (Hervorhebung im Original)

⁴⁷⁷ Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (29. November 2024), siehe Anlage 265 (Hervorhebung weggelassen).

⁴⁷⁸ Ebenda.

In respect of Category 1, TikTok notes as follows:

- i. Prior to 21 November 2024, TikTok received a small number of communications from the AEP containing informal requests. Each of these communications was sent by informal email to TikTok's Government Relations & Public Policy Manager ("TikTok GR/PP") for Romania. The emails did not purport to be or pertain to formal orders or authorisations; they simply contained informal requests set out in the body of an email. For example, one of these requests was for TikTok to remove content on the basis that it was "disrespectful and insults the PSD party", but without stating any specific legal basis in support of this request. TikTok twice sought further details of the legal basis for this request, but the AEP provided no such details in response.⁴⁷⁹ In a subsequent email, the AEP reported a suspected 'deepfake' in "a video montage meant to discredit a presidential candidate". The reported video content was assessed by TikTok's Trust & Safety team and removed (within approximately 24 hours) for violating TikTok's Community Guidelines (the "Community Guidelines").
- ii. From 21 November 2024, the AEP began to attach decisions of the Romanian electoral authorities to certain of their email requests (i.e. decisions from either the Central Electoral Office or County Electoral Offices). Each of these decisions were general in nature and were not specifically addressed to TikTok. In terms of the approach for the communications attaching these decisions, the AEP, for example, set out in its emails (again in a highly informal manner) URLs to content that the AEP alleged was illegal based on the particular decision attached. TikTok notes that several of the communications from the AEP sought to convey a very broad interpretation of the relevant decision attached. It is also important to note that none of these communications met the criteria specified under Article 9(2) of the DSA. For example, because they did not clearly: set out their legal basis; contain a statement of reasons explaining why the information is illegal content; contain information about redress mechanisms; and/or specify their territorial scope. In addition, they did not contain an English translation of the core elements and they were not transmitted to TikTok's single point of contact ("SPOC"), as required by Article 9(2)(c) DSA.
- iii. In light of the above, in handling these communications in good faith, TikTok's teams were wary of the very informal approach adopted by the AEP in the context of the Romanian elections, in particular the potential for political influence on the process and/or the unjustified removal of legal content (such as political speech). In these circumstances, and given that none of the communications met the requirements stipulated under Article 9 DSA (notwithstanding several requests from TikTok in this regard) – TikTok nonetheless acted in good faith and assessed content identified in these requests: (i) against TikTok's Community Guidelines; and/or (ii) for compliance with Romanian electoral laws (based on advice from external Romanian legal counsel).

TikTok äußerte Bedenken hinsichtlich der Zensur politischer Inhalte durch rumänische Regulierungsbehörden im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024.

Diese aggressiven Löschungsanträge umfassten sogar eine *weltweite Löschungsanordnung* für bestimmte Inhalte.

Inhalte, die Georgescu positiv gegenüberstehen.⁴⁷⁹ Als Reaktion auf eine rumänische Gerichtsanordnung hat TikTok Videos aus geografischen Gründen gesperrt.

die angeblich gegen die Transparenzvorschriften für Wahlkampffinanzierung verstoßen haben.⁴⁸⁰

Anschließend erklärte die rumänische Wahlaufsichtsbehörde, dass die Entscheidung des rumänischen Gerichts, die die Entfernung der Inhalte anordnet, „nicht nur in Rumänien verbindlich ist“.⁴⁸¹ TikTok scheint

⁴⁷⁹ E-Mails zwischen rumänischen Regulierungsbehörden, Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (28. November 2024), siehe Anlage 264.

⁴⁸⁰ *Ebenda*

⁴⁸¹ *Ebenda*

Sie blieben standhaft und weigerten sich, Inhalte weltweit wegen Nichteinhaltung rumänischen Rechts zu entfernen – sehr zum Ärger der rumänischen Regulierungsbehörden.⁴⁸² Nach der Wahl beklagte der rumänische Geheimdienst, dass TikTok zwar den visuellen Zugriff auf bestimmte Beiträge „aus Rumänien blockierte, diese aber weiterhin in anderen Staaten sichtbar *blieben* und *weiterverbreitet* werden konnten.“⁴⁸³ Globale Löschungen verletzen die Souveränität der Vereinigten Staaten und jedes anderen Landes der Erde, da sie ausländischen Richtern und Regulierungsbehörden ermöglichen, Inhalte zu zensieren, für die sie keine Zuständigkeit besitzen.

On Thu, Nov 28, 2024 at 9:59 PM **Redacted** @roacp.ro wrote:

Hi,

I want to detail question number 2 to understand the context and TikTok's ineffective response to our request based on a decision by the Central Electoral Bureau.:

What I can confirm is that the first decision was ineffective implemented. I have not seen any materials removed from the respective account and erroneously it is said that access to the video content published by the candidate's account was removed in Romania (the BEC decision is mandatory not only in Romania). It is very difficult to assess what was removed considering that hundreds of accounts, possibly from Romania and abroad, were distributing a post expressly mentioned as a post that violates the legislation and the BEC decision as an example in the email to TikTok). Just yesterday during the ad hoc online meeting, I checked the account and it has dozens of posts not marked as a candidate or with a financial representative code.

Die rumänischen Behörden beanspruchten die Befugnis, weltweite Abschaltanordnungen zu erlassen.

Am 6. Dezember annullierte das rumänische Verfassungsgericht den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl und sagte die Stichwahl ab. Begründet wurde dies mit dem Vorwurf des rumänischen Geheimdienstes, Russland habe eine TikTok-Kampagne durchgeführt, um die Unterstützung für Georgescu künstlich zu steigern.⁴⁸⁴ Das interne Bedrohungsanalyseteam von TikTok teilte diese Einschätzung nicht und informierte die rumänischen Behörden und die Kommission wiederholt darüber, dass es keine Beweise für deren Behauptungen gebe.⁴⁸⁵ In Stellungnahmen an die Europäische Kommission gab TikTok an, während des rumänischen Wahlkampfs drei koordinierte Einflussoperationen (CIOs) auf der Plattform festgestellt zu haben – keine davon mit russischem Einfluss.⁴⁸⁶ Nur eine dieser CIOs zielte darauf ab, Georgescus Kampagne zu fördern.⁴⁸⁷ Sie operierte von Rumänien aus und hatte weniger als 2.000 Follower.⁴⁸⁸

⁴⁸² Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 2 an den Obersten Rat für Nationale Verteidigung Rumäniens (2024), siehe Anlage 236.

⁴⁸³ Ebenda.

⁴⁸⁴ Thomas Grove & Alan Cullison, *Rumänien sagt Wahl nach Vorwürfen russischer Einflussnahme ab*, WALL. ST. J. (6. Dezember 2024); siehe auch Rumänisches Innenministerium: Informationsvermerk (2024), Anlage 238; Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 1 an den Obersten Verteidigungsrat Rumäniens (2024), Anlage 237; Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 2 an den Obersten Verteidigungsrat Rumäniens (2024), Anlage 236; Externer Informationsdienst: Analyse der nationalen Sicherheitsrisiken durch die Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher Cyberakteure auf IT&C-Infrastrukturen, Unterstützung des Wahlprozesses (28. November 2024), Anlage 260.

⁴⁸⁵ Siehe TikTok-Antwort auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), Anlage 268; TikTok-Antwort auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), 7, 2024), Beispiel 266; TikTok-Präsentation: *Briefing zur Integrität der rumänischen Wahlplattform* (28. November 2024), Beispiel 259.

⁴⁸⁶ Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), siehe Anlage 268; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), 7, 2024), siehe Beispiel 266.

⁴⁸⁷ Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), siehe Anlage 268, 488 Ebenda.

Am 28. November, vier Tage nach der Wahl und inmitten von Vorwürfen russischen Einflusses

Als sich herausstellte, dass TikTok die rumänische Medienaufsichtsbehörde über die Integrität der Wahlen informiert hatte, wurde dies bekannt.

Maßnahmen.⁴⁸⁹ TikTok meldete „verdächtige Aktivitäten im Zusammenhang mit möglicherweise nicht offengelegten bezahlten politischen Beiträgen“.

Es gab zwar Werbevideos zu Georgescu, aber keine Verbindung zu Russland.⁴⁹⁰ Spätere Medienberichte deuteten darauf hin, dass eine andere rumänische Partei die betreffende TikTok-Kampagne orchestriert hatte.

⁴⁹¹

Am 7. Dezember gab TikTok gegenüber der Europäischen Kommission eine ähnliche Erklärung ab, in der es hieß: „TikTok hat weder Beweise für ein koordiniertes Netzwerk von 25.000 Konten gefunden noch wurden ihm solche vorgelegt, die mit Herrn Georgescus Wahlkampf in Verbindung stehen“⁴⁹² – der zentrale Vorwurf der rumänischen Behörden.⁴⁹³

Section 1.1 - Questions and Answers

(1) The Romanian President declassified the information submitted by the Romanian Intelligence Service, the Foreign Intelligence Service and the Ministry of Internal Affairs at the meeting of the Supreme Council for the Defence of the Country on 28 November 2024 ⁽⁶⁾. These documents contain a number of findings regarding the use made of TikTok in the context of the Presidential elections held on 24 November 2024, including the following:

- **The existence of inauthentic coordination on the platform, including through the use of hashtags, to promote one presidential candidate;**

3. TikTok understands that this statement (*“The existence of inauthentic coordination on the platform, including through the use of hashtags, to promote one presidential candidate”*) refers to the assertion at paragraph 1.1 of Document SRI I that a: *“network of accounts directly associated directly with Călin GEORGESCU's campaign initially consisted of 25,000 accounts on the TikTok platform, which became very active two weeks before the election date”*.

4. TikTok has not found, nor been presented with, any evidence of a coordinated network of 25,000 accounts associated with Mr Georgescu's campaign. Per TikTok's standard process, TikTok continues to monitor, investigate, and take action on attempts to deceive its community, and TikTok investigates leads that are reported to it.

TikTok teilte der Europäischen Kommission mit, dass es „keine Beweise gefunden noch vorgelegt bekommen“ habe, die die zentrale Behauptung der rumänischen Behörden über russische Einmischung stützen würden.

Dennoch ignorierte die Europäische Kommission die Ergebnisse von TikTok und nutzte die Gelegenheit zur Unterdrückung legitimer politischer Meinungsäußerung im Internet. Am 29. November veranstaltete die Generaldirektion Connect einen Runden Tisch zur Moderation politischer Inhalte in Rumänien mit Plattformen und rumänischen Medien.

⁴⁸⁹ TikTok-Präsentation: Briefing zur Integrität der rumänischen Wahlplattform (28. November 2024), Beispiel 259.

⁴⁹⁰ Ebenda.

⁴⁹¹ Rowan Ings, *Die TikToker, die beschuldigt werden, einen Wahlskandal ausgelöst zu haben*, BBC (30. April 2025) („Die rumänische Steuerbehörde gab bekannt, dass die [angeblich russische] Kampagne von der Mitte-Rechts-Partei National-Liberal (PNL) finanziert wurde.“).

⁴⁹² Antwort von TikTok auf die Anfrage der Kommission (7. Dezember 2024), siehe Anlage 266.

⁴⁹³ Siehe Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 1 an den Obersten Rumänischen Rat für Nationale Verteidigung (2024), Beispiel 237.

Behörden und Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission.⁴⁹⁴ Als die Vorwürfe russischer Einmischung zunahmen, forderte die Europäische Kommission auch Informationen über die Praktiken von TikTok bei der Moderation politischer Inhalte an und fragte nach „Änderungen“ an den „Prozessen, Kontrollen und Systemen“ von TikTok zur Überwachung und Erkennung systemischer Risiken.⁴⁹⁵ Die Europäische Kommission nutzte diese noch unbewiesene Darstellung, um Druck auf TikTok auszuüben und es zu einer aggressiveren politischen Zensur zu bewegen. Daraufhin teilte TikTok der Kommission mit, dass es Inhalte mit den Begriffen „Putsch“ und „Krieg“ – eindeutig politische Äußerungen im Zusammenhang mit der wahrgenommenen Pervertierung des demokratischen Prozesses in Rumänien – „für die nächsten 60 Tage zensieren werde, um das Risiko schädlicher Narrative zu mindern“. ⁴⁹⁶ Doch das reichte nicht aus. Am 17. Dezember leitete die Europäische Kommission eine formelle Untersuchung nach dem DSA-Gesetz gegen TikTok ein, weil das Unternehmen vor und nach den rumänischen Wahlen nicht ausreichend gegen Inhalte vorgegangen war.⁴⁹⁷

(2) Please explain any changes the provider of TikTok has implemented to its processes, controls, and systems for the monitoring and detection of any systemic risks of negative effects on civic discourse and electoral processes in light of the claims made available by civil society organisations ^(*), Romanian authorities and the intelligence documents declassified by the Romanian President on 4 December 2024 ^(*).

Die Europäische Kommission setzte TikTok unter Druck, weitere politische Inhalte zu zensieren, als Reaktion auf unbewiesene Vorwürfe russischer Einmischung in die rumänischen Wahlen 2024.

Bis Ende Dezember 2024 berichten Medien unter Berufung auf Beweise der rumänischen Steuerbehörde Es stellte sich heraus, dass die angebliche russische Einmischungskampagne tatsächlich von einer anderen rumänischen Partei finanziert worden war.⁴⁹⁸ Dennoch setzten die Europäische Kommission und die rumänischen Behörden ihre aggressive Zensurkampagne fort. In einem Treffen im Februar 2025 berief die Generaldirektion Kommunikation und Kommunikation (GD Connect) das Produktteam von TikTok zu einem Gespräch über dessen „Richtlinien und deren Durchsetzung gegen irreführendes Verhalten“ sowie über „möglicherweise unwirksame“ Maßnahmen zur Abschwächung der DSA-Vorschriften ein.⁴⁹⁹ Der Wunsch der Europäischen Kommission, sich mit dem internen Produktteam von TikTok zu treffen, anstatt mit den Mitarbeitern der Abteilung für Regierungsangelegenheiten und Compliance, die für die Beziehungen von TikTok zur Kommission zuständig waren, deutet darauf hin, dass die Europäische Kommission einen größeren Einfluss auf die internen Moderationsprozesse der Plattform anstrebte.

⁴⁹⁴ Diskussionsfragen für den Runden Tisch zu den rumänischen Wahlen (29. November 2024), siehe Anlage 262; Einladung zu Runder Tisch zur Wahl in Rumänien (28. November 2024), siehe Beispiel 258.

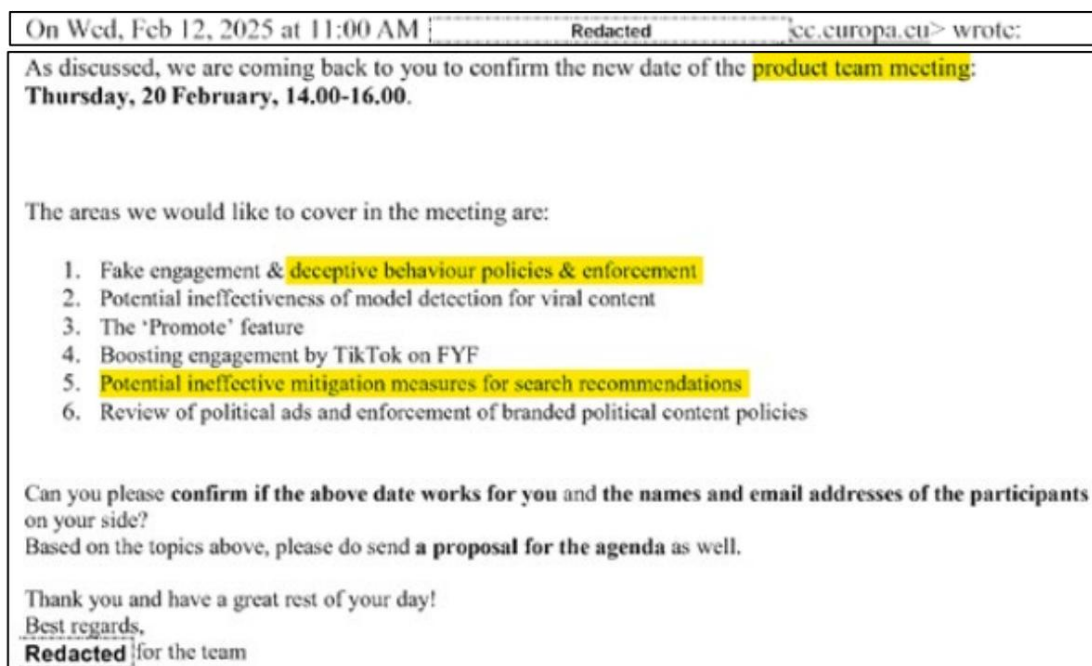
⁴⁹⁵ Antwort von TikTok auf die Anfrage der Kommission (7. Dezember 2024), siehe Anlage 266.

⁴⁹⁶ TikTok-Bericht über rumänische Inhalte (12. Dezember 2024), siehe Beispiel 267.

⁴⁹⁷ Überwachung der gemäß der DSA benannten sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen, EUROPÄISCHE KOMMEN, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/list-designated-vlops-and-vloses#ecl-inpage-tiktok> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

⁴⁹⁸ Siehe Denis Cenusă, *Rumänische Liberale orchestrierten Wahlkampffinanzierung von Georgescu, wie eine Untersuchung enthüllt*, BNE INTELLINEWS (22. Dezember 2024).

⁴⁹⁹ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (12. Februar 2025), siehe Anlage 272.



Die Europäische Kommission schikanierte TikTok weiterhin, selbst nachdem die Behauptungen über russische Einmischung in die rumänischen Wahlen widerlegt worden waren.

Im selben Monat trafen sich rumänische Behörden mit TikTok, um über dessen Zensurmaßnahmen und die Einhaltung der restriktiven DSA-Wahlrichtlinien im Vorfeld der verschobenen Wahlen im Mai zu sprechen.⁵⁰⁰ Einen Monat später, im März, veranstalteten rumänische Regulierungsbehörden ein Rundgespräch mit großen Plattformen und Vertretern der Desinformations-Pseudowissenschaft. Im Mittelpunkt standen die von den Plattformen geplanten oder bereits umgesetzten Abhilfemaßnahmen gemäß den Empfehlungen der DSA-Wahlrichtlinien.⁵⁰¹ Die Europäische Kommission und die rumänischen Behörden hielten an ihren aggressiven Zensurmaßnahmen im Vorfeld der verschobenen Wahlen fest, obwohl ihre früheren Anschuldigungen russischer Einflussnahme nicht belegt waren.

Während des gesamten rumänischen Wahlprozesses spielten von der Europäischen Union unterstützte NGOs eine wichtige Rolle. Die Kommission stellte Prioritätsanträge auf Zensur – entweder als DSA Trusted Flaggers oder über das Rapid Response System der Kommission – und forderte die Entfernung politisch voreingenommener Inhalte. Das von der EU finanzierte Bulgarisch-Rumänische Observatorium für Digitale Medien⁵⁰² übermittelte TikTok in den Tagen nach der ersten Runde der Vorwahlen⁵⁰³ Tabellen mit Hunderten von Zensuranträgen. Während einige der Inhalte möglicherweise tatsächlich anstößig waren, scheint es sich bei einem Großteil der beanstandeten Inhalte um übliche pro-Georgescu- und anti-progressive politische Äußerungen zu handeln, darunter auch politische Inhalte zu Georgescus Positionen in Umweltfragen.

500 Entwurf der Tagesordnung für das Treffen zwischen TikTok und den rumänischen Regulierungsbehörden (27. Februar 2025), siehe Anlage 274.

501 Interne E-Mail der Meta-Mitarbeiter (24. Februar 2025), siehe Anlage 273; Agenda für den Runden Tisch – 2025 (rumänisch)

Präsidentenwahlen (3. März 2025), siehe Beispiel 275.

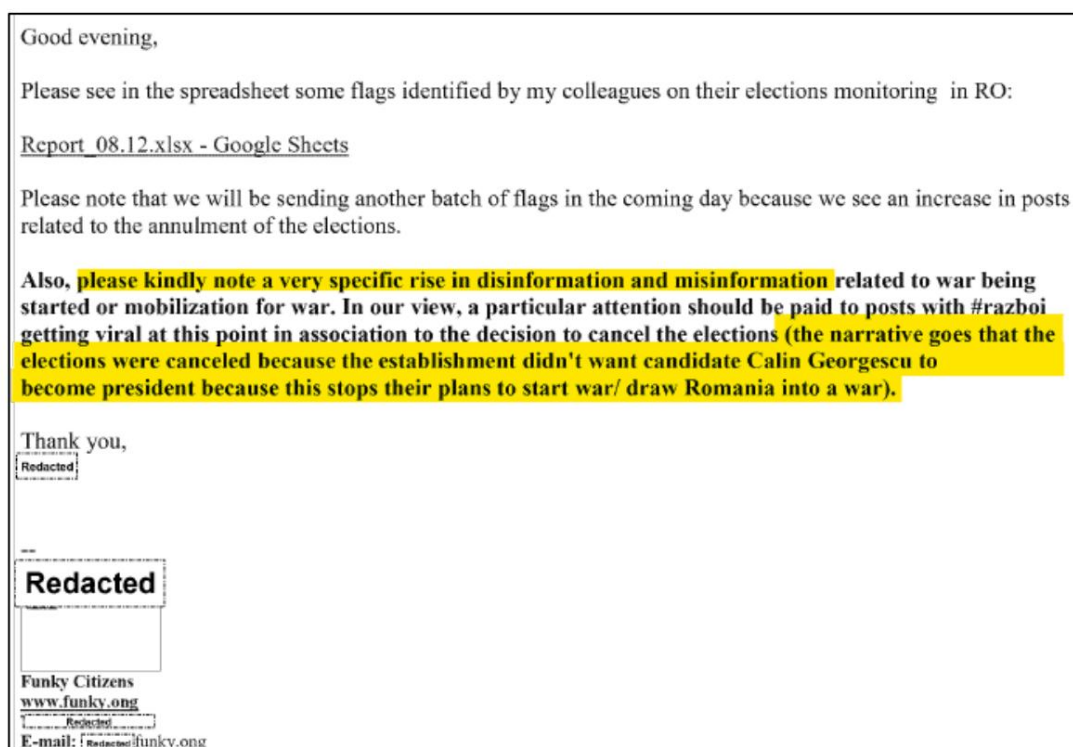
502 Siehe Faktencheck, BULGARISCH-RUMÄNISCHES OBSERVATORIUM FÜR DIGITALE MEDIEN, <https://brodhub.eu/en/fact->

Überprüfung/ (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

503 Tabelle mit Inhalten zur rumänischen Wahl, die für TikTok als problematisch markiert wurden, siehe Beispiel 282; Tabelle mit Inhalten zur rumänischen Wahl, die für TikTok als problematisch markiert wurden, siehe Beispiel 283; Tabelle mit Inhalten zur rumänischen Wahl, die für TikTok als problematisch markiert wurden, siehe Beispiel 284; Tabelle mit Inhalten zur rumänischen Wahl, die für TikTok als problematisch markiert wurden, siehe Beispiel 285.

Rumäniens Mitgliedschaft im Schengen-Raum, dem internen System offener Grenzen der EU.⁵⁰⁴

Auch die rumänische Faktencheck-Organisation Funky Citizens meldete im November und Dezember 2024 mindestens 334 TikTok-Videos zur Entfernung.⁵⁰⁵ Mindestens 153 davon wurden weltweit wegen Verstößen gegen die Inhaltsmoderationsrichtlinien von TikTok entfernt, die bereits seit mehreren Jahren unter EU-Zensurdruck stehen. Andere Videos wurden geografisch gesperrt.⁵⁰⁶ Zu den gemeldeten Inhalten gehörten politische Äußerungen über die annullierte Wahl, beispielsweise die Behauptung, „die Wahlen seien abgesagt worden, weil das Establishment nicht wollte, dass Kandidat Calin Georgescu Präsident wird, da dies ihre Kriegspläne durchkreuzt.“⁵⁰⁷ Funky Citizens informierte die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission über jede der Zensuranfragen, was darauf hindeutet, dass sie mit stillschweigender Billigung der Kommission handelten und den Druck auf TikTok erhöhten, den Richtlinien nachzukommen.⁵⁰⁸



Sogenannte Faktenchecker, die von der Europäischen Kommission beauftragt wurden, drängten die Plattformen dazu, politische Äußerungen über die Annullierung der rumänischen Wahl zu zensieren.

⁵⁰⁴ Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok als problematisch markiert wurden, *siehe* Beispiel 284.

⁵⁰⁵ E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Anlage 185; E-Mails zwischen TikTok, der Europäische Kommission und Dritte (20. Dezember 2024), *siehe* Anlage 186; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Anlage 270; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024), *siehe* Anlage 183; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024), *siehe* Anlage 184; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (12. Dezember 2024), *siehe* Anlage 181.

⁵⁰⁶ *ID*

⁵⁰⁷ E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Anlage 185.

⁵⁰⁸ E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Anlage 185; E-Mails zwischen TikTok, die Europäische Kommission und Dritte (20. Dezember 2024), *siehe* Anlage 186; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Anlage 270; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024), *siehe* Anlage 183; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024), *siehe* Anlage 184; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (12. Dezember 2024), *siehe* Anlage 181.

* * *

Die Europäische Kommission hat ihre Befugnisse zur Bekämpfung von Online-Terrorismus wiederholt und aggressiv genutzt, um konservative Meinungen zu unterdrücken – insbesondere im Vorfeld wichtiger Europawahlen. Das EU-Internetforum (EUIF), ursprünglich zur Bekämpfung der Online-Rekrutierung von Terroristen gegründet, stuft nun konventionelle konservative politische Äußerungen als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ ein und setzt Plattformen unter Druck, diese zu zensieren. Es geht sogar so weit, ihnen ein Handbuch mit entsprechenden Anweisungen zur Verfügung zu stellen. Das EUIF hat all dies unternommen, obwohl es selbst einräumt, dass die von ihm ins Visier genommenen Inhalte weder gegen europäisches Recht noch gegen die Plattformregeln verstoßen. Seit Inkrafttreten des DSA hat die politische Zensur nur noch zugenommen.

Die Kommission hat *faktisch* verbindliche Regeln zur politischen Zensur bei Europawahlen erlassen und Seit 2023 wurden Online-Plattformen unter Druck gesetzt, politische Äußerungen im Vorfeld von mindestens neun wichtigen europäischen Wahlen massiv zu zensieren. Dies gipfelte 2024 in Rumänien, wo die Präsidentschaftswahl aufgrund von Vorwürfen russischer Einmischung über soziale Medien annulliert wurde. Diese Vorwürfe werden von Medienberichten und – hier erstmals – von internen Plattformdokumenten widerlegt. Da Online-Plattformen weltweit einheitliche Wahlverfahren anwenden, könnten EU-Vorgaben auch zur Zensur politischer Äußerungen in den USA im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024 beigetragen haben.

VI. ES BESTEHEN MÖGLICHKEITEN FÜR EINE REFORM , ABER DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION BENUTZT DEN DSA WEITERHIN ALS EIN SCHWERES ZENSURINSTRUMENT .

Mehr als ein Jahrzehnt nach Beginn ihres Zensurprojekts und mehr als drei Jahre nach dem Start der DSA Die Europäische Kommission hatte ausreichend Gelegenheit, diese Zensurbemühungen zu stoppen. und sich erneut zu den grundlegenden Prinzipien der Meinungsfreiheit bekennen. Aber Europa hat in jeder Situation ... Stattdessen wurde eine noch strengere Kontrolle des politischen Diskurses weltweit angestrebt. Es ist noch nicht zu spät – Es bestehen Möglichkeiten für entscheidende Reformen zum Schutz der freien Meinungsäußerung in Europa und weltweit. Doch alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Europäische Kommission in die entgegengesetzte Richtung geht und ihre Bemühungen fortsetzt, die Online-Debatte innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zu kontrollieren.

A. Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldstrafe von 120 Millionen Euro wegen der Verteidigung der Meinungsfreiheit und des offenen Dialogs. Online-Diskussion.

Nach Elon Musks Kauf der Plattform, die damals noch Twitter hieß, wurde sie zur ersten großen Die Social-Media-Plattform bekräftigt ihr Bekenntnis zur freien Meinungsäußerung. Die Plattform heißt nun X. X verwarf voreingenommene, linksorientierte Faktenchecker und führte stattdessen ein System namens Community Notes ein, in dem Nutzer irreführende oder ungenaue Beiträge mit Hinweisen versehen können.⁵⁰⁹ Aus diesem Grund verließ X die Plattform. Der Desinformationskodex der Europäischen Kommission verpflichtet Plattformen zur Nutzung dieser externen Faktenchecker.⁵¹⁰ X hat zuvor wegen politischer Äußerungen gesperrte Nutzer wieder freigeschaltet, darunter

⁵⁰⁹ Siehe Vishwam Sankaran, „Twitter launches Community Notes feature that allows users add context to tweets“, THE INDEPENDENT (12. Dez. 2022). Meta folgte Xs Beispiel mit einer ähnlichen Änderung im Jahr 2025. Kate Conger, „Meta Turns to Community Notes, Mirroring X“, NY TIMES (7. Jan. 2025).

⁵¹⁰ Francesca Gillett, *Twitter tritt aus dem freiwilligen EU-Kodex gegen Desinformation aus*, BBC (27. Mai 2023); Desinformation Code, *supra* Fußnote 124, § VII.

Präsident Trump,⁵¹¹ und weigerte sich, ausländischen Zensuranordnungen, einschließlich globaler Anordnungen zur Entfernung von Inhalten, in Brasilien und Australien nachzukommen.⁵¹²

Diese Aktionen zur Wahrung der Meinungsfreiheit kollidierten naturgemäß mit den globalen Zensurbemühungen der EU. Von Anfang an geriet X wegen seines Einsatzes für die freie Meinungsäußerung ins Visier der Kommission. Nachdem X im Mai 2023 den angeblich freiwilligen Verhaltenskodex gegen Desinformation verlassen hatte, drohte der damalige Kommissar Thierry Breton der Plattform mit Vergeltungsmaßnahmen gemäß dem Desinformationssicherheitsgesetz (DSA) und warnte X: „Ihr könnt fliehen, aber ihr könnt euch nicht verstecken.“⁵¹³ Nachdem das DSA im August 2023 in Kraft trat, setzte Breton seine Drohung in die Tat um. Im Oktober 2023, weniger als zwei Monate nach Inkrafttreten der Verpflichtungen aus dem DSA, leitete die Europäische Kommission eine Untersuchung gegen X wegen der Nutzung von Community Notes anstelle von Faktencheckern ein.⁵¹⁴ Seitdem hat die Europäische Kommission mehrere weitere Untersuchungen gegen X eingeleitet – als Vergeltungsmaßnahme gemäß dem DSA, weil X im ⁵¹⁵ und im August 2024 drohte Breton X mit Vorfeld der US-Präsidentschaftswahlen 2024 ein Interview mit Präsident Trump in den USA geführt hatte.
⁵¹⁶

Die Kampagne der Europäischen Kommission gegen X gipfelte im Dezember 2025 in einer Geldbuße von 120 Millionen Euro (ca. 140 Millionen US-Dollar) – fast sechs Prozent des weltweiten Umsatzes von X.⁵¹⁷ Für sich genommen ist die Entscheidung absurd, da sie X unter anderem für die „Veruntreuung“ bestraft. Die historische Bedeutung der blauen Häkchen auf Twitter wurde durch die Änderung des Geschäftsmodells und das Angebot dieser Häkchen für Premium-Abonnenten von X beeinträchtigt.⁵¹⁸ Die Europäische Kommission bestrafte X für bestenfalls geringfügige Verstöße wie das Vorhandensein eines „Anzeigen-Repositorys“ – eines Speichers von Anzeigen, die zuvor auf der Website gehostet wurden –, das Ergebnisse in Tabellenkalkulationen liefert, anstatt in die Website eingebettet zu sein.⁵¹⁹ Die Kommission berief sich auf eine weitreichende extraterritoriale Zuständigkeit und behauptete, das DSA könne Folgendes erfordern: X, ein amerikanisches Unternehmen, um amerikanische Daten an Forscher auf der ganzen Welt weiterzugeben.⁵²⁰ Der Die vorgebrachten Vergehen sind so geringfügig, dass nur ein Schluss möglich ist: Das Ganze ist vorgeschoben. X steht aufgrund seines Engagements für die freie Meinungsäußerung von Anfang an im Visier der Europäischen Kommission. Der Beschluss der Kommission vom Dezember 2025 ist der Höhepunkt dieser Kampagne und eine klare Warnung an alle Plattformen: Widerstand gegen die Zensurbemühungen der Kommission wird mit harten regulatorischen Maßnahmen geahndet. Und die Bedrohung für X bleibt bestehen:

⁵¹¹ Shannon Bond, *Elon Musk erlaubt Donald Trump die Rückkehr zu Twitter*, NPR (19. November 2022). ⁵¹² Siehe Mitarbeiter des Justizausschusses des Repräsentantenhauses und des ausgewählten Unterausschusses zur Waffennutzung der

FED. GOV'T OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, 118TH CONG., THE ANGRACHT ON FREE MEECH OFFAD AND THE BIDEN ADMINISTRATION'S SILEF: THE CASE OF BRASIL (Comm. Print Apr. 17, 2024); Letter from Rep. Jim Jordan, Chairman, H. Comm. on the Judiciary, to Ms. Julie Inman Grant, Australian eSafety Commissioner (Nov. 18, 2025).

⁵¹³ Thierry Breton (@ThierryBreton), X (26. Mai 2023, 16:30 Uhr), <https://x.com/ThierryBreton/status/1662194595755704321?lang=en>.

⁵¹⁴ Pressemitteilung der Europäischen Kommission: *Die Kommission richtet eine Informationsanfrage an X gemäß dem Gesetz über digitale Dienste* (11. Oktober 2023), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_4953.

⁵¹⁵ *Überwachung der gemäß der DSA benannten sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen*, EUROPÄISCHE KOMMEN, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/list-designated-vlops-and-vloses#ecl-inpage-tiktok> (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

⁵¹⁶ Brief von Herrn Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarketing der Europäischen Kommission, an Herrn Elon Musk, Eigentümer von X (12. August 2024).

⁵¹⁷ X-Entscheidung, *siehe oben*, Fußnote 61; *siehe auch* House Judiciary GOP (@JudiciaryGOP), X (28. Januar 2026, 16:09 Uhr), <https://x.com/JudiciaryGOP/status/2016619751183724789>.

⁵¹⁸ X-Entscheidung, *siehe oben*, Fußnote 61, Seite 27.

⁵¹⁹ *Ebenda*, S. 57.

⁵²⁰ *Ebenda*, S. 93-94.

Die Entscheidung der Kommission besagt, dass X mit einem Verbot in der EU rechnen muss, wenn X den Zensurforderungen der Kommission nicht innerhalb von 90 Tagen nachkommt.⁵²¹

i. Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldstrafe von 45 Millionen Euro, weil sie bei der Vergabe der blauen Häkchen eine Neuerung eingeführt hatte.

Zunächst verhängte die Kommission eine Geldbuße von 45 Millionen Euro gegen X, weil das Unternehmen die Vergabepaxis für blaue Häkchen auf der Plattform geändert hatte.⁵²² Vor Musks Übernahme der Plattform wurden blaue Häkchen an verifizierte Konten vergeben, die von Twitter-Mitarbeitern als relevant eingestuft wurden.⁵²³ Ende 2022 und Anfang 2023 änderte X diese Richtlinie unter großem öffentlichen Aufsehen und führte ein System ein, nach dem blaue Häkchen an Nutzer vergeben wurden, die für ein Premium-Erlebnis auf X bezahlten.⁵²⁴ Die EU argumentiert, dass diese Änderung die Nutzer von X „täuscht“ und ihre Fähigkeit zu freien und informierten Entscheidungen beeinträchtigt, indem sie die historische Bedeutung der Verifizierungshäkchen und branchenübergreifende visuelle Standards verfälscht.⁵²⁵ Die Kommission beanstandete außerdem die algorithmische Hervorhebung zahlender Nutzer durch X und behauptete, dass dies die Nutzer des Dienstes über die Bedeutung ihrer Inhalte täusche.⁵²⁶

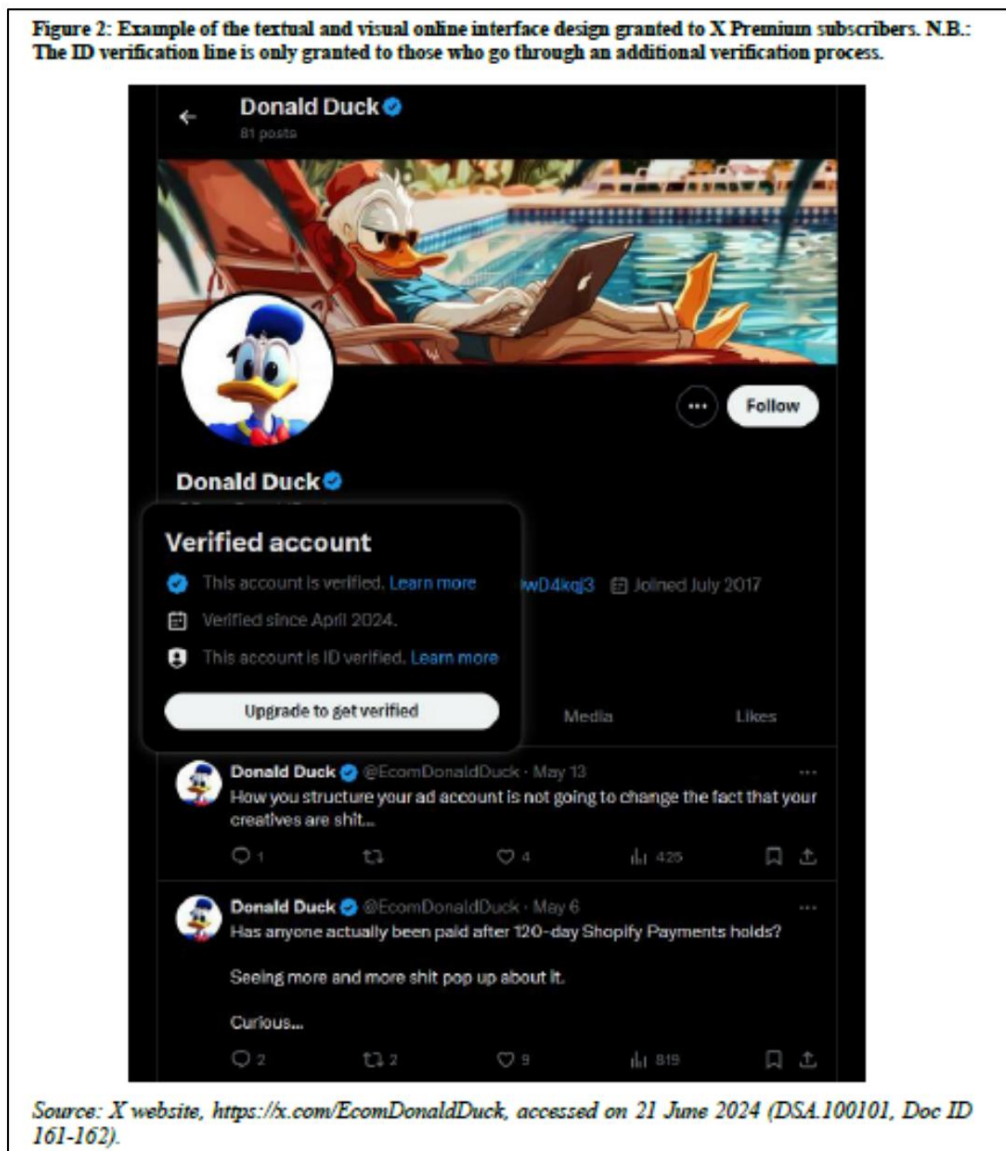
4.	Non-Compliance with Article 25(1) of Regulation (EU) 2022/2065	25
4.1.	The legal framework	25
4.2.	The relevant measures put in place by the provider of X	25
4.3.	The Commission’s Preliminary Findings.....	27
4.3.1.	Misappropriating the historical meaning of the verification checkmarks of Twitter on the X service.....	27
4.3.2.	Misappropriating the meaning of cross-industry visual standards.....	33

Die Europäische Kommission warf X vor, gegen das DSA verstoßen zu haben, indem es die Bedeutung eines blauen Häkchens „missbraucht“ habe.

Die Behauptung der Europäischen Kommission, dass das neue blaue Häkchensystem „Täuschung“ ist ein äußerst wenig überzeugendes Argument.⁵²⁷ Wie X gegenüber der Kommission anmerkte, ist „der durchschnittliche Nutzer von X mit der Bedeutung der blauen Häkchen vertraut, da die geänderte Richtlinie in den Medien ausführlich behandelt und öffentlich bekannt gegeben wurde. In diesen Bekanntmachungen erläutert der Anbieter von X, wie sich die neue Richtlinie und die erläuternden Webseiten vom bisherigen Verifizierungsprogramm von Twitter unterscheidet.“⁵²⁸ Die Täuschungsvorwürfe der Kommission setzen schlichtweg voraus, dass der Durchschnittsbürger unwissend und dumm ist. Das Beispiel der Kommission selbst belegt dies. In ihrer Entscheidung wird ein X-Konto mit blauem Häkchen verwendet, das vorgibt, „Donald Duck“ zu sein – die fiktive Figur aus dem Internet.

⁵²¹ Ebenda, S. 165.
⁵²² Ebenda, S. 25-51.
⁵²³ Ebenda, S. 25,
⁵²⁴ Siehe Caitlin O’Kane, Twitter beendet offiziell am 1. April sein altes Verifizierungsverfahren. Um einen blauen Haken zu erhalten, müssen Sie bezahlen., CBS NEWS (24. März 2023); Michael Dobuski, Twitter beginnt im Zuge der neuesten Plattformänderung mit der schrittweisen Abschaffung der alten 'blauen Haken', ABC NEWS (1. April 2023).
⁵²⁵ X Entscheidung, supra Fußnote 61, S. 27, 33. ⁵²⁶ Ebenda, S. 34-36.
⁵²⁷ Ebenda, S. 27.
⁵²⁸ Ebenda, S. 42.

Eine Disney-Figur – als Beispiel für die angeblich irreführenden Praktiken von X.⁵²⁹ Aber die Kommission Das Beispiel beweist das Gegenteil. Um sich von dem verifizierten Donald-Duck-Konto mit dem blauen Haken täuschen zu lassen – und zu glauben, das Konto sei nach den Regeln vor 2023 verifiziert worden –, müsste man annehmen, dass (1) diese fiktive Ente zum Leben erwacht ist und (2) es sich um einen echten Nutzer handelt. Kein vernünftiger Mensch würde das verifizierte Donald-Duck-Konto mit dem blauen Haken sehen und das annehmen. Vielmehr würde er erkennen, dass sich die Kriterien für die Vergabe der blauen Haken geändert haben. Verwenden Sie X weiterhin mit diesem Wissen.



Die Europäische Kommission führte in ihrer Entscheidung, X mit einer Geldstrafe zu belegen, dieses „Donald Duck“-Konto als Beispiel für die angeblich irreführende Praxis von X im Umgang mit dem blauen Häkchen an.

Die Behauptung der Europäischen Kommission, dass die algorithmische Verstärkung zahlender Nutzer „täuscht die Empfänger des Dienstes über die Bedeutung ihrer Inhalte“ ist ähnlich

⁵²⁹ Ebenda, S. 29.

Die Anzahl der Reposts, Likes und Aufrufe eines jeden Beitrags auf X wird prominent direkt unter dem Beitragstext angezeigt. Mit anderen Worten: Jeder einzelne Beitrag auf X wird zusammen mit einer objektiven Messung seiner „Relevanz“ dargestellt.⁵³¹ X gibt außerdem offen zu, dass Beiträge zahlender Nutzer algorithmisch bevorzugt werden. ⁵³² In diesem Kontext ist die Annahme, X würde Nutzer über die Relevanz von Inhalten täuschen, absurd.

Die Argumente der Europäischen Kommission sind so schwach, dass sie eindeutig vorgeschoben erscheinen. insbesondere angesichts der Geschichte der Kommission, die X ins Visier genommen hat. Doch selbst wenn man sie ernst nimmt, offenbaren sie etwas zutiefst Beunruhigendes über die DSA und die europäischen Regulierungsbehörden. Nach dem Verständnis der Kommission selbst sind die mit dem blauen Häkchen verbundenen Bußgelder eine Strafe für Der Versuch einer Innovation. Das Argument, dass X gegen die DSA verstößt, weil es „die historische Bedeutung der Verifizierungshäkchen missbraucht“ und „die Bedeutung branchenübergreifender visueller Standards missbraucht“⁵³³, läuft im Grunde darauf hinaus, dass X gegen die DSA verstößt, weil es es wagt, Dinge anders zu machen als andere Social-Media-Unternehmen.

ii. Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldbuße in Höhe von 35 Millionen Euro wegen fingierter Verstöße im Zusammenhang mit ihrem Anzeigenportal.

Artikel 39 des DSA verpflichtet Plattformen, ein „Repository“ aller auf der Plattform gehosteten Anzeigen zu führen. X hat im vergangenen Jahr innerhalb der EU eine Plattform betrieben. Obwohl X in gutem Glauben Schritte unternahm, um ein effektives Anzeigenportal aufzubauen, das sensible Nutzerdaten schützte und gleichzeitig die wichtigsten Anforderungen von Artikel 39 erfüllte, wurde das Unternehmen mit einer Geldbuße von 35 Millionen Euro belegt. Die Kommission begründete die Geldbuße unter anderem damit, dass X eine vage Bestimmung zur Suchbarkeit des Anzeigenportals falsch ausgelegt und Daten in einer Tabellenkalkulation anstatt direkt auf der eigenen Website bereitgestellt hatte. Diese Vorwürfe deuten erneut darauf hin, dass die Geldbuße der Kommission eine gezielte und vorgeschobene Reaktion auf Xs Einsatz für die Meinungsfreiheit war.

Gemäß Artikel 39 müssen die Anzeigenportale von Plattformen sieben verschiedene Informationen zu jeder Anzeige anzeigen, und Nutzer müssen „Multikriterien-Abfragen“ durchführen können (z. B. nach bestimmten Anzeigen suchen, die mehrere vom Nutzer eingegebene Kriterien erfüllen).⁵³⁴ Das Anzeigenportal von Plattform X ermöglicht diese „Multikriterien-Abfragen“ – Nutzer können benutzerdefinierte Suchanfragen erstellen, basierend darauf, wo und wann die Anzeige geschaltet wurde und wer der Werbetreibende war. ⁵³⁵ Die Kommission erklärte jedoch ohne klare textliche Begründung, dies reiche nicht aus – X müsse „Multikriterien-Abfragen“ unter Verwendung aller sieben Informationen ermöglichen.⁵³⁶

Noch lächerlicher ist, dass die Kommission X wegen Verstoßes gegen das DSA für schuldig befunden hat. Die Ergebnisse der Anzeigendatenbank-Suchen werden in einer Tabellenkalkulation (einer .csv-Datei) anstatt direkt auf der Website angezeigt.⁵³⁷ Die Kommission argumentierte, dass auch dies die Auffindbarkeit der Anzeigen von X einschränke.

⁵³⁰ Ebenda, S. 35.

⁵³¹ Ebenda.

⁵³² Siehe „Über X Premium“, X -Hilfecenter, <https://help.x.com/en/using-x/x-premium> (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

⁵³³ X-Entscheidung, siehe oben, Fußnote 61, S. 27, 33.

⁵³⁴ Digital Services Act, supra Fußnote 26, Art. 39.

⁵³⁵ X-Entscheidung, siehe oben, Fußnote 61, S. 56-57.

⁵³⁶ *Autoteils*.

⁵³⁷ Ebenda, S. 57.

Das Repository sei problematisch, da es von den Nutzern das Herunterladen von „Drittanbietersoftware“ erfordere und daher Versuche zur Recherche von Werbung auf X.538 behindern könnte. Die Kommission argumentierte außerdem, dass die Darstellung der Ergebnisse in einer Tabellenkalkulation machte das Anzeigenportal von X zu einem „Suchwerkzeug“ und nicht zu einem „durchsuchbaren Werkzeug“ und verstieß somit gegen Artikel 39.539. Diese Argumente sind schwach. Forscher können Tabellenkalkulationsprogramme nutzen, da die Bearbeitung großer Datensätze in Tabellenkalkulationssoftware ein integraler Bestandteil quantitativer Forschung in nahezu jedem Fachgebiet ist. Auch das andere Argument der Kommission – dass X unrechtmäßig ein „Suchwerkzeug“ statt eines „durchsuchbaren Werkzeugs“ anbiete – ist nicht überzeugend. Es ist unklar, worin der Unterschied zwischen diesen beiden Dingen besteht, warum das Anzeigenportal von X ein Suchwerkzeug, aber kein durchsuchbares Werkzeug ist, oder wie X den Unterschied hätte erkennen sollen. Dennoch war dies ein Hauptgrund für das 35 Millionen Euro teure Anzeigenportal von X.

Bußgeld.

5.3.1. X's advertising repository is not available through a searchable tool

(179) First, the search tool does not allow multicriteria queries in a way that would fulfil the objectives of that provision to facilitate supervision and research into emerging risks brought about by the distribution of advertising online. Trial interactions with X's advertisement repository conducted by the Commission¹⁷² show that queries for downloading data on advertisements presented on X are limited to the following search fields: (i) the Member States where the advertisement was presented (a user must select one Member State, with no possibility to choose the whole of the Union); (ii) the X account of an advertiser (a user must select one advertiser from a drop-down list displayed); and (iii) the time frame within which the advertisement was presented.

(184) More specifically, those search results are not presented in a specific section of X's online interface, as required by Article 39(1) of Regulation (EU) 2022/2065, but are only downloadable in a separate .csv file, whose search functionalities depend on the use of third-party software to open the file. The absence of a visual display of the query results in X's online interface with search and sorting functions further reduces the searchability of the tool, since search results can only be accessed with third-party software that opens the .csv file. This applies to information on commercial communications as well, which are excluded altogether from the tool's search functions and are only accessible through a separate .csv file.¹⁷³

Die Kommission verhängte eine Geldstrafe gegen X, weil das Unternehmen über ein Anzeigen-Repository verfügte, das einige „Multikriterien-Abfragen“ zuließ, andere jedoch nicht, und weil es Daten in einer externen Tabellenkalkulation erzeugte.

iii. Die Kommission verhängte gegen X eine Geldstrafe von 40 Millionen Euro, weil sie sich weigerte, die Bestimmungen des DSA durchzusetzen. Bestimmungen zum Forscherzugang extraterritorial.

Artikel 40 des DSA verpflichtet Plattformen, Falschinformationen verbreitenden Pseudowissenschaftlern „Zugang“ zu gewähren, ohne unangemessene Verzögerung der Daten.⁵⁴¹ In der Praxis müssen Plattformen Zugang zu ihren Backend-Systemen gewähren, damit diese sogenannten Forscher massenhaft Daten von den Plattformen extrahieren können. Artikel 40 legt die Bedingungen fest, die eine Anwendungsprogrammierschnittstelle (API).⁵⁴² definieren, wer dazu berechtigt ist.

Voraussetzung für diesen begehrten Backend-Zugang ist, dass die Forscher „unabhängig von kommerziellen Interessen“ sind und die Daten „ausschließlich dem Zweck der Durchführung von Forschung“ mit Bezug zur EU dienen.

⁵³⁸ *Ausweis.*

⁵³⁹ *Ebenda*, S. 75.

⁵⁴⁰ *Ebenda*.

⁵⁴¹ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 40.

⁵⁴² *Siehe Victor Alamercury, Data Access under the EU Digital Services Act*, EUROPEAN COMM'N (9. Juli 2025).

X prüfte Anträge auf API-Zugriff gemäß den Beschränkungen in Artikel 40 – und wurde dafür bestraft. Darüber hinaus beanspruchte die Kommission die Befugnis, extraterritoriale Maßnahmen anzuordnen: Nach ihrer Auslegung des DSA muss X, ein amerikanisches Unternehmen, Forschern weltweit amerikanische Daten zur Verfügung stellen.

Erstens rügte die Kommission X dafür, dass es die gesetzliche Vorschrift durchsetzte, dass Forscher Sie sind berechtigt, auf die proprietären Daten von Plattformen zuzugreifen, „ausschließlich zum Zweck der Durchführung von Forschung, die zur Erkennung, Identifizierung und zum Verständnis systemischer Risiken in der [Europäischen] Union beiträgt.“⁵⁴³ X lehnte, unter Berücksichtigung des Wortlauts von Artikel 40 und der Vermutung gegen die extraterritoriale Anwendung von Gesetzen, Datenzugriffsanträge in der Regel ab, deren Forschungsvorhaben über die EU hinausgingen.⁵⁴⁴ Die Kommission argumentierte, X sei gemäß dem DSA verpflichtet, diesen Anträgen stattzugeben, selbst wenn die angeforderten Daten keinen eindeutigen Bezug zur EU aufwiesen, da „es gerechtfertigt ist, dass ein Forschungsprojekt auch einen breiteren geografischen Kontext berücksichtigt.“⁵⁴⁵ Die Kommission räumte zwar ein, dass die Voraussetzung eines EU-Bezugs für Daten „in Artikel 40 Absatz 12 enthalten ist“, befand X jedoch dennoch für verfassungswidrig, da es die Bestimmung „unnötig eng“ auslegte.⁵⁴⁶ Eine weiter gefasste Auslegung durch die Kommission würde X verpflichten, Forschern Daten zur Verfügung zu stellen, die keinerlei Bezug zur EU haben – eine eindeutige extraterritoriale Anwendung des DSA.

6.3.2.1. Overly restrictive interpretation of the eligibility requirements set out in Article 40(12) of Regulation (EU) 2022/2065

(315) First, the provider of X has an overly restrictive interpretation of the requirement that researchers use the data 'solely' for performing research that contributes to the detection, identification and understanding of systemic risks in the Union within the meaning of Article 34(1) of Regulation (EU) 2022/2065.

(317) This restrictive interpretation is corroborated by evidence collected by researchers affiliated with the European New School and the Weizenbaum Institute in their ongoing survey of the research community in relation to platforms' data access mechanisms.³³⁵ The survey report identifies the repeated use of this argument by the provider of X to reject applications and notes that 'while this wording is found in Article 40(12), it is an unnecessarily narrow interpretation of the provision to restrict data access by claiming a request is not specific enough without further explanations'.

(457) The provider's *post-facto* claim that the research was out of scope because it considered [REDACTED] as part of its research sample is also flawed. Indeed, it is justified for a research project to also consider wider geographical contexts where this is necessary to strengthen the contribution of the study for the understanding of systemic risks in the Union, knowing in this case that [REDACTED]. Lastly, as this claim was only formulated by the provider *post-facto*, the provider of X never informed the applicants that it considered part of the public data requested to be out of scope, which may have enabled applicants to challenge this argument, or to revise their application.

Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldbuße, weil das Unternehmen die Anforderungen des Artikels 40 hinsichtlich der Klartextübermittlung nicht durchsetzte und Daten von Nicht-EU-Ländern nicht herausgab.

⁵⁴³ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 40.

⁵⁴⁴ X-Entscheidung, *siehe oben*, Fußnote 61, S. 91-93.

⁵⁴⁵ *Ebenda*, S. 133.

⁵⁴⁶ *Ebenda*.

Die Europäische Kommission verhängte zudem eine Geldbuße gegen X, weil das Unternehmen Forschern, die „außerhalb der [Europäischen] Union ansässig sind“, den Datenzugriff verweigerte.⁵⁴⁷ Nach Auslegung der Kommission verpflichtet das DSA Plattformen, Forschern weltweit, unabhängig von ihrem Standort, Backend-Datenzugriff zu gewähren.⁵⁴⁸ In Verbindung mit der Ausweitung der Datenzugriffspflicht auf Daten von außerhalb der EU bedeutet dies, dass ein amerikanisches Unternehmen verpflichtet sein könnte, Forschern von außerhalb der EU Zugriff auf amerikanische Daten zu gewähren – allein aufgrund eines europäischen Gesetzes. Genau diese Art von beunruhigender, extraterritorialer Anwendung eines ausländischen Zensurgesetzes hat der Ausschuss seit über einem Jahr befürchtet. Und sie schafft einen gefährlichen Präzedenzfall: Mit dem DSA beansprucht die Kommission die Befugnis, über ihre Grenzen hinaus zu regulieren.

6.3.2.1.2. Restrictions based on the geographic location of the researchers

(324) Second, the provider of X rejected researchers on the sole basis that they were established outside the Union, whereas Article 40(12) of Regulation (EU) 2022/2065 does not allow for such a restriction.

Die Europäische Kommission wendet die Anforderungen des DSA-Datenzugangs auf Forscher weltweit an.

Die übrigen Gründe der Kommission für die Feststellung, dass X gegen Artikel 40 verstoßen hat, waren unbegründet. X setzte beispielsweise die Anforderung von Artikel 40 durch, wonach Forschende „unabhängig von kommerziellen Interessen“ sein müssen, indem es von angehenden Forschenden Informationen über „Vorstandsmitglieder, Mitglieder, Aktionäre, Zuwendungsempfänger der Organisation“ und „indirekte Finanzierung“ verlangte.⁵⁴⁹ Diese Informationen sind eindeutig relevant für die Feststellung, dass die Organisation einer Forschenden nicht mit Unternehmen verflochten ist, die von ihrer Forschung profitieren könnten. Dennoch befand die Kommission X für schuldig, gegen das DSA verstoßen zu haben, weil das Unternehmen einfache, nützliche Fakten zur Durchsetzung der Anforderung erhoben hatte. DSA, wie es geschrieben stand.⁵⁵⁰

(329) While the affiliation of an applicant to a specific organisation may be relevant to assess whether that applicant is entitled to request access to data pursuant to Article 40(12) of Regulation (EU) 2022/2065, there is nothing in that provision which would justify requesting mandatory information about the organisation's board members, membership, shareholders, grant recipients, or information about the 'indirect funding'⁵⁵⁰ of researchers. Requesting that information is therefore designed to discourage meaningful scrutiny of the systemic risks to which a service gives rise. In a

Die Europäische Kommission rügte X dafür, dass es die Anforderung durchsetzte, dass Forscher „unabhängig von kommerziellen Interessen“ sein müssen.

Die Europäische Kommission stellte ebenfalls fest, dass X gegen die Bestimmungen hinsichtlich des standardmäßigen Datenzugriffs für erfolgreiche Forschungsantragsteller verstoßen hatte. X gewährte Forschern nach erfolgreicher Antragstellung für sechs Monate Zugriff auf die API für monatlich eine Million Tweets.⁵⁵¹ Forscher konnten einen längeren oder umfassenderen Zugriff beantragen, wenn dies für ihre Forschung erforderlich war.⁵⁵²

⁵⁴⁷ Ebenda, S. 39.

⁵⁴⁸ Siehe ID.

⁵⁴⁹ Ebenda, S. 95; siehe Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 40.

⁵⁵⁰ X-Entscheidung, siehe oben, Fußnote 61, S. 95.

⁵⁵¹ Ebenda, S. 99–100.

⁵⁵² Ebenda, S. 115.

Dies reichte der Kommission offenbar nicht aus – obwohl sie einräumte, dass andere Plattformen „noch restriktivere Quoten haben“.⁵⁵³

Schließlich wirft die von der Europäischen Kommission gegen X verhängte Geldbuße Licht auf deren Definition von „systemischem Risiko“ im Rahmen des DSA. X argumentierte, dass es mangels Leitlinien der Die „Fehlinformationen ...“ Kommission an sich kein „systemisches Risiko in der EU“ darstelle.⁵⁵⁴ Die Kommission widersprach X und argumentierte offenbar, dass *alle* Fehlinformationen ein „systemisches Risiko“ im Sinne von Artikel 34.555 des DSA darstellen. Dies bedeutet, dass mutmaßliche Fehlinformationen gemäß Artikel 35 „abgeschwächt“ werden müssen, was faktisch von Social-Media-Plattformen verlangt, Informationen, die von EU-Bürokraten als falsch eingestuft werden, umfassend zu zensieren.

iv. X wirft der Europäischen Kommission erhebliches Fehlverhalten bei den Ermittlungen vor.

Zusätzlich zu ihrer umfassenden Widerlegung der vorgeschobenen Argumente der Europäischen Kommission X wirft der Kommission erhebliche Verfahrensfehler vor, die sein Verteidigungsrecht beeinträchtigen.⁵⁵⁶ Laut X gewährte die Kommission seinen Anwälten lediglich fünf Tage für eine nichtöffentliche Durchsicht von über 3.800 vertraulichen Dokumenten, die die Vorwürfe der Kommission untermauern sollten.⁵⁵⁷ Während dieser fünf Tage standen den Anwälten von X nicht funktionierende Computer zur Verfügung, sie unterlagen strengen Ein- und Ausgangsregeln für den Durchsichtsraum und wurden ständig von Mitarbeitern der Kommission überwacht, was sie faktisch daran hinderte, ihre Verteidigung für X frei zu besprechen.⁵⁵⁸ Die Kommission war zudem befugt, die Notizen der Anwälte nach deren Verlassen des Durchsichtsraums einzusehen.⁵⁵⁹ Schließlich wirft X der Kommission vor, zur Untermauerung ihrer Vorwürfe unzulässigerweise Notizen aus informellen Gesprächen und Besprechungen anstelle von eidesstattlichen Aussagen verwendet zu haben.⁵⁶⁰

7. ALLEGED PROCEDURAL ERRORS IN THE ADOPTION OF THE DECISION

7.1. The allegations of the provider of X

(534) The provider of X argues that the Commission's investigative procedure leading to the adoption of the Decision suffers from severe flaws that undermine its rights of defence. According to that provider, there appears to be a discrepancy between the gravity of the allegations outlined in the Preliminary Findings and the procedural restrictions imposed on the provider of X. According to the provider of X, many of the issues stem from the Commission's own procedural rules, such as those in Implementing Regulation (EU) 2023/1201 and the data room rules, which prioritise administrative convenience over procedural fairness.

X behauptete, die Kommission habe ihm systematisch das Recht verweigert, sich gegen die Vorwürfe der Kommission zu verteidigen.

⁵⁵³ Ebenda, S. 145.

⁵⁵⁴ Ebenda, S. 130.

⁵⁵⁵ *Auswahl.*

⁵⁵⁶ Ebenda, S. 153–163.

⁵⁵⁷ Ebenda, S. 157, 159.

⁵⁵⁸ Ebenda, S. 153.

⁵⁵⁹ Ebenda, S. 160.

⁵⁶⁰ Ebenda, S. 154.

v. Die Europäische Kommission droht mit einem Verbot von X, falls dieses den Zensurforderungen nicht nachgibt.

Die von der Europäischen Kommission verhängte Geldbuße von 120 Millionen Euro liegt nahe am gesetzlichen Höchstbetrag von sechs Millionen Euro. Prozent des weltweiten Umsatzes einer Plattform.⁵⁶¹ Doch das ist noch nicht einmal die potenziell härteste Strafe: Die Europäische Kommission droht, X in der EU zu verbieten, falls das Unternehmen einer Liste von Zensurforderungen nicht nachkommt, darunter:

- „klare und nicht irreführende Informationen deutlicher und direkter bereitstellen“
über die Bedeutung des blauen Häkchens (obwohl X im Jahr 2025 vier Monate lang in der EU mit einem Banner warb, das genau dies tat);
- Beendigung der algorithmischen Verstärkung zahlender Nutzer;
- Bereitstellung von Suchergebnissen des Anzeigenverzeichnisses auf der Website von X anstatt auf einer externen Website
Kalkulationstabelle;
- Gewährung von Datenzugriffsanfragen an Forscher außerhalb der EU;
- Forschern einen umfassenderen Datenzugang gewähren; und
- Änderung der Nutzungsbedingungen, um „qualifizierten Forschern“ das Extrahieren von Daten von X zu ermöglichen
öffentliche Website ohne vorherige Genehmigung. ⁵⁶²

Ein Verbot einer der weltweit beliebtesten Social-Media-Plattformen wäre ein schwerwiegender Angriff auf die freie Meinungsäußerung. Doch genau damit droht die Europäische Kommission.⁵⁶³

(586) Pursuant to Article 75(3) of Regulation (EU) 2022/2065, the Commission, taking into account the opinion of the Board, shall decide whether the measures set out in the action plan are sufficient to terminate or remedy the infringement, taking also into account whether adherence to relevant code of conduct is included among the measures proposed. The Commission shall also subsequently monitor measures taken by the provider of a very large online platform or of a very large online search engine concerned in the implementation of the action plan, taking into account also an independent audit of the provider. Pursuant to Article 75(4) of Regulation (EU) 2022/2065 if, following the implementation of the action plan, the Commission still considers that the infringement has not been fully remedied, or if the action plan has not been provided or is not considered suitable, the Commission shall be able to use any investigative or enforcement powers pursuant to Regulation (EU) 2022/2065, including the power to impose periodic penalty payments and initiating the procedure to disable access to the infringing service.

Die Europäische Kommission droht mit einem Verbot von X in der EU, falls das Unternehmen den Zensurforderungen nicht nachkommt.

⁵⁶¹ Ebenda, S. 168-179.

⁵⁶² Ebenda, S. 163, 165-168.

⁵⁶³ Ebenda, S. 165.

Die von der Europäischen Kommission verhängte Geldstrafe und die angedrohte Sperrung von X markieren einen Wendepunkt im europäischen Kampf um die Kontrolle des globalen Online-Diskurses. Schon vor Inkrafttreten des DSA (Digital Social Act) hatte die Kommission X aufgrund seiner meinungsfreiheitsfreundlichen Politik und Interessenvertretung ins Visier genommen. Die Entscheidung der Kommission ist weder eine unparteiische Bewertung der Fakten noch eine sachliche Auslegung des Gesetzes – sie ist vielmehr ein 183-seitiger Vorwand, um X zu bestrafen, weil es Äußerungen hostet, die der europäischen herrschenden Klasse politisch unbequem sind.

Die Schwäche der Argumente der Europäischen Kommission macht dies deutlich. Die Kommission verdreht wiederholt den Wortlaut des DSA, um Verstöße zu konstruieren, die sie X anhängen kann. Sie ignoriert klare Fakten und einfache Gesetze in ihrer Kampagne, Xs Engagement für ... zu kriminalisieren. Die Studie behandelt grundlegende Prinzipien der Meinungsfreiheit. Sie liefert zudem wichtige Einblicke in die Auslegung des DSA durch die Europäische Kommission. In vielerlei Hinsicht steht sie im Einklang mit den Grundsätzen der Meinungsfreiheit. Die Regulierungsstrategie der Europäischen Kommission in den letzten Jahren: Sie unterstellt EU-Bürgern Inkompetenz und Unfähigkeit, Wahrheit von Falschheit zu unterscheiden und frei darüber zu urteilen. Innovation wird bestraft, indem Unternehmen X sogar mit einer Geldstrafe belegt wird, weil es versucht hat, die Plattform anders zu betreiben als die vorherige Twitter-Führung oder andere Social-Media-Unternehmen. Am besorgniserregendsten ist jedoch, dass die EU versucht, den Digital Social Act (DSA) über ihre Grenzen hinaus durchzusetzen – eine ernsthafte Bedrohung für die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten.

B. Die laufenden Initiativen der Europäischen Kommission zeigen, dass sie weiterhin engagiert ist. zur Zensur.

Seit dem Inkrafttreten des DSA hat die Kommission unter der Leitung von Präsidentin Ursula von der Leyen Folgendes unternommen: Sie setzte ihre Zensurbemühungen fort. Zusätzlich zu der ohnehin schon labyrinthischen europäischen Zensurarchitektur haben von der Leyen und ihre Verbündeten weitere Zensurgesetze und -initiativen vorgeschlagen, die noch strengere Anforderungen für die Entfernung angeblicher Falschinformationen und Hassrede stellen. Obwohl sie für ihre zweite Amtszeit als Präsidentin die „Vereinfachung“ des aufgeblähten europäischen Regulierungsrahmens versprochen hat,⁵⁶⁴ Sie hat sich geweigert, diese Deregulierungsagenda auf Online-Dienste auszudehnen. Rede.

i. Der EU-Demokratieschutzschild wird die Zensurbefugnisse der Europäischen Kommission erweitern und möglicherweise die Anonymität in den sozialen Medien beenden.

Präsidentin von der Leyen hat den sogenannten „EU-Demokratieschutzschild“ zu einem zentralen Punkt ihrer zweiten Amtszeit gemacht. Der im November 2025 vorgestellte Demokratieschutzschild sieht neue Initiativen zur Zensur unliebsamer Online-Inhalte vor.⁵⁶⁵ Anstatt seine Fehler zu korrigieren und grundlegende Prinzipien der Meinungsfreiheit wieder einzuführen, verschärft Europa seine Maßnahmen und baut die Befugnisse der Kommission zur Unterdrückung politischer Gegner weiter aus.

Der „Shield“ verspricht bis 2027 mehrere neue Zensurinitiativen. Erstens heißt es darin, dass „die Kommission ein DSA-Vorfalls- und Krisenprotokoll ausarbeiten wird.“⁵⁶⁶ Diese werden, ähnlich wie die DSA-Wahlrichtlinien, zusätzliche DSA-Zensurvorgaben für Zeiten der „Krise“ darstellen.

⁵⁶⁴ Siehe Jennifer Rankin, *EU launches 'simplification' agenda in effort to keep up with US and China*, THE GUARDIAN (29. Januar 2025).

⁵⁶⁵ Vorschlag zum Demokratieschutzschild, siehe Fußnote 66.

⁵⁶⁶ *Ebenda*, § 2.2.

Die Kommission versprach, dass dieses Zensurprotokoll „schnelle Reaktionen“ – sprich Zensur – auf „groß angelegte und potenziell transnationale“ Ereignisse gewährleisten werde.⁵⁶⁷ Da es vage formuliert ist, stellt dieses Protokoll faktisch einen Zensurschalter dar, den die EU-Behörden aktivieren können, sobald sie das Gefühl haben, die Kontrolle über Online-Narrative zu verlieren. Und selbst wenn es dem Namen nach freiwillig ist, wird es in der Praxis bindend sein, wie frühere „freiwillige“ EU-Regulierungsmaßnahmen, etwa der Desinformationskodex, gezeigt haben.

Der Demokratie-Schutzschild verspricht eine Erweiterung des Verhaltenskodex gegen Desinformation. Laut Plan wird die Europäische Kommission „mögliche weitere Maßnahmen mit den Unterzeichnern des Kodex prüfen“ und sich dabei insbesondere auf die „Kennzeichnung KI-generierter Inhalte“ und „Nutzerverifizierungsinstrumente“, einschließlich der „EU Digital Identity Wallets“, konzentrieren.⁵⁶⁸ Die Vorgaben des Desinformationskodex sind allerdings nur dem Namen nach freiwillig – das stellt der Demokratie-Schutzschild klar. Der Plan besagt, dass die Kommission das Engagement der Plattformen bewerten wird. Fazit: Die Kommission strebt *faktisch* verbindliche Verpflichtungen für Plattformen an.

- . und . . . Umsetzung“ des Kodex im Rahmen der DSA-Aufsicht.⁵⁶⁹ Die

Die Überprüfung der Nutzeridentität könnte die Anonymität in sozialen Medien beenden. Regulierungsbehörden, die Nutzer wegen unliebsamer Beiträge belästigen wollen, könnten Plattformen einfach dazu zwingen, die verifizierten Identitäten anonymer Nutzer offenzulegen. Dies wäre womöglich die größte Bedrohung für die Meinungsfreiheit überhaupt.

Der Plan sieht außerdem die Schaffung zweier neuer EU-Zensurzentren vor: des Europäischen Zentrums für Demokratische Resilienz und des Europäischen Netzwerks von Faktencheckern. Das Zentrum für Demokratische Resilienz soll die „operative Zusammenarbeit und den Kapazitätsaufbau“ von Regierungen unterstützen, um auf mutmaßliche Desinformationskampagnen zu reagieren⁵⁷⁰ – was bedeutet, dass es eine schnelle und groß angelegte grenzüberschreitende Zensur koordinieren wird. Das Europäische Netzwerk von Faktencheckern wird ein weiteres Koordinierungsforum für linke, zensurbefürwortende NGOs sein.⁵⁷¹ Ohne erkennbare Ironie erklärt die Kommission, dass das Faktenchecker-Netzwerk zwar „unabhängig“, aber auch „mit Unterstützung der Kommission“ eingerichtet sein wird.⁵⁷² Natürlich macht die Finanzierung durch die Kommission jegliche Unabhängigkeit unmöglich – die Netzwerkmitglieder wissen, dass die Kommission die Finanzierung jederzeit einstellen kann, sobald sie politisch nicht mehr nützlich ist. Dem Democracy Shield-Plan zufolge wird das Netzwerk „ein unabhängiges Repository für Faktenchecks erstellen und pflegen, um Faktenchecks zu konsolidieren“ – mit anderen Worten, eine Datenbank für die Parteilinie der Kommission.⁵⁷³ Das „Repository“ des Netzwerks, das als verlängerter Arm der Kommission fungiert, wird den Plattformen signalisieren, welche Inhalte online bleiben können und welche sofort entfernt werden müssen, zusätzlich zu der bereits bestehenden DSA-Befugnis der Faktenchecker, prioritäre Zensuranträge zu stellen.

ii. Die EU-Gleichstellungsstrategie forderte kürzlich eine Gesetzgebung, die „Hassrede“ EU-weit definieren würde.

Die kürzlich veröffentlichte Fünfjahresstrategie der Europäischen Kommission zur Gleichstellung von LGBTQ+-Personen ist gleichermaßen zensurfreudig. Dieser Vorschlag fordert eine „Harmonisierung“ der Definitionen von „Hass“ in den EU-Mitgliedstaaten.

⁵⁶⁷ Ebenda.

⁵⁶⁸ *Ausweis.*

⁵⁶⁹ Ebenda.

⁵⁷⁰ Ebenda, § 2.1.

⁵⁷¹ Ebenda, § 2.2.

⁵⁷² Ebenda.

⁵⁷³ Ebenda (Hervorhebung weggelassen).

„Online begangene Straftaten“, wodurch Meinungsäußerungen EU- weit kriminalisiert würden.⁵⁷⁴ Eine Harmonisierung würde jeden EU-Mitgliedstaat verpflichten, die aggressive und politische Definition der EU für illegale Online-Straftaten anzuwenden. „Hassrede“, zu der auch herkömmliche politische Diskurse und „Memes“ gehören.⁵⁷⁵ Gemäß dem DSA müssen Plattformen „illegale Hassrede“ zensurieren,⁵⁷⁶ was bedeutet, dass diese Initiative eine aggressivere digitale Zensur in ganz Europa – und wahrscheinlich weltweit – erfordern würde.

Noch bezeichnender ist, dass die Kommission versucht, den regulären demokratischen Prozess zu umgehen, um dies zu tun. Um den Harmonisierungsprozess einzuleiten, muss „Hassrede“ zunächst in die Liste der „EU-Straftaten“ des EU-Vertrags aufgenommen werden.⁵⁷⁷ Dieser Schritt, der eine Abstimmung der EU-Gesetzgebungsorgane erfordern würde, ist wiederholt gescheitert.⁵⁷⁸ Nun verfolgt die Kommission ihren eigenen Ansatz und argumentiert, dass „Hassrede“ bereits eine Straftat im Sinne des Vertrags sei, da sie unter bestehende Straftatbestände wie „Terrorismus“ und „Computerkriminalität“ falle.⁵⁷⁹

*iii. Das Regulierungs-„Vereinfachungspaket“ der EU-Präsidentin von der Leyen hat Folgendes bewirkt:
keine sinnvollen Reformen der DSA beinhalten.*

Präsidentin von der Leyen hat für ihre zweite Amtszeit eine „Vereinfachung“ der Regulierung versprochen.⁵⁸⁰ Diese „Vereinfachung“ scheint die komplexen EU-Vorschriften zur digitalen Meinungsäußerung nicht zu berücksichtigen. Ursula von der Leyen veröffentlichte kürzlich einen „repräsentativen Vorschlag für digitale Regelungen“, um die „Anwendung des digitalen Regelwerks zu optimieren“. ⁵⁸¹ Ihr Vorschlag würde die europäische Architektur der digitalen Zensur, einschließlich der DSA, jedoch unberührt lassen.
⁵⁸² Die Kommission scheint nach wie vor fest entschlossen, das globale Internet zu zensurieren.

*iv. Andere EU-Gesetze zur Regulierung von Technologieunternehmen bieten zusätzliche Möglichkeiten für die
Kommission soll Druck auf Plattformen ausüben.*

Die Europäische Kommission legt Technologieunternehmen durch den Digital Markets Act (DMA), ein EU-Wettbewerbsgesetz, ebenfalls erhebliche regulatorische Auflagen auf. Das Schwestergesetz des DSA legt strenge Anforderungen an die Gestaltung von Internetdiensten für große Plattformen fest, die als „Gatekeeper“ bekannt sind.⁵⁸³ Die qualitativen Standards des DMA für die Benennung von Gatekeepern können leicht missbraucht werden, und die Kommission hat sie genutzt, um amerikanische Unternehmen ins Visier zu nehmen.

⁵⁷⁴ Union der Gleichstellung: LGBTQ+ Gleichstellungsstrategie 2026-2030, EUROPÄISCHE KOMMENTAR, COM(2025) 725 final, S. 6.

⁵⁷⁵ DSA Zensurbericht I, siehe Fußnote 3, Seite 27.

⁵⁷⁶ Digital Services Act, *supra* Fußnote 26, Art. 35.

⁵⁷⁷ Union für Gleichstellung: LGBTQ+-Gleichstellungsstrategie 2026–2030, EUROPÄISCHE KOMMEN, COM(2025) 725 final, S. 6 (Hervorhebung weggelassen).

⁵⁷⁸ Ebenda.

⁵⁷⁹ Ebenda; siehe VERTRAG ÜBER DIE FUNKTIONIERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION, Art. 83(1).

⁵⁸⁰ Siehe Vereinfachung und Umsetzung, Europäische Kommission, https://commission.europa.eu/law/law-making-process/better-regulation/simplification-and-implementation_en (zuletzt abgerufen am 9. Januar 2026).

⁵⁸¹ Vorschlag für eine Omnibusverordnung zur Digitalisierung, EUROPÄISCHE KOMMISSION (19. November 2025).

⁵⁸² Mark MacCarthy & Kenneth Propp, *Die Europäische Union ändert ihren Kurs in der Digitalgesetzgebung*, LAWFARE (15. Dezember 2025) („Auffällig ist, dass keine der Änderungen Auswirkungen auf den Digital Markets Act (DMA) oder den Digital Services Act (DSA) hätte.“)

⁵⁸³ Das Gesetz über digitale Märkte: Gewährleistung fairer und offener digitaler Märkte, EUROPÄISCHE KOMMEN https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-markets-act-ensuring-fair-and-open-digital-markets_en (zuletzt besucht am 29. Januar 2026).

Unternehmen. Beispielsweise wurden Apple und Meta im Jahr 2025 wegen angeblicher Nichteinhaltung des DMA mit einer Gesamtstrafe von 700 Millionen Euro belegt.⁵⁸⁴

Besonders besorgniserregend ist, dass hochrangige europäische Beamte ausdrücklich auf *den DMA* und die Anforderungen an Gatekeeper bei der Beschreibung, wie die Europäische Kommission Plattformen verpflichten kann, bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit Wahlen zu ergreifen.⁵⁸⁵

Katalin Cseh (Renew):

- I am an MEP from Hungary, where the government has become the biggest spreader of misinformation itself and we have seen the impact on democracy, but it is a global issue. Social Media platforms can give malign actors the power to undermine democracy.
- Online platforms, if they are not regulated properly, they can be used to spread disinformation.
- I am very proud to be an MEP in a Parliament that has voted for the DSA. This is such a good solid foundation.
- I find transparency requirements the most important: we have to remember that democracy also means a meaningful public debate and a well-informed electorate.

Renate Nikolay, Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology, EU Commission

- It was already a theme during the elections of 2019. This year 2024 we are much better equipped to use our tools in place.
- We are also looking into on cybersecurity and its impact on elections. A lot of threats are cyberthreats and they include disinformation influenced by foreign powers.
- We talked about the DSA, but let's not forget the DMA. Tomorrow is the deadline for the compliance report of 6 gatekeepers.
- The DSA is a holistic approach, it is not going after one incident, but it is systemic. How are platforms using the space and how we can push them to do better? We have already opened 2 investigations into X and

Ein hochrangiger Beamter der Europäischen Kommission bezog sich auf den DMA, als er über die Instrumente sprach, die der Europäischen Kommission im Vorfeld der Wahlen zur Verfügung stehen.

C. Die Europäische Kommission versucht, ihre Zensurmaßnahmen auf andere Länder auszuweiten. Länder.

Die Kommission leistet in vielerlei Hinsicht Pionierarbeit bei den globalen Bemühungen um strenge Gesetze zur digitalen Zensur. Ähnliche Gesetzesentwürfe sind in Australien, Südkorea und anderen Ländern der Welt aufgetaucht, da zensurfreudige ausländische Beamte US-Universitäten nutzen, um ihr globales Zensurregime zu planen.

Der wohl bemerkenswerteste ausländische Versuch, den Digital Services Act nachzuahmen, war der Der Online Safety Act (OSA) des Vereinigten Königreichs (UK) wurde 2023, nur ein Jahr nach dem DSA, verabschiedet. Er ebnet den Weg für Ofcom, die zuständige britische Regulierungsbehörde, um zu regeln, wie Social-Media-Plattformen mit Desinformation und Fehlinformationen umgehen sollen.⁵⁸⁶ Die Aufsicht des Ausschusses hat bereits gezeigt, dass britische Regulierungsbehörden während der Massenunruhen im August 2024 versucht haben, legitime politische Äußerungen zu zensurieren, die die Regierung kritisierten, darunter auch Darstellungen eines Zwei-Klassen-Justizsystems im Vereinigten Königreich.⁵⁸⁷ Britische Regulierungsbehörden haben den OSA auch genutzt, um amerikanischen Plattformen mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen zu drohen, falls diese die entsprechenden Maßnahmen nicht umsetzen.

⁵⁸⁴ Pressemitteilung der Europäischen Kommission: *Kommission stellt fest, dass Apple und Meta gegen das Gesetz über digitale Märkte verstoßen haben.* (22. April 2025), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1085.

⁵⁸⁵ Auszug aus „*Schutz der Wahlen 2024: Von der Alarmierung zur Handlung*“ (8. März 2024), siehe Anlage 244.

⁵⁸⁶ Online Safety Act 2023, c. 50, Ch. 7 § 152 (UK).

⁵⁸⁷ Abgeordneter Jim Jordan (@Jim_Jordan), X (29. Juli 2025, 21:30 Uhr), https://x.com/Jim_Jordan/status/1950368307372020086.

[Britische] Standards“ zu Themen wie „Hassrede“ in ihre Richtlinien zur Inhaltsmoderation einbeziehen.⁵⁸⁸ Nun droht Premierminister Keir Starmer, ähnlich wie europäische Regulierungsbehörden, X in Großbritannien mithilfe der OSA-Befugnisse offline zu nehmen.⁵⁸⁹

Die weltweite Nachahmungskampagne beschränkt sich auch nicht auf Europa. In Brasilien orientierte sich ein vorgeschlagenes „Fake-News-Gesetz“ explizit am Digital Security Act (DSA) und zitierte das europäische Gesetz in 25 Zitaten.⁵⁹⁰ Obwohl das „Fake-News-Gesetz“ noch nicht verabschiedet wurde, führte Brasiliens Oberster Gerichtshof jahrelang eine aggressive Kampagne zur Internetzensur, erließ weltweite Löschungsanordnungen und sperrte sogar die Plattform X für mehrere Monate im Jahr 2024.⁵⁹¹ Auch in Indien zogen Analysten Parallelen zwischen dem vorgeschlagenen Digital India Act, der Plattformen „neuen Regulierungen mit starkem Fokus auf Faktenprüfung zur Verhinderung von Fehlinformationen“⁵⁹² unterwerfen würde, und dem DSA.⁵⁹³ Neben Brasilien und Indien finden sich die Merkmale des DSA auch in neuen Digitalgesetzen in Australien, Malaysia und Südkorea wieder.⁵⁹⁴ Länder wie Südkorea und Brasilien versuchen zudem, das Schwestergesetz des DSA, den Digital Markets Act, zu imitieren, der amerikanischen Technologieunternehmen belastende und innovationshemmende Auflagen auferlegt.⁵⁹⁵

Tatsächlich haben sich die Zensoren der Welt sogar auf amerikanischem Boden versammelt, um sich auszutauschen. Am 24. September 2025 veranstaltete die Stanford University ein Rundtischgespräch mit dem Titel „Compliance und Durchsetzung in einem sich rasch entwickelnden Umfeld“.⁵⁹⁶ An diesem Rundtischgespräch nahmen ausländische Beamte teil, die maßgeblich an der Gestaltung des wachsenden globalen Zensurregimes beteiligt waren und gezielt gegen die Meinungsfreiheit in den USA vorgegangen sind.⁵⁹⁷ Hauptrednerin der Veranstaltung war Julie Inman-Grant, die australische Beauftragte für Online-Sicherheit, die sich ausdrücklich dafür ausgesprochen hat, dass Regierungen die Befugnis haben, die weltweite Entfernung von Inhalten zu fordern und durchzusetzen.⁵⁹⁸ Zu den weiteren Teilnehmern und Diskussionsteilnehmern gehörten Beamte einiger der Institutionen mit der schlimmsten Bilanz extraterritorialer Zensur, darunter die ...

⁵⁸⁸ Rep. Jim Jordan (@Jim_Jordan), X (28. Juli 2025, 10:58 Uhr),

https://x.com/Jim_Jordan/status/1949846809238446237.

⁵⁸⁹ Matthew Field et al., *Musks X könnte in Großbritannien wegen des Streits um KI-Chatbots verboten werden*, THE TELEGRAPH (8. Januar 2026).

⁵⁹⁰ Thales Bueno & Renan Canaan, *Der Brüssel-Effekt in Brasilien: Analyse der Auswirkungen der digitalen Dienste der EU*

Stellungnahme zur Diskussion um den Gesetzentwurf gegen Fake News, 48 TELECOMMS. POLICY 102757 (2024).

⁵⁹¹ Mitarbeiter des H. COMM. für die Justiz und des ausgewählten Unterausschusses für die Waffennutzung der Fed.

Ausschuss für Justiz der Regierung von Hawaii, 118. Kongress, *Der Angriff auf die freie Meinungsäußerung im Ausland und das Schweigen der Biden-Regierung: Der Fall Brasilien* (Comm. Print, 17. April 2024); Julia Dias Carneiro & Juana Summers, *Brasiliens Oberster Gerichtshof verbietet X*, NPR (2. September 2024).

⁵⁹² Kyle Chin & Kaushik Sen, *Was ist der Digital India Act? Indiens neuestes Digitalgesetz*, UPGUARD (7. Januar 2025).

⁵⁹³ Aahil Sheikh, *Transparenz muss ein Eckpfeiler des Digital India Act sein*, TECH POLICY PRESS (23. April 2024).

⁵⁹⁴ Richard Sharpe et al., *Die globale Landschaft der Inhaltsregulierung – Entwicklungen in der EU, Großbritannien, den USA und Beyond*, KING & SPALDING (10. Juli 2025).

⁵⁹⁵ *Siehe Schreiben des Abgeordneten Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Alexandre Rebelo Ferreira, Sekretariat für Wirtschaftsreformen, Brasilianisches Finanzministerium* (30. Dezember 2025); *Schreiben von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Han Ki-jeong, Vorsitzender der Koreanischen Kommission für fairen Handel* (24. Juli 2025).

⁵⁹⁶ Brief von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Dr. Jeff Hancock, Direktor von Stanford Cyber Policy Center (22. Oktober 2025); *siehe Teddy Ganea et al., Stanford's Cyber Policy Center Coordinates International Internet Censorship*, THE STANFORD REV. (29. Oktober 2025).

⁵⁹⁷ *Ebenda*.

⁵⁹⁸ *Ebenda; siehe Tom Crowley, „Silly“ to demand global takedowns: Dutton weighs in on eSafety case*, AUSTRALIAN BROADCASTING CORP. (25. April 2024).

Großbritannien, die EU und Brasilien.⁵⁹⁹ Diese internationalen Koordinierungsforen, in denen globale Zensoren legislative Ideen und bewährte Zensurpraktiken austauschen, stellen eine akute Bedrohung für die Meinungsfreiheit in Amerika dar.

*

*

*

Die Bedrohung durch europäische Zensur lässt nicht nach. Im Dezember 2025 ergriff die Europäische Kommission ihren bisher schärfsten Zensurschritt und belegte X mit einer Geldstrafe in Höhe von fast sechs Prozent seines weltweiten Umsatzes – offensichtlich als Vergeltung für dessen Einsatz für die Meinungsfreiheit weltweit. Auch die neuen Gesetzes- und Verordnungsvorschläge der Europäischen Kommission deuten darauf hin, dass sie ihre Agenda der globalen Online-Gedankenkontrolle verstärkt. Präsidentin von der Leyens sogenannter „Demokratieschild“ würde die bestehende europäische Zensurarchitektur um weitere Ebenen ergänzen und möglicherweise die Anonymität in sozialen Medien beenden. Ebenso versucht die Europäische Kommission, demokratische Prozesse zu umgehen, um jedes EU-Land zur Übernahme ihrer weitreichenden Definition von „Hassrede“ zu zwingen, was zusätzliche Zensurverpflichtungen gemäß dem DSA nach sich ziehen würde. Und Europa versucht, diese verfehlten Gesetze und Initiativen zu exportieren – mitunter sogar hier in den Vereinigten Staaten.

VII. SCHLUSSFOLGERUNG

Der Ausschuss wird seine Untersuchung ausländischer Zensurgesetze, -verordnungen und -gerichtsbeschlüsse fortsetzen, da diese eine Gefahr für die Meinungsfreiheit der Amerikaner in den Vereinigten Staaten darstellen. Die extraterritorialen Maßnahmen der Europäischen Kommission gemäß dem Digital Services Act greifen unmittelbar in die amerikanische Souveränität ein und schädigen die Meinungsfreiheit der Amerikaner in den Vereinigten Staaten. Der Ausschuss wird seine Aufsichtstätigkeit fortsetzen, um legislative Lösungen zu fördern, die diese existenzielle Bedrohung eines fundamentalen amerikanischen Rechts – des Rechts auf freie Meinungsäußerung – abwehren und wirksam bekämpfen.

⁵⁹⁹ Brief von Abgeordnetem Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Dr. Jeff Hancock, Direktor von Stanford Cyber Policy Center (22. Oktober 2025); siehe Teddy Ganea et al., *Stanford's Cyber Policy Center Coordinates International Internet Censorship*, THE STANFORD REV. (29. Oktober 2025).

ANHANG

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt I: Interne Plattformexponate	161
Anlage 1: Bericht von TikTok für September und Oktober 2021, EU-Verhaltenskodex zu Desinformation/ COVID-19 (1. November 2021)	162
Anlage 2: Interne E-Mails unter Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023)	184
Anlage 3: TikTok-Präsentation: Digital Services Act, Überblick über die Bereitschaft für die Europäische Union Kommission (17. Juli 2023)	190
Anlage 4: Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (11. August 2023)	370
Anlage 5: TikTok DSA-Risikobewertungsrichtlinien (25. August 2023)	373
Anlage 6: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (4. November 2023)	395
Anlage 7: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (17. November 2023)	435
Anlage 8: Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024)	457
Anlage 9: Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (5. April 2024)	468
Anlage 10: Protokoll des Treffens zwischen TikTok-Mitarbeitern und dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Präsidentin Vera Jourova (28. Mai 2024)	495
Anlage 11: Abonnementdokument zum Verhaltenskodex gegen Desinformation für TikTok (17. Januar 2025)	499
Anlage 12: <i>TikTok-Weißbuch: Das Gesetz über digitale Dienste</i>	537
Anlage 13: TikTok-Tabelle zur Nachverfolgung von Update-Vorschlägen	544
Anlage 14: TikTok-Tabelle zur Nachverfolgung von Update-Vorschlägen	546
Anlage 15: Umfrage zu den TikTok-Community-Richtlinien	548
Anlage 16: Genauigkeit und Transparenz der Richtlinien sowie Zugänglichkeit der Community-Richtlinien	552
Anlage 17: Präsentation zum Update der TikTok-Community-Richtlinien	554

Abschnitt II: Externe Plattformexponate **563**

Anlage 18: E-Mails zwischen Mitarbeitern von Spotify und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (7. Juni 2020) 564

Anlage 19: Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová (20. April 2021) 572

Anlage 20: Protokoll der Sitzung zwischen TikTok-Mitarbeitern und dem Kabinett von Kommissar Thierry Breton (30. September 2021) 574

Anlage 21: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (14. März 2022) 576

Anlage 22: Protokoll des Treffens zwischen Spotify und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová (7. September 2022) 579

Anlage 23: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (9. November 2022) 583

Anlage 24: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (4. Januar 2023) 594

Anlage 25: Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová (10. Januar 2023) 613

Anlage 26: E-Mail von YouTube-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (19. März 2024) 616

Anlage 27: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (28. Mai 2024) 618

Abschnitt III: Exponate des EU-Internetforums **647**

Anlage 28: Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (8. Dezember 2021) 648

Anlage 29: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (24. März 2022) 651

Anlage 30: Präsentation der Europäischen Kommission: Gesetz über digitale Dienste und algorithmische Verstärkung (29. September 2022) 655

Anlage 31: Präsentation des Instituts für Strategischen Dialog: Algorithmische Verstärkung, grenzwertige Inhalte und manipulative Techniken (29. September 2022) 672

Anlage 32: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Teilnehmer des EU-Internetforums (11. Oktober 2022)	683

Anlage 33: Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (7. Dezember 2022)	688

Anlage 34: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Teilnehmer des EU-Internetforums (9. Januar 2023)	691

Anlage 35: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (2. September 2024)	697

Anlage 36: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (15. Oktober 2024)	702

Anlage 37: EU-Internetforum: Studie über die Rolle und Auswirkungen des Einsatzes von Algorithmen Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte	710

Anlage 38: <i>EU-Internetforum: Handbuch zu grenzwertigen Inhalten in Bezug auf Gewalt Extremismus</i>	830

Anlage 39: TrustLab-Präsentation: Studie über die Rolle und Auswirkungen des Einsatzes von Algorithmen Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte über führende Plattformen Social-Media-Seiten in Europa	903

Anlage 40: EU-Internetforum: Studie über die Rolle und Auswirkungen des Einsatzes von Algorithmen Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte	943

Anlage 41: TikTok-Antwort auf den Fragebogen des EU-Internetforums – algorithmisch Verstärkung	1063

Abschnitt IV: Ausstellungsstücke zum Hassrede-Kodex	1070

Anlage 42: Präsentation der Europäischen Kommission: Die neunte hochrangige EU-Gruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz (7. Juli 2021)	1071

Anlage 43: Entwurf eines Verhaltenskodex (+) zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet (18. März 2023)	1202

Anlage 44: Fragen und Antworten der Europäischen Kommission zur Überarbeitung des Kodex (27. März 2023)	1207

Anlage 45: Entwurf eines Verhaltenskodex (+) zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet	1209

Abschnitt V: Ausstellungsstücke zum Desinformationskodex	1214
Anlage 46: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an TikTok (1. April 2020)	1215
Anlage 47: Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok (22. Juli 2020)	1217
Anlage 48: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (30. Oktober 2020)	1222
Anlage 49: Stellungnahme von TikTok zur Anfrage der Europäischen Kommission zu Desinformationen über die Covid-19-Impfung (4. November 2020)	1226
Anlage 50: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (9. November 2020)	1231
Anlage 51: Protokoll des Treffens zwischen TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Vizepräsidentin Vera Jourová (6. November 2020)	1237
Anlage 52: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (19. Januar 2021)	1239
Anlage 53: Protokoll des Treffens zwischen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová, und verschiedenen Plattformen (22. Februar 2021)	1248
Anlage 54: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (13. April 2021)	1251
Anlage 55: Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourová (20. April 2021)	1275
Anlage 56: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (14. Oktober 2021)	1278
Anlage 57: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (14. Oktober 2021)	1282
Anlage 58: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (5. November 2021)	1286
Anlage 59: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (8. Dezember 2021)	1290
Anlage 60: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. Januar 2022)	1295

Anlage 61: Neuer Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation: Protokoll der 4. Generalversammlung der Unterzeichnerstaaten (28. Januar 2022) 1297.....

Anlage 62: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (7. Februar 2022) 1300

Anlage 63: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Februar 2022) 1304

Anlage 64: Schreiben von Kommissar Thierry Breton und Vizepräsidentin Vera Jourova an TikTok (3. März 2022) 1308

Anlage 65: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (7. März 2022) 1311

Anlage 66: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (10. März 2022) 1315

Anlage 67: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. März 2022) 1318

Anlage 68: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (4. April 2022) 1320

Anlage 69: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (19. April 2022) 1324

Anlage 70: Neuer Verhaltenskodex zu Desinformation: Protokoll der Verhandlungssitzung (19. April 2022) 1328

Anlage 71: Tagesordnung des Treffens der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. April 2022) 1331

Anlage 72: Tagesordnung der Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Verhaltenskodex Unterzeichner der Desinformationserklärung (4. Mai 2022) 1333

Anlage 73: Tagesordnung der Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Verhaltenskodex Unterzeichner der Desinformationserklärung (11. Mai 2022) 1335

Anlage 74: Tagesordnung der Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Verhaltenskodex Unterzeichner der Desinformationserklärung (18. Mai 2022) 1337

Anlage 75: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex Unterzeichner der Desinformationserklärung (24. Mai 2022) 1339

Anlage 76: Tagesordnung der Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Verhaltenskodex

Unterzeichner der Desinformationserklärung (1. Juni 2022) 1343

Anlage 77: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zum Verhaltenskodex

Unterzeichner der Desinformationserklärung (3. Juni 2022) 1345

Anlage 78: Tagesordnung der Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zum Verhaltenskodex

Unterzeichner der Desinformationserklärung (23. Juni 2022) 1349

Anlage 79: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation

Unterzeichner (27. Juni 2022) 1351

Anlage 80: Tagesordnung: Zweite Sitzung der Ständigen Arbeitsgruppe für den Verhaltenskodex (5. Juli 2022)

1354

Anlage 81: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation

(10. August 2022) 1356

Anlage 82: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu

Desinformation (24. August 2022) 1358

Anlage 83: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation

(1. September 2022) 1361

Anlage 84: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu

Desinformation (2. September 2022) 1363

Anlage 85: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu

Desinformation (14. September 2022) 1366

Anlage 86: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu

Desinformation (19. September 2022) 1370

Anlage 87: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation

(20. September 2022) 1373

Anlage 88: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation

(4. Oktober 2022) 1375

Anlage 89: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu

Desinformation (19. Oktober 2022) 1378

Anlage 90: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu

Desinformation (1. November 2022) 1381

Anlage 91: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (15. November 2022) 1384

Anlage 92: Untergruppe Krisenreaktion: Schriftliche Stellungnahme zu geplanten Maßnahmen zur Reduzierung von Desinformationen mit Bezug zur Ukraine in Mittel- und Osteuropa (28. November 2022) 1388

Anlage 93: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. November 2022) 1417

Anlage 94: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (2. Dezember 2022) 1420

Anlage 95: Tagesordnung: Vierte Sitzung der Ständigen Arbeitsgruppe für den Verhaltenskodex (6. Dezember 2022) 1423

Anlage 96: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodex gegen Desinformation (8. Dezember 2022) 1426

Anlage 97: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (8. Dezember 2022) 1432

Anlage 98: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (9. Dezember 2022) 1435

Anlage 99: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (13. Dezember 2022) 1440

Anlage 100: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (14. Dezember 2022) 1443

Anlage 101: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (14. Dezember 2022) 1448

Anlage 102: Schreiben von Kommissar Thierry Breton und Vizepräsidentin Vera Jourova an TikTok (22. Dezember 2022) 1452

Anlage 103: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (11. Januar 2023) 1455

Anlage 104: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (30. Januar 2023) 1458

Anlage 105: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (13. Februar 2023) 1461

Anlage 106: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex
Unterzeichner der Desinformationserklärung (30. Mai 2023) 1464

Anlage 107: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (8. Februar 2023) 1467

Anlage 108: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex
Unterzeichner der Desinformationserklärung (27. Juni 2023); 1470

Anlage 109: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (16. Februar 2023) 1473

Anlage 110: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (22. Februar 2023) 1476

Anlage 111: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (8. März 2023) 1479

Anlage 112: Unterzeichnungsdokument zum Verhaltenskodex gegen Desinformation für den Unterzeichner ActiveFence (22.
März 2023) 1482

Anlage 113: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (24. März 2023) 1488

Anlage 114: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation
(27. März 2023) 1491

Anlage 115: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (30. März 2023) 1496

Anlage 116: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (19. April 2023) 1499

Anlage 117: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (26. April 2023) 1502

Anlage 118: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex
Unterzeichner der Desinformationserklärung (10. Mai 2023) 1505

Anlage 119: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex über
Unterzeichner der Desinformationserklärung (5. Mai 2023) 1508

Anlage 120: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex
Unterzeichner der Desinformationserklärung (16. Mai 2023) 1511

Anlage 121: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex über Unterzeichner der Desinformationserklärung (16. Mai 2023)	1514
Anlage 122: Tagesordnung: Fünfte Plenarsitzung der ständigen Arbeitsgruppe für den Verhaltenskodex (5. Juni 2023)	1517
Anlage 123: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex Unterzeichner der Desinformationserklärung (6. Juni 2023)	1520
Anlage 124: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex Unterzeichner der Desinformationserklärung (13. Juni 2023)	1524
Anlage 125: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex über Unterzeichner der Desinformationserklärung (23. Juni 2023)	1527
Anlage 126: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex über Unterzeichner der Desinformationserklärung (28. Juni 2023)	1531
Anlage 127: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex über Unterzeichner der Desinformationserklärung (3. Juli 2023)	1534
Anlage 128: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex Unterzeichner der Desinformationserklärung (13. Juli 2023)	1537
Anlage 129: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation Unterzeichner (25. Juli 2023)	1540
Anlage 130: Slowakisches Innenministerium, Analyse schädlicher Inhalte auf slowakischsprachigem TikTok (September 2023)	1542
Anlage 131: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Verhaltenskodex zu Unterzeichner der Desinformationskampagne (20. Juli 2023)	1545
Anlage 132: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. September 2023)	1551
Anlage 133: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. September 2023)	1554
Anlage 134: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (2. Oktober 2023)	1560
Anlage 135: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (22. September 2023)	1563

Anlage 136: E-Mail von TikTok-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (26. September 2023) 1566

Anlage 137: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (2. Oktober 2023) 1568

Anlage 138: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (3. Oktober 2023) 1571

Anlage 139: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (3. Oktober 2023) 1575

Anlage 140: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (9. Oktober 2023) 1578

Anlage 141: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (13. Oktober 2023) 1581

Anlage 142: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (18. Oktober 2023) 1584

Anlage 143: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (27. Oktober 2023) 1587

Anlage 144: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. November 2023) 1590

Anlage 145: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (6. November 2023) 1593

Anlage 146: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (17. November 2023) 1596

Anlage 147: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (29. November 2023) 1599

Anlage 148: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodex gegen Desinformation (5. Dezember 2023) 1603

Anlage 149: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (18. Dezember 2023) 1609

Anlage 150: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (24. Januar 2024) 1611

Anlage 151: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (24. Januar 2024) 1615

Anlage 152: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (22. Februar 2024) 1619

Anlage 153: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (22. Februar 2024) 1621

Anlage 154: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation
(1. März 2024) 1623

Anlage 155: E-Mail von Google-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (19. März 2024) 1626 ..

Anlage 156: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (17. April 2024) 1628

Anlage 157: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und dem Verhaltenskodex zu
Unterzeichner der Desinformationserklärung (2. Mai 2024) 1631

Anlage 158: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex über
Unterzeichner der Desinformationserklärung (15. Mai 2024) 1634

Anlage 159: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und dem Verhaltenskodex zu
Unterzeichner der Desinformationserklärung (23. Mai 2024) 1637

Anlage 160: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (23. Mai 2024)
..... 1652

Anlage 161: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex
Unterzeichner der Desinformationserklärung (23. Mai 2024) 1662

Anlage 162: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und einigen Mitarbeitern des Verhaltenskodex zu
Unterzeichner der Desinformationserklärung (29. Mai 2024) 1672

Anlage 163: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und einigen Mitarbeitern des Verhaltenskodex zu
Unterzeichner der Desinformationserklärung (30. Mai 2024) 1692

Anlage 164: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex
Unterzeichner der Desinformationserklärung (6. Juni 2024) 1711

Anlage 165: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex über
Unterzeichner der Desinformationserklärung (12. Juni 2024) 1714

- Anlage 166:** E-Mail von Meta-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (10. Juli 2024) 1717 -----
- Anlage 167:** Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex
Unterzeichner der Desinformationserklärung (10. Juli 2024) 1722-----
- Anlage 168:** E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation
Unterzeichner (17. Juli 2024) ----- 1725
- Anlage 169:** Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (7. August 2024) 1728 -----
- Anlage 170:** E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation
(4. September 2024) ----- 1731
- Anlage 171:** Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (4. September 2024) 1733 -----
- Anlage 172:** E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von Google (9. September 2024)
----- 1736
- Anlage 173:** Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (16. September 2024) 1738 -----
- Anlage 174:** Zusammenfassung des Runden Tisches zur Überprüfung der Verpflichtungen des Verhaltenskodex gegen
Desinformation (30. September 2024) ----- 1745
- Anlage 175:** Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (2. Oktober 2024) ----- 1751
- Anlage 176:** Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (2. Oktober 2024) 1756 -----
- Anlage 177:** Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (7. Oktober 2024) ----- 1759
- Anlage 178:** E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern und europäischen Drittparteien (8. Oktober 2024) 1768 ----
- Anlage 179:** Veranstaltungsprogramm: *Desinformation: Wie neue Kommunikationstechnologien Wahlen und die
Informationslandschaft beeinflussen* (10. Oktober 2024) 1776 -----
- Anlage 180:** Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu
Desinformation (13. Dezember 2024) 1779 -----
- Anlage 181:** E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (12. Dezember 2024) 1783

Anlage 182: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Dezember 2024) 1786

Anlage 183: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024) 1791

Anlage 184: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024) 1793

Anlage 185: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024) 1796

Anlage 186: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024) 1799

Anlage 187: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex zu Desinformation (16. Dezember 2024) 1802

Anlage 188: *Neue SLI zu den Maßnahmen zur Demonetisierung, die den finanziellen Wert (Euro) der ergriffenen Maßnahmen erfasst* 1810

Anlage 189: Tagesordnung: Erste Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (10. August 2022) 1815

Anlage 190: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (21. September 2022) 1817

Anlage 191: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (7. September 2022) 1819

Anlage 192: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (19. April 2023) 1821

Anlage 193: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (22. Februar 2023) 1823

Anlage 194: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (8. Februar 2023) 1825

Anlage 195: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (11. Januar 2023) 1827

Anlage 196: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (14. Dezember 2022) 1829.....	
Anlage 197: Entwurf eines EU-Verhaltenskodex zur Desinformation	1831
Anlage 198: <i>Liste problematischer Konten auf dem slowakischen TikTok</i>	1837
Anlage 199: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (8. März 2023) 1880	
Anlage 200: Entwurf eines <i>Berichtsformulars über die Reaktion des Dienstes während der [COVID/ Ukraine]-Krise</i>	1882
Anlage 201: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (30. November 2022) 1897.....	
Anlage 202: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (19. Oktober 2022)	1899
Anlage 203: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (5. Oktober 2022)	1901
<u>Abschnitt VI: DSA-Workshop-Exponate</u>	1903
Anlage 204: Tagesordnung für den DSA-Multi-Stakeholder-Workshop zu systemischen Risiken (7. Mai 2025)	1904
Anlage 205: Ausführliche Tagesordnung: <i>DSA-Workshop mit mehreren Interessengruppen zu systemischen Risiken und deren Minderung (7. Mai 2025)</i>	1907
Anlage 206: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe Krisenreaktion der Ständigen Arbeitsgruppe (8. März 2023) 1927.....	
Anlage 207: <i>Schutz Ihrer personenbezogenen Daten</i> (7. Mai 2025)	1932
Anlage 208: Einladung zum DSA-Multi-Stakeholder-Workshop über Systemrisiken (25. April 2025)	1938
Anlage 209: Bericht über den DSA-Risikobewertungs-Rundtisch (2. Juli 2025)	1944
Anlage 210: E-Mail mit Dank an die Teilnehmer für ihre Teilnahme an der DSA Multi-Stakeholder-Konferenz Workshop zu systemischen Risiken (15. Mai 2025)	1949

Abschnitt VII: Wahlunterlagen	1952
Anlage 211: Interner TikTok- Bericht zur slowakischen Wahl 2023	1953
Anlage 212: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (27. April 2023) 1961	
Anlage 213: Tagesordnung der Sitzung der Europäischen Kommission mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Gruppe für Wahlen (22. Juni 2023) 1964	
Anlage 214: Präsentation des Slowakischen Rates für Mediendienste: <i>Vorgezogene Wahlen in der Slowakei</i> (Juli 2023) 1966	
Anlage 215: Einladung des Personals der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (18. Juli 2023) 1975	
Anlage 216: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (5. September 2023) 1978	
Anlage 217: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (15. September 2023) 1981	
Anlage 218: Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (September 2023)	1984
Anlage 219: E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (1. September 2023)	1989
Anlage 220: E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (1. September 2023)	1993
Anlage 221: Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok (5. September 2023)	1997
Anlage 222: Interne TikTok-Richtlinien zur Inhaltsmoderation für die polnischen Wahlen 2023 (10. September 2023)	2001
Anlage 223: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen (20. September 2023) 2020	
Anlage 224: Interne TikTok-Richtlinien zur Inhaltsmoderation für die slowakischen Wahlen 2023 (22. September 2023)	2022
Anlage 225: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Lenkungsausschuss für Krise/ Wahlen (25. September 2023) 2069	
Anlage 226: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an den Lenkungsausschuss für Krise/ Wahlen (6. Oktober 2023) 2072	

Anlage 227: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Lenkungsausschuss für Krise/Wahlen
(13. Oktober 2023) 2075

Anlage 228: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Lenkungsausschuss für Krise/Wahlen
(23. Oktober 2023) 2078

Anlage 229: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Lenkungsausschuss für Krise/Wahlen
(27. Oktober 2023) 2081

Anlage 230: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (6. November 2023)
..... 2084

Anlage 231: *Nicht-Papier: TikToks Ansatz zur Wahlvorbereitung in der gesamten EU* (8. November 2023) 2089
.....

Anlage 232: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Lenkungsausschuss für Krise/Wahlen
(14. November 2023) 2100

Anlage 233: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen
(30. November 2023) 2103

Anlage 234: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Lenkungsausschuss für Krise/Wahlen
(30. November 2023) 2106

Anlage 235: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Wahlen
(20. Dezember 2023) 2109

Anlage 236: *Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 2 an den Obersten Rumänischen Rat für Nationale Verteidigung*
(2024) 2112

Anlage 237: *Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 1 an den Obersten Rumänischen Rat für Nationale Verteidigung*
(2024) 2116

Anlage 238: *Rumänisches Innenministerium: Informationsvermerk* (2024) 2122

Anlage 239: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Google-Mitarbeitern bezüglich der
Veranstaltung „Brussels to the Bay“ (31. Januar 2024) 2126.....

Anlage 240: E-Mails zwischen Mitarbeitern von Google und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (1. Februar 2024)
..... 2130

Anlage 241: Interne E-Mails der Meta-Mitarbeiter (26. Februar 2024) 2135

Anlage 242: *Schutz der Wahlen 2024: Von der Alarmierung zur Handlung* (29. Februar 2024) 2138

Anlage 243: Interne Meta-Zusammenfassung des Runden Tisches zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024) 2141

Anlage 244: Zusammenfassung von „Schutz der Wahlen 2024: Von der Alarmierung zur Handlung“ (8. März 2024) 2147

Anlage 245: Protokolle der DSA-Runden Tische zur Wahlvorbereitung (4. Juni 2024) 2157

Anlage 246: Einladung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission zu einem Treffen zum Verhaltenskodex
Unterzeichner der Desinformationserklärung (21. Juni 2024) 2160

Anlage 247: Tagesordnung für ein Treffen der Europäischen Kommission zu den französischen Parlamentswahlen (21. Juni 2024) 2165

Anlage 248: E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder des Verhaltenskodex
Arbeitsgruppe (24. Juni 2024) 2168

Anlage 249: Einladung der Europäischen Kommission zu einem Runden Tisch zum Thema Wahlvorbereitung
(3. Juli 2024) 2175

Anlage 250: Zusammenfassung des dritten Runden Tisches der Europäischen Kommission zu Parlamentswahlen (10. Juli 2024) 2178

Anlage 251: Tagesordnung für das 11. Treffen des EU-Unterstützungszentrums für internationale Sicherheit und
Grenzmanagement in Moldau zum Thema „Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung“ (18. September 2024) 2181

Anlage 252: E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Plattformen (24. September 2024) 2188

Anlage 253: TikTok – Vertraulicher Bericht zu den Europawahlen 2024 (24. September 2024) 2191

Anlage 254: Tagesordnung: Achte Plenarsitzung der Ständigen Arbeitsgruppe für den Verhaltenskodex (1. Oktober 2024) 2206

Anlage 255: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (23. Oktober 2024) 2210

Anlage 256: E-Mails zwischen Mitarbeitern von Meta und irischen Aufsichtsbehörden (7. November 2024) 2213

Anlage 257: E-Mails zwischen Mitarbeitern von Meta und irischen Aufsichtsbehörden (18. November 2024) 2218

Anlage 258: Einladung zum Runden Tisch über die rumänischen Wahlen (28. November 2024) 2224

Anlage 259: TikTok-Präsentation: *Briefing zur Integrität der rumänischen Wahlplattform* (28. November 2024) 2226

Anlage 260: *Externer Informationsdienstvermerk: Analyse der nationalen Sicherheitsrisiken, die durch die Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher Cyberakteure auf IT&C-Infrastrukturen entstehen, Unterstützung des Wahlprozesses* (28. November 2024) 2236

Anlage 261: E-Mails der Europäischen Kommission an TikTok und rumänische Regulierungsbehörden (28. November 2024) 2240

Anlage 262: Diskussionsfragen für *den Runden Tisch zu den rumänischen Wahlen* (29. November 2024) 2247

Anlage 263: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Plattformen (29. November 2024) 2249

Anlage 264: E-Mails zwischen rumänischen Regulierungsbehörden, Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (28. November 2024) 2254

Anlage 265: Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (29. November 2024) 2264

Anlage 266: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024) 2278

Anlage 267: TikTok-Bericht über rumänische Inhalte (12. Dezember 2024) 2287

Anlage 268: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024) 2289

Anlage 269: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (17. Dezember 2024) 2324

Anlage 270: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024) 2332

Anlage 271: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (3. Februar 2025) 2335

Anlage 272: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (12. Februar 2025) 2338

Anlage 273: Interne E-Mail-Korrespondenz der Meta-Mitarbeiter (24. Februar 2025) 2348

Anlage 274: Entwurf der Tagesordnung für das Treffen zwischen TikTok und den rumänischen Regulierungsbehörden (27. Februar 2025) 2350	
Anlage 275: Tagesordnung für <i>den Runden Tisch – Rumänische Präsidentschaftswahlen 2025</i> (3. März 2025)	2352
Anlage 276: E-Mail niederländischer Regulierungsbehörden an Plattformen (3. September 2025)	2354
Anlage 277: Tagesordnung für <i>den Runden Tisch zu Wahlen im Kontext des Gesetzes über digitale Dienste</i> (15. September 2025) 2358	
Anlage 278: Bericht des <i>Runden Tisches zu den Wahlen in Neufundland und Labrador</i> (15. September 2025)	2360
Anlage 279: Bericht über den Runden Tisch der irischen Präsidentschaftswahlkommission (24. September 2025)	2364
Anlage 280: Bericht über <i>den Runden Tisch der DSA zur Präsidentschaftswahl</i> (24. September 2025)	2377
Anlage 281: Coimisiun na Mean Fragebogen zur DSA-Risikobewertung für irische Wahlen	2381
Anlage 282: Tabelle mit Inhalten zur rumänischen Wahl, die auf TikTok als 2384 markiert wurden	..
Anlage 283: Tabelle mit Inhalten zur rumänischen Wahl, die für TikTok 2400 als problematisch markiert wurden	..
Anlage 284: Tabelle mit Inhalten zur rumänischen Wahl, die auf TikTok 2404 gemeldet wurden	..
Anlage 285: Tabelle mit Inhalten zur rumänischen Wahl, die auf TikTok 2408 als problematisch gemeldet wurden	..
Abschnitt VIII: Sonstige Exponate	2415
Anlage 286: Netzwerk zur Sensibilisierung für Radikalisierung, <i>Missbräuchliche Nutzung der algorithmischen Verstärkung terroristischer und gewalttätiger extremistischer Inhalte: Risiken und bestehende Gegenmaßnahmen</i> (2021)	2416
Anlage 287: RAN-Politikunterstützung, <i>gewalttätiger Extremismus und Online-Terrorismus im Jahr 2021: Die Jahresrückblick</i> (2021) 2454	
Anlage 288: Antwort von Rumble Inc. auf eine Anordnung des Büros für Menschenrechte der Provinz British Columbia zur Vorlage von Unterlagen (31. August 2022)	2504
Anlage 289: Anhang: Informationen zu den Risikobewertungsberichten (11. August 2023) 2515	-----

Anlage 290: Anfrage der Kommission an TikTok (19. Oktober 2023)	2519
Anlage 291: Anfrage der Kommission an TikTok (14. März 2024)	2541
Anlage 292: E-Mails von Mitarbeitern der Global Network Initiative bezüglich einer Podiumsdiskussion über Technologieregulierung der EU und Brasiliens (27. Mai 2024)	2554
Anlage 293: Veranstaltungskonzept: Algorithmische Risikobewertungen, Audits und Grundlagen Rechte (30. Mai 2024)	2558
Anlage 294: TikToks DSA Pasement Report 2024 (28. August 2024)	2561
Anlage 295: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (2. Oktober 2024)	2683
Anlage 296: Anfrage der Kommission an TikTok (2. Oktober 2024)	2732
Anlage 297: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission: Anhangverzeichnis (29. November 2024)	2748
Anlage 298: Systemische Risikoanalyse von Bing (Aug. 2025)	2759
Anlage 299: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Stanford University und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (23. August 2025)	2892
Anlage 300: Überblick über die Stanford-Dialogveranstaltung: <i>Compliance und Durchsetzung in einem sich schnell entwickelnden Umfeld</i> (24. September 2025)	2896
Anlage 301: Liste der Teilnehmer an der DSA-Stakeholder-Veranstaltung (12. Mai 2023)	2901
Anlage 302: Beschluss der Kommission vom 5.12.2025 gemäß Artikel 73 Absatz 1, Artikel 73 Absatz 3 und Artikel 74 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Digital Services Act); Rechtssache DSA.100101, DSA.100102 und DSA.100103 – X (ehemals Twitter), C(2025) 8630 final 2904	